
Die Dialektik von Entspannung
und individuellen wie
kollektiven Menschenrechten
in der zweiten Phase
der Entspannungspolitik

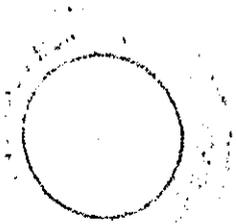
Dokumentation des internationalen
Seminars
der Friedrich-Ebert-Stiftung

vom 11. – 13. März 1988 in Bonn

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	Seite I
Karsten D. Voigt Sozialdemokratische Menschenrechtspolitik (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 8/83)	Seite III - XVIII

I. Der Konflikt: Entspannung "von oben" oder "von unten"	
Horst Ehmke: Feindbilder und politische Stabilität (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 12/87)	Seite 1
Ton Veerkamp: Blockfreies Europe - eine Perspektive? (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 11/85)	Seite 14
Mient Jan Faber: Entspannung und Menschenrechte (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 11/85)	Seite 24
Horst Ehmke: Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 11/85)	Seite 40
..... : Entspannungspolitik - in einer anderen Sicht (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 6/86)	Seite 62
Jiri Hajek: Dialektik von Entspannung und Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 4/88)	Seite 76



A89-2052

© Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
5300 Bonn 2

1988

Herausgeber: Peter Thelen
Redaktion: Gerd Greune

VI. Entmilitarisierung des Ost-West Konfliktes

Mary Kaldor

We need to talk about troops
withdrawal

Seite 254

Karsten Voigt

Es geht um die Entmilitarisierung
des Konflikts

Seite 258

Diskussionsbeiträge von

Mike Gapes

Seite 264

Horst Ehmke

Seite 267

Laurens Hogebrink

Seite 270

Mient Jan Faber

Seite 274

Mary Kaldor

Seite 277

Peter Hardy

Seite 280

Miklos Haraszty

Seite 284

Christoph Royen

Seite 288

Horst Ehmke

Seite 290

Teilnehmerliste

Seite 292

Vorwort

Nachdem es seit 1985 zwischen Gruppen der Friedensbewegung und der SPD eine Diskussion über das Verhältnis von Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik gegeben hatte, erschien die Weiterführung dieser Diskussion zu Beginn der 2. Phase der Entspannungspolitik allen Beteiligten sinnvoll, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer beschleunigten Reformbewegung in der Sowjetunion und in anderen osteuropäischen Ländern. Die Friedrich-Ebert-Stiftung lud deshalb zu einem Seminar über die "Dialektik von Entspannung und individuellen wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik" ein. Dieses Seminar fand vom 11.-13. März 1988 in Bonn statt.

Die Friedensbewegung, die sich in Ost und West als Opposition zur Sicherheitspolitik ihrer Regierungen versteht, hat in den vergangenen Jahren unterschiedliche Erfahrungen machen müssen. Die offizielle Anerkennung einer außerparlamentarischen Bewegung, die eigenständig für eine grundsätzliche Reform- und Friedenspolitik eintritt, blieb ihr versagt. Dennoch konnte sie vor allem über die Diskussion in den Kirchen den Dialog mit Regierungen und Parlamenten beginnen. - In einigen Ländern Osteuropas traf unabhängige Friedensgruppen unterschiedlich heftig der Bannstrahl des Establishments. Es kam wiederholt zu Verhaftungen, zu Abschiebungen und zu anderen Formen der Repression.

Die SPD wiederum hat anknüpfend an ihre Erfolge in der 1. Phase der Entspannungspolitik den Dialog mit den regierenden Parteien Osteuropas intensiviert. Sie verfolgt dabei das Konzept der gemeinsamen Sicherheit, das auch in der Rüstungspolitik die Phase der Konfrontation und Abschreckung überwinden will.

Zu dem Seminar wurden Vertreter von Parteien und offiziellen Institutionen Ost- und Westeuropas sowie Vertreter unabhängiger Friedens- und Menschenrechtsgruppen eingeladen. Leider war es nicht gelungen, eine Beteiligung aus allen europäischen Ländern zu verwirklichen. Eine Reihe von Teilnehmern erhielt kein Ausreisevisum. Dennoch hat sich eine Zusammensetzung ergeben, die eine spannende Diskussion ermöglichte, die wir im nachfolgenden dokumentieren.

(Bei den mit einem () versehenen Beiträgen handelt es sich um redaktionell überarbeitete Abschriften des Tonbandprotokolls, die von den Autoren nicht mehr rechtzeitig korrigiert werden konnten)*

Es ist ganz selbstverständlich, daß dies keine abgeschlossene Diskussion sein konnte. Diese Form des kritischen Dialogs wird deshalb fortgeführt. Der Vollständigkeit halber haben wir einige Aufsätze in die Dokumentation aufgenommen, die in den vergangenen Jahren in der Monatszeitschrift "Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" abgedruckt waren und die den Grundkonflikt, der dieser Diskussion zugrunde lag, verständlicher machen.

Peter Thelen

Friedrich-Ebert-Stiftung

Leiter des Referats Industrieländer

Redaktionelle Anmerkung

Die Beiträge dieser Dokumentation sind nach Themen und nicht chronologisch geordnet. Die Einführung in das Hauptthema erfolgt durch einen Beitrag von Karsten D. Voigt aus dem Jahre 1983 zur sozialdemokratischen Menschenrechtspolitik, der in der "Neuen Gesellschaft" veröffentlicht wurde. Im ersten Themenblock werden die kontroversen Beiträge aus dem Jahre 1985 zusammengefaßt zwischen Ton Veerkamp und Horst Ehmke auf der einen und Mient Jan Faber und einem Vertreter der Solidanosca auf der anderen Seite. Der Beitrag von Jiri Hajek aus dem April-Heft der Neuen Gesellschaft war ursprünglich für das Seminar vorgesehen gewesen. Joachim Gurstecki wiederum stellte seinen Beitrag zum SPD/SED Papier "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" zur Verfügung nachdem er ebenfalls keine Genehmigung zur Teilnahme am Seminar erhalten hat.

Im zweiten Teil gibt Horst Ehmke einen Überblick über den Diskussionsstand und führt damit in das Seminar ein.

Der dritte Teil befaßt sich mit einem besonderen Aspekt europäischer Sicherheit: Die Schuldenkrise Osteuropas. Die Diskussionsbeiträge, die sich auf diesen Beitrag Ton Veerkamps beziehen, sind hier zusammengefaßt, auch wenn sie andere Themen mit aufgenommen haben.

Die Abschnitte vier und fünf ergeben sich aus den Referaten zu den Unterthemen des Seminars. Teil sechs ist noch einmal gesondert hervorgehoben, obwohl er kein eigener Abschnitt in der Diskussion war, da hier eine Art Zusammenfassung beider Themenstellungen "Menschenrechte" und "Abrüstung" erfolgte. Dieser Schlußabschnitt eröffnet zugleich die Fragestellungen für die nachfolgende Seminarveranstaltung im kommenden Jahr.

Gerd Greune

Karsten D. Voigt:

Sozialdemokratische Menschenrechtspolitik

Karsten D. Voigt, Jahrgang 1941, gehört der SPD seit 1962 an. Von 1969-72 war er Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Er ist Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags und Mitglied des SPD-Parteirates. Zur Friedens- und Entspannungspolitik hat er in den letzten Jahren zahlreiche Beiträge in der Neuen Gesellschaft veröffentlicht.

Grundsätze einer sozialdemokratischen Politik für Menschenrechte

Nach wie vor werden in fast allen Teilen der Welt Menschenrechte verletzt. Nirgendwo sind die Menschenrechte bisher ohne Einschränkungen verwirklicht worden. Überall gibt es Frauen und Männer, die für die Verwirklichung der Menschenrechte kämpfen. Viele von ihnen sind bereit, für ihre Verwirklichung erhebliche persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen. Manche lassen für dieses Ziel ihr Leben.

Die von den Vereinten Nationen proklamierten Menschenrechte sind ständig in Gefahr, ausgehöhlt, verändert und mißachtet zu werden. Nach wie vor ist in vielen Teilen der Welt die Gewalt Instrument der Politik geblieben, wird die Folter als Machtmittel von Regierungen angewendet. Wissenschaft und Technik werden zur Unterdrückung individueller Rechte eingesetzt. Zur gleichen Zeit sind mehr als 800 Millionen Menschen auf dieser Erde nicht in der Lage, ihr elementarstes Recht, das Recht auf ausreichende Nahrung, zu befriedigen.

Vielfach wird der Versuch unternommen, bestimmten Rechten den Vorrang vor anderen Rechten einzuräumen oder ein Menschenrecht gegen ein anderes auszuspielen: einerseits politische, bürgerliche Rechte, andererseits wirtschaftliche und soziale Rechte. Dies ist ein unnötiger Gegensatz. Politische, bürgerliche Rechte und wirtschaftliche, soziale Rechte stellen als Menschenrechte eine Einheit dar. Sie müssen als gemeinsames Erbe der Menschheit begriffen werden.

Die politischen und bürgerlichen Freiheitsrechte bilden gemeinsam mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum Ausdruck kommen, die Basis für jede demokratische Gesellschaft.

Hunger, soziale Benachteiligung, Krankheit, mangelnde Bildungschancen stellen Formen einer strukturellen Gewalt dar. Diese strukturelle Gewalt fußt auf unsozialen und undemokratischen Verhältnissen innerhalb einzelner Staaten und in der internationalen Ordnung. Deshalb muß der Kampf für die Menschenrechte mit dem Kampf gegen Hunger und Armut und dem Kampf für eine gerechtere internationale Ordnung verbunden werden.

Die Menschenrechte in ihrer bestehenden Form sind nichts Endgültiges. Sie bedürfen der beständigen Verbreitung und Weiterentwicklung. Zu den politischen Rechten, die zu den Grundlagen einer jeden demokratischen Gesellschaft gehören, wurden schrittweise wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hinzugefügt. Weitere Menschenrechtsforderungen wie das Recht auf Bildung, auf Gesundheitsvorsorge und Information folgten. Fortschritte in der Verwirklichung des einen Menschenrechts eröffnete die Perspektive für die Forderung nach neuen Rechten.

Die Änderung sozialer Verhaltensweisen machte auf vorher vernachlässigte Rechte aufmerksam. So führte die wachsende Zahl ausländischer Arbeitnehmer logischerweise zur Forderung nach dem spezifischen Schutz ihrer Rechte. Neue technologische Entwicklungen, z.B. im Bereich der Kommunikations- und der Computer-Industrie erforderten neue Maßnahmen zum Schutz von Freiheitsrechten.

Der Kampf um die volle Verwirklichung der Menschenrechte ist noch lange nicht abgeschlossen. Er hat aber trotz vieler Rückschläge historisch gesehen große Fortschritte erzielen können.

Für eine dynamische Entwicklung der Menschenrechte ist wesentlich

- die Verfolgung und Ausweitung grundlegender Rechte wie des Rechts auf Leben und Freiheit, des Rechts auf Arbeit, des Rechts auf angemessenen Wohnraum und Gesundheitsvorsorge, des Rechts auf Bildung und des Rechts auf Information;

- die internationale Absicherung der Menschenrechte durch ein UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, einen Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte und die Anerkennung des Individuums als Subjekt des Völkerrecht;

- der Kampf gegen Unterdrückung und Rassismus;
- das Selbstbestimmungsrecht;
- die Bedeutung der Menschenrechte für die internationale Sicherheit und den Weltfrieden.

Weltweite Solidarität ist für die Durchsetzung der Menschenrechte erforderlich. Derjenige mißt mit zweierlei Maß, der allein darauf zielt, Menschenrechtsverletzungen in kommunistisch regierten Staaten anzuklagen, gegenüber Menschenrechtsverletzungen im Westen und in vielen Ländern der Dritten Welt jedoch schweigt. Wir müssen für eine umfassende und weltweit glaubwürdige Menschenrechtspolitik eintreten. Dazu gehört, in der Frage der Menschenrechte bei uns selbst anzufangen und auch in der Bundesrepublik den sozialen Aspekt der Menschenrechtsproblematik nicht aus dem Auge zu verlieren.

Neben Regierungen und Parlamenten gestalten kulturelle und soziale Bewegungen - die Friedensbewegung und die Frauenbewegung ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung und die Befreiungsbewegungen, die in Ländern der Dritten Welt gegen Unterdrückung, Rassismus und Ausbeutung kämpfen - diesen Prozeß mit.

In der Bundesrepublik kommt regierungsunabhängigen Organisationen - wie amnesty international - durch ihr beharrliches Eintreten gegen die Verletzungen von Menschenrechten ein besonders großes Verdienst zu.

Eine weltweite Solidarität zwischen von Regierungen unabhängigen Menschenrechtsorganisationen und die Nutzung der staatlichen Zusammenarbeit zwischen Regierungen für die Menschenrechte können sich wechselseitig ergänzen.

Verteidigung, Festigung und Weiterentwicklung der Menschenrechte ist ein unabdingbarer Bestandteil sozialdemokratischer Politik. Für Sozialdemo-

kraten sind Menschenrechte nicht teilbar. Der Kampf für politische Rechte ist untrennbar mit dem Kampf für wirtschaftliche und soziale Rechte verbunden. Sozialdemokraten sind nur glaubwürdig, wenn sie überall und zu jeder Zeit für diejenigen eintreten, die für ein menschenwürdiges Leben in Frieden und frei von Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen und dabei selber Opfer von Verfolgung und Unterdrückung werden.

Der Widerspruch zwischen dem Wortlaut internationaler Abkommen und den Verfassungen vieler Staaten einerseits und den vielfachen Einschränkungen und Verletzungen der Menschenrechte andererseits muß durch sozialdemokratische Politik verringert und schließlich aufgehoben werden.

Menschenrechte und Entspannungspolitik

Menschenrechte haben auch eine Bedeutung für die Außenpolitik. Der Friede ist eine Voraussetzung für die Menschenrechte. Gelingt es nicht, den Frieden zu erhalten, können wir auch nicht erfolgreich für die Menschenrechte arbeiten. Unsere Möglichkeiten, für die Durchsetzung und Wahrung der Menschenrechte einzutreten, sind zum Scheitern verurteilt, wenn Kriege zur Vernichtung einer großen Zahl von Menschen, von ganzen Völkern oder der Menschheit insgesamt führen. Kriege sind auch Ursache von Hunger, Not und häufig auch von Unterdrückung. In unserer Friedenspolitik muß es daher um das doppelte Ziel gehen, bewaffnete Konflikte zu verhindern und solidarisch für die Menschenrechte der Schwachen, Benachteiligten und Unterdrückten einzutreten.

Menschenrechte und Entspannungspolitik sind nicht voneinander zu trennen. Ein Irrtum wäre es, wenn man Entspannungspolitik einerseits und aktives Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte trennen und gegenüberstellen würde. Die Entspannungspolitik hilft zur Verwirklichung der Menschenrechte. Wer den Entspannungsprozeß gefährdet, schränkt auch die Möglichkeiten ein, zur Verwirklichung von Menschenrechten beizutragen. "Wenn man das trennen läßt", so Herbert Wehner in einem Interview mit der "Deutschen Welle" am 29. März 1977, "dann gibt es eben lange wieder eine sehr kalte Zeit, sowohl für die Menschenrechte als auch für die Entspannung".

Fortschritte für die Menschen sind nur zusammen mit den Bemühungen um Entspannung erreichbar. Wir sollten uns mit dem Streben nach einem fried-

lichen demokratischen Wandel in nichtdemokratisch regierten Ländern solidarisieren. Eine solche Haltung menschlicher und politischer Solidarität steht nicht im Gegensatz zu den Grundsätzen der Friedens- und Entspannungspolitik.

Die SPD als Partei und Sozialdemokraten in Regierungskoalitionen haben noch nie ein Hehl daraus gemacht, daß ihre Entspannungspolitik neben der Sicherung des Friedens auch der Förderung von mehr Demokratie und mehr sozialer Gerechtigkeit in Europa dient. Deshalb protestieren sie auch gegen Menschenrechtsverletzungen und solidarisieren sich mit Bürgerrechtsbewegungen. Die Aufkündigung der entspannungspolitischen Konzeption durch konservative Kräfte in den USA und in Europa schadet sowohl den Menschenrechten wie auch abrüstungspolitischen Zielen.

Wer in Westeuropa oder in den USA die Abgrenzungsbemühungen der Staaten des Warschauer Paktes seinerseits mit einer Einschränkung der Kommunikation und Kooperation zwischen Ost und West beantwortet, schadet letztlich auch denen, die auf bessere Bedingungen für die Verwirklichung ihrer Rechte hoffen. Aus diesem Grunde müssen Sozialdemokraten auch gerade jetzt ihre Anstrengungen intensivieren, um die Entspannungspolitik auch zwischen den Staaten und den Trägern gesellschaftlicher Macht in Europa fortzusetzen und auszubauen.

Nicht nur viele Politiker in Westeuropa und den USA, sondern auch Bürgerrechtler in Osteuropa meinen irrtümlich, daß der innere Zusammenhang zwischen den abrüstungspolitischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, humanitären und kulturellen Bereichen der Entspannungspolitik erst durch eine Politik der "linkages" hergestellt werden muß. Sie übersehen die langfristige Wechselwirkung zwischen den einzelnen und unterschiedlichen Elementen des entspannungspolitischen Prozesses.

Die Entspannungspolitik in Europa braucht für weitere Fortschritte nicht nur die Unterstützung der öffentlichen Meinung, die Unterstützung der relevanten gesellschaftlichen Gruppen. Sie braucht auch den aktiven Einsatz der Regierungen und insbesondere auch die Bereitschaft der USA und der UdSSR, den Prozeß der Entspannung fortzusetzen und auszubauen. Die Regierungen - und die Politiken der USA und der UdSSR bestimmen hier nach wie vor die Rahmenbedingungen für die Handlungsmöglichkeiten der europäischen Re-

gierungen - sind aber nur dann bereit, den Entspannungsprozeß fortzusetzen und auszubauen, wenn dies mit den Interessen und Prinzipien, die sie zu einem jeweiligen konkreten Zeitabschnitt als "ihre" Interessen und "ihre" Prinzipien definiert haben, noch ausreichend in Übereinstimmung zu bringen ist.

Die Entspannungspolitik setzte zwischen den Staaten West- und Osteuropas innergesellschaftliche Widersprüche zu herrschenden politischen und kulturellen Vorstellungen frei. Diese Widersprüche können in Westeuropa als Reformanstöße pluralistisch integriert werden. Sie wurden in Osteuropa aufgrund der dortigen starren Gesellschaftsstruktur bisher weitgehend in eine prinzipielle Systemopposition abgedrängt.

Wenn die Entspannungspolitik eine konstruktive Auseinandersetzung um kommunistische, demokratisch-sozialistische und bürgerliche Theorie und Praxis verstärkt, ist dies nur zu begrüßen. Es zeigt sich aber, daß Staats- und Parteiapparate die Risiken eines kritischen Dialogs scheuen und staatliche Repressionen vorziehen. Offensichtlich ist die Furcht vor den Risiken des kritischen Dialogs, die Neigung zur Systembegrenzung und zur Erzwingung dieser Abgrenzung mit Hilfe repressiver Maßnahmen in Osteuropa größer als in Westeuropa. Dies liegt in einer strukturell begründeten Krisenanfälligkeit des politischen Systems der Staaten Osteuropas begründet.

Die Gesellschaftssysteme Osteuropas sind aufgrund ihrer Definition vom Sozialismus nicht in der Lage, Widersprüche in der Gesellschaft in ihr System zu integrieren und darüber hinaus positiv als Anstoß für Veränderungsprozesse zu instrumentalisieren.

Die Kritik an jeder überholten gesellschaftlichen Einrichtung, an jeder ökonomisch überholten Struktur, an jeder traditionellen Kultur wird damit tendenziell zu einer Kritik am System überhaupt. Die Unterdrückung dieser Kritik führt aber gleichzeitig aus strukturellen Gründen in den Gesellschaften Osteuropas zu einem Mangel an Innovation, zu einem Mangel an Demokratie, zu einem Mangel an Loyalität der Bevölkerung und zu einer ebenfalls strukturell bedingten, im Vergleich zu westeuropäischen Gesellschaften überproportionalen Krisenanfälligkeit durch organisierte oppositionelle Minderheiten, begleitet von einer Tendenz zur Überreaktion der Träger staatlicher und gesellschaftlicher Macht.

Wenn die Kritik an gesellschaftlichen Zuständen in eruptiven Krisen die innere Stabilität prinzipiell in Frage zu stellen scheint, erschwert dies Fortschritte in der Entspannungspolitik. "Revolutionäre" Zuspitzungen hemmen hier den langfristigen Reformprozeß und begünstigen sogar gesellschaftliche Verhärtungen und Rückschläge im Prozeß der innergesellschaftlichen Demokratisierung und Humanisierung.

Eine reformerische Entspannungskonzeption muß diese widersprüchlichen Interessen und Prinzipien in einen konstruktiven Prozeß einbeziehen, der zu einer nicht mehr durch gegensätzliche Militärblöcke und wachsende Militärausgaben geprägten Friedensordnung, zu mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit führt, ohne daß auf dem Wege dorthin von der Voraussetzung ausgegangen wird, daß irgendeine für den Erfolg dieses Prozesses relevante Kraft ihre Interessen und Prinzipien grundsätzlich in Frage stellt.

Wenn im Prozeß der zunehmenden Entspannung und Kooperation zwischen Ost- und Westeuropa die technischen Kommunikationssysteme und die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa ausgebaut werden, dann wird damit schrittweise gleichzeitig ein Informations- und Meinungspluralismus in Osteuropa zur gesellschaftlichen Realität. Wenn die Regierungen Osteuropas den zunehmenden faktischen Meinungs- und Informationspluralismus nicht als Bestandteil ihrer gesellschaftlichen Systeme legitimieren und integrieren, wird sich die Wirkung des entstehenden Pluralismus in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zunehmend als Widerspruch zu den politischen Systemen artikulieren und organisieren. Repression kann kurzfristig wieder "Ruhe im Land" schaffen, löst diesen Konflikt aber nicht, sondern verschärft ihn langfristig.

Jeder Versuch der Regierungen Osteuropas, die politischen Auswirkungen der verstärkten Ost-West-Kooperation zu blockieren, indem man die Ausweitung der Beziehungen sektoral vorwiegend im wirtschaftlichen Bereich zu intensivieren und im politisch-kulturellen Bereich zu reglementieren versucht, wird auf Dauer durch die technische Entwicklung der Kommunikationssysteme, den Umfang der Beziehungen und die Schwierigkeit, Kommunikation auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen, Sektoren und Regionen zu beschränken, erschwert. Schon aus diesem Grunde wird eine Zunahme der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen und ein Ausbau der technischen Ost-West-Kommunikationsmöglichkeiten auch Auswirkungen im Bereich der

kulturellen und menschlichen Beziehungen haben. Die bei einigen Politikern in Westeuropa zu beobachtende Neigung, diesen Prozeß ausschließlich im Zusammenhang mit Fortschritten im Korb 3 (humanitäre und kulturelle Zusammenarbeit) der KSZE-Schlußakte zu sehen, ist irreführend, da es hier einen unmittelbaren prozessualen Zusammenhang zwischen Fortschritten in allen Bereichen der KSZE-Schlußakte gibt.

Der universale Charakter der Menschenrechte

Zu den grundlegenden Menschenrechtstexten gehören heute vor allem:

- Die Charta der Vereinten Nationen von 1945, die als Prinzip des Allgemeinen Völkerrechts rechtlich verpflichtend ist.

- Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, die als rechtlich unverbindliche Prinzipienaufstellung zu werten ist, allerdings hohe politische und moralische Autorität besitzt.

- Die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1959 (Europarat). Die Bundesrepublik ist als Mitglied des Europarates auch Mitunterzeichner der Konvention zum Schutze der Menschenrechte. Die Einhaltung der Konvention wird durch die Europäische Menschenrechtskommission und durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewährleistet.

- Das Übereinkommen von New York über die politischen Rechte der Frau vom 31. März 1953. Die Bundesrepublik ist dem Übereinkommen 1969 beigetreten.

- Die Erklärung über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau vom 7. November 1967. Hier handelt es sich um eine Resolution der Generalversammlung, die empfehlenden Charakter hat.

- Die Europäische Sozialcharta vom 18. Oktober 1961. Die Bundesrepublik ist als Mitglied des Europarates Mitunterzeichner der Sozialcharta.

- Die Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung vom 20. November 1963. Hier handelt es sich um eine Resolution der Generalversammlung, die empfehlenden Charakter hat.

- Die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1966: Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in Kraft getreten am 3. Januar 1976; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, in Kraft getreten am 23. März 1976; Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, in Kraft getreten zusammen mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 heißt es u.a.: "Da Verkennung und Mißachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben, und da die Schaffung einer Welt, in der Menschen, frei von Furcht und Not, Rede- und Glaubensfreiheit zuteil wird, als das höchste Bestreben der Menschheit verkündet worden ist, ... verkündet die Generalversammlung die vorliegende Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ...

Artikel 1

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2

Jeder Mensch hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeine Unterscheidung wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Eigentum, Geburt oder sonstigen Umständen ...

Artikel 3

Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 4

Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen Formen verboten.

Artikel 5

Niemand darf der Folter oder grausamer unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden."

Eine Ergänzung zu dieser Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und einer gewichtigeren völkerrechtlichen Verbindlichkeit sind die Menschenrechtspakete der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1966, und zwar - der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, in dem es u.a. heißt: Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Artikel 18). Jedermann hat das Recht auf unbehinderte Meinungsfreiheit (Artikel 19). Jedermann hat das Recht, sich frei mit anderen zusammenzuschließen sowie zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und ihnen beizutreten (Artikel 20).

- der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in dem es u.a. heißt: Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen (Artikel 11). Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an (Artikel 13).

- Die europäische Sozialcharta vom 18. Oktober 1961 nennt in Artikel 1: "Das Recht auf Arbeit."

"Um die wirksame Ausübung des Rechts auf Arbeit zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsparteien,

1. zwecks Verwirklichung der Vollbeschäftigung die Erreichung und Aufrechterhaltung eines möglichst hohen und stabilen Beschäftigungsstandes zu einer ihrer wichtigsten Zielsetzungen und Aufgaben zu machen;

2. das Recht des Arbeitnehmers wirksam zu schützen, seinen Lebensunterhalt durch eine frei übernommene Tätigkeit zu verdienen;

3. unentgeltliche Arbeitsvermittlungsdienste für alle Arbeitnehmer einzurichten oder aufrechtzuerhalten;

4. eine geeignete Berufsberatung, Berufsausbildung und berufliche Wiedereingliederung sicherzustellen oder zu fördern."

Die genannten Rechtsgrundlagen unterscheiden sich von den auf Menschenrechte bezogenen Erklärungen in der KSZE-Schlussakte dadurch, daß sie zum Teil in völkerrechtlich verbindlichen Abkommen und nicht in bloßen Absichtserklärungen enthalten sind. Der praktische Unterschied ist bis auf wenig Ausnahmen gering. Die international verbrieften Menschenrechte können durch Anrufung einer gerichtlichen oder gerichtsähnlichen Instanz gegen bestimmte Staaten nur durchgesetzt werden, soweit sich diese von vornherein dem zu erwartenden Spruch unterwerfen. Das kann durch ausdrückliche Erklärung im Einzelfall erfolgen, es kann auch durch Abkommen vereinbart werden, wie in der Konvention des Europarates zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.1.1950.

Damit unterscheiden sich international verbrieft Menschenrechte wesentlich z.B. von den innerstaatlich in Kraft gesetzten Grundrechten unserer Verfassung. Die Einhaltung der Grundrechtsvorschriften wird durch innerstaatliche Gerichte, vor allem durch das Bundesverfassungsgericht, wirksam kontrolliert. Menschenrechtsverletzungen kann man hingegen auch unter Berufung auf eindeutige Verletzung internationaler Rechtsnormen nicht mit Erfolgsaussichten gegen den verletzenden Staat geltend machen; meist fehlt es bereits an einer Instanz, die entsprechende Klagen auch nur annimmt. Zwar gibt es nach dem Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte die Möglichkeit der Einzelbeschwerde an den durch diesen Pakt eingesetzten Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen, aber bislang haben erst wenige Staaten dieses Fakultativprotokoll ratifiziert und sich damit der Zuständigkeit des Ausschusses für die Behandlung von Einzelbeschwerden unterworfen.

Nicht unterzeichnet haben die Sowjetunion und alle übrigen Ostblockstaaten einschließlich der DDR - aber auch nicht die Vereinigten Staaten. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte nicht unterzeichnet, da in der Bundesrepublik bereits die Beschwerdemöglichkeit aufgrund der Europäischen Menschenrechtskonvention bestehe.

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat ebenfalls ein vertrauliches Verfahren zur Prüfung schwerwiegender und langandauernder Menschenrechtsverletzungen entwickelt. Aufgrund einer solchen Untersuchung kann die Menschenrechtskommission eine Empfehlung gegenüber dem betroffenen Staat aussprechen, die zusätzlich vom Wirtschafts- und Sozialrat sowie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigt werden kann. Die Menschenrechtskommission hat bisher beispielsweise entsprechende Empfehlungen zur Wiederherstellung der Menschenrechte im Falle Chiles, Südafrikas und Israels gegeben. Sie hat jedoch keine Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Empfehlungen. Das Verfahren der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen leidet darüber hinaus unter der Versuchung, die Diskussion zu Lasten der konkreten Verwirklichung von Menschenrechten für staatliche und ideologische Interessen zu mißbrauchen.

Unter diesen Umständen können international vereinbarte Menschenrechte kaum die erwünschte Wirkung entfalten. Sie stellen allerdings eine besonders gewichtig Argumentations- und Berufsgrundlage dar.

Die Schlußakte von Helsinki hat für die Menschenrechte insofern eine wichtige Erweiterung gebracht, als hier zum erstenmal die Menschenrechte als Bestandteil zwischenstaatlicher Beziehungen gesehen worden sind. Dem rechtlichen Charakter nach ist die Schlußakte jedoch weder ein Vertrag noch ein Abkommen. Sie ist rechtlich nicht bindend, sondern als eine politisch-moralische Absichtserklärung anzusehen. In der Schlußakte heißt es: "Die Teilnehmerstaaten werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion achten.

Sie werden die wirksame Ausübung der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie der anderen Rechte und Freiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind, fördern und ermutigen."

Die Verwirklichung der Menschenrechte als universale und ständige Aufgabe

Anspruch und Wirklichkeit in der Frage der Menschenrechte klaffen auch heute noch weit auseinander. Die Menschenrechte leben aus der Vorstellung heraus, daß es eine Familie der Völker gibt. Sie sind mit der Vorstellung gleicher Rechte nicht nur innerhalb eines Staates verbunden, sondern zwischen den Staaten und zwischen allen Menschen, unabhängig davon, in welchem Staat sie leben. Sie berücksichtigen weder Machtverhältnisse noch die Verteilung des Wohlstandes auf dieser Erde.

Ein glaubhaftes Engagement für die Menschenrechte erfordert, weltweit für sie einzustehen, nicht zuletzt auch im eigenen Land. Dazu gehört, Kolonialismus, Rassendiskriminierung, Apartheid oder die brutale Unterdrückung demokratischer Rechte in jeder Art von Diktatur ebenso zu bekämpfen wie Terror oder Folter. Damit unterscheiden sich die Sozialdemokraten von der selektiven Menschenrechtspolitik der Sowjetunion und der Reagan-Administration.

Die Haltung der amerikanischen Regierung in der Menschenrechtsfrage

Präsident Reagan hat in einer am 4. Dezember 1981 unterzeichneten Erklärung mit Nachdruck unterstrichen, daß Amerika auf die volle Respektierung der Menschenrechte im eigenen Land sowie auf die Befolgung und Einhaltung dieser Rechte im Ausland hinarbeiten wird. Für die Verletzung der fundamentalen Menschenrechte gäbe es niemals und nirgends eine Entschuldigung: "Wir in Amerika sind gesegnet mit den Rechten, die unsere Vorfäter durch Opfer für uns gesichert haben, aber wir sehnen uns nach dem Tag, da die gesamte Menschheit diese Segnungen erfährt. Für die Verletzung der fundamentalen Rechte des Menschen gibt es niemals irgendeine Entschuldigung - zu keiner Zeit, an keinem Platz, weder in reichen Ländern noch in armen, unter keinerlei sozialem, wirtschaftlichem oder politischem System." (Präsident Reagan am 4.12.1981)

Im Gegensatz zur Carter-Administration verfolgt die Reagan-Administration jedoch nach eigener Einschätzung eine pragmatischere Menschenrechtspolitik. So erklärte der für Menschenrechtsfragen zuständige Unterstaatssekretär Elliot Abrams: "Diese Administration hat, wie ich es einmal nennen möchte, eine etwas pragmatischere Einstellung dazu, wie man Menschenrechtsfragen

behandeln sollte, um Ergebnisse zu erzielen. Das ist nämlich das Ziel unserer Anstrengungen: Ergebnisse - ob es darum geht, Menschen aus dem Gefängnis zu holen oder falsches Verhalten der Polizei zu unterbinden. Hier gibt es viele mögliche Alternativen.

Die Frage ist: Was tun, was zum Erfolg führt? Ich möchte sagen, und ich glaube, diese Auffassung ist in der Administration weit verbreitet, daß die Carter-Administration sich nur allzuoft in den lautestmöglichen Tönen öffentlich geäußert hat und dadurch zu keinen Ergebnissen kam. Es ist bei vielen Ländern so, daß wir, wenn wir uns über diplomatische Kanäle an sie wenden, recht annehmbare Antworten erhalten. Wenn wir uns aber an die Öffentlichkeit wenden und eine Regierung anklagen, dann wird die Haltung dieser Regierung in vielen Fällen nicht überraschend darin bestehen, daß sie erklärt: "Wir lassen uns von den Vereinigten Staaten nicht herumstossen."

Im Falle einiger Regierungen, vor allem in der Dritten Welt, hat die Auswirkung von Angriffen solcher Art durch die Vereinigten Staaten nichts mehr mit den Menschenrechten zu tun. Es führt eher dazu, diese Regierungen zu destabilisieren und ihre Legalität zu untergraben. Wenn das zu mehr Instabilität und sogar zu Gewalttätigkeit in dem fraglichen Land führt, dann schadet man den Menschenrechten mehr als man ihnen nützt.

Wir sind daher der Ansicht, daß man sich nicht von vornherein für oder gegen stille Diplomatie oder öffentliche Erklärungen oder sonst etwas festlegen sollte.

Wenn für uns das Ziel deutlich ist - und das heißt, daß wir die Menschenrechtssituation verbessern wollen, wo immer möglich -, dann sind wir in unseren Taktiken sehr flexibel. Wir prüfen jede Situation und versuchen dann das zu tun, was Ergebnisse bringt.

Es ist richtig, daß wir, weil wir weniger häufig öffentliche Erklärungen abgeben als die Carter-Administration, leicht der Beschuldigung anheimfallen, wir täten nicht genug auf dem Gebiet der Menschenrechte. Und gegen eine solche Anschuldigung kann man sich nur sehr schwer wehren, denn wenn wir allen Leuten mitteilen, was wir tun, dann gefährden wir unsere eigenen Anstrengungen. Das ist daher ein Preis, den wir zu zahlen gewillt sind, denn wir

sind nicht so sehr an unserem guten Ruf interessiert als daran, das Notwendige im Sinne der Menschenrechte zu tun."

Zur Frage der Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion meinte Abrams: "Ich glaube nicht, daß es etwas außerordentlich Neues gibt, was getan werden könnte. Es gibt viele Beiträge, die die Konferenz in Helsinki geleistet hat. Und einer dieser Beiträge mag wohl gewesen sein, daß mit der Zeit für immer mehr Menschen in Europa deutlich wurde, wie bereit die Sowjets waren, die Schlußakte von Helsinki zu unterzeichnen und sie dann auch sofort und für immer zu vergessen und zu verletzen. Ich weiß wirklich nicht recht, was wir so gänzlich anderes tun könnten als das, was alle europäischen Regierungen und wir in den letzten Jahren getan haben - d.h. eine Kombination von öffentlichem und diplomatischem Druck auf die Sowjets zur Geltung zu bringen, in ihren Menschenrechtsverletzungen wenigstens nachzulassen."

Die Erfolge waren gering, das müssen wir wohl eingestehen. Ich glaube nicht, daß es hier Zauberformeln gibt. Mir scheint, es bleibt uns nichts anderes übrig, als weiter Druck auszuüben und soweit es möglich ist, sowjetische Menschenrechtsverletzungen bekannt zu machen.

Aus dem, was ich in der Presse über politische Entwicklungen in Europa lese, wird mir klar, daß noch viele Leute nicht mit dem wirklichen Verhalten der Sowjets auf dem Gebiet der Menschenrechte vertraut sind. Mir scheint, daß die größte Schwäche der Sowjets in der Publizität liegt, d.h. daß die Völker Europas genau erfahren müssen, was die Sowjets tun. Ich glaube, daß nichts eine größere Wirkung erzielen wird. Also müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um den größtmöglichen Scheinwerfer der Öffentlichkeit auf die Sowjets zu richten, damit man in ganz Europa ihr Verhalten klar erkennen kann."

Die Haltung der Sowjetunion in der Menschenrechtsfrage

Die Sowjetunion nimmt in der Menschenrechtsdiskussion folgende Grundhaltung ein:

1. Die wirklichen Menschenrechte können nur im Sozialismus Realität werden. Das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf soziale Sicherheit, das Recht zu

wählen und gewählt zu werden, sind in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern bereits verwirklicht und werden weiter ausgebaut.

2. Die sogenannten Dissidenten sind von westlichen Organisationen bezahlte subversive Elemente und eine verschwindende Minderheit. Sie werden in der UdSSR nicht wegen ihrer Überzeugung verfolgt, sondern sie werden wegen anti-sowjetischer Propaganda strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

3. Die Dissidenten verstoßen mit ihren Handlungen gegen die vom sowjetischen Volk errichtete sozialistische Gesellschaftsordnung.

4. Die Unterstützung der Dissidenten durch das westliche Ausland stellt eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder dar und widerspricht der Politik der Entspannung.

5. Die Konkretisierung der Grundrechte für das Individuum ist allein Angelegenheit des einzelnen Staates und nicht internationaler Organisationen. Deshalb kann ein internationaler Menschenrechtsschutz nicht in Frage kommen. Die staatsbürgerlichen und politischen Grundrechte finden ihre Grenze im notwendigen Schutz der nationalen Sicherheit und der sozial-ökonomischen Gesellschaftsordnung. Darüber hinaus gilt bei einem Interessenkonflikt zwischen dem Staat und dem einzelnen Bürger stets der Vorrang des Staates.

6. Das Eingreifen anderer Staaten und insbesondere der Vereinten Nationen bei Menschenrechtsverletzungen ist nur zulässig, wenn es sich um eine tiefgreifende und massive Verletzung der Grundfreiheiten als Folge einer Politik der Aggression, des Faschismus, des Kolonialismus, des Völkermordes, der Apartheid und des Rassismus handelt. Diese politischen Verbrechen sind mit den allgemeinen Menschenrechten prinzipiell unvereinbar. Beispiele dafür sind Südafrika (Apartheid, Rassismus), Angola (Kolonialismus), Israel (Aggression) und Chile (faschistische Militärdiktatur).

Der Konflikt:

Entspannung "von oben" oder "von unten"

Feindbilder und politische Stabilität in Europa

I.

Über Stabilität in Europa zu sprechen - darunter wurde häufig verstanden: Streitkräftegleichgewichte austüfteln, militärische Nullsummen-Modelle konzipieren. Allzuoft geht darüber die politische Dimension verloren. Um Clausewitz zu paraphrasieren: Wir stehen in der Gefahr, daß sich die Grammatik des Krieges von der Logik der Politik löst. Von dort ist es nur ein Schritt zu dem Trugschluß, mit militärischen Mitteln ließen sich politische Probleme lösen, ergo: Sicherheit sei errüstbar. Erinnern wir uns: Diese Art des Denkens, die immer tiefer in die Militarisierung der Politik führte, war kennzeichnend für zumindest die ersten zwei Jahrzehnte nach 1945. Die Folgen sind uns alle teuer zu stehen gekommen: Eine in der Geschichte beispiellose Anhäufung der Rüstungen in Ost und West mit daraus resultierender militärischer Konfrontation der Blöcke. Zugleich kompromißloser ideologischer Kampf, der mit wechselseitigen Feindbildern als erbitterter Glaubenskrieg ausgetragen wurde. Der Terminus "Kalter Krieg" war geradezu ein Under-Statement, wenn man sich die Heftigkeit dieser Auseinandersetzung in Erinnerung ruft. Die Deformation des damaligen Denkens wirkt bis heute nach.

Ein längst fälliger Neuansatz wurde Ende der 60er Jahre mit der Ost-Politik gewagt. Sie war maßgeblich konzipiert von den deutschen Sozialdemokraten und stellt den ersten ernsthaften Versuch dar, die Ost/West-Konfrontation über politische Mittel abzubauen, nämlich durch eine Politik der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit auf konkreten Gebieten. In den Ostverträgen, dem Berlin-Abkommen, dem Grundlagenvertrag und der KSZE-Schlussakte fand diese Politik ihren Niederschlag.

Wir alle wissen, welche Widerstände bei diesem Neuansatz zu überwinden waren. Mehr als anderen sind uns die Unzulänglichkeiten der ersten Phase der Entspannungspolitik bewußt. Ihr entscheidendes Manko war, daß es der

Politik nicht gelang, den Abbau der militärischen Drohpotentiale durchzusetzen.

Und eine weitere, tiefergehende Ursache kam hinzu: Wir haben es trotz mancher Fortschritte bei der Vertrauensbildung bisher nicht geschafft, die ideologische Auseinandersetzung unter Kontrolle zu bringen. Überkommene Feindbilder blieben so auf beiden Seiten intakt. Daß damit auch das Risiko des Rückfalls in den Kalten Krieg aufrechterhalten wurde, sollte sich allzubald herausstellen. In der Endphase Breschnews und zu Beginn der Amtszeit Reagans verband sich die Re-Ideologisierung der Politik mit einer neuen Runde des Wettrüstens. Sie drohten dem Geist der Entspannung den Garaus zu machen.

II.

Nirgends spiegelt sich so klar wie im Ost-West-Verhältnis, daß Feindbilder das politische Verhalten und die politischen Entscheidungen unserer Zeit maßgeblich bestimmen. In seiner lesenswerten Analyse über "Feindbilder und Abrüstung" kommt Daniel Frei zutreffend zu dem Schluß, daß das, was in den Köpfen der Menschen vorgehe, wichtiger sei als alle Raketen, Atomsprengköpfe oder Panzer. Dies gilt für viele Bereiche politischen Handelns: Stets sind es subjektive Wahrnehmungen - und allzuoft solche mit negativ vorgeprägtem Inhalt -, die Entscheidungen präjudizieren. Im Ost-West-Verhältnis führte dies zu einem Teufelskreis, in dem Feindbilder Waffen und Waffen Feindbilder produzieren.

III.

Auch im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion hat das Bestehen von Feindbildern deutliche Spuren hinterlassen. Richten wir unter diesem Winkel einmal den Blick zurück auf die deutsch-russischen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Keine andere Nachbarschaft in Europa ist so wie diese gekennzeichnet von Höhen und Tiefen, von Glanz und Tragik, von Perioden fruchtbarer Zusammenarbeit und Zeiten der Mißverständnisse, des Hasses und der

Verweigerung. Ausschlaggebend dafür war oft genug nicht so sehr die Realität des Gegenübers, sondern das geistige Bild, das man sich vom anderen machte. Seine Über- und Unterschätzung, seine Wahrnehmung als Feind oder Freund. Aus Literatur und Geistesleben nahmen solche Bilder ihren Weg in die breite Öffentlichkeit. Die Politik suchte sie zu nutzen.

Solche Bilder waren zunächst historisch und national, dann ideologisch geprägt. "Was dem Russen zum Wohle ist, ist des Deutschen Tod" hieß eine Redensart, die schon im Moskowitischen Rußland geläufig war. "Der Deutsche hat den Mond erfunden" formuliert dagegen ein anderes russisches Sprichwort voll Anerkennung für die deutsche Tüchtigkeit und technische Intelligenz. Sie motivierte Lenin beim Anbruch der Sowjetzeit im März 1918 zu dem überschwenglichen Ausruf: "Lerne beim Deutschen! Gerade der Deutsche verkörpert heute ... das Prinzip der Disziplin, der Organisation, des wohlgeordneten Zusammenseins."

Auf der anderen Seite ist der Schlachtruf "Die Russen kommen" zu einer fast sprichwörtlichen Abschreckungsformel deutscher Politik geworden. Bis auf den heutigen Tag sehen ja immer wieder Vertreter der politischen Rechten bei uns "den Iwan über den Hügel rollen". Auch dies hat Wurzeln bereits im 19. Jahrhundert. Hebbel warnte vor der Möglichkeit, daß "germanische Kultur den Weg über russische Gedärme" nehme, Nietzsche wollte in Rußland "vielversprechendes Barbarentum" wahrnehmen und August von Platen, der russische Truppen bei der Verfolgung Napoleons durch Polen reiten sah, dichtete im tiefen Zwiespalt: "Ach, wir schwelgen im Genusse, daß bereits zu dieser Frist, jener vielgeliebte Russe, unser nächster Nachbar ist. Bloß Barbaren rebellieren, wenn man ihnen bricht den Eid, kommt an unser Herz Baschkiren, weil Ihr so gebildet seid".

Es gab aber auch überschwenglich positive Bewertungen. So erwartete Rilke von Rußland "die schöpferische Verjüngung des europäischen Genius". Und Thomas Mann sah im Russen den "menschlichsten aller Menschen".

Nach der Oktober-Revolution machte dieses ambivalente Bild einer gegenseitigen Angst-Liebe, diese Mischung von Angst und Bewunderung, Angst und Hoffnung mit dem Erstarken des Faschismus in Deutschland mehr und mehr einem ideologischen, eindimensionalen und haßerfüllten Feindbild Platz. Die "rote Gefahr" eines "gottlosen", "asiatischen" Bol-

schewismus wurde beschworen, dessen wahres Gesicht man dann in Stalins Verbrechen sah. In der Agitation des Nationalsozialismus spielte dieses Feindbild eine zentrale Rolle. Die "Revolution des Nihilismus", wie Rauschning lange vor Ausschwitz formulierte, der menschen- und menschlichkeitsverachtende Faschismus gewann in Deutschland die Oberhand. Er produzierte das Feindbild der "braunen Gefahr".

Für das Verhältnis zwischen deutschem und russischem Volk, oder richtiger, zwischen deutschem Volk und den Völkern der Sowjetunion verdient stärker hervorgehoben zu werden, daß die sowjetische Führung selbst im Hitlerkrieg der verständlichen Tendenz zur Gleichsetzung von Deutschen und Faschisten entgegengetreten ist.

Aber dieser Aspekt wurde bald durch die weltweite ideologische Konfrontation des Kalten Krieges überlagert, von gegenseitiger Furcht und neubelebten beiderseitigen Feindbildern. Dort die die bolschewistische Weltrevolution rücksichtslos vorantreibende Sowjetunion, hier die das Lager eines blutrünstigen kapitalistischen Imperialismus anführenden Vereinigten Staaten von Amerika. Unter dem Banne dieser Feindbilder waren beide Seiten nicht mehr bereit, sich Friedenswillen und Friedensfähigkeit zuzubilligen.

IV.

Die Tatsache, daß diese Konfrontation des Kalten Krieges mit vielen Rückschlägen langsam eingedämmt wurde - wobei der Ausgang noch immer offen ist -, war nicht einer Annäherung der Ideologien oder einer Konvergenz der gesellschaftlichen Entwicklung beider Systeme zu verdanken. Entscheidend war vielmehr die zunehmende Einsicht, daß das gemeinsame Interesse am Überleben der Menschheit es im Zeitalter von Massenvernichtungsmitteln kategorisch gebietet, den Konflikt der Grundüberzeugungen zu entmilitarisieren. Darum haben wir Fortschritte gemacht weg von dem lebensfeindlichen Dogma führbarer und gewinnbarer Atomkriege hin zu der Erkenntnis, daß Sicherheit und Frieden nur noch gemeinsam erreicht werden können.

Die ideologischen Unterschiede und Gegensätze werden durch die Einsicht, daß sie nur noch im Frieden ausgetragen werden können, nicht aufgehoben. Andererseits kann die Einsicht, daß Ost und West im Interesse gemeinsamen Überlebens aufeinander angewiesen sind, die ideologische Auseinandersetzung nicht unberührt lassen. Eine Lehre vom gerechten Krieg z.B. können wir uns heute weder im Osten noch im Westen leisten. Es ist wichtig, sich auch dieser notwendigen Rückwirkung bewußt zu sein, um auf beiden Seiten Versuchungen und Verirrungen vorzubeugen, das Bemühen um gemeinsame Sicherheit als ideologischen Verrat zu stigmatisieren.

Der Abschied von überkommenen Feindbildern, historischer, nationaler und vor allem ideologischer Art wird nicht leicht sein. Manche werden sie schon darum vermissen, weil sie sich innenpolitisch und innerparteilich für alle möglichen Zwecke so vortrefflich instrumentalisieren lassen. Es war z.B. ein langer Weg vom "Sozialfaschismus"-Vorwurf der Komintern gegenüber den Sozialdemokraten - ein Vorwurf übrigens, der seinerzeit objektiv den Nazis geholfen hat - zu den Aussagen des vom 27. Parteitag neugefaßten KPdSU-Programms, in denen nun für eine Zusammenarbeit mit der europäischen Sozialdemokratie im Kampf um den Frieden plädiert wird. Für die politische Stabilität in Europa ist es von entscheidender Bedeutung, daß der Weg des Westens zu einer realistischen Einschätzung Gorbatschows und damit zu einer Neueinschätzung der sowjetischen Politik nicht ebenso lang wird.

Vor fast zehn Jahren, 1979, am Ende des ersten Jahrzehnts der Entspannungspolitik schrieb ich: "So wie die äußere Dimension der deutschen und europäischen Frage Entspannung heißt, so heißt ihre innere Dimension Reform. Nicht nur der Westen braucht gesellschaftliche Reformen. Der Osten braucht sie wie die Dürre den Regen. Nicht nur über den Frieden, sondern auch über Reformen muß in Europa zwischen West und Ost gesprochen werden.

Ich habe mir damals - aus West und Ost - manchen Vorwurf anhören müssen, das sei weltfremd und utopisch. Ost und West fingen tatsächlich auch bald wieder damit an, sich gegenseitig Friedensfähigkeit abzusprechen und Verwundbarkeitsfenster, Asymmetrien und Ungleichgewichte vorzurechnen, um daraus handfeste Konsequenzen für ihre Rüstung zu ziehen.

Heute kann ich mich nicht nur auf das "neue Denken" Michail Gorbatschows, sondern z.B. auch auf Bundespräsident von Weizsäcker berufen, der vor kurzem gesagt hat: "Ko-existenz muß die Fähigkeit bedeuten, Konflikte politisch auszutragen und aufzuarbeiten, ohne daß eine der beiden Seiten den Anspruch auf den Besitz der Wahrheit in letzter Instanz erhebt." Und weiter: "Die Chance der systemöffnenden Zusammenarbeit bietet sich. Es gilt, sie kraftvoll und verantwortlich zu nutzen."

V.

Dieser Einsicht, daß die ideologische Auseinandersetzung in einen friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme überführt werden muß und daß wir dafür neue Spielregeln brauchen, verdankt das gemeinsame Papier der Grundwertekommission der SPD und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED mit dem Titel "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" seine Entstehung. Es vertritt u.a. folgende Thesen:

- * Der Krieg hat im Nuklearzeitalter endgültig aufgehört, ein Mittel der Politik zu sein.
- * Es gibt über die Sicherung des Friedens hinaus gemeinsame Menschheitsaufgaben, die gemeinsam angepackt werden müssen.
- * Die Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen Systemen kann nur noch in der Form des friedlichen, gewaltfreien Wettbewerbs geführt werden.
- * Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen.
- * Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten.
- * Beide Gesellschaftssysteme müssen einander Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit zugestehen.
- * Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge muß innerhalb jedes Systems möglich sein.

Ideologische Auseinandersetzung so zu verstehen heißt, sie friedensadäquat zu machen. Gemeint ist ein Prozeß von dialektischem Charakter: Je mehr es uns gelingt, für den Dialog einen einvernehmlichen Rahmen zu schaffen, um so ertragreicher kann die sachbezogene Auseinandersetzung über Inhalte sein.

Ein solches Mehr an gewaltfreiem ideologischem Wettstreit darf nicht auf gegenseitige Destabilisierung angelegt sein. Es muß vielmehr dazu dienen, die Reformkräfte in beiden Gesellschaftssystemen zu stärken.

Aber auch in diesem Bereich gilt das schon zuvor Gesagte: Manche haben sich zu sehr daran gewöhnt, die Auseinandersetzung mit den lieb gewordenen Feinbildklischees zu führen, als daß sie nun ohne Mühe die neu vereinbarten Regeln für eine einvernehmliche Streitaustragung akzeptieren könnten. Es ist zu begrüßen, daß hierüber zwischen SPD und SED eine Diskussion in Gang gekommen ist, an der sich auch eine breitere Öffentlichkeit beteiligt. Ihr kommt grundsätzliche Bedeutung zu.

VI.

Wie sehen heute die praktischen Aussichten für die Durchführbarkeit einer solchen Politik des friedlichen Wettbewerbs aus? Zunächst ist festzustellen: Überall in unseren Gesellschaften wächst die Azeptanz für eine solche Politik. Den Anhängern der Beharrung wird es immer schwerer, eine Politik der Konfrontation auf der Grundlage überkommener Feindbilder mit den traditionellen Mitteln der Rüstung durchzusetzen. Die Überzeugung, daß von deutschem Boden niemals wieder Krieg ausgehen darf, ist z.B. heute in beiden deutschen Staaten tief verwurzelt.

Noch wichtiger ist der Eindruck, den die heutige Sowjetunion vermittelt; Gorbatschows Konzept der Perestrojka setzt offensichtlich auf friedliche Mittel der Umgestaltung und sucht dafür den Wettbewerb mit der Außenwelt. Der Akzent liegt eindeutig auf der inneren Entwicklung des Landes. Aus unserer eigenen Geschichte wissen gerade wir Deutsche die friedenssichernde Qualität dieses Vorrangs der Innenpolitik sehr wohl einzuschätzen. Denn in unserer Vergangenheit ist eine angeblich gefährdete äußere Lage - bis hin zu einer Gefahr der "Einkreisung" - immer wieder zum Vorwand genommen worden, anachronistische innenpolitische Verhältnisse zu rechtfertigen. Die Folgen in der deutschen Geschichte kennen wir alle.

Gegenwärtig sind die Voraussetzungen für eine Politik des friedlichen Systemwettbewerbs also auf beiden Seiten günstig. Ausgangspunkt muß die

Einsicht sein, die Willy Brandt so formuliert hat: "Der Friede ist nicht alles, aber ohne den Frieden ist alles Nichts" Diese Einsicht rückt das Bekenntnis zur gemeinsamen Sicherheit an erste Stelle.

Friedfertigkeit erhält damit eine neue Qualität. Sie ist Tugend, zugleich aber auch Einsicht in die politische Notwendigkeit unseres nuklearen Zeitalters. Dies muß ohne Halbheiten gelten: Ein bloß taktischer Ansatz, der darauf angelegt wäre, einen vermeintlichen Gegner etwa durch Ausnutzen von Krisensituationen oder Schüren innerer Gegensätze zu übervorteilen, würde nicht aus der Sackgasse herausführen. Im Gegenteil ist unter heutigen Bedingungen die Bereitschaft zur gemeinsamen Krisenbewältigung mehr denn je geboten.

Im Sinne dieses neuen Prinzips gemeinsamer Sicherheit ist auch der Begriff der "friedlichen Ko-existenz" zu verstehen und anzuwenden. Ihm muß jeder Anschein der Propagierung von Gewalt - und sei es auch nur im theoretischen Rahmen eines "Klassenkampfes" - genommen werden. Im vom 27. Parteitag neugefaßten Programm der KPdSU ist dieser Weg beschränkt worden. Erforderlich ist in diesem Zusammenhang auch der Verzicht auf den "Export" von Revolutionen. Beide Systeme müssen sich darauf beschränken, durch die "Kraft des Beispiels" zu wirken, wie es das neugefaßte Parteiprogramm der KPdSU treffend formuliert.

Konsequenter als bisher geschehen, müssen wir uns daranmachen, die bisherigen Feindbilder, besonders die ideologischen Charaktere, abzubauen. Damit meine ich sterile antikommunistische Stereotypen im Westen ebenso wie das Klischee vom nicht friedensfähigen kapitalistischen Imperialismus im Osten. Im friedlichen Wettbewerb der Systeme darf keines dem anderen die Reformfähigkeit a priori absprechen.

VII.

Es liegt auf der Hand, daß eine derart anspruchsvolle Politik auf allen Seiten "Neues Denken" erfordert. Jeder ist aufgefordert, mit ihm bei sich selbst zu beginnen. Phantasie und Weitblick werden auf beiden Seiten nötig sein.

Es wäre allerdings vermessen anzunehmen, wir könnten mit einem solchen Ansatz nun die perfekte Harmonie im Staatenleben herstellen. Interessenkonflikte vielfältiger Art werden bleiben. Dies darf aber nicht der Einsicht entgegenstehen, daß in einer immer stärker zusammenwachsenden Welt eine zunehmende Zahl von Aufgaben nur noch gemeinschaftlich lösbar ist. Um nur einige konkrete Beispiele anzuführen:

- * Der Kampf gegen die fortschreitende Zerstörung unserer Umwelt, die unser aller Lebensgrundlage bedroht und an keiner Staatsgrenze Halt macht.
- * Die Beherrschung einer sich immer weiter beschleunigenden wissenschaftlich-technologischen Entwicklung, u.a. das Dilemma friedlicher Nutzung der Atomenergie nach der Katastrophe von Tschernobyl und die Bewältigung der ethischen Probleme der Gentechnologie.
- * Die Sicherung der Energieversorgung bei anhaltender Bevölkerungsexplosion, vor allem in Lateinamerika, Afrika und Asien. Immer mehr Menschen stehen immer knapperen Ressourcen gegenüber.
- * Die Bekämpfung von Hunger und Elend in der Dritten Welt. Die Satten sind gegenüber den Hungernden schon heute in der Minderheit. Hier baut sich ein explosives Konfliktpotential auf.
- * Die Bekämpfung von Sucht und Seuchen.
- * Die Bekämpfung des Terrorismus.

Hier können Herausforderungen heranwachsen, die in ihrer Brisanz noch das übertreffen, was uns der Ost/West-Konflikt bereits beschert hat. Antworten darauf werden wir nur finden, wenn wir eine Linie konsequenter Zusammenarbeit einschlagen.

Da Entspannung und Frieden nicht primär militärische, sondern politische Kategorien sind, muß die Entspannungspolitik in ihrer zweiten Phase in der vollen Breite der Helsinki-Schlußakte intensiviert werden: Neben den unerläßlichen Fortschritten in den Bereichen der Abrüstung, der Rüstungskontrolle und der Vertrauensbildung: Wirtschaftliche, technologische und wissenschaftliche Zusammenarbeit, Informations- und Kulturaustausch, Lösung humanitärer Fragen, bewußte Stärkung der individuellen wie der sozialen Menschenrechte.

Manches davon ist schon auf den Weg gebracht. Das verdanken wir dem KSZE-Prozeß, der selbst in Zeiten der Sprachlosigkeit zwischen Ost und West seinen stetigen Fortgang genommen hat. Parlamentarierkonferenzen, Expertentreffen, Foren und Symposien haben das ganze Spektrum an Themen von den Menschenrechten bis zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit behandelt. Diese Ansätze müssen konsequent weiterentwickelt werden.

Auf der laufenden Wiener KSZE-Folgekonferenz haben einige Teilnehmerstaaten, darunter die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland, eine Reihe entsprechender Vorschläge eingebracht. So z.B. den Plan einer großen Ost-West-Wirtschaftskonferenz, für die die Bundesrepublik Deutschland als Gastgeber fungieren möchte. Oder das sowjetische Angebot, eine Konferenz über Fragen der humanitären Zusammenarbeit nach Moskau einzuberufen. Es besteht kein plausibler Grund, warum wir darauf nicht eingehen sollten.

Zu nennen ist weiter das von Polen und Österreich formulierte Projekt eines Symposiums in Krakau, das in Anknüpfung an die beiden Budapester KSZE-Kulturforen die Frage der kulturellen Identität Europas behandeln soll. Oder der Plan eines Expertentreffens im sizilianischen Erice über die Rahmenbedingungen für naturwissenschaftliche Zusammenarbeit und die zwischen Ost und West zum Teil unterschiedlich beurteilten Grenzfragen zwischen Naturwissenschaft, Gesellschaft und Ethik. All dies würde dazu dienen, die Staaten aus beiden Bündnissystemen, die Neutralen und die Nichtgebundenen in Europa noch enger zusammenzubringen.

VIII.

Gerade die beiden deutschen Staaten mit ihrer exponierten Lage an der Schnittlinie beider Systeme müssen eine solche Politik konstruktiv und konsequent vorantreiben. Das liegt auch im Interesse Berlins, das voll in die Entwicklung einbezogen bleiben muß. Als Ort der kürzesten Wege zwischen West und Ost könnte Berlin in eine europäische Rolle von großer Bedeutung hineinwachsen.

Die deutschen Sozialdemokraten werden auch in einer zweiten Phase der Entspannungspolitik zu den vorantreibenden Kräften gehören. Sie waren es schon in den 70er Jahren, als sie in der Regierungsverantwortung standen. Sie sind es auch weiterhin - u.a. in intensiven Kontakten mit Regierungen und Parteien aus den Staaten des Warschauer Paktes. So haben wir z.B. das Konzept gemeinsamer Sicherheit mitentwickelt und gegen alle Anfeindungen verteidigt. Vieles, was wir oft gegen große Widerstände in die Ost/West-Diskussion eingeführt haben, wird heute in fast allen politischen Lagern mehr und mehr aufgenommen. Das ist gut so.

Blockfreies Europa - eine Perspektive?

Anfang Juli fand in Amsterdam eine weitere "END-Convention" statt, eine internationale Begegnung von europäischen Friedensgruppen unter federführender Beteiligung von Gruppen wie European Nuclear Disarmament (END) und dem Interkirchlichen Friedensrat (IKV, Niederlande). Der gemeinsame politische Horizont dieser Gruppen ist die Perspektive eines blockfreien Europas. Ihre Kritik richtet sich gegen beide großen Militärmächte, die meistens "Supermächte" genannt werden. Gleichzeitig wird in erster Linie auf Basisaktivitäten in beiden Blöcken Wert gelegt, Entspannung von oben sei gescheitert, Entspannung von unten müsse her. Als ihre natürlichen Verbündeten betrachten sie Gruppen mit ähnlicher Orientierung in Osteuropa wie Charta 77, CSSR, unabhängige, meist kirchlich angesiedelte Friedensgruppen in der DDR, Helsinkigruppen in der UdSSR, Dialog mit Ungarn und in gewisser Hinsicht Solidarnosc, Polen.

Das Ziel ist, in ständiger Konsultation jeweils auf die eigenen Blockregierungen Druck auszuüben, damit das "Blockdenken" überwunden werde und sich die Supermächte aus Europa zurückzögen.

In einer Erklärung zum 8. Mai schreibt END: "An diesem vierzigsten Jahrestag jenes Tages, wo sich amerikanische, britische und russische Soldaten die Hand reichten, wo Polen, Franzosen und Tschechoslowaken das Ende des Krieges feierten, wo die Leute in den Straßen Moskaus, Londons und New Yorks tanzten, mit einer gemeinsamen Erleichterung des Herzens, bekräftigt END seine Anstrengungen, die künstlichen Schranken, die uns jetzt teilen, niederzureißen. Insbesondere unterstreichen wir unsere Anstrengungen für ein atomwaffenfreies Europa mit Ländern, frei von fremden Truppen und Waffen, mit Grenzen offen für einen normalen zivilisierten (civilised) Austausch durch Reisen und Kommunikation, mit Regierungen, die frei sind, das gemeinsame Ziel eines sicheren und friedfertigen Kontinents zu erreichen.

Das hört sich bestechend an. Wer sorgfältig liest, spürt aber schon jetzt, wo die Probleme liegen. Denn wer bestimmt, was "künstlich" ist und was nicht, was "zivilisiert" ist und was nicht?

I.

Alle Friedensbewegungen in Westeuropa hatten und haben unter der Verdächtigung zu leiden, sie besorgten die Geschäfte Moskaus. Da sie einseitig seien, sei ihre Friedfertigkeit nicht glaubwürdig. Fast alle Friedensbewegungen meinten daher, ihre Glaubwürdigkeit andauernd dadurch unter Beweis stellen zu müssen, daß die Kritik an Politik im eigenen Lager immer begleitet sein sollte von einer Kritik an der Politik des anderen Lagers. Ganz auffällig ist diese Entwicklung bei jener Friedensbewegung zu sehen, die lange Zeit das Muster aller westeuropäischen Friedensbewegungen zu sein schien, beim IKV, dem Interkirchlichen Friedensrat der Niederlande. Vor allem nach dem 13.12.1981, als das Militär in Polen die Macht übernahm und das Kriegsrecht über das Land verhängte, geriet er in eine Glaubwürdigkeitslücke. Da man auf eine gründliche Analyse der Geschichte dieses Kontinents in diesem Jahrhundert meinte verzichten zu können und sie bequemenhalber am 8.5.1945 anfangen ließ, an jenem Tag, da sich quasi aus heiterem Himmel zwei Blöcke auf Europa senkten, da also die Ursache des Wettrüstens das "Blocksystem" war, schien nur logisch zu sein, das "Blocksystem" an sich zu bekämpfen, statt sich immer nur auf bestimmte Rüstungsmaßnahmen zu beschränken. So erwischte man zwei Fliegen mit einem Schlag; man war glaubwürdig, weil man gegen beide Systeme kämpfte und man hatte eine Perspektive, falls man die Nachrüstung nun doch nicht verhindern konnte. Die einzige Konkurrenz schien von jenem Flügel in der Friedensbewegung zu kommen - in den Niederlanden fast nicht existent -, der meinte, in den Abrüstungsvorschlägen der UdSSR die einzige realistische Perspektive der Bewegung zu sehen. In der Bundesrepublik steht das sogenannte "Kofaz-Spektrum" in diesem Ruf.

Wer nun aber Glaubwürdigkeit in dieser Form zu einer zentralen strategischen Kategorie erhebt, verliert seine politische Bewegungsfreiheit. Er wird nämlich immer wieder davon abhängig, was die andere Seite tut oder auch nicht tut. Da er das nicht beeinflussen kann, lähmt er sich selber. Der Fehler liegt darin, daß er von der Gegenseite, für die er ein außenpolitischer Faktor ist, einen innenpolitischen Preis verlangt. Nun kann man dies - wie in

der amerikanischen Menschenrechtsstrategie - zynisch anwenden: man kalkuliert von vornherein ein, daß die andere Seite nicht in der gewünschten (oder eigentlich gar nicht gewünschten!) Weise reagiert, um selber innenpolitisch Spielraum für eine Politik der Stärke zu bekommen; insofern ist Reagans Politik der militärischen Überlegenheit nur der zweite Schachzug nach dem Eröffnungszug der Menschenrechtsdemagogie Carters.

Nur: friedenspolitisch kann so etwas nicht funktionieren. Denn im Endeffekt läuft diese ganze Strategie darauf hinaus, daß die östliche Seite als Preis für eine westliche Friedensbewegung mit Reformen ihres politischen Systems in u n s e r e m Sinne zu zahlen hat. Solche Gedanken kann man im Umkreis der Berlin- und Deutschland AG der Alternativen Liste West-Berlins hören. Anders gesagt, man verbindet Abrüstung, Frieden, Überwindung des Blocksystems mit drastischen innenpolitischen Änderungen nicht bei uns, sondern bei der anderen Seite. Und so blüht das Gespräch mit der Systemopposition im Osten, aber das Gespräch mit den maßgeblichen Kräften in diesem Lager muß verstummen, jedenfalls unfruchtbar bleiben. Eine solche Friedensbewegung kann für die UdSSR und ihre Verbündeten nichts anderes als eine weitere ideologische Waffe des Westens sein. Ich betone: das kann nicht anders sein.

II.

In diesem Zusammenhang ist das Wörtchen "civilised" aus der END-Erklärung hervorzuheben. Solche Adjektive verraten manchmal mehr vom politischen Blickwinkel der Verfasser als die ausgesprochenen politischen Formulierungen. Ein "normaler zivilisierter Austausch durch Reisen und Kommunikation" bedeutet Freizügigkeit und Meinungsfreiheit in unserem Sinne; alles andere ist eben nicht "zivilisiert", sprich barbarisch. Das ist keine Überinterpretation; ich bin der Ansicht, daß die Mehrheit der Bevölkerung in unseren Ländern die Gesellschaft der Sowjetunion für eine barbarische, menschenunwürdige und also eigentlich nicht existenzwürdige Gesellschaft hält. Das "Zentrum des Bösen" Reagans war nicht einfach ein Versprecher, sondern eine angemessene Wiedergabe dessen, was die Mehrheit der US-Amerikaner tatsächlich "denkt". Und so "denken" auch noch viele Friedensaktivisten. Da dieses "Denken" ein weitgehend unbewußter Vorgang

ist, andererseits mehr ist als ein bloßes Gefühl, steht das Wort hier zwischen Anführungszeichen.

Wenn dies der Rahmen ist, muß jedes Abkommen den Charakter des Vorläufigen bekommen. Zur Zeit, so liegt der Gedanke nahe, müssen wir wohl oder übel die Existenz der UdSSR hinnehmen, bis sie entweder sich glaubhaft bekehrt zu unserem way of life oder bis wir in der Lage sind, sie risikolos zu vernichten. Diese entweder offen eingestandene Stimmungslage oder nur indirekt eingestandene Auffassung ist die Grundbedingung für die Rüstungsakzeptanz der Bevölkerung. Entweder ist die sowjetische Gesellschaft tatsächlich eine barbarische, wie die Gleichstellung von roter und brauner Diktatur seit vierzig Jahren wirkungsvoll behauptet: dann müßte man zur Kenntnis nehmen, daß Hitler nur durch Waffen besiegt wurde und auch nur besiegt werden konnte; oder die Gesellschaft der UdSSR ist eine völlig andere Gesellschaft als unsere, wo auch völlig andere Wertsysteme gelten: dann ist ein Modus-vivendi möglich. Aber mit Hitler kann man nicht koexistieren, jedenfalls nicht auf Dauer.

Entweder ist also die Friedensbewegung überflüssig, nämlich dann, wenn der Gegner "uncivilised", barbarisch ist; dann wäre Frieden nur durch Stärke möglich. Oder wir haben es tatsächlich mit "another civilisation" zu tun, deren Werte wir ablehnen mögen, der wir aber den menschlichen Charakter nicht absprechen; dann ist eine Friedenspolitik, die nicht nur auf Stärke beruht, möglich. Zugrunde jedenfalls liegt immer eine Annahme über das Wesen des Gegners.

Durch die Glaubwürdigkeitsstrategie der blockübergreifenden Friedensbewegung mit ihrer Liebe für den Dissidenten und die Opposition gerät diese immer tiefer in die Unglaubwürdigkeit. Denn indem sie die politische Drangsalierung der Opposition durch die östlichen Sicherheitsdienste in den Vordergrund stellt - und das tut sie ja - vermittelt sie oder vertieft sie die kollektive Vorstellung des barbarischen und unmenschlichen Gegners. Indem sie die nicht-systemkonformen Friedensbewegungen, die meistens mit der bürgerlichen Opposition zusammenfallen - nicht nur unterstützt, sondern ihr an Ort und Stelle organisatorische Hilfestellung zu leisten versucht - auch das ist geschehen -, fordert sie die Staatsapparate heraus, in der von bestimmten Kreisen gewünschten und in hierzulande vertrauter Weise zu reagieren. Aus Leuten mit Fragen werden Oppositionelle, aus Oppositio-

nellen Dissidenten, aus Dissidenten Emigranten und das Bild des barbarischen Feindes verstärkt sich.

Ich sage nicht, daß dies das Werk der blockübergreifenden Friedensbewegung allein ist; sie wird in diesem edlen Streben nach Kräften von jenen Geheimdienstlern unterstützt, die z.B. zwei junge Menschen, die in einer Stadt in der DDR am 22.11.1983 eine Mahnwache mit brennenden Kerzen abhielten, verhafteten, energisch verhörten und dann in den Westen abschoßen. Es gibt viele Beispiele. Eine Strategie, die um der eigenen Glaubwürdigkeit willen mit der Opposition dort als Hauptverbündeten arbeitet, dient ihrem Ziel nicht nur nicht, sondern schadet ihm.

III.

Nicht nur auf der taktisch-organisatorischen Ebene ist die blockübergreifende Friedensbewegung kontraproduktiv; auch ihre politische Leitvorstellung, die des blockfreien Europas, dient nicht dem Frieden, sondern läuft im Endeffekt auf das Gegenteil, auf eine Verschärfung der Spannungen in Europa hinaus. Der Beweis dieser Behauptung ist leicht zu erbringen.

Nehmen wir einmal an, die UdSSR entließe anlässlich des siebzigsten Jahrestages der Oktoberrevolution, also am 7.11.1987, ihre europäischen Verbündeten in die Blockunabhängigkeit. Im Frühjahr 1988 fänden überall freie Wahlen statt, bürgerlich-sozialdemokratische Regierungen kämen an die Macht, die KP's würden Oppositionsparteien. - Verschwände dann der Gegensatz in Europa? Daß dies nicht der Fall ist, ahnte ein niederländischer "Blockübergreifender", als er auf einem Kongreß eines "Europäischen Netzwerkes für den Ost-West-Dialog" in West-Berlin sich sinngemäß so äußerte: "Ich bin bereit, persönliche Risiken für meine Sicherheit einzugehen, wenn damit die Menschen in Osteuropa mehr Menschenrechte erhalten; wir dürfen dabei aber nicht nur an die Menschen in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn denken, wir müssen auch an die Menschen in Rußland selbst denken." Und in einer gemeinsamen Erklärung von Leuten aus der autonomen Friedensbewegung in der CSSR und der DDR vom 22.11.1984 ist u.a. zu lesen: "Wir betrachten die folgenden Schritte als die ersten und wichtigsten: keine Raketen in Europa vom Uralgebirge bis zum

Atlantik." Wir sehen: die blockübergreifenden Ideale erstrecken sich auch auf die UdSSR. Auch sie muß "blockfrei" werden. Oder, wie es der niederländische Journalist Brugsma in seinem Briefwechsel mit Arbatow forderte, die UdSSR könne ein Teil eines Europa der Vaterländer werden, wenn sie aufhöre, eine Supermacht zu sein.

Nehmen wir aber an, ab 1988 hätten wir zunächst ein blockfreies Europa - wenn sich inzwischen ganz geräuschlos auch die NATO auflöste! - von Polen bis Portugal. Was dann? Man könnte zur Politik von 1922-1939 zurückkehren und die UdSSR international isolieren. Das ist aber schlecht zu machen, weil sie inzwischen in dieser Welt in einer ganz anderen Weise präsent ist als damals. Die Rote Armee stünde zwar nicht mehr an der Elbe, aber an Bug und Pruth stünde sie immer noch. Ihre SS 20-Raketen hätte sie ebenfalls noch. Damit die neuen blockunabhängigen Staaten nicht auf dumme Gedanken kämen, stünden die SS 22 und SS 23 statt in der CSSR und in der DDR in Moldavien, in der Ukraine und in Weißrußland. Was hätte sich also geändert? Der Westen hätte sich konventionell in eine bessere Position manövriert, sonst hätte sich nichts geändert. Da die osteuropäischen Staaten mit ihren riesigen Dollarschulden nunmehr in bewährter Weise vom internationalen Währungsfonds betreut würden, gerieten sie alsbald in noch viel größere ökonomische und soziale Probleme als sie zuvor hatten. Außerdem haben Ungarn und Rumänien ebenso wie Bulgarien und Jugoslawien und Albanien noch eine Reihe von Rechnungen miteinander offen. Ich sage nicht, daß dies alles zum Krieg führen müßte, aber den Frieden machte dies jedenfalls nicht sicherer.

Es sieht aber so aus, als ob die UdSSR den siebzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution anders begehen wird. Anders gesagt: da das Ziel der "Blockübergreifenden" offensichtlich der UdSSR sehr große Nachteile, dem Westen aber sehr viele Vorteile brächte, ist das Ziel nicht eine richtungsweisende Utopie, sondern ein Hirngespinnst. Man kann weiter gehen: es ist das, was unter John Forster Dulles einmal roll-back hieß. Es ist reaktionär.

Das führt uns zum zweiten Adjektiv aus der END-Erklärung, "artificial", künstlich. Im Weltbild der Blockübergreifenden gibt es eine apokalyptische Vision: an einem bösen Tag im Jahre 1945 senkten sich vom heiteren Himmel Gottes zwei Satansblöcke auf Europa. Die Geschichte beginnt in

diesen Kreisen immer 1945. Nun muß man irgendwo anfangen, aber 1945 ist ein künstliches Datum. Den Gegensatz in Europa gibt es nicht nur künstlich seit 1945, sondern es gibt ihn real und sehr schmerzhaft seit 1917. Sehr schmerzhaft, vor allem für die russischen Kommunisten und für die Bevölkerung dieses unvorstellbar geschundenen Landes. In zwei Kriegen, an denen sich, vielleicht mit Ausnahme der Iren und Isländer, alle europäischen Völker als Gegner des revolutionären Rußlands (1918-1921) oder der Sowjet-Union (1941-1945) beteiligt haben - die Holländer waren mit einigen Tausend holländischen Mitgliedern der SS dabei, die Rumänen mit 26 Divisionen! - kamen, vorsichtig geschätzt, 30 Millionen Menschen ums Leben. Das ist nicht nur russische Geschichte, das ist auch meine Geschichte und die Geschichte meines 1970 geborenen Kindes. Geschichte hat einen langen Atem, wie man z.B. in Israel oder in Nord-Irland erfahren kann. Der Gegensatz zwischen dem Westen und der UdSSR ist ein realer, ein sehr tiefer, ein sehr schmerzlicher, historisch, politisch, sozial und ökonomisch. Wer jungen Menschen einzureden versucht, dieser Gegensatz sei künstlich, wie etwa ein Gegensatz zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, belügt sie. Genau dies tun die Päpste der Blockübergreifenden. Was wir jetzt haben, ist Waffenstillstand mit der UdSSR; zum Frieden mit ihr - und darum geht es in Europa - ist noch ein langer Weg.

Die Sozialdemokraten taten auf ihm, Anfang der 70er Jahre, den ersten Schritt; das ist ein historisches Verdienst, das man kaum überschätzen kann. Das war und ist etwas anderes als die Aussöhnung mit Frankreich und erst recht nicht zu vergleichen mit dem Schmierentheater in Bitburg. Die Friedensbewegung hat zu fragen: was soll diesem Schritt folgen? Die "Blockübergreifenden" diffamieren Entspannungspolitik als gescheitert; Ursache; sie bliebe dem "Blockdenken verhaftet". Genau dies sei aber zu überwinden und das geschähe nur durch Entspannung von unten, durch Leute, die den Gegensatz für "künstlichen Quatsch" erklärten und - so das END in einer früheren Erklärung - so zu leben anfangen, als ob es dieses blockfreie, gegensatzlose Europa bereits gäbe. Das ist keine Politik, das ist Religion, von der Sorte eines Baghwan, das ist Leben in einer Scheinwelt, das ist Negation der realen Geschichte.

Friedenspolitik ist nur möglich auf der Basis der Anerkennung des real existierenden Gegensatzes zwischen einem sozialistischen Osten - wie immer man die Art des Sozialismus dort bewerten will - und einem kapitalistischen

Westen - wie immer man diesen Kapitalismus bewerten will. Beide Systeme schließen sich gegenseitig als Option in einem Land aus. Der Gegensatz verschwindet nur dann, wenn eins dieser beiden Systeme verschwindet. Das kann man natürlich auch zum Gegenstand von Politik machen, wie etwa Hupka, Dregger & Co. es wollen - und wie es eigentlich auch die "Blockübergreifenden" mit ihrem Ideal eines "civilised Europa" wollen! Denn was treiben sie anderes als Destabilisierung Osteuropas? - Aber: Muß die Welt so bleiben, wie sie ist?

IV.

Sie muß zunächst so zur Kenntnis genommen werden, wie sie ist. Es gibt jenen epochalen Gegensatz seit fast siebzig Jahren. Wenn Politik Interessenvertretung ist - und das ist sie, sie ist keine Form der Moral! - , so ist zu fragen, gibt es denn übergreifende Interessen? Die Frage kann mit ja beantwortet werden; es gibt übergreifende Lebensinteressen, die von beiden Systemen, (die bleiben, wie sie sind), nur gemeinsam wahrgenommen werden können. Die Verhinderung eines ABC-Krieges gehört dazu; die Erhaltung einer das menschliche Leben ermöglichenden Umwelt gehört dazu. Diese gemeinsamen Interessen sind die reale Basis für Gespräche und Abkommen. Gäbe es sie nicht, gäbe es auch nichts zu verhandeln. Dies ist das eine Grundaxiom der Friedenspolitik.

Das andere Axiom ist die Anerkennung des Existenzrechtes der anderen Seite. Ist sie nicht gegeben, so sind keine Fortschritte möglich. Da sie auf unserer Seite zur Zeit nicht gegeben ist - Verhandlungen mit dem "Zentrum des Bösen" können nur dem Zweck dienen, Zeit zu gewinnen -, haben Verhandlungen auch kaum Sinn. So kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Verwirklichung dieses zweiten Axioms bei uns eine primäre Aufgabe der Friedensbewegung ist. Die Entspannungspolitik der siebziger Jahre war, wie gesagt, ein Schritt auf diesem Weg.

Die Entspannungspolitik hat viele ihrer Ziele nicht erreicht, aber nicht wegen des "Blockdenkens", sondern weil sie sich an ein Dogma gebunden hat, das die Nachkriegspolitik in Europa bestimmte: mit den Russen wird nicht ohne die Amerikaner verhandelt. Wollen die Amerikaner Entspannung, kann es sie geben; wollen sie sie nicht, kann es sie nicht geben. Und da wir nur sehr

beschränkt beeinflussen können, was die Amerikaner wollen oder nicht, wird der Bewegungsraum für Friedenspolitiker bestimmt von dem, was die Amerikaner als ihre Interessen ansehen. Ein Amerika, dessen Grundstimmung von erzeaktionärem Neokonservatismus und irrationalen theologischem Fundamentalismus geprägt wird - wohl auch noch nach Reagan! - hat keinen Bedarf an Entspannung. Die Überwindung des politischen Nachkriegsdogmatismus ist daher eine zweite Aufgabe der Friedensbewegung. Das heißt: sie kann und darf der Bündnisfrage nicht länger ausweichen und muß dabei gelassen das Anti-Amerikanismus-Geschrei aushalten.

Freilich gedeihen im schwülen Klima euroäisch-amerikanischer Verstimmung auf einmal Europablütenträume. Eine eigenständige westeuropäische Aufrüstung brächte uns, was die Verhältnisse in Europa betrifft, vom Regen in die Traufe, gleich, ob es sich um eine konventionelle oder eine atomare Aufrüstung oder eine Kombination von beiden handelte. Die Rücknahme der 1983 erfolgten Aufrüstung soll nicht durch Aufrüstung auf anderen Gebieten, sondern durch eine qualitative Änderung der militärischen Verteidigung kompensiert werden. In der Friedensbewegung werden dazu eine Reihe von Vorstellungen diskutiert, die zwar nicht ausgeübt scheinen, aber dennoch in die "offizielle" politische Diskussion mehr als bisher aufgenommen werden sollte.

Ein dritter Punkt scheint mir noch wesentlicher zu sein: wir können nicht ernsthaft hoffen, in Europa in Frieden zu leben, wenn ganze Kontinente dem Hunger und der Verzweiflung anheimfallen. Wenn zwei Drittel unserer Welt von Verzweifelten, Desperados, bevölkert wird, dann ist Khomeini ein harmloser Auftakt dessen, was uns in der nächsten Zukunft blühen wird. Es wird oft, vor allem in kirchlichen Kreisen gesagt, Rüstungsgelder müssen für die Entwicklungshilfe verwendet werden. Als ob das im Rahmen dieser Weltwirtschaftsordnung überhaupt ginge! Solange überall in der Welt der Internationale Währungsfonds bestimmt, wie hoch die Brotpreise sein müssen, damit die drüben uns hier ihre Schulden, die unsere Banken ihnen in grob fahrlässiger Weise aufgezwungen haben, zurückzahlen können, solange ist Entwicklungshilfe nichts anderes als Raub mit anderen Mitteln und produziert Desperados. Hier sind die Ansichten Brigitte Eilers ernst zu nehmen. Das heißt: nicht nur die Überwindung des Revanchismus, nicht nur die Bündnisfrage, sondern auch die Weltwirtschaftsordnung oder - um es mit einem präzisen, sei es auch nicht mehr modischen Wort zu sagen - der

ökonomische Imperialismus steht auf der Tagesordnung der Friedensbewegung.

Als ich die letzten Zeilen dieses Artikels geschrieben hatte, brachte die Post den Briefdienst des Arbeitskreises "Sicherung des Friedens", Vorsitzende: Prof. Günter Brakelmann, Bochum, und Staatsminister Friedrich Vogel, Bonn; eine große Koalition von rechten Sozialdemokraten und Christdemokraten in Sachen Rüstung also. Diesmal lag ein Vortrag des Grafen Johann Adolf von Kielmansegg bei. Nun lohnt es sich kaum, auf die üblichen Zerrbilder einzugehen, die er von der Friedensbewegung zeichnet: sie wäre ein Sammelsurium von "harten Marxisten", "einer großen Mitläuferschaft allgemein verunsicherter und unzufriedener Dauerprotestler bis hin zum gläubigen Christen, der an der Not dieser Welt verzweifelt". Wichtiger ist ein Satz, der einen Scheinrealismus zu verraten scheint, in Wahrheit aber nichts als religiös verbrämter Zynismus ist. Der Graf stellt fest, daß die Welt ist, wie sie ist. Er fährt fort: "Erst das Reich Gottes hebt diese unvollkommene, unausweichlich mit tödlichen Risiken behaftete Weltordnung auf."

Zynismus ist die Berufskrankheit des Politikers. Er beruht aber dennoch auf einer irrationalen Annahme: die Tatsache, daß die Welt so ist, wie sie ist, bedeute, daß sie auch so bleiben wird. Ob man dann noch an ein Reich Gottes glaubt, ist nicht von Interesse, für den täglichen Gang der Dinge wäre es ohnehin bedeutungslos. Christen wissen politisch auch nicht mehr als alle anderen auch. Aber ihr Glaube verbietet ihnen diesen reaktionären Scheinrealismus, den Zynismus. Die Welt ist, wie sie ist, das muß man den "Blockübergreifenden" sagen. Sie muß und sie wird nicht so bleiben, wie sie ist; das muß man der Reaktion sagen.

Entspannung und Menschenrechte

I.

Seit einiger Zeit kritisiert der Studentenpfarrer Ton Veerkamp die Friedensbewegung, oder besser gesagt, den Teil der Friedensbewegung, den er mit dem Interkirchlichen Friedensrat der Niederlande (IKV) identifiziert. Seine Kritik ist kurz zusammengefaßt die, das sich der IKV in seiner Politik den konservativen Kräften in den Niederlanden angepaßt hätte.

Der IKV führt seit 1977 eine Kampagne unter dem Motto: "Hilf die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen - laßt uns in den Niederlanden damit beginnen." Der Widerstand gegen die Stationierung von Marschflugkörpern in den Niederlanden ist Bestandteil seiner Arbeit. Die IKV-Kampagne, so Veerkamp, hat viel Kritik von konservativen Kreisen einstecken müssen. Man beschuldigte den Interkirchlichen Friedensrat, er sei einseitig, er unterschätze die Bedrohung in und durch den Ost-Block, er arbeite im Dienste Moskaus. Die Folge sei gewesen, so meint Veerkamp in seinem Artikel (NG/FH 11/85) weiter, daß der IKV in eine Glaubwürdigkeitskrise gekommen sei. Um das Vertrauen bei der Bevölkerung zurückzugewinnen, habe der IKV seine Politik verändert, was vor allem nach der Erklärung des Ausnahmezustandes in Polen am 13.12.1981 durch seine Solidarität mit Solidarnosc und anderen unabhängigen Gruppen in Osteuropa wie z.B. der Charta 77 in der Tschechoslowakei deutlich geworden sei.

Diese Gruppen würden durch den IKV als natürliche Bündnispartner im Kampf gegen das Blocksystem anerkannt, das als Ursache des Rüstungswettlaufes und anderer Probleme angesehen werde. Veerkamp zieht den Schluß, daß diese Politik unter dem Druck von konservativer Seite konzipiert wurde. Seiner Meinung nach besteht die politische Strategie des IKV darin, die osteuropäischen Länder für das Bestehen einer Friedensbewegung wie des IKV als Preis eine Anpassung ihrer eigenen Gesellschaftssysteme an das westliche Modell bezahlen zu lassen.

Veerkamp, Berliner Pfarrer niederländischer Abstammung, der sich in der Bundesrepublik als Kenner des IKV profiliert, hat wahrscheinlich unter dem prägenden Einfluß Berlins die Situation in Holland analysiert und in jedem Fall versäumt, genauer zu lesen, was der IKV selbst über Osteuropa, Menschenrechts- und Friedensfragen publiziert hat. Aber seine Kritik ist mehr als nur ein Mißverständnis. Für Veerkamp ist die Sowjetunion der Leittragende dieses Jahrhunderts. In zwei Weltkriegen, gegen beinahe den Rest von Europa geführt (1918-1921 und 1939-1945), ist den russischen Kommunisten und dem Volk der Sowjetunion unvorstellbares Leid angetan worden. Letzteres stimmt ohne Zweifel, aber wenn Veerkamp in seinem Artikel sorglos das niederländische Volk bei den SS-Truppen Hitlers einreihet, die nach Rußland zogen, fällt das Weiterlesen schwer.

In einer Reihe von niederländischen Familien, wie auch in meiner eigenen, besteht noch viel unverarbeitetes Leid, welches uns durch die Nazis angetan wurde. Aber es scheint, als ob Veerkamp diese verletzenden Anmerkungen benötigt, um seine Meinung zu verdeutlichen: die Sowjetunion gegenüber dem Rest von Europa, zwei Formen von menschlicher Zivilisation, aber mit deutlichen Unterschieden, wobei, wenn man Veerkamp liest, unsere westliche Zivilisation kaum den Namen verdient. Die Sowjetunion hat keine andere Möglichkeit, als sich gegenüber uns mit Stärke zu verteidigen, da sie den Preis des Schwächeren kennt. Nebeneffekt ist dann auch, daß die anderen Länder des Warschauer Paktes keine andere Wahl haben, als sich freiwillig oder gezwungen der anderen Zivilisation anzupassen.

Die Friedensbewegung leugnet nach Meinung Veerkamps, daß man in Osteuropa von einer "Kultur mit westlichem Antlitz" sprechen könnte. Sie manövrierte in das Lager der Reaktion - zusammen mit Forster Dulles und seiner "Roll-back"-Theorie. Die Friedensbewegung schließe sich also in Wirklichkeit Reagans Äußerung an, daß wir es bei der Sowjetunion mit dem Reich des Bösen (oder der Barbarei) zu tun hätten.

II.

Ich hätte mir die Mühe erspart, auf Veerkamps Artikel näher einzugehen, wäre es nicht so, daß er anscheinend einige Autorität in Kreisen der SPD genießt. Denn niemand anderes als Horst Ehmke, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, beruft sich in NG/FH 11/85 auf Veerkamps Analyse, seine und die Auffassung seiner Partei über Entspannungspolitik, Frieden und Freiheit darlegend und verteidigend.

So übernimmt er sorglos die These von Veerkamp, derzufolge der IKV (und damit die Friedensbewegung) die Entspannungspolitik von oben (d.h. das Führen von Verhandlungen und das Treffen von Vereinbarungen mit dem kommunistischen Machthabern in Osteuropa) ablehne und statt dessen eine Entspannungspolitik von unten favorisiere, die den Aufbau von Kontakten auf seiten der "zivilen Gesellschaft" (der Ausdruck stammt aus Ungarn und umschreibt den Teil der Gesellschaft, der nicht von Partei und Regierung durchdrungen ist) in Ost und West fördere. Um seine einseitigen Aktionen zu rechtfertigen, hätte der IKV - laut Ehmke - konstatiert, daß Abrüstung im Westen auch positiven Einfluß auf mehr Bewegungsspielraum um Meinungsfreiheit im Osten ausübe. Dieser "Grundfehler" im Denken des IKV werde selbst zu dessen "Strategie" (diese Termini übernimmt Ehmke von Veerkamp), nachdem Solidarnosc ab Dezember 1981 zerschlagen wurde. Die Folge dieser neuen IKV-Strategie sei gewesen, daß die Kontakte mit offiziellen politischen Organen in Osteuropa unterbrochen wurden, da diese kein Interesse an einer westlichen Friedensbewegung gehabt hätten, die das politische System Osteuropas versucht habe zu destabilisieren. Was für den IKV in dem Sinne dann noch blieb, sei Selbstüberschätzung und Eitelkeit gewesen, so entwickelt Ehmke den "roten Faden" von Veerkamp weiter.

Es ist unrealistisch zu erwarten, daß außerhalb der offiziellen Machtkader in Osteuropa, also durch eine Art Basisdemokratie, eine europäische Friedensordnung ermöglicht würde. Ehmke drückt dies noch deutlicher aus: "Entspannung von unten" läuft wegen ihres destabilisierenden Charakters letztendlich auf eine Liquidierung der Friedens- und Entspannungspolitik hinaus.

Es ist schade, daß Ehmke sich nicht die Mühe gemacht hat, das, was er den "Grundfehler" des IKV nennt, etwas deutlicher zu beschreiben. Er wäre

wahrscheinlich zu keinem anderen Ergebnis gelangt als zu dem, daß nämlich die SPD auch stets den gleichen "Grundfehler" gemacht hat. Sein eigener Artikel steht selbst ganz und gar nicht in diesem Licht. Ehmke erklärt nämlich nicht allein, daß der "neue kalte Krieg" in Europa die Folge der Rüstungspolitik der Supermächte ist (genau dagegen wendet sich auch der IKV); er versucht auch zu beweisen, daß die Entspannungspolitik der SPD gerade auch eine Erweiterung des Spielraumes der osteuropäischen Staaten, sowohl außen- als auch innenpolitisch möglich gemacht hat. Letzteres in Form von mehr Offenheit und Erweiterung von Möglichkeiten der Bürger auf einer Reihe von Gebieten. Ich kann keinen Unterschied zu dem was der IKV beabsichtigt, erkennen.

Ein Problem ist, daß Ehmke nicht beschreibt, wo genau die politischen Probleme zwischen dem, was der IKV und die SPD beabsichtigen, dann wohl liegen. Das kann passieren, wenn man sich auf die falschen Informateure verläßt. Meiner Meinung nach liegen unsere Meinungsunterschiede nicht in der Beurteilung der ersten Phase der Entspannungspolitik, wohl aber auf anderen Gebieten, nämlich:

- Was ist die eigentliche Rolle des zivilen Sektors (im Gegensatz zum politischen Sektor) einer Gesellschaft?
- Was sind in diesem Zusammenhang die Intentionen der Entspannungspolitik?

III.

Trotz der formellen Beziehungen, die der IKV seit 1966 mit den Kirchen unterhält, arbeitet er an den Problemen von Krieg und Frieden unter eigener Verantwortlichkeit. Der IKV funktioniert seit 1977 als eine Art politische Organisation. In diesem Jahr entschied sich der IKV, den Versuch zu unternehmen, seine politischen Ideen durch eine breite Anhängerschaft unterstützen zu lassen. Dieses geschah vor allem durch eine Kampagne, die von lokalen Gruppen und Abteilungen im ganzen Land getragen wurde (und getragen wird). Das Motto der Kampagne lautet seither: "Hilf die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen - laßt uns in den Niederlanden damit beginnen."

Ein wichtiges Motiv für die Kampagne gegen die (nukleare) Rüstung lag in der Absicht, an der Entspannungspolitik weiterhin festzuhalten. Mit großer Anerkennung und Zustimmung haben wir bis heute die entspannungspolitischen Erfolge der Sozialdemokraten (Brand/Schmidt) gewürdigt. Unserer Meinung nach lief die Entspannungspolitik Mitte der 70er Jahre Gefahr, durch die bevorstehenden Modernisierungsrunden auf dem Gebiet der Nuklearrüstung und dem Ausbleiben von neuen Regelungen und Verträgen, die den enormen Rüstungsschub hätten aufhalten können, unterzugehen.

Darum haben wir uns für europäische - und angesichts unserer Position vor allem für westeuropäische - Initiativen eingesetzt, die die Supermächte im wahrsten Sinne des Wortes "im Zaum halten" würden, und wir haben insbesondere für eigenständige Schritte einzelner Länder (innerhalb der Bündnisse) plädiert. Daher auch der Slogan: ... in den Niederlanden damit beginnen". Der IKV ist und war kein Anhänger einseitiger (nuklearer) Abrüstung, hofft jedoch, einen Prozeß unterstützen zu können, der zu einer größeren Beteiligung und Tatkraft der europäischen Länder für Frieden, weiterer Entspannung und Annäherung zwischen Ost und West führen könnte.

Als gesellschaftliche Organisation haben wir an die öffentliche Meinung appelliert und mit ihrer Unterstützung die "Politik" unter Druck gesetzt. Eines der Resultate war der 6jährige Aufschub der niederländischen Entscheidung über die Stationierung von 48 Marschflugkörpern. Wohlgemerkt - dieser Aufschub geschah im Gegensatz zu dem pünktlich erfüllten Stationierungsschema anderer Länder!

Wir haben uns auch an die Kirchen und andere Schwesterorganisationen in Ost und West gewandt und um Verständnis und Unterstützung für unser Vorhaben gebeten. Gleichzeitig entwickelten sich große Meinungsunterschiede zwischen den einzelnen Organisationen, weil sie sich zwar alle auf den Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß richteten, meistens jedoch ihre politischen Initiativen nicht in einen Kontext einer neuen Friedens- und Sicherheitspolitik mündeten.

Ein ernsthaftes Handicap war, daß die Friedensbewegung in den meisten Ländern unzulänglich organisiert war, so daß ihr ein einigender Rahmen fehlte und sie oft nicht mehr als eine "Gelegenheitskoalition" von allerlei Gruppen war, die mehr als nur friedenspolitische Ziele anstrebte. In Osteuropa wurden Kontakte mit Kirchen und mit den offiziell anerkannten Friedensräten aufgenommen, aber auch mit denjenigen, die sich auf eigenständige Weise mit Friedensfragen auseinandersetzten, wie der Charta 77 und Gruppen innerhalb von Solidarnosc. Letzteres geschah auf deren Initiative hin. Nach West wie nach Ost entwickelten wir also eine "zweigleisige" Politik. Zum einen war unsere Politik auf den zivilen Sektor gerichtet. Kontakte und Gespräche über Themen des Friedens und der Sicherheit mit gesellschaftlichen Institutionen, Gruppen und Personen sollten entwickelt und unterhalten werden. Zum anderen war sie auf den politischen Sektor gerichtet: Gespräche mit politischen Parteien und Regierungen samt ihren Institutionen sollten geführt werden, um sie in Hinsicht auf die von uns erwünschten Veränderungen zu beeinflussen. Natürlich waren wir uns bewußt, daß in Ost- und Westeuropa verschiedene politische Systeme bestehen; Ausgangspunkt für uns war jedoch, daß in allen europäischen Ländern ein ziviler Sektor existiert, über den der politische Sektor einerseits staatliche Macht ausübt, auf dem andererseits aber auch seine Autorität basiert. Ohne ein Mindestmaß an Unterstützung und Legitimierung von seiten der Bevölkerung ist in einer zivilisierten Gesellschaft nun einmal schwer zu regieren.

Unsere Initiative strebte also zwei Ziele an:
a) den Entspannungsprozeß zu intensivieren,
b) dem Wettrüsten ein Ende zu setzen.

IV.

Die Behauptung, der IKV sei angesichts seiner "einseitigen" Vorschläge in eine Glaubwürdigkeitskrise geraten und habe schließlich der Kritik von "rechts" nachgegeben, steht völlig im Gegensatz zur Realität. Unter Punkt III habe ich versucht zu erklären, daß unsere Politik nicht national orientiert war, in dem Sinne, als würden wir versuchen, die Niederlande von Atomwaffen zu befreien, ohne auf weitere Entwicklungen in Europa Rücksicht zu nehmen. Soweit uns konservative Gegner solche Vorwürfe gemacht haben, wurde ihnen immer auf vernünftige Weise widersprochen.

Wo dieses nicht möglich schien, sind wir auf ihre Kritik nicht weiter eingegangen. Einen Kniefall vor den "Rechten" hat der IKV nie gemacht.

Für jemanden wie Veerkamp, der schon jahrelang in einer Situation lebt, in der Verleumdungen von politischer Relevanz sind, mag es vielleicht schwer zu begreifen sein, daß die von konservativer Seite gegen den IKV eingeleitete Verleumdungskampagne, der IKV werde von Moskau gelenkt, uns wenig wichtig erschien. Sie dauerte noch keine drei Monate. Ende September 1981, als der niederländische Innenminister erklärte, daß es für solche Vorwürfe keine Spur eines Beweises gäbe, war sie vorbei.

Das war übrigens lange vor den Dezemberereignissen in Polen 1981, die nach Veerkamps Meinung auf den "Grundfehler" und den "Salto mortale" des IKV einen großen Einfluß gehabt haben. War der "Grundfehler" nun etwas anderes als das, was jede nicht eng-nationalistische politische Bewegung will, nämlich den internationalen politischen Kontext beeinflussen, und sei es auch nur am Rande? Insofern der IKV nach dem Dezember 1981 sich um so mehr damit befaßte, wie wünschenswert und erreichbar Veränderungen innerhalb Osteuropas waren, so war dies sicherlich keine Reaktion auf die "Rechte".

In dieser Hinsicht war in Holland überhaupt keine Rede von einer "Glaubwürdigkeitskrise", die durch "rechts" entzündet worden wäre. Es entsprang unseren eigenen Bedürfnissen zu verdeutlichen, wie die Veränderungen, die wir anstrebten, auch internationale Konsequenzen haben könnten. Die Tatsache, daß die Sowjetunion eine starke Friedensbewegung im Westen für wichtig hielt, gab uns damals in der Tat die Hoffnung, daß dies ein Argument gegen eine Intervention in Polen sein würde. Wir wußten auch, daß dies in der internationalen Friedensdiskussion kein ausschlaggebender Faktor sein würde, wir meinten jedoch, daß der sichtbare Machtverlust Moskaus, der sich in Polen vollzog, am besten mit einem Machtverlust auf westlicher Seite beantwortet werden könnte: weniger Kohäsion (mehr Pluralismus) in der NATO, Unterhöhnung des NATO-Doppelbeschlusses.

Wie immer man jetzt zu dieser Argumentation stehen mag, sie mit der "Roll-back"-Politik von Dulles und der Repressionspolitik von Reagan gleichzusetzen, wie Veerkamp dies tut, zeugt von wenig Einsicht.

Ehmkes Auffassung, es sei notwendig, innerhalb der NATO die eigenen europäischen Interessen (nämlich Entspannung und Rüstungskontrolle) mehr und besser zur Geltung zu bringen, steht den Ideen des IKV viel näher.

V.

Wie gesagt, die Ost-West-Beziehungen (also die Entspannungspolitik) standen bei der IKV-Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen und auch beim Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluß von Anfang an im Vordergrund. In diesem Zusammenhang sahen wir Entspannungen im Gegensatz zu vielen Parteien auch immer als etwas Unteilbares an (politische, militärische und humane Entspannung). Unserer Meinung nach kann sich Entspannung nur auf dem Gebiet der offiziellen Politik und den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West abspielen. Entspannung sollte der ganzen Gesellschaft zugute kommen.

In Westeuropa werden wir mit einem sehr beschränkten Entspannungskonzept der "Rechten" konfrontiert, das darauf hinausläuft, die wirtschaftlichen Beziehungen bis auf gewisse Ausnahmen weiter auszubauen, gleichzeitig aber die militärischen und politischen Gegensätze weiterzuführen. Um die politischen Gegensätze zu akzentuieren, versuchen konservative Politiker, die sogenannten Dissidenten zu monopolisieren. Diese mutigen Menschen dienen als politischer Beweis, auf den die "Rechte" ihre militärische Konfrontationspolitik aufbaut. In diesem Zusammenhang sind aktuelle, aus der niederländischen Situation gegriffene Beispiele kennzeichnend, nämlich die Bemerkung unseres Ministerpräsidenten Lubbers, daß Charta 77 es nicht begreifen würde, wenn die Niederlande den Doppelbeschluß nicht ausführen. Ein weiteres Beispiel ist der empörende, weil mit viel "Show" verbundene Empfang der sowjetischen Dissidentin Irina Grivnina auf dem Flughafen von Amsterdam-Schiphol durch die konservative VVD. Die auf demselben Flughafen wartenden Tamilen aus Sri Lanka, die monatelang auf ihre Einreiseerlaubnis hofften, werden sich verwirrt gefragt haben, warum hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Hier hat eine "Hardliner"-Partei politischen Mißbrauch mit der Behandlung von Dissidenten in Osteuropa getrieben.

Das sozialdemokratische Entspannungskonzept hat zum Glück einen viel breiteren Inhalt und vor allem die politische Entspannung ("Entspannung von oben") ist mit großem Einsatz und guten Resultaten entwickelt worden. Wenn die Vorzeichen nicht trügen, wird die militärische Entspannung bald folgen, denn das vielzitierte und bejubelte Konzept der "Gemeinsamen Sicherheit" weist in diese Richtung. Doch auch die Sozialdemokraten haben der Entspannung Grenzen gesetzt. Teils als Reaktion auf den Mißbrauch der "Rechten", teils auch als Geschenk an ihre politischen "Counterparts" in Osteuropa sind sie dazu übergegangen. Die kritischen Stimmen in Osteuropa haben jedenfalls in der großen "Annäherungsarbeit" zwischen Ost und West kaum Platz bekommen und werden heute fast ganz überhört.

Ich neige dazu, dies einen Grundfehler der sozialdemokratischen Entspannungspolitik zu nennen, der außerdem zu einem System ausgebaut worden ist. Ehmke verdeutlicht dies in seiner Darlegung, denn er bezeichnet das politische System in Osteuropa als ein System, das zwar im Dienste des Menschen entwickelt wurde, aber seine Beschlüsse ohne Beteiligung und Mitbestimmung seiner Bürger fällt. Ehmke meint weiter, daß die Entspannungspolitik das Verhältnis zwischen Macht und Bürgern in Osteuropa erträglicher gemacht hat, denn Menschen lassen sich nun einmal nicht gerne bevormunden.

Es ist ein Spielraum entstanden, der sich unter anderem in der Tatsache zeigt, daß jetzt beinahe jeder in der DDR das BRD-Fernsehen ungestört empfangen kann und darf, daß man in Ungarn und Polen bei Wahlen unter zwei Kandidaten wählen kann, daß ein größerer wissenschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Austausch mit dem Westen stattfindet und dergleichen mehr. Hiermit aber, so scheint Ehmke zu warnen, soll sich der Bürger in Osteuropa zufriedengeben. Der Anspruch auf politische Freiheit und der Respektierung individueller Menschenrechte, u.a. wie ihn die Charta 77 erhebt, ist, so meint Ehmke, unakzeptabel für da kommunistische Regime. Ehmke, unakzeptabel für da kommunistische Regime. Ehmke bedauert dieses, kennt selbst keine Alternative und scheint schließlich zu dem Seufzer zu kommen: "Ihr werdet damit leben müssen." Dies ist eine Bevormundung der osteuropäischen Bürger, die sich für mehr Freiheit einsetzen.

Außerdem kann Ehmkes Meinung verheerende Folgen haben. Denn jeder Sozialpsychologe kann heute bestätigen, daß in dem Maß, in dem Menschen

von oben größere Möglichkeiten geboten bekommen, ihre Forderungen nicht abnehmen, sondern eher größer werden. Zufriedenheit wird erst auftreten, wenn die Bürger Mitbestimmungsrechte über die eigene Lebenslage bekommen. Das weiß man in Osteuropa genauso gut wie bei uns. Ehmke scheint gegenüber dieser schlichten Wahrheit "den Kopf in den Sand" zu stecken. Er kommt, was die Dissidenten in Osteuropa betrifft, zu Verlegenheitsformeln wie: moralisch haben sie recht, dessen müssen sich auch die Sozialdemokraten bewußt sein, aber in der Politik geht es eben um Erfolge, nicht um die richtige Gesinnung. Indessen schreibt er zuvor, daß die gesellschaftliche Dimension der Entspannung in Europa, einschließlich des Verhältnisses zu den Dissidenten, ganz bestimmt "zum Gegenstand der friedenspolitischen Erörterungen" gemacht werden solle.

VI.

"Entspannung von unten" ist eine Ergänzung zur "Entspannung von oben". Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das eine geht nicht ohne das andere. Sie brauchen einander. "Entspannung von unten" ist aber mehr als eine Folge der "Entspannung von oben". Sie hat auch eine eigene Dynamik. Politiker täten gut daran, dies zu erkennen und es schätzen zu lernen. Die Angst, die ich bei Ehmke und anderen Sozialdemokraten wahrnehme, daß nämlich "Entspannung von unten" - also das eigenständige und gemeinsame Vorgehen von Gruppen in Ost und West - auf Kosten der politischen Entspannung ginge, ist verständlich, aber sie wird wohl überwunden werden müssen. Eine konstruktive Wechselwirkung und Zusammenarbeit zwischen "unten" und "oben" ist eine Notwendigkeit.

Solange sie weiterhin als Gegensatz gesehen werden, läuft es tatsächlich auf eine "selffulfilling prophecy" hinaus. Dann entsteht eine Stimmung (in Ost- wie Westeuropa), in der gesagt wird: die Sozialdemokraten verhandeln nur mit den Machthabern, aber die "gewöhnlichen" Bürger werden dabei übersehen. Die können und sollen sich sogar mit den Früchten der "Entspannung von oben" begnügen. Gegen diese Arroganz der Macht in dem Sinne wie "Für sie, aber ohne sie" wird in der Friedensbewegung mit Recht demonstriert. Als Reaktion ist - und diesmal zu Unrecht - Skepsis hinsichtlich "Entspannung von oben" gewachsen. In Osteuropa zeigt sich dies in noch viel schärferer Form. Wer einmal Polen besucht hat, wird (mit Schrecken) die

große Sympathie für "rechts" entdeckt haben, denn "die" (Reagan etc.) fassen die Machtgaber in Osteuropa wenigstens nicht mit seidenen Handschuhen an! Der IKV ist sich dessen völlig bewußt, daß "Entspannung von unten", solange dieses von der "Entspannung von oben" getrennt ist, das Risiko trägt, von der Politik der "Rechten" mißbraucht zu werden, mit der Folge, daß von Entspannung überhaupt nicht mehr die Rede sein wird.

Aber die Sozialdemokraten ihrerseits werden zugeben müssen, daß eine Orientierung ausschließlich auf "Entspannung von oben" auf die Dauer auch an Grenzen stößt. Denn Bürger wollen nicht nur Empfänger der (Wohl-)Tätigkeit der Politik sein; sie wollen auch mitspielen, selbst Verantwortung tragen für die Ost-West-Beziehungen (an ihrer Stelle in der Gesellschaft). Dieses eigene Einbringen ist ein wesentlicher Aspekt dessen, was die Legitimierung von Macht genannt wird. Man kann, so haben die Machthaber in verschiedenen osteuropäischen Ländern richtig erkannt, keine Wirtschaft auf der Grundlage einer alles erstickenden Bürokratie in Gang halten, wie schön die 5- oder 10-Jahrespläne auch immer aussehen mögen. Es muß Raum geschaffen werden, in dem Menschen eigene Initiativen ergreifen können. Gewiß, innerhalb eines Gesamtrahmens, aber dennoch. Erst dann werden Bürger wirkliches Vertrauen in die 5-Jahrespläne in Osteuropa setzen.

Mit der Entspannungspolitik zwischen Ost und West ist es im Grunde nicht anders. Auch da fordern Bürger das Recht "sich einzubringen", ein eigenes "Input" in die Diskussion über die (nukleare) Rüstung zu bekommen, um zusammen mit ihren Partnern in anderen Ländern Wege zu suchen, die den Entspannungs- und Abrüstungsprozeß stimulieren könnten. Auch die Friedensbewegung fordert dieses Recht und beruft sich dabei auf die Politik von "links", insbesondere auf die sozialdemokratische Entspannungspolitik. Denn "Entspannung von unten" braucht einen politischen Rahmen, einen Gesamtrahmen, der Ost- und West umfaßt und deshalb nie von "rechts" geliefert werden wird, weil rechte Politik auf Konfrontation setzt und Osteuropa eher ausschließt als durch eine geeignete Politik einbezieht.

Nach Meinung des IKV könnte politische Entspannung ("Entspannung von oben") in einer zweiten Phase die Voraussetzungen schaffen, unter denen Kontakte und Beziehungen zwischen den verschiedenen Einrichtungen, Gruppen und Personen aus den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen

besser und eigenständiger gedeihen können. Ehmke zeigt, wie groß die Verführung für einen Politiker, eine politische Partei oder eine Regierung ist, sowohl in West- als auch in Osteuropa die Eigenständigkeit zu vergessen und so zu tun, als ob politische Macht imstande wäre, sich selbst zu legitimieren, folglich kein "Gegenüber" brauche, weil es immer möglich sei, den Bürger gefügig zu machen. Auch er versucht, durch Propaganda und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, Macht zu erwerben. Dies ist an und für sich noch nicht einmal schlecht und paßt zu unseren Auffassungen von Demokratie. Aber politische Macht muß sich um Legitimität bemühen, wenn von Demokratie die Rede sein soll. "Vertrauen" ist demnach so etwas wie ein Tauschmittel, das die Gesellschaft einer "guten" politischen Macht gegenüber erbringt. Ein Politiker wird daher auf das Anpreisen seiner Erfolge viel Zeit verwenden, was Ehmke auch tut. Aber es ist schließlich wohl eine selbständige Entscheidung des Bürgers - der Kunde ist König -, ob er der Staatsmacht sein Vertrauen schenkt. Und der Bürger wird sich dazu entschließen, falls er sich auch frei im Sinne von verantwortlich für die Gewalt fühlen kann, die über ihn ausgeübt wird. Das gilt überall, in West- und Osteuropa - unabhängig vom Gesellschaftssystem. Bei einem Mehrparteiensystem sind die Möglichkeiten, um "Vertrauen" zu werben größer, als in einem Land mit nur einer Partei. Außerdem kann dies auch in einer tückischen Weise geschehen: Die eigene Partei - sagen wir die SPD - kann immer auf die in ihren Augen schlechte Führung der CDU/CSU hinweisen, und dann den Verlust an Vertrauen zu den Christdemokraten als Gewinn für die Sozialdemokraten verbuchen. Das erste mag wahr sein, das zweite ist ein Trick, der in den abendländisch-parlamentarischen Demokratien nur allzuoft angewendet wird. In den kommunistischen Staaten Osteuropas ist die Partei in dieser Hinsicht vis-a-vis der Bevölkerung viel verletzbarer. Sie versucht, diese Verletzlichkeit zu verringern, indem sie den Bürgern allerlei Beschränkungen auferlegt, namentlich im Bereich der Freiheit der Meinungsäußerung. Die oft harten Maßnahmen gegenüber sog. Dissidenten bilden die Exzesse dieser Führung. Dennoch aber entkommt auch in einem Einparteiensstaat die Partei der Notwendigkeit einer Legitimierung nicht. Wenn sie nicht in eine Diktatur entarten will, so wird sie ihrer Bevölkerung den Raum geben müssen, der notwendig ist, um "Vertrauen" zurückzuerhalten zu können. Wer den Entwicklungen in Osteuropa folgt, erkennt, daß die dortigen Regierungen sich dieses Dilemmas durchaus bewußt sind. Und es ist nicht abzustreiten, daß in verschiedenen osteuropäischen Ländern allmählich mehr Freiraum entsteht.

"Entspannung von oben" stößt wie jede Politik (von oben) auf Grenzen in der Gesellschaft, die nur dadurch verlegt werden könnten, indem der Raum geboten wird, sich eigenständig einzubringen. Die Geschichte des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR zeigt dies treffend. Ehmke versteht dies schon, aber er fügt sich meines Erachtens zuviel in ein noch herrschendes osteuropäisches Machtdenken ein, das davon ausgeht, daß man der Bevölkerung nur begrenzten Freiraum gönnen darf. Ein eigenes Einbringen wird (aus welchem Grunde auch immer, Angst vor Machtverlust vielleicht) ausgeschlossen.

Gerade wegen der Erhaltung der Macht auf demokratischer Basis müßte diese Angst meines Erachtens überwunden werden. "Entspannung von unten" braucht meiner Ansicht nach auch keineswegs eine Destabilisierung des politischen Systems in Osteuropa zur Folge zu haben, sogar eher das Gegenteil. Weshalb könnten Sozialdemokraten solches nicht ihren politischen Partnern in Osteuropa sagen?

VII.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen erhebt sich natürlich die Frage, wohin dies alles in der praktischen Politik führt. Für den Anfang werden eine Reihe von Hindernissen im Ost-West-Verhältnis ausgeräumt werden müssen. Eines der Hindernisse ist, und darin bin ich mit Ehmke völlig einig, die Konfrontation (in Europa) zwischen den Supermächten. Übrigens möchte ich dazu anmerken, daß die europäischen Länder gewöhnlich den Supermächten jeglichen Freiraum geben, ihren Wettbewerb hier auszufechten. Die SPD wird doch nicht leugnen wollen, daß sie für den NATO-Doppelbeschluß eine schwere Verantwortung trägt und meines Erachtens kann man nicht alle Probleme, die dieser Beschluß auch für andere Länder, die eigentlich nur um der Bundesrepublik willen am Beschluß festhalten mußten, mitgebracht hat, auf das Konto der Vereinigten Staaten schreiben. Es wird jedoch über eine andere Beziehung mit den Vereinigten Staaten im Sinne der Entspannungspolitik im politischen als auch im militärischen Bereich nachgedacht werden müssen. Die materielle Ausstattung der NATO muß auf die Tagesordnung kommen. Dabei geht es sowohl um den Umfang der amerikanischen militärischen (und insbesondere

nuklearen) Präsenz in Europa - ich möchte auch für eine weitere Ausarbeitung der Ideen von Andreas von Bülow in dieser Angelegenheit plädieren - als auch um den Grad der militärischen Integration. Von Bülow geht, was dies anbelangt, meines Erachtens in die falsche Richtung.

Im Grunde entwirft er doch so etwas wie eine "westeuropäische Armee" mit einem "vorwärts" orientierten Verteidigungskonzept, wobei der Hubschrauber als modernes Ersatzmittel für den Panzer lanciert wird. Wenn wir von den militärischen Bedenken gegen diese alternative Maginotlinie absehen, so bestätigt diese Auffassung die Teilung in Europa und sie zwingt vor allem die Sowjetunion zu einer hundertprozentigen militärischen Präsenzstärke in Osteuropa, besonders in der DDR.

Ich plädiere jedoch nicht für die Abschaffung der NATO und des Warschauer Paktes. Wohl aber muß man versuchen, eine Politik zu machen, bei der die Symbole der bi-polaren Sicherheit (NATO und Warschauer Pakt) sich allmählich den Regeln der gemeinsamen Sicherheit anpassen müssen. Dabei liegt es nahe, daß eher weniger als mehr militärische Integration intendiert wird, sowohl in den NATO als auch im Warschauer Pakt. Vor allem müssen die Sowjetunion wie auch die Vereinigten Staaten davon überzeugt werden, daß sie sich - vielleicht bis auf einen symbolischen Rest - hinter ihre eigenen Grenzen zurückziehen müssen.

Meiner Meinung nach muß eine gemeinsame Sicherheit mit der Fortsetzung des Helsinki-Prozesses verbunden werden. In Europa muß der KSZE viel mehr Bedeutung beigemessen werden als bisher. Sie sollte so schnell wie möglich institutionalisiert werden, und zwar deshalb, damit letzten Endes verhindert wird, daß andere (neue) bi-polare Formen der militärischen Integration, zum Beispiel die WEU oder IEPG Bedeutung gewinnen. Im Helsinki-Abkommen sind die verschiedenen Elemente des Entspannungsprozesses verbunden. Der Zusammenhang ist von größter Bedeutung und müßte endlich auch einmal als solcher verstanden und honoriert werden. Dabei darf der dritte Korb der humanitären Kontakte nicht (mehr) als Einzelfall betrachtet werden, wodurch die Parteien erneut in politische Gegensätze verstrickt würden. Diese ideologische Abkoppelung des dritten Korbes führt unmittelbar dazu, daß auch die anderen Körbe entkoppelt werden, was früher oder später zu einer Stagnation auf allen Gebieten führen wird.

Der IKV hat in seinem vor kurzem erschienenen Programm vorgeschlagen, daß die Mitgliedsstaaten der KSZE auch untereinander (bilaterale) Helsinki-Abkommen abschließen sollten. Dies gilt selbstverständlich vor allem für die Länder der NATO und des Warschauer Paktes. "Helsinki" ist die vorläufige Krönung im Entspannungsprozeß und dieses Abkommen muß so kreativ wie möglich weiter ausgebaut werden. Der IKV plädiert in diesem Zusammenhang dafür, daß die Regierungen in Ost und West das, was wir eine "Politik der Kontakte" genannt haben, zu gestalten. Eine solche Politik muß vor allem dazu führen, daß die Menschen in Ost und West miteinander Kontakte aufnehmen können. Es ist offensichtlich, daß auch für die eigenen Initiativen aus der Bevölkerung viel Freiraum benötigt wird.

Es würde zu weit führen, um an dieser Stelle auch noch unsere Ideen über das Verhältnis von EG und RGW zu erörtern und mehr im allgemeinen über die Frage nachzudenken, wie wirtschaftliche und andere Kontakte zwischen Ost und West angeregt werden können. Auch auf diesen Gebieten plädieren wir für zahlreiche Maßnahmen, welche der Entspannung (als europäisches Sicherheitsinteresse!) einen mehr strukturellen Charakter geben, statt eines konjunkturellen Charakters, wie dies zur Zeit durch die klimatologischen Schwankungen in den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion der Fall ist. Der IKV hat im Lauf der Jahre die Erfahrung gemacht, daß es kaum ein Gebiet gibt, wo man so rechthaberisch ist wie auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit. Ost und West verketzern einander. Das gilt oft auch für Regierungen und Friedensbewegungen in westlichen Ländern. Dissidenten werden in Osteuropa mißbraucht und malträtirt. Und auch die sozialdemokratischen Parteien äußern laute und böse Töne in Richtung Friedensbewegung und umgekehrt. Ein jeder glaubt von sich, nur er habe recht; und alles im Namen des Friedens. Ist es nicht an der Zeit, daß wir etwas kreativer miteinander umzugehen? Falls dies bejaht wird, müssen wir uns auch die Zeit nehmen, um miteinander ins Gespräch zu kommen und einander zuzuhören. Dem direkten Gespräch sollte dabei der Vorzug gegeben werden, um "Verzerrungen" durch dritte Personen zu vermeiden.

Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik

In der europäischen Friedensbewegung ist ein Streit ausgebrochen, der hohe Aufmerksamkeit verdient. Unter dem Schlagwort "Gegen die Entspannungspolitik von oben, für eine Entspannungspolitik von unten" wird eines der Grundthemen der Auseinandersetzung aufgegriffen, die in den 70er Jahren um die Ostpolitik geführt worden ist: Die Frage nach dem Verhältnis von Frieden mit dem Ostblock und Freiheit im Ostblock in der Zielsetzung unserer Politik ihm gegenüber.

Der Streitstand in der Friedensbewegung kann wie folgt skizziert werden: Während die einen die sozialdemokratische Entspannungspolitik positiv würdigen, jetzt aber einen neuen Ansatz für erforderlich halten, lehnen die anderen diese Politik als "Entspannungspolitik von oben" (durch Verhandlungen und Vereinbarungen mit den kommunistischen Machthabern im Osten) ab. Sie fordern statt dessen eine "Entspannungspolitik von unten" - durch Friedensbewegungen in West und Ost. Eine "Friedensbewegung von unten" im Osten aber kommt in Konflikt mit den kommunistischen Machthabern.

Ein Mitglied der Friedensbewegung, der Westberliner Studentenpfarrer Ton Veerkamp, hat versucht, diese Entwicklung am Beispiel des Interkirchlichen Friedensrates der Niederlande, eine der einflußreichsten Gruppen der westeuropäischen Friedensbewegung, nachzuzeichnen (s.a. den Artikel von T. Veerkamp in diesem Heft; Red.). Um Einfluß auf die staatlichen Entscheidungen in der Raketenfrage zu gewinnen, habe der Interkirchliche Friedensrat nicht nur seine Kompetenz, sondern auch seine Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen müssen. Dabei habe er sich gegen eine Kampagne der Rechten wehren müssen, seine Aktivitäten stünden im Solde Moskaus. Der Friedensrat habe diese Diffamierung mit dem Hinweis beantwortet, Abrüstung im Westen nehme dem Osten nicht nur ein Argument für seine eigene Rüstung, sondern auch für die Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Ostblock. Das Anwachsen der Friedensbewegung diene also - die

polnische Solidarnosc beweise es - der Entwicklung der Freiheit im Osten. Als die Solidarnosc dann im Dezember 1981 zerschlagen wurde, gabe der Friedensrat seinen Grundfehler, die eigene Glaubwürdigkeit vom Verhalten kommunistischer Regime abhängig zu machen, geradezu zu einem System ausgebaut: Solidarnocs, Charta 77 und ähnliche Gruppen seien zu den natürlichen Verbündeten der westlichen Friedensbewegung ernannt worden. "Detente von oben" sei gescheitert, "Detente von unten" aber erfordere Entfaltungsfreiheit für die Opposition auch im Ostblock und daher den schrittweisen Abbau seines innenpolitischen Systems.

Als Folge dieser "Politik", schreibt Veerkamp, hätten diese Teile der Friedensbewegung aufgehört, von den politisch entscheidenden Kräften im Osten - und das seien nun einmal die kommunistischen Parteien - als Gesprächspartner ernstgenommen zu werden. Diese "Entspannungspolitik von unten" sei in Wahrheit keine Politik, sondern nur eine moralisch empörte Reaktion auf die Reflexe des Ostens. Sie werde mit Sicherheit noch weniger bewirken als die "Entspannungspolitik von oben" bisher bewirkt habe.

Veerkamps Kritik an der von ihm beschriebenen Tendenz muß noch erweitert werden: Diese läuft Gefahr, Entspannungspolitik ernsthaft zu verhindern, indem sie die kommunistischen Parteien auf Gegenkurs zu ihr bringt. Und sie trägt zur Illegalisierung von Friedens- und Protestgruppen im Ostblock bei.

Im übrigen kann der konstruierte Gegensatz zwischen "Entspannungspolitik von oben" und "Entspannungspolitik von unten" praktisch nicht durchgehalten werden. Die Annahme, man könne über die Köpfe der Regierungen in West und Ost hinweg eine europäische Friedensordnung basisdemokratisch herbeizaubern, ist eitle Selbstüberschätzung. Friedenspolitik braucht beides: Handeln von Regierungen und Parlamenten ebenso wie eine Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger. Welche Unterschiede in Sachen Entspannungspolitik zwischen einer sozialdemokratisch geführten und einer konservativen Regierung bestehen, erleben wir gerade in der Bundesrepublik. Andererseits hat die SPD lernen müssen, daß sie auch als "gouvernementale" Partei die gesellschaftliche Bewußtseinsbildung durch Friedensarbeit mit den Bürgern nicht vernachlässigen darf. Die Mitarbeit von Sozialdemokraten in der Friedensbewegung ist zugleich Vertrauensarbeit.

Bei kritischer Betrachtung der Diskussion in der Friedensbewegung will es mir scheinen, daß die beschriebene Tendenz weniger einer Selbstüberschätzung nach außen als einer inneren Unsicherheit entspringt. Die Friedensbewegung, die als Anti-Raketen-Bewegung, als "one-cause-pressure-group" eine klare Niederlage erlitten hat, möchte ihre bisherige Beschränkung durch Entwicklung eines breiteren und tragfähigeren politischen Konzepts überwinden. Ihre Zuwendung zu Dissidenten-Gruppen in Osteuropa ist unter zwei Aspekten zu sehen: dem ihres Verhältnisses zur innenpolitischen Rechten, unter deren Diffamierungsdruck sie steht, und dem ihres Verhältnisses zu dem im Ostblock etablierten Kommunismus als außenpolitischem Faktor.

Um mit dem Verhältnis der Friedensbewegung zur innenpolitischen Rechten zu beginnen: Der Vorwurf der Rechten, "im Solde Moskaus" zu stehen, ist nicht nur gegen die Arbeit der Friedensbewegung, sondern auch gegen die Politik der deutschen Sozialdemokraten erhoben worden. Der Interkirchliche Friedensrat der Niederlande weiß so gut wie die deutsche Sozialdemokratie, daß es dabei nicht um das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten geht, sondern um die "Tradition" der Rechten, Fragen der Außenpolitik gegenüber den kommunistischen Staaten als Diffamierungsknüppel in der innenpolitischen Auseinandersetzung zu mißbrauchen. Die deutschen Unionsparteien haben diese Diffamierung noch in jedem Bundestagswahlkampf betrieben. 1987 wird es nicht anders sein.

Doch obwohl der Antikommunismus - über die demokratische Ablehnung totalitärer Systeme hinaus - aufgrund von 12 Jahren Nazipropaganda, vor allem aber aufgrund des Erlebens und Erleidens der einmarschierenden Roten Armee tief im Bewußtsein und Unterbewußtsein unseres Volkes verankert ist, haben sich die deutschen Sozialdemokraten in der Auseinandersetzung mit dem Ostblock nie die billigen Klischees der Rechten zu eigen gemacht. Die Sozialdemokraten verfügen - von der Teilung der Arbeiterbewegung angefangen bis zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der Ostzone - in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten und dem Bindestrich-Dogmatismus des Marxismus-Leninismus über mehr Erfahrung als alle Konservativen zusammen. Die Nichtanpassung an die Rechten ist eine entscheidende Voraussetzung nicht nur für eine wirksame Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, sondern auch für die immer wieder erneute Erarbeitung und Erkämpfung der innenpolitischen

Voraussetzungen einer aussichtsreichen Friedenspolitik durch gesellschaftliche Bewußtseinsbildung.

Der zweite Aspekt, das Verhältnis zum etablierten Kommunismus des Ostblocks als einem außenpolitischen Faktor, ist weitaus komplizierter. In der Analyse der sowjetischen Politik und in unserer Politik der Sowjetunion gegenüber haben wir immer zwei Faktoren zugleich zu berücksichtigen: Macht und Ideologie. Und um ein Ergebnis vorwegzunehmen: Eine Politik der "Destabilisierung" der Ostblockstaaten "von unten", läuft - ebenso wie die gerade von Herrn Hupka noch einmal propagierte Politik einer "Destabilisierung" der kommunistischen Regime "von außen" - im Endergebnis auf eine Liquidierung der Friedens- und Entspannungspolitik hinaus. Fühlen sich Teile der westeuropäischen Friedensbewegung in Nachbarschaft zu solchen rechten Kräften wirklich wohl? "Strange bedfellows"!

Die schwierigeren Aspekte unseres Verhältnisses zum etablierten Kommunismus des Ostblocks als außenpolitischem Faktor werden deutlich, wenn man sie im Lichte der Frage nach Frieden mit dem Ostblock und Freiheit im Ostblock in der Zielsetzung der Entspannungspolitik betrachtet. Grundziel der Entspannungspolitik ist die Herausbildung eines wirklichen Friedenszustandes in Europa. Dieses Ziel soll nach Vorstellung der Sozialdemokraten durch die Entwicklung einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme erreicht werden. Daher ist zu Recht gesagt worden, daß die Entspannung zwischen den Staaten oder gar deren "Koexistenz", die ideologische Auseinandersetzung, den friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme keineswegs beenden kann.

Da aber Partnerschaft der Staaten bei Feindseligkeit (statt nur Gegensätzlichkeit) der Gesellschaftssysteme immer gefährdet sein würde, und die Entspannungspolitik angesichts der Gemengelage von Macht und Ideologie notgedrungen auch auf die innenpolitische und die ideologische Entwicklung einwirkt, muß auch die innere Dimension der Entspannung in Europa, einschließlich des Verhältnisses zu den Dissidentengruppen im Osten, zum Gegenstand der friedenspolitischen Erörterungen gemacht werden. Die Sozialdemokraten sollten daher die Diskussion in der Friedensbewegung insoweit durchaus auch selbstkritisch aufnehmen.

So unbestreitbar die Erfolg oder sozialdemokratischen Entspannungspolitik sind, so unbestreitbar ist dies in den 80er Jahren steckengeblieben, was zugleich Rückschritt bedeutet hat. Die Gründe dafür lagen aber weniger im Bereich der ideologischen als in dem der Großmacht-Konkurrenz. Die Ursachen für das Steckenbleiben der Entspannungspolitik im Großmacht-Bereich sehe ich in folgendem:

Einmal ist die Eigendynamik des Wettrüstens unterschätzt worden. Die Annahme, daß der Abbau von politischen Spannungen nicht nur zu vielfacher Zusammenarbeit führen, sondern schließlich auch - quasi "automatisch" - eine Verminderung der Rüstungen nach sich ziehen werde, hat verkannt, daß das Wettrüsten nicht nur eine Folge, sondern inzwischen eine der Hauptursachen der heute existierenden Spannungen ist. Entspannungspolitik und Wettrüsten sind jahrelang nebeneinander hergelaufen, bis schließlich klar wurde, daß entweder die Entspannungspolitik in der Form von Rüstungskontrolle und Abrüstung auch im militärischen Bereich zum Zuge kommen, oder aber scheitern muß.

In der Eigendynamik des Wettrüstens kommt zugleich - in beiden Systemen - nicht nur die Eigendynamik der militärisch-industriellen Komplexe, sondern auch die Dynamik der Großmachtinteressen zum Ausdruck. So versuchen die Großmächte z.B. nicht nur, ihre Interessen in ihren "Hinterhöfen" mit allen Mitteln durchzusetzen, in Afghanistan ebenso wie in Nicaragua oder auf Grenada. Sie entziehen sich auch in zweifelhafter Gemeinsamkeit ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag zu nuklearer Abrüstung. Um ihre Großmachtinteressen weltweit zur Geltung zu bringen, scheuen sie auch nicht vor offener Konfrontation zurück, ohne Rücksicht auf die Interessen der kleineren Staaten. Diese sehen sich daher vor die Frage gestellt, wie sie ihr Eigeninteresse an einem entschlossenen Neuanlauf in der Entspannungs- und Rüstungskontroll-Politik zur Geltung bringen können, statt nur einfach den Reflexen der Großmächte zu folgen. Für die Sozialdemokraten sind die Politik der Sicherheitspartnerschaft und die Politik der Selbstbehauptung Europas daher zusammengehörige Aspekte einer zweiten Phase der Ost- oder richtiger der West-Ost-Politik.

Auch die Machtfaktoren, die die Entspannungspolitik der 70er Jahre abgebremst haben, sind - um auf das Thema der Ideologie zurückzukommen - mit ideologischen Faktoren verschränkt. Für die Sowjetunion ist z.B. Osteu-

ropa nicht nur ein im Zweiten Weltkrieg mit großen Opfern erkämpftes sicherheitspolitisches Glacis, sondern auch - nach langer Isolierung der Sowjetunion als einzigem sozialistischen Staat - ein wichtiger Bestandteil der "sozialistischen Staatenwelt". Umgekehrt ist für den Westen (und nicht nur für den Westen) die Teilung Europas nicht nur eine Frage des Friedens, sondern auch eine Frage der Menschenrechte. Oder, um ein Beispiel außerhalb Europas zu wählen: Der Einmarsch der Roten Armee in den Pufferstaat Afghanistan war nicht nur eine Fortsetzung zaristischer Expansionspolitik, sondern auch ein Akt des "proletarischen Internationalismus" bzw. der internationalistischen Solidarität der Sowjetunion mit allen sozialistischen Regimen. Umgekehrt ist für die Vereinigten Staaten ihre kaum noch verdeckte militärische Intervention auf Grenada nicht nur eine Machtfrage, sondern auch eine Frage der Bekämpfung oder wenigstens Eindämmung revolutionärer Ideologien in dieser Region.

Trotz dieser Gemengelage von Macht und Ideologie und trotz der Festigkeit der beiderseitigen gesellschaftspolitischen Überzeugungen hat der ideologische Gegensatz die Entspannungspolitik aber in weit geringerem Maße konterkariert, als Teile der Friedensbewegung heute anzunehmen scheinen. Dabei muß zunächst daran erinnert werden, daß die ideologische Ausgangsfrage zu Beginn der Entspannungspolitik nicht lautete, ob die Ostblock-Regime die ideologischen und innenpolitischen Auswirkungen der Entspannungspolitik würden verkraften können. Am Anfang stand vielmehr die besorgte Frage vieler Konservativer im Westen, ob die Entspannungspolitik nicht ein trojanisches Pferd sei, in dessen Bauch der Kommunismus und die Weltrevolution in die Bundesrepublik nach Westeuropa eingeschleust werden würde.

Die deutschen Sozialdemokraten haben damals erklärt, daß für Berührungängste oder gar Unterlegenheitsgefühle gegenüber den Kommunisten kein Grund besteht, daß Demokraten die Auseinandersetzung mit den Kommunisten und den friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme vielmehr mit Selbstbewußtsein führen müssen und führen können. Die Entwicklung hat ihnen Recht gegeben.

Die kommunistischen Parteien in Westeuropa, einschließlich der Bundesrepublik, sind in den Jahren der Entspannungspolitik nicht stärker, sondern schwächer geworden - woran auch die Wirtschaftskrise mit ihrer ho-

hen Dauerarbeitslosigkeit nichts geändert hat. Die Kommunisten, auch die DKP, haben zwar Einfluß auf die Friedensbewegung genommen, das hat aber weder ihr Abschneiden bei den Wahlen verbessert, noch zu einer Dominierung der Friedensbewegung durch sie geführt. Darüber hinaus hat sich, ausgelöst durch die von Chruschtschow eingeleitete und vom XX. Parteitag der KPdSU bestätigte Entstalinisierung, in Westeuropa eine Entwicklung zum Reformkommunismus durchgesetzt, die ihren bemerkenswertesten Ausdruck im "Euro-Kommunismus" der italienischen Kommunisten unter Enrico Berlinguer gefunden hat. Auf der Ostberliner Konferenz vom Herbst 1976 haben die jugoslawischen, italienischen und spanischen Kommunisten gegenüber der KOMINTERN-Tradition eines von Moskau gesteuerten Welt-Kommunismus, das Recht ihrer Länder und eines jeden Landes auf den "eigenen Weg zum Sozialismus" erfolgreich behauptet.

Die Tatsache, daß heute - entgegen der kommunistischen Verheißung - auch zwischen sozialistischen Staaten Kriege geführt werden, wirkt in außenpolitischer Hinsicht in ähnlicher Weise weltweit desillusionierend wie die Aufdeckung der Verbrechen Stalins innenpolitisch desillusionierend gewirkt hat. Das ist einer der Gründe dafür, daß die KOMINTERN-Tradition der Weltrevolution nicht nur in Europa, sondern auch in der Dritten Welt an Anziehungskraft und Einfluß verloren hat. Hatte die Sowjetunion schon aus der Dekolonialisierung nach dem 2. Weltkrieg weniger Vorteile ziehen können, als eigentlich zu erwarten gewesen wäre, so hat der sowjetische Einmarsch in Afghanistan die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Politik in der Dritten Welt entscheidend geschwächt. Attraktiv für die Dritte Welt ist heute eher der chinesische Kommunismus, der für das volkreichste Entwicklungsland der Welt das Ernährungsproblem gelöst hat, während die Sowjetunion 70 Jahre nach der Oktoberrevolution noch immer Getreide importieren muß.

Außerhalb der Sowjetunion und des Ostblocks ist der ideologische Einfluß des Moskauer Kommunismus in der Entspannungsperiode also nicht stärker, sondern schwächer geworden. Aber nicht nur das. Inzwischen stellt sich die Frage, ob die ideologischen Auswirkungen der Entspannungspolitik innerhalb des Ostblocks nicht dessen Abwendung von ihr bewirken könnten. Auch diese Frage ist m.E. zu verneinen. Sie ist allerdings sehr komplex.

Von Anfang der Entspannungspolitik an war deutlich, daß das sowjetische Interesse an ihr nicht nur dem sicherheitspolitischen Interesse des Ostblocks am Frieden und der Erhaltung des territorialen Status quo, wie er sich aus dem Hitler-Krieg ergeben hat, entsprang. Die Zusammenarbeit mit dem Westen sollte der Sowjetunion - die nur militärisch, nicht aber wirtschaftlich und technologisch eine den Vereinigten Staaten von Amerika ebenbürtige Großmacht ist - zugleich helfen, ihren Rückstand aufzuholen. Außerdem erhoffte sich die Sowjetunion von der Kooperation mit dem Westen einen Beitrag zur inneren Stabilisierung der osteuropäischen Staaten durch Hebung des Lebensstandards. Für die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten hatte die Entspannungspolitik also von Anfang an auch eine innere Dimension.

Will man den Spielraum für innenpolitische Auswirkungen der Entspannungspolitik im Ostblock ausloten, müssen zwei Tatsachen gesehen werden: Erstens die Tatsache, daß die Schwierigkeiten der Sowjetunion, die innere Lage in den osteuropäischen Staaten zu stabilisieren nicht eine Folge der Entspannungspolitik ist, sondern eine Folge der Gleichschaltung dieser Staaten im Kalten Krieg (die seinerzeit übrigens unter Ausschaltung auch der national-kommunistischen Kräfte erfolgt ist). Das zeigen die Aufstände in der DDR, Ungarn und Polen in den 50er und 60er Jahren ebenso wie der "Prager Frühling", der Ende der 60er Jahre mit dem Beginn der Entspannungspolitik zusammenfiel.

Zweitens muß die Tatsache klar gesehen werden, daß die Entspannungspolitik nichts an der Entschlossenheit der Sowjetunion ändern kann, ihr im 2. Weltkrieg gewonnenes osteuropäisches Glacis unter allen Umständen zu halten. Das zeigt der Einmarsch des Warschauer Paktes in der CSSR im Jahre 1968 ebenso wie die Verhängung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981. Daß in Polen, anders als 1968 in Prag, keine sowjetischen Truppen einmarschiert sind und die zwei im Lande stationierten sowjetischen Divisionen in den Kasernen blieben, war ein wichtiger Unterschied. Dieser Unterschied ist nicht allein auf die Entspannungspolitik, sondern auch auf die Besonderheit der inneren Lage Polens zurückzuführen. An dem Grundtatbestand ändert er nichts.

Es ist also durch Erfahrung erhärtet, daß eine Politik, die die Ostblock-Regime - sei es nun "von außen" oder aber "von unten" - destabilisieren

wollte, weder der Entspannung noch dem Frieden dienen könnte. Damit ist aber das Thema der innenpolitischen Wirkungen der Entspannungspolitik im Ostblock keineswegs erschöpft, sondern nur der Spielraum für derartige Entwicklungen umrissen.

Die innere Lage in den einzelnen osteuropäischen Staaten ist bekanntlich, wenn man etwa Ungarn mit Rumänien vergleicht, sehr unterschiedlich. Wie an dem uns besonders naheliegenden Beispiel der DDR deutlich geworden ist, haben die Regime im Osten aber die Entspannungspolitik insgesamt gesehen innenpolitisch und ideologisch erstaunlich gut verkräftet. Das gilt gerade auch für die DDR, obwohl sie sich ihrer Sache im geteilten Deutschland - wie auch noch das "verfeinerte" Grenzregime zeigt - keineswegs sicher ist. Die Vorstellung eines intensiven Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturaustauschs mit dem Westen und eines jährlichen millionenfachen Besucherstroms aus der Bundesrepublik dürfte bei den Sicherheitsorganen der DDR ursprünglich Alpträume von der Ansteckung der DDR-Bevölkerung durch den Bazillus des "Sozialdemokratismus" ausgelöst haben. Heute aber läßt die DDR nicht nur den Empfang des westdeutschen Fernsehens zu, sie speist es inzwischen sogar durch ihr eigenes Kabelnetz in Regionen ein, in denen es mit der Antenne nicht empfangen werden kann.

Das liegt nicht nur daran, daß der "Goldene Westen" inzwischen durch Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit viel von seinem "Wirtschaftswunder"-Glanz verloren hat. Auch nicht nur daran, daß das Satelliten-Fernsehen die Empfangsmöglichkeiten ohnehin revolutionieren wird. Die entscheidende Tatsache scheint vielmehr zu sein, daß die im Zuge der Entspannungspolitik erfolgte innere Öffnung offensichtlich auch im Interesse des Regimes liegt.

Diese Öffnung mag zwar einerseits Ausreisewünsche vervielfachen oder aber zu verstärkter öffentlicher Kritik durch anwachsende Dissidenten- und Friedensgruppen führen: "Schwerter zu Pflugscharen"! Sie dient andererseits aber auch, wie insbesondere an der Person Erich Honeckers deutlich geworden ist, wenn nicht der Legitimation, so doch der größeren Akzeptanz der politischen Führung. Die begrenzte innenpolitische Öffnung, einschließlich der Lockerung des Informationsmonopols, wird offenbar auch zur Integration von Kritik und Opposition, zur Bindung der Bevölkerung an

das Regime und zur Verbesserung der Diskussionsfähigkeit der Kader eingesetzt. So weit wie die Ungarn und Polen, die inzwischen zwar nicht zwischen zwei Parteien, aber doch wenigstens zwischen zwei Kandidaten wählen können, ist die DDR allerdings noch nicht.

Worauf beruht die insoweit stabilisierende innenpolitische Wirkung der Entspannungspolitik im Ostblock?

Sie beruht zunächst darauf, daß die Entspannungspolitik auch im Osten in Übereinstimmung steht mit dem Wunsch der Völker nach Frieden. Das gilt insbesondere auch für die Völker der Sowjetunion, deren Bewußtsein tief von der Erfahrung des Krieges mit seinen schrecklichen Opfern geprägt ist. Auch die vielfältigen Probleme, vor denen der Ostblock steht, lassen sich nur im Frieden lösen.

Ferner begrüßen nicht nur die Führungen, sondern auch Völker in Osteuropa den Gewaltverzicht und die Respektierung des territorialen Status quo, wie er sich als Folge des Hitler-Krieges herausgebildet hat. Wer zum Beispiel so tut, als ob das Bestehen auf der Unantastbarkeit der Westgrenze Polens nur eine Position der Kommunisten sei und nicht Sache des ganzen polnischen Volkes - einschließlich der katholischen Kirche und der Solidarnosc - der betrügt sich und andere (allen voran die Vertriebenen). Auch der Wunsch nach Hebung des Lebensstandards durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen ist nicht lediglich ein Wunsch der kommunistischen Führungen, sondern auch der Menschen in Osteuropa. Der wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Austausch mit dem Westen hebt ihre Isolierung auf, schafft Freiräume und stärkt das Bewußtsein von der geschichtlichen und kulturellen Zusammengehörigkeit der Europäer.

Die Menschen in Osteuropa wissen schließlich nur zu gut, daß die Entspannungspolitik den - geringen - Spielraum ihrer Staaten nach außen erweitert und eine vorsichtige Öffnung nach innen ermöglicht hat. Wie ein Vergleich etwa zwischen Ungarn und Rumänien zeigt, bestehen in der Nutzung dieses Spielraums zwar erhebliche Unterschiede. Das ändert aber nichts an der Grunderfahrung: Während "Kalter Krieg" und Konfrontation der Großmächte Europas den "Eisernen Vorhang" und eine ebenso "eiserne" Blockdisziplin aufgezwungen haben, hat die Entspannungspolitik zum teilweisen Abbau von Feindbildern und zur Lockerung der Regime geführt.

Der Mangel an einer genauen Analyse der inneren Lage der osteuropäischen Länder in historischer Perspektive hat manche im Westen zu der Annahme verleitet, der Wunsch der Menschen nach Verbesserung ihrer Lage sei dem Wunsch nach einem "Anschluß" an den Westen gleichzusetzen. Das ist ein Mißverständnis. Nach der Erfahrung mit Hitler-Deutschland teilen z.B. auch viele Nicht-Kommunisten in Osteuropa die Ansicht, daß es Sicherheit für ihre Länder nur in Anlehnung an die Sowjetunion geben kann. Sie haben auch wenig Neigung, zu ihren Vorkriegs-Regimen zurückzukehren, zumal zu jenen faschistischer Provenienz. Schließlich - das können wir ja auch in der DDR studieren - sind sie nicht von der Sehnsucht erfüllt, zu kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen zurückzukehren, auch die Dissidenten-Gruppen nicht.

Worum es den Menschen in Osteuropa geht, zu deren Sprecher sich die Dissidenten machen, ist die Respektierung der Menschenrechte, ist individuelle und politische Freiheit. Die Dissidenten fordern sie jetzt und nicht erst für ihre Kinder, und sie fordern sie meist ohne Vorbehalt: "Freiheit ist unteilbar" hieß es schon im Prager Frühling. Eine solche Forderung des "Alles oder Nichts" ist für die kommunistischen Regime unerfüllbar. Sie käme deren Selbstaufgabe und der sowjetischen Aufgabe des osteuropäischen Glacis gleich. Wer immer im Westen den Menschen in Osteuropa die Beseitigung dieser Regime durch Druck von außen oder von unten verspricht, betreibt lediglich Propaganda auf ihre Kosten.

Heißt das, daß die Dissidenten moralisch im Unrecht wären? Sicher nicht. Es ist für die Sozialdemokraten wichtig, sich dessen bewußt zu sein, wenn sie aus dem sicheren westlichen Hort den Menschen in Osteuropa zu Geduld und Realismus raten. Umgekehrt könnte aber eine noch so gut gemeinte Gesinnungsethik auch hier nur zu politischem Unheil führen. Zu verantworten haben wir - auch gegenüber den Dissidenten in Osteuropa - nicht unsere gute Gesinnung oder unseren guten Willen, sondern die Ergebnisse unserer Politik.

Heißt das, daß wir statt einer Politik der "Destabilisierung" eine Politik der "Stabilisierung" des kommunistischen Status quo in den osteuropäischen Ländern treiben müssen? Sicher nicht. Wie kämen wir dazu, gegen unsere eigene demokratische Überzeugung und gegen die Hoffnungen der

Menschen in Osteuropa? Die innere Dimension der Entspannungspolitik kann weder "Destabilisierung" noch "Stabilisierung" heißen. Sie heißt Reform. Wenn darüber Konsens gefunden werden könnte, wäre viel gewonnen. Das führt zu der Frage, ob kommunistische Regime in Sachen Menschenrechte und politischer Freiheit überhaupt reformfähig sein können. Nicht in dem Sinne, daß Reformen unausweichlich oder unumkehrbar seien, aber doch in dem Sinne, daß sie auch nicht schlechthin ausgeschlossen sind. Diese Frage ist nicht a priori zu beantworten. Die Erfahrung zeigt - von der "Entstalinierung" unter Chruschtschow bis hin zu den bereits beschriebenen Öffnungen in den osteuropäischen Ländern während der Entspannungsperiode -, daß im letzten Jahrzehnt eine vorher nicht für möglich gehaltene Auflockerung der Ostblock-Regime eingetreten ist. Läßt das bereits auf grundsätzliche Reformfähigkeit schließen? Die Totalitarismus-Forschung der Nachkriegszeit hat diese Frage überwiegend für Kommunismus wie Nationalsozialismus gleichermaßen verneint. Und die Verbrechen der Stalin-Ära erscheinen in der Tat nicht dadurch in einem milderen Licht, daß sie in Perversion europäischer Tradition im Namen von Idealen begangen worden sind. Liegt in bezug auf die Reformfähigkeit nicht aber doch ein Unterschied zwischen der Perversion von Menschheitsidealen und den menschenverachtenden Prinzipien des Nationalsozialismus?

Jedenfalls fällt es schwer, sich einen KSZE-Prozeß der Westmächte und eine Diskussion über Menschenrechte mit Nazi-Deutschland vorzustellen. Die große Leistung der Akte von Helsinki liegt u.a. darin, daß heute in Europa zwischen Ost und West, zwischen demokratischen und kommunistischen Gesellschaftssystemen auch über Menschenrechte gesprochen wird. Wer Menschenrechte zum Propaganda-Knüppel in der Auseinandersetzung mit dem Osten zu machen sucht, der gefährdet den Prozeß, in dem allein eine langfristige Verbesserung der Menschenrechts-Situation im Ostblock erreichbar sein mag.

Im übrigen sollten wir nicht so tun, als ob in Sachen Menschenrechte nur der Osten gefragt sei. Fragen an den Westen, etwa nach der Verwirklichung des Menschenrechts auf Arbeit oder nach der Gleichberechtigung der Rassen und der Geschlechter können nicht als bloße Zumutung abgetan werden. Von der "ökonomischen Befreiung der moralischen und politischen Person", so hat Kurt Schumacher einmal das Ziel des Sozialismus umschrieben, sind wir, das zeigt die gegenwärtige Krise der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer

Massenarbeitslosigkeit einmal mehr, immer noch weit entfernt. Auch im Westen gibt es erheblichen Reformbedarf.

Bei Bejahung einer Reformfähigkeit kommunistischer Regime wird man im Hinblick auf deren mögliche Entwicklung zwischen der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten einen Unterschied machen müssen. In den osteuropäischen Staaten wirken stärker als in der Sowjetunion auch Faktoren der nationalen Geschichte und der gesamteuropäischen Tradition in Richtung auf Reform.

Die Sowjetunion, die ihr osteuropäisches Glacis unter allen Umständen sichern will, hat mit ihren Panzern in Osteuropa die Erfahrung machen müssen, die Talleyrand einst in die Worte gekleidet hat, man könne mit Bajonetten allerhand anfangen, man könne sich aber nicht auf sie setzen. Die Sowjetunion wird daher prüfen müssen, ob nicht "Reformen statt Panzer" die Losung und die Lösung zur innenpolitischen Stabilisierung Osteuropa sein muß. Auch wenn solche Reformen nicht zu einer "Finnlandisierung" der osteuropäischen Staaten führen, zeigt das finnische Beispiel doch, daß selbst weitgehende innenpolitische Auflockerungen der Ostblock-Regime die sicherheitspolitischen Interessen der Sowjetunion nicht zu beeinträchtigen bräuchten.

Entspannungspolitik ist schon dadurch gerechtfertigt, daß sie mit Aussicht auf Erfolg Frieden zwischen den Staaten in Ost und West bei Fortbestehen der ideologischen und gesellschaftlichen Unterschiede und Gegensätze anstrebt. Da aber - Verschränkung von Macht und Ideologie - das Verhältnis der Staaten nicht einfach von dem Verhältnis der Gesellschaftssysteme zueinander getrennt werden kann und die Entspannungspolitik daher notwendigerweise auch die ideologische und innenpolitische Entwicklung beider Seiten beeinflußt, muß ihre innere Dimension so angelegt sein, daß sie die Bedingungen für Reform positiv beeinflußt. trotz der Festigkeit der beiderseitigen gesellschaftspolitischen Überzeugungen hat der ideologische Gegensatz die Entspannungspolitik aber in weit geringerem Maße konterkariert, als Teile der Friedensbewegung heute anzunehmen scheinen. Dabei muß zunächst daran erinnert werden, daß die ideologische Ausgangsfrage zu Beginn der Entspannungspolitik nicht lautete, ob die Ostblock-Regime die ideologischen und innenpolitischen Auswirkungen der Entspannungspolitik würden verkraften können. Am Anfang stand vielmehr

die besorgte Frage vieler Konservativer im Westen, ob die Entspannungspolitik nicht ein trojanisches Pferd sei, in dessen Bauch der Kommunismus und die Weltrevolution in die Bundesrepublik nach Westeuropa eingeschleust werden würde. Die deutschen Sozialdemokraten haben damals erklärt, daß für Berührungsängste oder gar Unterlegenheitsgefühle gegenüber den Kommunisten kein Grund besteht, daß Demokraten die Auseinandersetzung mit den Kommunisten und den friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme vielmehr mit Selbstbewußtsein führen müssen und führen können. Die Entwicklung hat ihnen Recht gegeben.

Die kommunistischen Parteien in Westeuropa, einschließlich der Bundesrepublik, sind in den Jahren der Entspannungspolitik nicht stärker, sondern schwächer geworden - woran auch die Wirtschaftskrise mit ihrer hohen Dauerarbeitslosigkeit nichts geändert hat. Die Kommunisten, auch die DKP, haben zwar Einfluß auf die Friedensbewegung genommen, das hat aber weder ihr Abschneiden bei den Wahlen verbessert, noch zu einer Dominierung der Friedensbewegung durch sie geführt. Darüber hinaus hat sich, ausgelöst durch die von Chruschtschow eingeleitete und vom XX. Parteitag der KPdSU bestätigte Entstalinisierung, in Westeuropa eine Entwicklung zum Reformkommunismus durchgesetzt, die ihren bemerkenswertesten Ausdruck im "Euro-Kommunismus" der italienischen Kommunisten unter Enrico Berlinguer gefunden hat. Auf der Ostberliner Konferenz vom Herbst 1976 haben die jugoslawischen, italienischen und spanischen Kommunisten gegenüber der KOMINTERN-Tradition eines von Moskau gesteuerten Welt-Kommunismus, das Recht ihrer Länder und eines jeden Landes auf den "eigenen Weg zum Sozialismus" erfolgreich behauptet.

Die Tatsache, daß heute - entgegen der kommunistischen Verheißung - auch zwischen sozialistischen Staaten Kriege geführt werden, wirkt in außenpolitischer Hinsicht in ähnlicher Weise weltweit desillusionierend wie die Aufdeckung der Verbrechen Stalins innenpolitisch desillusionierend gewirkt hat. Das ist einer der Gründe dafür, daß die KOMINTERN-Tradition der Weltrevolution nicht nur in Europa, sondern auch in der Dritten Welt an Anziehungskraft und Einfluß verloren hat. Hatte die Sowjetunion schon aus der Dekolonialisierung nach dem 2. Weltkrieg weniger Vorteile ziehen können, als eigentlich zu erwarten gewesen wäre, so hat der sowjetische Einmarsch in Afghanistan die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Politik in

der Dritten Welt entscheidend geschwächt. Attraktiv für die Dritte Welt ist heute eher der chinesische Kommunismus, der für das volkreichste Entwicklungsland der Welt das Ernährungsproblem gelöst hat, während die Sowjetunion 70 Jahre nach der Oktoberrevolution noch immer Getreide importieren muß.

Außerhalb der Sowjetunion und des Ostblocks ist der ideologische Einfluß des Moskauer Kommunismus in der Entspannungsperiode also nicht stärker, sondern schwächer geworden. Aber nicht nur das. Inzwischen stellt sich die Frage, ob die ideologischen Auswirkungen der Entspannungspolitik innerhalb des Ostblocks nicht dessen Abwendung von ihr bewirken könnten. Auch diese Frage ist m.E. zu verneinen. Sie ist allerdings sehr komplex.

Von Anfang der Entspannungspolitik an war deutlich, daß das sowjetische Interesse an ihr nicht nur dem sicherheitspolitischen Interesse des Ostblocks am Frieden und der Erhaltung des territorialen Status quo, wie er sich aus dem Hitler-Krieg ergeben hat, entsprang. Die Zusammenarbeit mit dem Westen sollte der Sowjetunion - die nur militärisch, nicht aber wirtschaftlich und technologisch eine den Vereinigten Staaten von Amerika ebenbürtige Großmacht ist - zugleich helfen, ihren Rückstand aufzuholen. Außerdem erhoffte sich die Sowjetunion von der Kooperation mit dem Westen einen Beitrag zur inneren Stabilisierung der osteuropäischen Staaten durch Hebung des Lebensstandards. Für die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten hatte die Entspannungspolitik also von Anfang an auch eine innere Dimension.

Will man den Spielraum für innenpolitische Auswirkungen der Entspannungspolitik im Ostblock ausloten, müssen zwei Tatsachen gesehen werden: Erstens die Tatsache, daß die Schwierigkeiten der Sowjetunion, die innere Lage in den osteuropäischen Staaten zu stabilisieren nicht eine Folge der Entspannungspolitik ist, sondern eine Folge der Gleichschaltung dieser Staaten im Kalten Krieg (die seinerzeit übrigens unter Ausschaltung auch der national-kommunistischen Kräfte erfolgt ist). Das zeigen die Aufstände in der DDR, Ungarn und Polen in den 50er und 60er Jahren ebenso wie der "Prager Frühling", der Ende der 60er Jahre mit dem Beginn der Entspannungspolitik zusammenfiel.

Zweitens muß die Tatsache klar gesehen werden, daß die Entspannungspolitik nichts an der Entschlossenheit der Sowjetunion ändern kann, ihr im 2. Weltkrieg gewonnenes osteuropäisches Glacis unter allen Umständen zu halten. Das zeigt der Einmarsch des Warschauer Paktes in der CSSR im Jahre 1968 ebenso wie die Verhängung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981. Daß in Polen, anders als 1968 in Prag, keine sowjetischen Truppen einmarschiert sind und die zwei im Lande stationierten sowjetischen Divisionen in den Kasernen blieben, war ein wichtiger Unterschied. Dieser Unterschied ist nicht allein auf die Entspannungspolitik, sondern auch auf die Besonderheit der inneren Lage Polens zurückzuführen. An dem Grundtatbestand ändert er nichts.

Es ist also durch Erfahrung erhärtet, daß eine Politik, die die Ostblock-Regime - sei es nun "von außen" oder aber "von unten" - destabilisieren wollte, weder der Entspannung noch dem Frieden dienen könnte. Damit ist aber das Thema der innenpolitischen Wirkungen der Entspannungspolitik im Ostblock keineswegs erschöpft, sondern nur der Spielraum für derartige Entwicklungen umrissen.

Die innere Lage in den einzelnen osteuropäischen Staaten ist bekanntlich, wenn man etwa Ungarn mit Rumänien vergleicht, sehr unterschiedlich. Wie an dem uns besonders naheliegenden Beispiel der DDR deutlich geworden ist, haben die Regime im Osten aber die Entspannungspolitik insgesamt gesehen innenpolitisch und ideologisch erstaunlich gut verkräftet. Das gilt gerade auch für die DDR, obwohl sie sich ihrer Sache im geteilten Deutschland - wie auch noch das "verfeinerte" Grenzregime zeigt - keineswegs sicher ist. Die Vorstellung eines intensiven Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturaustauschs mit dem Westen und eines jährlichen millionenfachen Besucherstroms aus der Bundesrepublik dürfte bei den Sicherheitsorganen der DDR ursprünglich Alpträume von der Ansteckung der DDR-Bevölkerung durch den Bazillus des "Sozialdemokratismus" ausgelöst haben. Heute aber läßt die DDR nicht nur den Empfang des westdeutschen Fernsehens zu, sie speist es inzwischen sogar durch ihr eigenes Kabelnetz in Regionen ein, in denen es mit der Antenne nicht empfangen werden kann.

Das liegt nicht nur daran, daß der "Goldene Westen" inzwischen durch Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit viel von seinem

"Wirtschaftswunder"-Glanz verloren hat. Auch nicht nur daran, daß das Satelliten-Fernsehen die Empfangsmöglichkeiten ohnehin revolutionieren wird. Die entscheidende Tatsache scheint vielmehr zu sein, daß die im Zuge der Entspannungspolitik erfolgte innere Öffnung offensichtlich auch im Interesse des Regimes liegt.

Diese Öffnung mag zwar einerseits Ausreisewünsche vervielfachen oder aber zu verstärkter öffentlicher Kritik durch anwachsende Dissidenten- und Friedensgruppen führen: "Schwerter zu Pflugscharen"! Sie dient andererseits aber auch, wie insbesondere an der Person Erich Honeckers deutlich geworden ist, wenn nicht der Legitimation, so doch der größeren Akzeptanz der politischen Führung. Die begrenzte innenpolitische Öffnung, einschließlich der Lockerung des Informationsmonopols, wird offenbar auch zur Integration von Kritik und Opposition, zur Bindung der Bevölkerung an das Regime und zur Verbesserung der Diskussionsfähigkeit der Kader eingesetzt. So weit wie die Ungarn und Polen, die inzwischen zwar nicht zwischen zwei Parteien, aber doch wenigstens zwischen zwei Kandidaten wählen können, ist die DDR allerdings noch nicht.

Worauf beruht die insoweit stabilisierende innenpolitische Wirkung der Entspannungspolitik im Ostblock?

Sie beruht zunächst darauf, daß die Entspannungspolitik auch im Osten in Übereinstimmung steht mit dem Wunsch der Völker nach Frieden. Das gilt insbesondere auch für die Völker der Sowjetunion, deren Bewußtsein tief von der Erfahrung des Krieges mit seinen schrecklichen Opfern geprägt ist. Auch die vielfältigen Probleme, vor denen der Ostblock steht, lassen sich nur im Frieden lösen.

Ferner begrüßen nicht nur die Führungen, sondern auch Völker in Osteuropa den Gewaltverzicht und die Respektierung des territorialen Status quo, wie er sich als Folge des Hitler-Krieges herausgebildet hat. Wer zum Beispiel so tut, als ob das Bestehen auf der Unantastbarkeit der Westgrenze Polens nur eine Position der Kommunisten sei und nicht Sache des ganzen polnischen Volkes - einschließlich der katholischen Kirche und der Solidarnosc - der betrügt sich und andere (allen voran die Vertriebenen). Auch der Wunsch nach Hebung des Lebensstandards durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen ist nicht lediglich ein Wunsch der

kommunistischen Führungen, sondern auch der Menschen in Osteuropa. Der wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Austausch mit dem Westen hebt ihre Isolierung auf, schafft Freiräume und stärkt das Bewußtsein von der geschichtlichen und kulturellen Zusammengehörigkeit der Europäer.

Die Menschen in Osteuropa wissen schließlich nur zu gut, daß die Entspannungspolitik den - geringen - Spielraum ihrer Staaten nach außen erweitert und eine vorsichtige Öffnung nach innen ermöglicht hat. Wie ein Vergleich etwa zwischen Ungarn und Rumänien zeigt, bestehen in der Nutzung dieses Spielraums zwar erhebliche Unterschiede. Das ändert aber nichts an der Grunderfahrung: Während "Kalter Krieg" und Konfrontation der Großmächte Europas den "Eisernen Vorhang" und eine ebenso "eiserne" Blockdisziplin aufgezwungen haben, hat die Entspannungspolitik zum teilweisen Abbau von Feindbildern und zur Lockerung der Regime geführt.

Der Mangel an einer genauen Analyse der inneren Lage der osteuropäischen Länder in historischer Perspektive hat manche im Westen zu der Annahme verleitet, der Wunsch der Menschen nach Verbesserung ihrer Lage sei dem Wunsch nach einem "Anschluß" an den Westen gleichzusetzen. Das ist ein Mißverständnis. Nach der Erfahrung mit Hitler-Deutschland teilen z.B. auch viele Nicht-Kommunisten in Osteuropa die Ansicht, daß es Sicherheit für ihre Länder nur in Anlehnung an die Sowjetunion geben kann. Sie haben auch wenig Neigung, zu ihren Vorkriegs-Regimen zurückzukehren, zumal zu jenen faschistischer Provenienz. Schließlich - das können wir ja auch in der DDR studieren - sind sie nicht von der Sehnsucht erfüllt, zu kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen zurückzukehren, auch die Dissidenten-Gruppen nicht.

Worum es den Menschen in Osteuropa geht, zu deren Sprecher sich die Dissidenten machen, ist die Respektierung der Menschenrechte, ist individuelle und politische Freiheit. Die Dissidenten fordern sie jetzt und nicht erst für ihre Kinder, und sie fordern sie meist ohne Vorbehalt: "Freiheit ist unteilbar" hieß es schon im Prager Frühling. Eine solche Forderung des "Alles oder Nichts" ist für die kommunistischen Regime unerfüllbar. Sie käme deren Selbstaufgabe und der sowjetischen Aufgabe des osteuropäischen Glacis gleich. Wer immer im Westen den Menschen in Osteuropa die Beseitigung dieser Regime durch Druck von außen oder von unten verspricht, betreibt lediglich Propaganda auf ihre Kosten.

Heißt das, daß die Dissidenten moralisch im Unrecht wären? Sicher nicht. Es ist für die Sozialdemokraten wichtig, sich dessen bewußt zu sein, wenn sie aus dem sicheren westlichen Hort den Menschen in Osteuropa zu Geduld und Realismus raten. Umgekehrt könnte aber eine noch so gut gemeinte Gesinnungsethik auch hier nur zu politischem Unheil führen. Zu verantworten haben wir - auch gegenüber den Dissidenten in Osteuropa - nicht unsere gute Gesinnung oder unseren guten Willen, sondern die Ergebnisse unserer Politik.

Heißt das, daß wir statt einer Politik der "Destabilisierung" eine Politik der "Stabilisierung" des kommunistischen Status quo in den osteuropäischen Ländern treiben müssen? Sicher nicht. Wie kämen wir dazu, gegen unsere eigene demokratische Überzeugung und gegen die Hoffnungen der Menschen in Osteuropa? Die innere Dimension der Entspannungspolitik kann weder "Destabilisierung" noch "Stabilisierung" heißen. Sie heißt Reform. Wenn darüber Konsens gefunden werden könnte, wäre viel gewonnen.

Das führt zu der Frage, ob kommunistische Regime in Sachen Menschenrechte und politischer Freiheit überhaupt reformfähig sein können. Nicht in dem Sinne, daß Reformen unausweichlich oder unumkehrbar seien, aber doch in dem Sinne, daß sie auch nicht schlechthin ausgeschlossen sind. Diese Frage ist nicht a priori zu beantworten. Die Erfahrung zeigt - von der "Entstalinisierung" unter Chruschtschow bis hin zu den bereits beschriebenen Öffnungen in den osteuropäischen Ländern während der Entspannungsperiode -, daß im letzten Jahrzehnt eine vorher nicht für möglich gehaltene Auflockerung der Ostblock-Regime eingetreten ist. Läßt das bereits auf grundsätzliche Reformfähigkeit schließen? Die Totalitarismus-Forschung der Nachkriegszeit hat diese Frage überwiegend für Kommunismus wie Nationalsozialismus gleichermaßen verneint. Und die Verbrechen der Stalin-Ära erscheinen in der Tat nicht dadurch in einem milderen Licht, daß sie in Perversion europäischer Tradition im Namen von Idealen begangen worden sind. Liegt in bezug auf die Reformfähigkeit nicht aber doch ein Unterschied zwischen der Perversion von Menschheitsidealen und den menschenverachtenden Prinzipien des Nationalsozialismus?

Jedenfalls fällt es schwer, sich einen KSZE-Prozeß der Westmächte und eine Diskussion über Menschenrechte mit Nazi-Deutschland vorzustellen. Die große Leistung der Akte von Helsinki liegt u.a. darin, daß heute in Europa zwischen Ost und West, zwischen demokratischen und kommunistischen Gesellschaftssystemen auch über Menschenrechte gesprochen wird. Wer Menschenrechte zum Propaganda-Knüppel in der Auseinandersetzung mit dem Osten zu machen sucht, der gefährdet den Prozeß, in dem allein eine langfristige Verbesserung der Menschenrechts-Situation im Ostblock erreichbar sein mag.

Im übrigen sollten wir nicht so tun, als ob in Sachen Menschenrechte nur der Osten gefragt sei. Fragen an den Westen, etwa nach der Verwirklichung des Menschenrechts auf Arbeit oder nach der Gleichberechtigung der Rassen und der Geschlechter können nicht als bloße Zumutung abgetan werden. Von der "ökonomischen Befreiung der moralischen und politischen Person", so hat Kurt Schumacher einmal das Ziel des Sozialismus umschrieben, sind wir, das zeigt die gegenwärtige Krise der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer Massenarbeitslosigkeit einmal mehr, immer noch weit entfernt. Auch im Westen gibt es erheblichen Reformbedarf.

Bei Bejahung einer Reformfähigkeit kommunistischer Regime wird man im Hinblick auf deren mögliche Entwicklung zwischen der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten einen Unterschied machen müssen. In den osteuropäischen Staaten wirken stärker als in der Sowjetunion auch Faktoren der nationalen Geschichte und der gesamteuropäischen Tradition in Richtung auf Reform.

Die Sowjetunion, die ihr osteuropäisches Glacis unter allen Umständen sichern will, hat mit ihren Panzern in Osteuropa die Erfahrung machen müssen, die Talleyrand einst in die Worte gekleidet hat, man könne mit Bajonetten allerhand anfangen, man könne sich aber nicht auf sie setzen. Die Sowjetunion wird daher prüfen müssen, ob nicht "Reformen statt Panzer" die Losung und die Lösung zur innenpolitischen Stabilisierung Osteuropa sein muß. Auch wenn solche Reformen nicht zu einer "Finnlandisierung" der osteuropäischen Staaten führen, zeigt das finnische Beispiel doch, daß selbst weitgehende innenpolitische Auflockerungen der Ostblock-Regime die sicherheitspolitischen Interessen der Sowjetunion nicht zu beeinträchtigen bräuchten.

Entspannungspolitik ist schon dadurch gerechtfertigt, daß sie mit Aussicht auf Erfolg Frieden zwischen den Staaten in Ost und West bei Fortbestehen der ideologischen und gesellschaftlichen Unterschiede und Gegensätze anstrebt. Da aber - Verschränkung von Macht und Ideologie - das Verhältnis der Staaten nicht einfach von dem Verhältnis der Gesellschaftssysteme zueinander getrennt werden kann und die Entspannungspolitik daher notwendigerweise auch die ideologische und innenpolitische Entwicklung beider Seiten beeinflußt, muß ihre innere Dimension so angelegt sein, daß sie die Bedingungen für Reform positiv beeinflußt

Entspannungspolitik - in einer anderen Sicht

Eine Antwort

"Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik" überschrieb Horst Ehmke seinen Grundsatzartikel in Heft 11/85 der Zeitschrift "Neue Gesellschaft". Darin setzte er sich kritisch mit der von Teilen der Friedensbewegung propagierten "Entspannung von unten" auseinander und ging dabei auch auf die Rolle der sog. Dissidenten in den osteuropäischen Ländern ein. - Der Verfasser der nachstehenden Replik ist ein namhafter Vertreter der verbotenen polnischen Gewerkschaft "Solidarnosc", der aus Gründen, die keiner näheren Erläuterung bedürfen, anonym bleiben muß.

Alles, was sich auf Entspannungspolitik und Festigung des Friedens in Europa bezieht, wird in Polen mit Aufmerksamkeit verfolgt. Großes Interesse erweckte der Warschauer Besuch von Willy Brandt und seinen Begleitern Anfang Dezember 1985 zum 15. Jubiläum des Vertrags von 1970. Bei dieser Gelegenheit konnte man sowohl die Kontinuität der Ostpolitik wie auch neue Anzeichen, die bisher vorsichtig vermieden worden waren, wahrnehmen. Das erste Gespräch - nach vier langen Jahren - mit Vertretern der polnischen Opposition hat klargemacht, daß diese knappen zwei Stunden kaum einen Anfang ermöglichten. Aber Brandt hat betont seine Meinung geäußert, daß dieses Gespräch fortgesetzt werden sollte. Es wäre also wünschenswert, daß die Gesprächspartner gegenseitig besser ihre Standpunkte verstehen und ihren jeweiligen Gedankengängen folgen können. Einen guten Anlaß dazu bietet der interessante Aufsatz von Horst Ehmke: "Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik" (NG/FH 11/85). Johannes Rau hat in seiner Ahlener Rede vom 16. Dezember 1985 von einer "zweiten Phase der Entspannungspolitik der SPD" gesprochen. Wir möchten diese Begriffe erörtern und zu ihnen eine Stellungnahme äußern.

Warum man in der zweiten Hälfte der 80er Jahre von einer neuen Ost- und Entspannungspolitik redet, ist ganz klar. Horst Ehmke schreibt: "So unbestreitbar die Erfolge der sozialdemokratischen Entspannungspolitik sind, so unbestreitbar ist dies in den 80er Jahren steckengeblieben, was zugleich Rückschritt bedeutet hat." Man kann noch hinzufügen, daß die inneren Verhältnisse der Teilnehmer des Dialogs sich in diesen 15 Jahren geändert haben, daß auch neue Fragen aufgetaucht, teilweise alte aber neu zu lösen sind.

Eine dieser alten, aber infolge der Entwicklung neu aufgeworfenen Fragen nennt Ehmke am Anfang seines Aufsatzes: "Die Frage nach dem Verhältnis von Frieden mit dem Ostblock und Freiheit im Ostblock in der Zielsetzung unserer Politik ihm gegenüber". Und weiter: "Auch die innere Dimension der Entspannung in Europa einschließlich des Verhältnisses zu den Dissidentengruppen im Osten muß zum Gegenstand der friedenspolitischen Erörterungen gemacht werden..." Wenn man unter dem Decknamen "Dissidentengruppen" die politische Opposition versteht, so könnte man es auch als Einladung an die Betroffenen zu dieser Diskussion verstehen. Das Thema dieser Diskussion bezieht sich vor allem auf die Streitfrage in der europäischen Friedensbewegung, auch auf eine Streitfrage zur Ostpolitik der SPD: Entspannungspolitik - von oben oder von unten?

Ehe ich aber meine Stellungnahme zu dieser Hauptfrage äußere, möchte ich zwei grundsätzliche Mißverständnisse erläutern, auf die sich der Gedankengang des Aufsatzes stützt. Es handelt sich um zwei Fragen: Um die, worin besteht die Ursache der Destabilisierung in den kommunistischen Staaten und um die, wie es wörtlich heißt, "worum es den Menschen in Osteuropa geht, zu deren Sprechern sich die Dissidenten machen". Beide Fragen sind eng miteinander verbunden.

Destabilisierung - Ursachen und Folgen

Die Destabilisierungs- und Krisenerscheinungen im Ostblock rufen Sturmwellen hervor, die die Détente immer aufs neue erschüttern. Die Ostblockstaaten reagieren auf innere Spannungen und Konflikte mit Verschärfung der Beziehungen zum Westen. Die Verantwortung wird nicht nur den eigenen Schwächen, sondern auch teilweise den Imperialisten und Revanchisten zugeschrieben. So paßt es ideologisch besser. In einer gespannten außenpolitischen Lage ist es auch leichter, den inneren Widerstand zu bändigen. Wenn der Westen entsprechend reagiert, paßt es obendrein gut ins Feindbild "Imperialismus". Andererseits aber entsteht in manchen liberalen und sozialdemokratischen Kreisen im Westen eine Angst vor diesen Destabilisierungsercheinungen, weil sie einen Strich durch die Entspannungsrechnungen machen. Dieser Strich war sehr grob Anfang der 80er Jahre, die Entspannungspolitik wurde ins Stocken gebracht, es kam auch zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik. Es ist also verständlich, wenn eine solche Destabilisie-

rung bei den deutschen Sozialdemokraten Nervosität hervorruft, weniger verständlich ist aber, wenn sie dabei den Standpunkt der östlichen Propaganda annehmen, daß eine solche Destabilisierung "von außen" oder "von unten" hervorgerufen sein könnte. Zu den Geschehnissen Anfang der 80er Jahre war Afghanistan nur die Overtüre. Das Entscheidende ist in Polen vorgekommen. Sagen wir es offen und ohne Umschweife: Die Entwicklung in Polen in den Jahren 1980/81 und die Drohungen der Sowjetunion haben in der Bundesrepublik ernste Befürchtungen um den Frieden hervorgerufen. Die Ereignisse vom 13. Dezember 1981 wurden zwar mit Entsetzen, aber auch mit Erleichterung hingenommen. Das bezieht sich auf die SPD, in der diese Erleichterung im Benehmen der führenden Persönlichkeiten offen zum Ausdruck gebracht wurde. Das hat allerlei Folgen auch heute, wenn man eine neue Entspannungspolitik gestalten möchte. Dabei wird aber öfters ein wichtiger Faktor übersehen: Während die WRON - der Militärerrat - mit Entschlossenheit handelte, wollte die andere Seite, die Solidarnosc und natürlich vor allem die Kirche, um jeden Preis ein Blutvergießen vermeiden. Es ist doch fast ein Wunder, daß nach dem Gewaltstreik vom 13. Dezember von seiten der Solidarnosc kein einziger Schuß abgefeuert wurde. Dieses Wunder wird verständlich, wenn man an die 16 Monate der legalen Solidarnosc erinnert. Das war doch die größte Arbeitererhebung in Europa in der Nachkriegszeit, man bezeichnet es manchmal als die polnische Revolution. Aber es war eine friedliche Revolution, ohne Schießerei, ohne Blutvergießen. Ein tapferes, standhaftes Bestehen auf eigenen Prinzipien wurde mit gleicher Entschlossenheit mit friedlichen Methoden durchgeführt. Diese Haltung, diese Verdienste um den Frieden, wurden weltweit anerkannt, als Lech Walesa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Trotz erbitterter Gegensätze wurde in Polen kein Politiker, kein Parteifunktionär auf der Straße niedergemetzelt. Terrorakte wurden, leider, vom Sicherheitsdienst verübt, - es sei nur an die Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko erinnert. Damit sind die Ursachen der Krisenerscheinungen nicht geklärt. Horst Ehmke meint: "Eine Politik der Destabilisierung kann man mit Entspannung nicht in Einklang bringen." Sein Grundsatz lautet: "Eine Politik der Destabilisierung der Ostblockstaaten von unten läuft - ebenso wie die gerade von Herrn Hupka noch einmal propagierte Politik einer Destabilisierung der kommunistischen Regime von außen - im Endergebnis auf eine Liquidierung der Friedens- und Entspannungspolitik hinaus". Dieser Grundsatz ist aber, meiner Meinung nach, grundlos, weil die Destabilisierung weder "von unten", noch viel weniger "von außen", sondern "von innen" verursacht wird.

Eine Destabilisierung "von außen" ist reiner Unsinn. Herr Hupka kann in Polen nichts destabilisieren. Er dient seit Jahrzehnten als Hauptargument der Machthaber in Warschau, die sich auf ihn berufen und behaupten, daß die Polen sich um ihre Regierung gegen "die bösen Deutschen", die Hupka verkörpert, zusammenschließen sollen. Auch Hupkas "Destabilisierung von außen" bleibt im vollen Einklang mit der offiziellen Propaganda. Seine "Verdienste" sind also unschätzbar.

Eine Destabilisierung "von unten" dagegen entspricht nicht den Tatsachen. Alle sechs Krisen in Polen seit 1951 waren systembedingte Wirtschaftskrisen, die teilweise soziale Konflikte hervorgerufen haben. Die sozialen Unruhen und Streiks in den Jahren 1956, 1970, 1976 und auch im Juli/August 1980 waren anfangs wilde, spontane, von niemandem vorbereitete Streiks. Keine Oppositionelle waren bei deren Ausbruch tätig. Eine Opposition entstand erst und hat sich schrittweise infolge dieser großen Krisenwellen zur bedeutenden Kraft entfaltet. Die gegenwärtige tiefe Krise, die Destabilisierung in Rumänien wird auch nicht "von unten" hervorgerufen, da dort praktisch noch keine oppositionelle Bewegung vorhanden ist.

Wir können im Rahmen dieses Diskussionsbeitrages nicht näher auf die Mechanismen der Destabilisierungsprozesse eingehen. Sie sind vielfach dargestellt worden und werden weiter untersucht. Unzweifelhaft bleibt nur, daß diese Mechanismen in der Struktur des realen Sozialismus nach dem sowjetischen Muster begründet liegen. Nur weitreichende Reformen bieten eine Möglichkeit, sich aus dem Krisenzyklus zu befreien. Es wurden in manchen Ländern verschiedenartige, aber meist ungenügende Reformversuche unternommen, die leider noch nicht zu überzeugenden Erfolgen geführt haben.

Darauf, in Richtung Reformen, zielen auch Ehmkes Schlußfolgerungen: "Heißt das, daß wir statt einer Politik der Destabilisierung eine Politik der Stabilisierung des kommunistischen Status quo in den osteuropäischen Ländern treiben müssen? Wie kämen wir dazu, gegen unsere eigene demokratische Überzeugung und gegen die Hoffnungen der Menschen in Osteuropa? Die innere Dimension der Entspannungspolitik kann weder Destabilisierung noch Stabilisierung heißen. Sie heißt Reform." Das bezieht sich auf die Politik der SPD, aber es klingt auch wie ein Rezept für die osteuropäischen Länder. Was kann aber der Patient mit solchem Arzneimittel anfangen? Destabilisierung

bilisierung, Reform, Stabilisierung und wieder Destabilisierung - das ist ein magisches Dreieck, in dem die Länder Osteuropas kreisen. Die Grundlinie des Dreiecks bildet eben die Destabilisierung von innen. Sie ruft eine Gärung von unten hervor. Die Schuld wird nicht nur den Imperialisten, den antisozialistischen Elementen, sondern auch den sog. Prominenten, der eben gestürzten Regierungsequipe, zugeschrieben. Man spricht von subjektiven "Fehlern und Entstellungen" und es beginnt das Kapitel: Erneuerung - Reformen. Dabei wiederholt sich aber immer dieselbe Geschichte: Wenn die Reformen tatsächlich, sowohl in der Wirtschaft wie auch auf sozialem und politischem Gebiet, durchgeführt würden, so droht man könnte dies den Rahmen des Systems sprengen. Wenn sie aber nur teilweise, begrenzt zaghaft gemacht werden, dann schrumpfen sie zu nichts zusammen, das System rutscht in die alten Gleise zurück.

Jeder Schritt nach vorn wird nicht nur durch verschiedene, meist unerwartete Hindernisse, sondern auch durch bewußten Widerstand der konservativen, aber einflußreichen Partei und Staatsbürokratie gestört. Die Antriebskraft zu den Reformen könnte von den mit den bestehenden Verhältnissen unzufriedenen Schichten kommen. Solche demokratischen Reformversuche werden aber entschlossen von außen- und innenpolitischen Machtfaktoren gebremst. In der neuen Stabilisierungsphase wurden also weder die Ursachen der Krise noch auch viele ihrer Folgen beseitigt. Da kann das Kreisen im teuflischen Dreieck weitergehen. Es ist ganz richtig, wenn man - wie Horst Ehmke - die Reformen als innere Dimension der Entspannungspolitik betrachtet. Aber effektive Reformen sind nur unter zwei Voraussetzungen möglich: erstens sollten diese Reformen so weit reichen, daß die schlaffe Staatswirtschaft von Marktmechanismen angeregt und reguliert wird; zweitens sind solche Reformen nur wirklicher Anteilnahme und, mehr noch, nur unter dem Druck solcher Kräfte möglich, die vor Änderungen nicht zurückscheuen. Wer ernsthaft Reformen anstrebt, darf diese Voraussetzungen nicht außer acht lassen.

In den 30 Jahren seit den ersten Reformversuchen in Polen vermochte man aus dem Teufelskreis der Mißerfolge nicht mehr herauszukommen. Was sich dabei aber wesentlich ändert, sind die sozialen Erfahrungen, das Bewußtsein, das allgemeine Wissen, das nicht nur einzelne Menschen, sondern ganze soziale Schichten erlangt haben. Die Krisenerscheinungen häufen sich, aber auch dieses soziale Wissen wächst immer weiter an. Die einstigen Dissidenten - anderswo "antisozialistische Elemente" oder wie sie sonst genannt wer-

den mögen - haben sich zu einer Opposition mit einer soliden, bedeutenden sozialen Basis entfaltet.

Der Sammelbegriff "Dissidenten", der für Rußland zutreffend ist, paßt meist nicht zu anderen Ländern im Osten Europas. In der Sowjetunion sind es wirklich einzelne, oft isolierte, mutige Menschen, deren Tätigkeit von moralischem Rang ist. Aber im Ungarn des Jahres 1956, in der Tschechoslowakei seit 1968 und vor allem in Polen handelt es sich um soziale und politische Strömungen, deren Einfluß steigt oder sinkt, aber als potentieller Faktor auf der politischen Bühne niemals unbeachtet bleiben darf.

Die Entfaltung der Opposition kann also vor allem als eine politische Auswirkung der Destabilisierungsprozesse betrachtet werden. Die Destabilisierung selbst hat tief verwurzelte innere Ursachen. Sie kann in der Politik westlicher Parteien berücksichtigt werden oder nicht, sie kann aber von dieser Politik weder "geschaffen" noch "abgeschafft" werden. Das wäre ein Mißverständnis. Worum geht es den Menschen?

Wenn man bei der Zielbestimmung einer Politik nach dem Verhältnis von "Frieden im Ostblock" fragt, sollte man zuvor diese Begriffe klären. Vor allem kommt es an auf eine klare Bestimmung des Begriffs "Freiheit im Ostblock". Worum geht es dort den Menschen? Auf diese Frage antwortet Horst Ehmke: "Worum es den Menschen in Osteuropa geht, zu deren Sprechern sich die Dissidenten machen, ist die Respektierung der Menschenrechte, ist individuelle und politische Freiheit. Die Dissidenten fordern sie jetzt und nicht erst für ihre Kinder, und sie fordern sie meist ohne Vorbehalt..."

Diese Antwort ist nicht befriedigend. Der Begriff Menschenrechte wurde nämlich getrennt von den allgemeinen Lebensbedingungen der Bevölkerung, von den damit verbundenen sozialpolitischen Spannungen dargestellt. In solchem isolierten und beschränkten Ausmaß ist die Auswirkung des Kampfes um Menschenrechte eigentlich unverständlich. Könnte man sich vorstellen, daß bloß wegen der so begrenzten Menschenrechte gewaltige Konflikte, blutige Auseinandersetzungen ausbrechen? Sind die Werftarbeiterin Danzig im Kampf um individuelle Menschenrechte gefallen? Die Tausenden von Toten in Ungarn 1956 - bloß wegen eng verstandener Menschenrechte? Es handelt sich hier vielmehr um eine weitreichende Unzufriedenheit mit dem bestehenden Zustand, in welchem die materiellen und geistigen Bedürfnisse der

Menschen, ihr Streben und Hoffen nicht befriedigt werden. Die Schwierigkeiten des Alltags, der Warenmangel, die ständige Wohnungsnot bei der Jugend wirken bedrückend. Während der Krisen steigert sich diese Unzufriedenheit, bis sie zum Ausbruch kommt. Niemand bestreitet, auch die Machthaber nicht, daß diese Unzufriedenheit berechtigt ist. Niemand bestreitet, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse unzulänglich, rückständig im Vergleich mit Westeuropa bleiben. Michail Gorbatschow hat doch auch in scharfen Worten den Stand der sowjetischen Wirtschaft als extensiv verurteilt.

Erst wenn wir diese berechtigte Unzufriedenheit, die manchmal soziale Unruhen hervorruft, berücksichtigen, kommen wir zur Frage der Menschenrechte. Es handelt sich doch eigentlich vor allem um Bürgerrechte, um eine Möglichkeit, verschiedene Gruppen- und Klasseninteressen zum Ausdruck zu bringen. Es handelt sich weiter darum, daß die Gesellschaft in ihrer pluralistischen Vielfalt ihr eigenes Schicksal mitbestimmen kann. Dieses Streben hat in den kommunistisch regierten Ländern verschiedene Gestalt angenommen, jedoch von Schritt zu Schritt, von Krise zu Krise wurde es stärker. Die Gewerkschaft Solidarnosc in Polen war der einflußreichste Ausdruck dieses Strebens nach Selbstbestimmung der Arbeiter und des ganzen Volkes. Dieses Streben ist völkerrechtlich begründet. Es gehört zum Begriff der Menschenrechte im Sinne der von den Vereinten Nationen am 10. Dez. 1948 beschlossenen Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte und der Verträge vom 16. Dez. 1966, die sich auf die Menschen- und Bürgerrechte beziehen. Alle diese Verträge wurden von Polen ratifiziert.

Die Entfaltung des Kampfes um Bürgerrechte ist verschieden in verschiedenen Regionen des Ostblocks. In jenen Teilen Osteuropas, die lateinischer Prägung sind und eine alte Tradition der Freiheitskämpfe hinter sich haben, wo nationaler Stolz und persönliche Würde zu den allgemein anerkannten Werten gehören, hat sich eine starke Opposition breiter und schneller entfaltet. Diese Bestrebungen sind vielschichtiger Natur.

Was ändert das aber eigentlich daran, daß die Ziele der Solidarnosc moralisch, völkerrechtlich und in jedem anderen Sinne begründet sind? Die Realpolitiker im Westen fragen, was eine Opposition in Osteuropa überhaupt anfangen, was sie leisten könne, auch wenn sie - wie es in Polen der Fall ist - von einer breiten sozialen Basis unterstützt wird. Eine solche Skepsis, die

man auch beim Lesen des Aufsatzes von Horst Ehmke bemerkt, ist begründet. Sie bleibt auch nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der sozialdemokratischen Politik. Weder Programme, noch Vermutungen, die sich auf eine unbekannte Zukunft beziehen, taugen viel bei der Beantwortung der oben gestellten Fragen. Um diese Skepsis zu zerstreuen oder wenigstens abzuschwächen, sollte man von der gegenwärtigen Rolle und Bedeutung der Opposition, vor allem der Solidarnosc reden - hic et nunc.

Ausländische Beobachter staunen, daß es trotz aller Geschehnisse der letzten Jahre in Polen mehr Freiheit im öffentlichen Leben gibt, als in anderen Ländern des realen Sozialismus. Ist dies etwa nur ein Gnadenerweis der Machthaber? Nein. Keine Freiheit, auch nicht im begrenztem Ausmaß, ist einfach einem Gnadenakt zu verdanken.

Die totalitären Regierungssysteme in der Vergangenheit beruhten immer auf zwei Grundlagen: Einerseits gab es den Anspruch der Regierenden auf Allmacht, um alle Gebiete des öffentlichen Lebens zu steuern und kontrollieren. Aber das genügte noch nicht. Auf der anderen Seite wurde das Volk gleichgeschaltet. Das bedeutet, daß die Machthaber es mit einer zersplitterten, atomisierten, ganz von der Obrigkeit abhängigen Gesellschaft zu tun hatten, die keine Gesamtheit sozialer Strukturen darstellte, sondern nur eine arithmetische Summe einsamer, ohnmächtiger Menschen. Wenn aber soziale Gruppen ihre Interessen irgendwie zum Ausdruck bringen, wenn von der Staatsmacht unabhängige Gruppen oder Strukturen funktionsfähig sind, wenn vor allem eine Opposition, sei es auch eine illegale, vorhanden ist, dann bleibt die Allmacht der Regierenden begrenzt. Viele dieser Rechte und Freiheiten, die ihnen gewaltsam genommen wurden, nehmen sich die Menschen selbst in verzweifelterm Ringen wieder zurück, und sie sind bereit, dafür sogar mit jahrelanger Haft zu büßen. Aber andere Bürger kommen auch in den Genuß eines Teils dieser frevelhaften Bürgerrechte, weil sie nicht mehr einsam und ängstlich, nicht mehr isoliert bleiben. Sie haben eine Alternative. Sie sind in ihrem Denken und Handeln nicht mehr völlig vom Staat abhängig. Eine solche Alternative bietet in Polen vor allem die Katholische Kirche, verschiedene Arten sozialer und kultureller Aktivität finden unter ihrem Schuttschirm Zuflucht. Die Rolle und die Position der Katholischen Kirche in Polen sind unvergleichbar stärker und vielseitiger unter kommunistischer Herrschaft als vor dem Kriege. Das ist kein Paradox.

Seit dem Jahre 1980 hat eine solche Alternative auch die Solidarnosc geschaffen. Mit dem 13. Dezember 1981 wurde die Rolle der Solidarnosc wie manche im Westen glauben - nicht abgebrochen. Ihre Tätigkeit wird, unter ganz anderen Bedingungen und mit anderen Methoden, fortgesetzt. 16 Monate der legalen Solidarnosc sind tief ins Bewußtsein der Polen eingedrungen, das kann man nicht einfach abschaffen und durchstreichen. Der General wiederholte mehrmals, daß es keine Rückkehr zu dem Zustand vor August 1980 oder vor Dezember 1981 gibt. Das heißt aber nicht, daß die Gegenwart nur eine Seite bestimmen kann. Außer dem harten Kern im Untergrund besteht die Solidarnosc als Gewerkschaft innerhalb der Betriebe und als soziale Bewegung in den Hochschulen, in den Selbstverwaltungsräten, in Verbänden usw. Wichtige Bestandteile solcher Aktivitäten bildet das Vorhandensein eines unabhängigen Kulturwesens und eines unabhängigen Informationsumlaufes, bestehend aus Hunderten und Aberhunderten von illegalen Schriften aus einem Dutzend von Untergrundverlagen. Es gehört zur polnischen Tradition, daß das Legale vom Halblegalen und vom Illegalen nie scharf abgegrenzt wird. Diese Tradition wächst aus der Geschichte eines Volkes hervor, das Jahrhunderte um sein Dasein, seine Identität, seine Würde kämpfen mußte.

Die Bedeutung der Opposition in Polen, vor allem der Solidarnosc besteht also - so könnte man es kurzfassen - in der Aufrechterhaltung der Strukturen einer modernen, pluralistischen Gesellschaft europäischer Prägung unter sehr ungünstigen Bedingungen. Ob solche Anstrengungen, wenn auch mit wechselndem Erfolg verwirklicht, in einer sozialdemokratischen Politik berücksichtigt werden sollen, ist mindestens zu erwägen. Für Menschen, die diese Anstrengungen unternehmen, klingt aber der Vorwurf von Horst Ehmke, daß "die Dissidenten" ohne Vorbehalt "alles oder nichts" fordern, als eine bittere Ironie. Die Machthaber bieten den Andersdenkenden nur das Nichts an. Wer sich damit nicht begnügt, dem stehen noch die Gefängnisse zur Verfügung. Die Möglichkeiten der in die Illegalität abgedrängten Solidarnosc sind sehr begrenzt, dessen ist man sich bewußt. Was hat aber die "siegreiche" Staatsmacht geleistet? General Jaruzelski und der kleine Kreis seiner Berater wollten selber eine Wirtschaftsreform "von oben" durchsetzen. Dabei hat sich aber erwiesen, daß ihre Macht nicht ausreicht, ihre Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet ungenügend ist. Mit Panzerwagen kann man eine wehrlose Gesellschaft - zeitweilig - entmündigen, doch ohne diese Gesellschaft kann man das schwerfällige System nicht verbessern. Weder die

Wirtschaftsreform noch die Überwindung der Krise sind bisher gelungen. Der Lebensstandard der Bevölkerung vom Stand des Jahres 1978 soll erst Ende des Jahrhunderts wieder erreicht werden - sofern uns inzwischen keine neue Krise überrumpelt. Wir haben also genügend Zeit und viel Gelegenheit zur Untersuchung der Ursachen und Folgen der Destabilisierung.

Nur von oben?

Nachdem wir die zwei Ausgangsbegriffe "Destabilisierung" und "Opposition" aus anderer Sicht erörtert haben, können wir zur wichtigsten Frage zurückkehren: Entspannungspolitik "von oben" oder "von unten"? Die Antwort von Horst Ehmke lautet: "Friedenspolitik braucht beides. Handeln von Regierungen und Parlamenten ebenso wie eine Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger." Das ist natürlich ganz richtig, doch unsere Freude wird von einer Nebenfrage getrübt: "Friedenspolitik braucht beides" - ist damit auch "beiderseits" gemeint? Daß die kommunistischen Regierungen allerlei Beziehungen zu Friedensbewegungen, zu oppositionellen Strömungen im Westen unterhalten, westliche Intellektuelle zu Friedenskongressen einladen, ist allgemein bekannt. Sollte aber nicht auch das Entsprechende auf der Gegenseite ganz selbstverständlich sein, daß nämlich Regierungen, Parlamente, Parteien im Westen Kontakte mit Solidarnosc in Polen, mit Charta 77 in der CSSR, mit Friedensgruppen in der DDR, mit Dialog in Ungarn und Helsinki-Gruppen in der UdSSR aufnehmen? Ich fürchte, daß in dem Aufsatz von Horst Ehmke diese Frage nicht positiv beantwortet wurde. Er sieht da lauter Schwierigkeiten und Gefahren: "Détente von unten" so zitiert er den West-Berliner Studentenpfarrer Ton Veerkamp, "erfordere Entfaltungsfreiheit für die Opposition auch im Ostblock und daher schrittweisen Abbau seines politischen Systems". Darüber wurde schon vieles gesagt, eines sei nochmals wiederholt: Die Entfaltung der Opposition hängt ganz und gar von den inneren politischen und sozialen Prozessen ab. Bei "Détente von unten" handelt es sich also nur darum, inwiefern westliche Parteien bereit sind, diese Erscheinungen in ihrer Politik zu berücksichtigen.

Ein zweites Argument Horst Ehmkes gegen "Détente von unten" klingt ganz aufrichtig: "Eine Friedensbewegung 'von unten' im Osten kommt in Konflikt mit den kommunistischen Machthabern." Das ist sicher zutreffend, aber sicher ist auch, daß man konfliktlos keine Politik betreiben kann. Das verste-

hen auch diese gefürchteten kommunistischen Machthaber ganz gut, die praktisch bewiesen haben, daß sie auch eine "Détente von unten" zu verdauen bereit sind, wenn es ihnen im allgemeinen nützt.

Das Fazit des Gedankengangs ist also eindeutig: Ehmke legt der SPD eine "Nur-von-oben Entspannungspolitik" nahe. Die Angst- und Erleichterungsreflexe von 1981/82 haben sich im Grunde erhalten. Dazu möchte ich einige Vorbehalte äußern: Eine solche Einstellung sollte man erstens im geschichtlichen Rahmen der Ostpolitik und ihrer Erfolge in den 70er Jahren sehen. Damals war die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten Osteuropas, zu Polen insbesondere, vor allem eine Anpassungsleistung der Bundesrepublik Deutschland an die schon seit Jahren im Gange befindliche Entspannungspolitik der westlichen Verbündeten, vor allem der Vereinigten Staaten und Frankreichs. Jetzt aber, mit einer Nur-von-oben-Taktik, könnte man in eine entgegengesetzte Richtung steuern. In ihrer Berührungsanst zu Solidarnosc stand die SPD im Westen doch allein. Ihr Haltung stellt auch eine Ausnahme unter den europäischen Sozialdemokraten dar.

Wesentlich ist auch eine negative Auswirkung solcher Politik auf die deutsch-polnischen Beziehungen, deren Verbesserung und Normalisierung den Kern der Ostpolitik bilden sollte. Nach dem Vertrag vom 7. Dezember 1970, aber vor allem nach dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik, sollte die weitere Normalisierung der Beziehungen darauf beruhen, daß auch die Christdemokraten den endgültigen Charakter der Oder-Neiße Grenze anerkennen, und zwar nicht nur nach dem Prinzip: pacta sunt servanda. Das erfordert eine Korrektur der außenpolitischen und rechtlichen Doktrin, auf der die CDU seit Jahren beharrte. 1983/84 entstanden dafür in den Kreisen der CDU günstige Bedingungen. Der Mann, der diese Bemühungen unternommen hatte, war der verstorbene Alois Mertes. Diese Versuche wurden aber von verschiedenen Seiten untergraben - von rechts, von links und von außen. Die polnische Regierung brauchte dringend den deutschen Buhmann, um ihre eigene Position zu stärken. Aber auch die SPD wollte sich nach außen und nach innen als die einzige Partei darstellen, die der Ostpolitik treu geblieben ist. Die Nur-von-oben-Taktik erleichterte noch beiden Seiten, sich auf diesem Grund zu treffen, aber gleichzeitig haben sich die Beziehungen zwischen den Regierungen in Warschau und Bonn verschlechtert. So hat man praktisch den Hupkas eine Gefälligkeit erwiesen. Besonders spektakulär war

in dieser Hinsicht Ende 1984 der in Warschau lautstark gefeierte Besuch von Hans-Jochen Vogel, wenige Tage bevor der Besuch von Genscher zum Scheitern gebracht wurde. Die polnische Opposition hat in ihren Schriften vor der Schädlichkeit einer solchen Taktik gewarnt. Wiederholt wurden Vertretern der SPD Gesprächsangebote vorgelegt - immer vergebens. In polnischen Oppositionskreisen hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß eine solche Taktik den polnischen Interessen und der Ostpolitik wesentlichen Schaden zugefügt hat.

Die Machthaber im Osten drängen ihre politischen und diplomatischen Gesprächspartner, Kontakte und Begegnungen mit Oppositionellen zu vermeiden. Darin drückt sich der systembedingte Anspruch auf die Monopolstellung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens aus. Eine Nur-von-oben-Taktik bedeutet nicht nur, daß man sich diesem Druck fügt, sondern daß man auch diesen Anspruch unterstützt. Bedeutet das aber, daß die Sozialdemokraten mit einem solchen Monopolanspruch einverstanden sind? Sicher nicht! Es ist also eine Unterstützung, die im Widerspruch zu den eigenen Grundsätzen steht. Hier ist an einen Gedanken von Johannes Paul II zu erinnern: Wenn man im Dialog auf die eigene Wahrheit verzichtet, werden damit nicht nur eigene Werte geopfert, es geht auch der Sinn des Dialogs verloren. Eine solche Taktik richtet sich oft gegen eigene Mitglieder oder Bundestagsabgeordnete, die sich dem Berührungsverbot mit der Opposition nicht fügen wollen. Ihnen wird einfach die Einreise nach Polen verweigert, ohne daß sie dabei auf eine Unterstützung durch die eigene Partei rechnen können. Übrigens betrifft es nicht nur die SPD, sondern auch andere deutsche Parteien.

Bei einer Nur-von-oben-Taktik verkommt die Entspannungspolitik oft zu einem Konjunkturspiel. Die europäische Entspannungspolitik soll doch nicht immer von unerwarteten Geschehnissen irgendwo in der Karibik oder in der Großen Syrte abhängig sein. Eine Entspannungspolitik, die sich wirklich auf eine breite soziale Basis stützt, kann man einfach nicht über Nacht umdrehen. Auch der Inhalt könnte dadurch angereichert werden und weit vollkommener sein.

Und last not least - der moralische Aspekt einer solchen Taktik und ihrer Folgen. Ohne Versöhnung kann man keine friedliche Zukunft bauen. Je schrecklicher die Kriegsverbrechen, je abscheulicher die Massenmorde, je erschütternder der Holocaust waren, desto wichtiger ist es, daß 40 bis 50

Jahre später die neuen, jungen Generationen einen Weg zur Versöhnung finden. Es ist kein leichter Weg, es handelt sich um eine Überwindung sowohl eines geschichtlich berechtigten Mißtrauens, wie auch tief ins Bewußtsein eingedrungener Vorurteile, falscher Stereotypen, Feindbilder. Und noch eines: Der Haß zwischen Völkern darf nicht als taktische Reserve der Politiker aufbewahrt und gepflegt werden. Versöhnung können nicht einfach die Kabinette von oben stiften. Da entsteht aber eine ganz neue Gefahr, wenn man hie und da die Frage hört: Auf wessen Kosten wird eine solche Nur-von-oben-Taktik betrieben? Neues Mißtrauen, das leicht das alte ergänzen kann - es spukt das Gespenst von Rapallo. Es ist schlimm mit Gefühlen zu spielen, besonders wenn die alten Wunden schlecht verheilt sind.

Und noch ein Problem - die Friedensbewegung. Es ist bekannt, daß im Ostblock der offizielle "Kampf um den Frieden" eine vom Staat organisierte Unterstützung der Außenpolitik ist. Um in Osteuropa einen ehrlichen Friedenskampf zu führen, müßte man sich tapfer den eigenen Rüstungen und hohen Rüstungskosten widersetzen. Dafür wird man als Verräter und Imperialistenagent diffamiert. Trotzdem wirkt in Polen eine jugendliche Friedensgruppe, deren Anführer, Jacek Czeputowicz und Piotr Niemczyk, jüngst verhaftet wurden. Die Mitglieder dieser Bewegung weigern sich aus religiösen und politischen Gründen, den soldatischen Eid abzulegen, der zur Treue gegenüber dem bestehenden Gesellschaftssystem und gegenüber dem Bündnis mit der Sowjetunion verpflichtet.

Bei einer Nur-von-oben-Taktik haben diese jungen Polen keine Aussicht, daß ihre so tapfer zur Versöhnung ausgestreckte Hand in der Bundesrepublik überhaupt bemerkt wird.

Wir sind uns hier natürlich bewußt, daß eine zweite Phase der Entspannungspolitik sich erst im Werden befindet. Die bitteren Worte, die oben geschrieben wurden, beziehen sich nicht auf das Ganze, sondern nur auf einige konkrete Inhalte und Tendenzen. Seit dem Besuch von Willy Brandt und seinen Freunden im Dezember 1985 wurde die erwähnte "Berührungsangst" zur Solidarnosc noch nicht ganz überwunden, aber doch einigermaßen abgebaut. Bei der Entfaltung einer neuen Phase der Ostpolitik kommen auch manche andere Anzeichen zum Ausdruck, z.B. die Äußerung von Richard Löwenthal, die wir mit großer Aufmerksamkeit registriert haben. Willy Brandt hat in Warschau vom Beginn eines Prozesses der Europäisierung Europas gespro-

chen. Es paßt gut zu einem Bonmot von Brandt: "Die flache Europakarte an der Wand wird wieder ein Relief". Wenn es hier in Europa kein Relief, keine Berge, Täler und Hügel geben soll, dann braucht man die Weltpolitik nur den Großmächten - im Innern nur den Machthabern - zu überlassen. Das wäre eine Gefahr für Frieden und Freiheit, wenn Völker und Menschen den Einfluß auf ein eigenes Schicksal verlören. "Europa braucht Polen" - so höflich beendete Willy Brandt seine Rede im Warschauer Königsschloß. Aus seinen eigenen Worten könnte man einen neuen Gedanken ableiten: "Europa braucht Polen, nicht als politische Ebene, sondern als Relief." Könnte Willy Brandt diese so willkürlich zusammengesetzten Worte als seine eigenen anerkennen?

Diese Frage ist nicht nur an einen Mann persönlich gerichtet. Der Antwort auf diese Frage kann man nicht entgehen, wenn man an die Europäisierung Europas, an Freiheit und Frieden, wenn man an unser aller Zukunft denkt.

Dialektik von Entspannung und Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik

Jiri Hajek, Jahrgang 1913, war vor dem Zweiten Welt krieg Sozialdemokrat und trat 1948 in die KP der CSSR ein; während des "Prager Frühlings" wurde er am 8.4.1968 Außenminister und trat am 19.9.1968 von diesem Amt zurück; danach war er am Institut für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften tätig; 1970 wurde er aus der KP ausgeschlossen und nach seiner Zwangspensionierung 1972/73 1976 auch aus der Akademie der Wissenschaften; er war einer der gewählten Sprecher der "Charta 77"; heute lebt er als Pensionär in Prag.

Daß Achtung der Menschenrechte und Respekt der Menschenrechte Bestandteile eines wahren Friedens sind - oder genauer: sein sollten - ist irgendwie im Bewußtsein oder Gewissen der zivilisierten Menschheit verankert und von vielen Denkern und Künstlern zum Ausdruck gebracht worden. In der internationalen Politik und im Völkerrecht erscheint dies erst nach dem Zweiten Weltkrieg - in der UNO-Charta, in der allgemeinen Deklaration der Menschenrechte und in anderen Dokumenten, die Grundsätze einer gerechten Friedensordnung formulieren. Diese Grundsätze wurden im Kalten Krieg der vierziger und fünfziger Jahre durch die Konfrontation der Machtblöcke überschattet. Die Menschenrechte wurden in den Hintergrund gedrängt und höchstens als Nebenargument in dieser Konfrontation zur Sprache gebracht, und zwar im Kontext des ideologischen Kampfes, wo mit Schwarz-Weiß-Bildern beiderseits manipuliert wurde. Positiv orientierte Kräfte in bei den Lagern des Kalten Krieges, zusammen mit blockfreien Staaten und Völkern, versuchen seit den fünfziger Jahren, auf die gefährlichen Folgen dieser Konfrontation aufmerksam zu machen und sie durch eine friedliche Koexistenz zu ersetzen. Der Entspannungsprozeß, durch Rückschläge und ein Wieder aufleben von Konflikten und der Mentalität des Kalten Krieges einige Male unterbrochen, wird durch wachsendes Bewußtsein der Folgen der Beschleunigung des wissenschaftlichen-technischen Fortschritts gestärkt, das die Möglichkeit eines "Sieges" einer der Supermächte mehr und mehr ausschließt und im Gegenteil bloß die Perspektive eines Untergangs der Menschheit öffnet. Dazu

kommt die wachsende Erkenntnis und Anerkennung von anderen globalen Problemen wie der Grenzen der Rohstoff- und Energiequellen, der Umweltvernichtung, der "Süd-Nord"-Spannung, welche der Bipolarität des Kalten Krieges und seiner Denkweise die pluralistische Realität der heutigen Welt und die gemeinsamen Interessen der Menschheit gegenüberstellen.

In diesem Entspannungsprozeß kommen auch die Menschenrechte zu Wort, und zwar nicht mehr als bloßes Instrument der Machtpolitik. Die Schlußakte der KSZE in Helsinki 1975 akzeptiert das Beachten der Menschenrechte als einen der Grundsätze von Sicherheit und Zusammenarbeit derjenigen 35 Staaten, die (einschl. der Supermächte) drei Viertel des ökonomischen und über 90 % des militärischen Potentials der Welt darstellen. Durch die Gleichstellung dieses Grundsatzes mit den traditionellen Kategorien der Souveränität, der Gleichheit, der territorialen Integrität, des Gewaltverzichts in internationalen Beziehungen usw. wird die Bedeutung der Menschenrechte in diesem Prozeß hervorgehoben und weiter unterstrichen durch die Anerkennung des Rechtes jedes einzelnen "to know and act". Der Mensch wird zum ersten Mal in internationalen Beziehungen nicht bloß als Objekt der Machtmanipulation, sondern (wenn auch in sehr begrenztem und durch die Macht immer streitig gemachtem Umfang) als Subjekt an erkannt. Komplettiert wird dies durch die 1976 in Kraft getretenen, 1966 von der UNO-Vollversammlung angenommenen Pakte, bzw. das Options-Protokoll zum Pakt über Bürger- und politische Rechte. Die Haltung des Staates den Rechten seiner Bewohner gegenüber wird zu einem der Kriterien seiner Friedenspolitik. Die Debatte über diesen Aspekt der Entspannung erscheint auf der Tagesordnung der KSZE-Folgetreffen und Experten-Tagungen, sowie bilateraler Begegnungen, einschließlich der Supermächte-Gipfeltreffen. Dies war, wie bekannt, von Bedeutung besonders für die Länder des Warschauer Paktes, die mit ihren Initiativen zum Zustandekommen der Helsinki-Konferenz bedeutsam beigetragen haben, in ihrem Resultat einen Erfolg ihrer Politik betrachteten und ihre konsequente Unterstützung für das Einhalten aller Bestimmungen der Schlußakte zusagten. Da sie zugleich durch ihre Unterschrift und Ratifikation der Menschenrechtspakte entscheidend zu ihrem Inkrafttreten beigetragen haben, konnten sie kaum bei ihrer negativen Haltung in der Diskussion dieser Frage mit ihren westlichen Partnern bleiben. Sie konnten diese Fragen auch nicht durch eine ideologisch-einseitige Interpretation beantworten, da die Pakte eindeutig sind. Und die offene Diskussion, selbst wenn sie polemisch

geführt wird, kann die Bedeutung der Menschenrechte für Entspannung und friedliche Zusammenarbeit nur hervorheben. Zugleich schufen Helsinki und die Annahme von Menschenrechts-Pakten in diesen Ländern eine Möglichkeit zum Entstehen von Bürgerrechte-Initiativen und Bewegungen, die ein neues Phänomen in ihrem gesellschaftlichen Leben dar stellten. Geschützt von internationalen Bestimmungen (wenn auch unter Verfolgung, Druck und Diskriminierung ihrer Anhänger, ihre Tätigkeit fort. Teilweise haben sie, wie in Polen, zusammen mit an deren Kräften eine wichtige Rolle in großen gesellschaftlichen Bewegungen gespielt.

Die Kraft des Entspannungsprozesses blieb auch trotz des Wiederauflebens der Spannungen Anfang der achtziger Jahre erhalten. Die damals entstandene Friedensbewegung in Westeuropa hat eine positive Rolle gespielt. Einige ihrer Gruppen haben in der Suche nach ihrem richtigen Partner im Osten Dialog und Zusammenarbeit mit Bürgerrechtsbewegungen und -gruppen entwickelt und darin zur Anerkennung und Bedeutung der Menschenrechte in der Friedensproblematik (im Kontext einer neuen Auffassung der "unteilbarkeit des Friedens") beigetragen. Die Phase der Entspannungspolitik beginnt mit der Lösung der Probleme, die jene Spannungen verursacht haben. Die Gipfeltreffen der Supermächte 1985 und 1987 brachten bereits Resultate, die sicher als bedeutender Fortschritt gerade in der Kernfrage - der Nuklearabrüstung - betrachtet werden können. Die Überwindung der Hindernisse auf diesem Gebiet, einschließlich der bei den weitgehenden Verifikationsbestimmungen, setzte tiefe Veränderungen in der bisherigen Haltung beider Seiten voraus. Daß dazu auch die konservative Machtelite der USA und ihr Repräsentant fähig waren und sind, ist ein positives Zeichen. Die entscheidende Rolle hatte aber dabei die Führung der UdSSR, die in ihrem Land viel größere Veränderungen durchsetzen mußte. Diese heutige Phase der Entspannungspolitik hängt eng mit den weitgehenden Reformen der "Perestrojka" in der UdSSR zusammen. In ihr setzt sich das durch, was Gorbatschow die "neue Denkweise" nennt, was er in seinen Reden und Schriften ausdrückt und definiert und was in entsprechenden Varianten schließlich auch im Denken und Handeln anderer Partner erscheinen sollte (und in einigen Fällen zu erscheinen beginnt). Das heißt, das Schwarz-Weiß-Bild oder das einfache Schema einer bipolaren Welt der Klassen und der ideologischen Gegensätze durch Erkenntnisse über die "Realität einer farbenreichen, mehrdi-

mensionalen Welt" zu ersetzen und "Priorität der menschlichen Werte oder genauer gesagt, das Überleben der Menschheit schlechthin" anzuerkennen.

In dieser "neuen Denkweise" können wir auch über die Menschenrechte Neues hören und lesen: Die Forderung des 27. Parteitages der KPdSU nach Festigung der Garantien der sozialen, politischen und persönlichen Rechte der Sowjetmenschen, die Worte Gorbatschows zu Mitterrand über die wachsende Dringlichkeit der Frage der Menschenrechte an der Schwelle des 21. Jahrhunderts und über "die Demokratie als Form der Geltendmachung der politischen und Bürgerrechte des arbeitenden Menschen, seines Interesses an Veränderungen ...", die Entlassung A.D. Sacharows aus dem Gorki-Exil, das Entstehen von tausenden von freien Vereinigungen unter der Überschrift "Glasnost", die Novellierung verschiedener Gesetze usw. Gerade in diesem Zusammenhang ist der Vorschlag eines Systems der internationalen Sicherheit zu erwähnen, wo die Sicherheit der Staaten als "untrennbar vom Kampf um die Sicherung der Menschenrechte auf allen Gebieten, vor allem das Recht auf Leben im Frieden und in Freiheit" erklärt wird. Man könnte noch andere Zeugnisse dieser veränderten Haltung der Sowjetführung zitieren - und auch Anzeichen dafür, daß es nicht bei verbalen Erklärungen bleibt. Ebenso muß man aber über viele Tatsachen berichten, die beweisen, daß auch die Sache der Menschenrechte - und vielleicht mehr als andere - nur schwer gegen den Widerstand der "vested interests" der "realsozialistischen" konservativen Machtelite und gegen eingestimmte Vorurteile durchgesetzt werden kann. Dies gilt - vielleicht manchmal in noch stärkerem Sinn - auch für die anderen Länder des Warschauer Paktes, besonders dort, wo im Unterschied zur Sowjetunion noch jene Gruppen an der Macht sind, die solidarisch mit der von Gorbatschow ersetzten Breschnew-Führung die Politik der konservativen Linie, der Rückständigkeit und der Stagnation bis unlängst ausgeübt haben, oder die so gar (wie in der Tschechoslowakei) in der Unterdrückung einer an die "Perestrojka" erinnernden Reform an die Macht gelangt sind. Wenn auch diese Gruppen sich heute verbal zur "Perestrojka"-Politik bekennen und gewisse ökonomische Umänderungen durchzuführen beginnen, sind für sie Demokratie und darin enthalten auch die Frage der Menschenrechte etwas, was sie nicht anzusprechen geneigt sind.

Trotzdem hat auch in diesen Ländern das Echo der Reform in der Sowjetunion seinen Widerhall. Die Bestrebungen, durch die volle

Respektierung der Menschenrechte eine Infrastruktur zur Durchsetzung wirklicher demokratischer Reformen zu schaffen, gehen weiter, ja erweitern sich. Wenn ich vom dialektischen Verhältnis zwischen der Entspannung und den Menschenrechten in dieser Phase spreche, dann auch davon, daß Verständnis und positive Antworten des Westens auch die Entspannungsinitiativen Gorbatschows zur Stärkung der Situation der Menschenrechte beitragen können. Eine sachliche Diskussion könnte nicht nur den politischen Grundrechten im Osten, sondern auch gewissen sozialen Rechten im Westen zugute kommen. Die Entspannung selbst kann die Bedeutung dieses Elements noch vertiefen und erweitern. Zur Zeit wird bei uns in der CSSR viel von einer (mit dem Namen von Generalsekretär Jakes verbundenen) Initiative zur Schaffung einer Zone des Vertrauens, der Zusammenarbeit und der nach barlichen Beziehungen gesprochen, die an der Grenze zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO errichtet werden könnte. Meine Freunde und ich glauben, daß diese Idee im Westen und vor allem in der BRD nicht einfach ignoriert werden darf, sondern als Impuls zu einer sinnvollen Diskussion genutzt werden sollte. Dabei könnte gerade der humanitäre Aspekt und die Frage der Menschenrechte als Kriterium des zu schaffenden Vertrauens ihren richtigen Platz haben - als praktische Illustration und als Resultat der Dialektik von Entspannung und Menschenrechten.

Sicherheit miteinander teilen

Das gemeinsame Dokument von SED und SPD im Spiegel von Einsichten und Erfahrungen der Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1982-1987

Als Prof. Dr. Otto Reinhold, Mitglied des Zentralkomitees der SED und Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK, am 27. August 1987 das gemeinsame Dokument von SED und SPD "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" auf einer Pressekonferenz in Berlin/DDR vorstellte, äußerte er sich auch zu der Frage, inwieweit die Grundsätze des Dokumentes über die beiden Parteien hinaus mit Zustimmung rechnen könnten. In NEUES DEUTSCHLAND vom 28. August 1987 heißt es dazu: "Otto Reinhold verwies auf die Friedens- und Dialoginitiativen der Kirchen, mit deren Zielen das gemeinsame Dokument vielfach übereinstimme."(1)

Der Hinweis auf eine vielfache Übereinstimmung zwischen dem Parteien-Dokument und Initiativen der Kirchen zur Friedenssicherung war für alle, die sich mit der Friedensarbeit der Kirchen in der DDR etwas genauer beschäftigt haben, kaum überraschend. Überraschend war allenfalls die Tatsache, daß ein hochrangiger Vertreter der SED diese Übereinstimmung an so hervorgehobener Stelle eigens erwähnte. Umgekehrt macht der Hinweis Reinholds deutlich, warum wesentliche Passagen des Dokumentes in den Ohren vieler Christen in der DDR so klingen, als seien sie von den eigenen Kirchen formuliert und nicht von den Vertretern zweier politischer Parteien. Tatsächlich war die erste Lektüre des Textes im NEUEN DEUTSCHLAND für den kundigen Leser aus dem Bereich kirchlicher Friedensarbeit so etwas wie ein Spaziergang durch vertrautes Gelände. Denn was SED und SPD im Grundsätzlichen als ihre gemeinsame Position beschreiben, entspricht genau dem, was die Kirchen in der DDR seit Anfang der Achtzigerjahre in Wahrnehmung ihrer Friedensverantwortung als ethische Einsicht formuliert, als politische Forderung vertreten und als ihren Beitrag in das ökumenische Friedensgespräch zwischen Kirchen in Ost und West eingebracht haben.

In Bezug auf Ziel und Inhalt von gemeinsamer Sicherheit stellt das Parteien-Dokument eine Bestätigung von Auffassungen und Positionen dar, die der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR seit 1982 vorgetragen, auf Synoden und Kirchentagen, in Friedensseminaren und Gemeindeveranstaltungen diskutiert und auch gegen mancherlei anfänglichen "ideologischen" Widerstand verteidigt hat. Es ist also nicht verwunderlich, daß die Veröffentlichung des gemeinsamen Dokumentes von Christen und Kirchen in der DDR - und nicht nur von diesem - mit ungleich größerer Aufmerksamkeit begleitet und, was seinen Inhalt betrifft, mit stärkerer Zustimmung quittiert worden ist als von den Christen und Kirchen in der Bundesrepublik. Entsprechend groß sind die Hoffnungen von Menschen in der DDR auf Entwicklungen, die den im Dokument beschriebenen gemeinsamen Einsichten folgen und auch im gesellschaftlichen Leben spürbar werden sollen, etwa in Bezug auf die Lern- und Reformfähigkeit des Sozialismus oder auf eine offene Diskussion seiner Vorzüge und Nachteile. Christen und Kirchen erwarten praktische Auswirkungen für das Zusammenleben von Marxisten und Christen in der Gesellschaft. Nach ihrer Meinung könnte das Dokument "eine handhabbare Methode für andere Bereiche bieten: Gemeinsame Überzeugungen feststellen, Unterschiede benennen und nach Richtungen suchen, in denen eine Zusammenarbeit möglich wird."(2) Die Zukunft muß erweisen, ob solche Erwartungen realistisch sind.

In diesem Beitrag wird der Versuch unternommen, die Entwicklung der Diskussion um gemeinsame Sicherheit in den evangelischen Kirchen in der DDR summarisch nachzuzeichnen. Die in dieser Diskussion gefundenen Positionen werden vorgestellt. Das in ihnen zum Ausdruck kommende Verständnis von politischer Wirksamkeit kirchlicher Friedensarbeit wird charakterisiert. Dabei wird auch die gesellschaftliche Bedeutung des Friedenshandelns von Kirchen unter den Bedingungen des realen Sozialismus in der DDR angesprochen.

1. Der Begriff "gemeinsame Sicherheit" wird im Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen (Bundessynode) vom September 1982 erstmals erwähnt.(3) Im Anschluß an die Diskussionen dieser Synode zur nuklearen Abschreckung wird der Begriff in der Folgezeit zum Dreh- und Angelpunkt aller friedens- und abrüstungspolitischen Äußerungen der evangelischen

Kirchen in der DDR und zu einem wichtigen strukturierenden Element in der Arbeit ihrer Synoden zur Friedensfrage.

"Gemeinsame Sicherheit" wurde zunächst ausschließlich auf das Ost-West-Verhältnis bezogen. Die sich verschärfende militärische Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Vertrag und die parallel dazu verlaufende politische Destabilisierung der Ost-West-Beziehungen seit Ende der Siebzigerjahre bildeten den Rahmen, in dem über gemeinsame Sicherheit als neuen politischen Ansatz nachgedacht wurde. Die Anstöße dazu kamen von außen. Das Hearing des Ökumenischen Rates der Kirchen über Atomwaffen und Abrüstung hatte 1981 in Amsterdam erklärt: "Die Sicherheit in der Welt ist unteilbar. Es kann für niemanden Sicherheit geben, wenn es nicht Sicherheit für alle gibt."⁽⁴⁾ Und in den Vorschlägen und Empfehlungen des 1982 veröffentlichten Berichtes der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit ("Palme-Bericht") heißt es: "Sicherheit im Kernwaffenzeitalter heißt gemeinsame Sicherheit. Sogar ideologische und politische Gegner haben ein gemeinsames Interesse am Überleben... Die Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen vom Streben nach gemeinsamem Nutzen und nicht vom Vorteil für die eigene Seite bestimmt sein. Ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit muß an die Stelle der bisherigen Abschreckung durch Hochrüstung treten."⁽⁵⁾

Amsterdam-Hearing und Palme-Bericht bilden die Bezugspunkte für eigene Überlegungen zum Konzept der gemeinsamen Sicherheit. Damit nahmen die Kirchen in der DDR eine Entwicklung vorweg, die sich in der politischen Diskussion innerhalb der Staaten des Warschauer Vertrages erst 1984/85 vorsichtig abzuzeichnen begann und die jetzt mit der Veröffentlichung des gemeinsamen Dokumentes SED-SPD ihre in der DDR bislang deutlichste öffentliche Bestätigung gefunden hat. Wichtige Konturen dieses Prozesses wurden ab 1984 unter dem Leitmotiv "Neues Denken im Atomzeitalter" in der Sowjetunion sichtbar. In dem gleichnamigen Buch der sowjetischen Autoren Anatoli Gromyko und Wladimir Lomejko wird der Palme-Bericht zitiert und wie folgt rezipiert: "Wahre Sicherheit ist im Atomzeitalter gegenseitige Sicherheit, die darauf beruht, daß jede der Seiten nicht einfach die Interessen der anderen berücksichtigt, sondern Maßnahmen zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit trifft und zugleich darauf bedacht ist, der Sicherheit der anderen keinen Schaden zuzufügen."⁽⁶⁾ Das starke Interesse der Kirchen in der DDR am Konzept der gemeinsamen Sicherheit

wäre jedoch mit einer besonderen ökumenischen und politischen Aufmerksamkeit allein nicht zureichend erklärt. Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, daß die Menschen in der DDR den Bedrohungscharakter der beiden hochgerüsteten Blöcke wie in kaum einem anderen Land Europas unmittelbar erfahren. Die Lage der DDR an der Nahtstelle der beiden Blöcke und die Zunahme der Konfrontation beiderseits der Grenzen durch die Stationierung und Gegenstationierung neuer atomarer Raketen nach dem November 1983 waren für die Kirchen Grund genug, für Abrüstung, Entspannung und den Aufbau blockübergreifender politischer Kooperation einzutreten.

Auf diesem Hintergrund bot der Gedanke der gemeinsamen Sicherheit den umfassenden politischen Rahmen, in dem die Entwicklung und Erprobung von Alternativen zum Konzept der nuklearen Abschreckung möglich erschien. Die tendenzielle Übereinstimmung zwischen den Ansätzen eines neuen Denkens über Sicherheit im Nuklearzeitalter, der friedensethischen Urteilsbildung innerhalb der Ökumene der christlichen Kirchen und der gewachsenen Sensibilität für die Gefahren der Stationierung in der DDR selbst wirkte sich positiv auf die Diskussion über gemeinsame Sicherheit in den Kirchen aus.

2. Der Gedanke der gemeinsamen Sicherheit ist in den evangelischen Kirchen in der DDR ab 1982 vor allem auf der Ebene der Bundessynoden erörtert worden. Die Option für gemeinsame Sicherheit im Sinne des Palme-Berichtes stand von Anfang an im Kontext der "Absage an Geist und Logik der Abschreckung", die die Bundessynode 1982 erstmals ausgesprochen hatte.⁽⁷⁾

Die Synode hatte diese "Absage", mit der inneren Destabilisierung des Abschreckungssystems begründet. Die Entwicklung neuer, erstschlagsfähiger Waffensysteme und entsprechender Strategien bildete den Hintergrund, vor dem die Synode Abschreckung nicht nur kritisierte, sondern als Mittel der Kriegsverhütung grundsätzlich in Frage stellte. Der Kern dieser "Absage" war, wie bereits das Wort verrät, theologischer Art: "Diese Bedrohung allen Lebens durch eine übersteigerte Rüstung fordert unseren Glauben heraus. Wenn wir sie stillschweigend hinnehmen, geraten wir in Widerspruch zu Gott dem Schöpfer, denn sein Auftrag verpflichtet uns zur Bewahrung der

Schöpfung und schließt das Recht zu ihrer Zerstörung aus. Deshalb geht es hier um Gehorsam oder Ugehorsam gegen Gott."(8)

Allerdings wollte die Synode nicht nur ein theologisch begründetes Nein zur Abschreckung sprechen. Sie wollte auch deutlich machen, welches politische Ja dem bekennenden Nein zu folgen hat, welche politischen Konsequenzen aus der Absage an die Abschreckung zu ziehen sind. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit schien eine mögliche politische Alternative zur Abschreckung zu sein. Es entsprach in seiner Tendenz dem Bemühen der Kirchen, "vernünftige politische Schritte zur Gewinnung und Sicherung des Friedens zwischen den Völkern zu gehen und zu unterstützen."(9) So hat die Synode bereits 1982 eine sehr eindeutige Zustimmung zum Konzept der gemeinsamen Sicherheit" zu eigen...". Sie "zählt die praktische politische Umsetzung dieses Konzepts zu den wichtigsten politischen Aufgaben der 80er Jahre und unterstützt alle Versuche, die sich auf dieser Linie um friedenspolitische Alternativen zur militärischen Abschreckung bemühen."(10)

Vor aller notwendigen politischen Konkretisierung im einzelnen ist die Option für das Konzept der gemeinsamen Sicherheit Ausdruck einer grundsätzlichen Abkehr von der Sicherheitsphilosophie der Abschreckung mit Massenvernichtungsmitteln und eine Entscheidung für die Wiedergewinnung des Primats der Politik in den Ost-West-Beziehungen. Die militärische Konfrontation der Blöcke soll durch die Entdeckung und Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Überlebensinteressen abgebaut und langfristig beendet werden. Nach Auffassung der Synode bietet das Konzept der gemeinsamen Sicherheit jenen umfassenden Rahmen, in dem der Ost-West-Konflikt mit politischen Mitteln kontrolliert und hinsichtlich seines Charakters als antagonistischer Systemkonflikt entschärft werden kann. Dies wiederum wird als Voraussetzung für einen gerechten Ausgleich von West und Ost mit der Zweidrittel-Welt betrachtet. Die Frage nach den Möglichkeiten einer Politik praktizierter gemeinsamer Sicherheit wird so zum neuralgischen Punkt, in dem sich die politischen Lösungsansätze für den Ost-West- und den Nord-Süd-Konflikt überschneiden.

Die Bundessynode hat diesen Ansatz mit umfassender Perspektive weiterverfolgt. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa hat sie 1983

die Hoffnung bekräftigt, daß die Absage an die Abschreckung "Bewegungsraum für eine Politik erschließt, die uns schrittweise aus den Zwängen des Abschreckungssystem herausführt und ein auf Gerechtigkeit gegründetes System gemeinsamer Sicherheit zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd möglich macht."(11) Diese Auffassung wird gestützt durch die Beobachtung, daß das Abschreckungssystem in eine pathologisch zu nennende Gefangenschaft des Denkens führt, die keinen Handlungsspielraum für vernünftige politische Alternativen mehr zuläßt. Die Absage an die Abschreckung ist ein Akt öffentlicher Delegitimierung; sie soll befreiend auf die Suche nach Auswegen aus dem Sicherheitsdilemma der Abschreckung wirken. Der Hinweis auf die Gerechtigkeit will klarstellen, daß gemeinsame Sicherheit nur in einem wirklich globalen Zusammenhang realisiert werden kann; sie darf kein Instrument zur Stabilisierung der Vorherrschaft der Reichen in West und Ost auf Kosten der Armen im Süden werden und bestehende Abhängigkeitsverhältnisse nicht zementieren.

Gemeinsame Sicherheit muß weiterhin "in konkrete, politisch realisierbare Schritte" übersetzt werden.(12) Genannt werden unter anderem "Nuclear Freeze" als Voraussetzung für wirkliche Abrüstung, eine völkerrechtliche Ächtung der Atomwaffen, wie sie unmittelbar zuvor von der 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen gefordert worden war(13), und ein Verzicht auf Stationierung von neuen atomaren Kurzstreckenraketen in der DDR. Darüberhinaus setzt gemeinsame Sicherheit die Möglichkeit voraus, "im Feind oder Gegner den Partner zu entdecken. Der Gedanke der gemeinsamen Sicherheit muß deshalb in der Friedenserziehung Gestalt gewinnen."(14) Mit dem Hinweis auf den Entfeindungsaspekt von gemeinsamer Sicherheit schlägt die Synode eine Brücke zurück zu den friedenspädagogischen Schwerpunkten kirchlicher Friedensarbeit in den Siebzigerjahren. Wie wichtig gerade dieser Aspekt für die politische Vertrauensbildung ist, macht das gemeinsame Dokument von SED und SPD aufs Neue deutlich.

1984 richtet die Bundessynode an die Regierung der DDR die Bitte, "beharrliche alternative Sicherheitskonzepte auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit zur Geltung zu bringen."(15) Diese Bitte zielt auf eine Konkretisierung des Konzepts durch militärische Maßnahmen, die eindeutig defensiv orientiert sind, Bedrohungsängste auf beiden Seiten vermindern und zu einer größeren gegenseitigen Berechenbarkeit der Gegner führen.

1985 stellt die Synode fest: "Frieden kann nur erreicht werden in einem auf Gerechtigkeit gegründeten Miteinander der Völker und Staaten. Sicherheit gibt es nur dort, wo man sie miteinander teilt."(16) Chancen der Verwirklichung dieses Ansatzes sieht die Synode in Abrüstungsschritten in Teilbereichen, so in der Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa oder in einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und "in kalkulierten einseitigen Initiativen, die geeignet sind Abrüstungsverhandlungen zu fördern und einen Stop der nuklearen Rüstung einzuleiten."(17)

1986 nimmt die Synode das Stichwort "neues Denken" im Anschluß an Gorbatschow positiv auf und wertet es als "ein Zeichen der Hoffnung"(18). In der Überwindung von gewaltsamen Konfliktlösungen, von Freund-Feind-Denken und im Verzicht auf Überlegenheit erkennt sie "eine Nähe zu Weisungen der Bergpredigt, die auf eine Vertiefung der Kooperation von Christen und Nicht-Christen hoffen läßt."(19) Neues Denken muß auch in der Verteidigungspolitik spürbar werden. "Militärische Verteidigung kann u.E. nur noch im maßgebenden Rahmen der "gemeinsamen Sicherheit" konzipiert und realisiert werden. Dazu gehört die Entwicklung alternativer militärischer Sicherheitskonzepte mit erkennbar defensiven Strukturen und der Verzicht auf Offensivfähigkeit bei den konventionellen Waffen..."(20). Viele dieser Anliegen finden sich in gleicher oder ähnlicher Formulierung auch im gemeinsamen SED-SPD-Papier wieder.

3. Die inhaltliche Konkretisierung und Aktzentuierung des Konzeptes der gemeinsamen Sicherheit durch die Bundessynoden zwischen 1982 und 1986 zeigt, daß dieses Thema für die Kirchen in der DDR - jenseits aller Verdächtigungen einer bloßen politischen Akklamation - eine hohe Priorität bekommen hat. "Gemeinsame Sicherheit" ist für die DDR-Kirchen zur wichtigsten friedenspolitischen Position geworden. An einen spezifischen Sachverhalt ist dabei allerdings zu erinnern: die eher marginale Rolle der christlichen Kirchen im realen Sozialismus der DDR. Durch ihre gesellschaftliche Marginalität sind die Kirchen von der Aufgabe entlastet, Rechenschaft über die politischen Mittel und Wege der Umsetzung ihrer Einsichten geben zu müssen. Was die Kirchen in der DDR zur politischen Aufgabe der Friedenssicherung im allgemeinen oder speziell zur gemeinsamen Sicherheit sagen, müssen sie politisch nicht einlösen. Sie können es gar nicht einlösen, weil sie schon auf Grund der klaren Trennung

von Staat und Kirche nicht in den Prozeß der politischen Entscheidungsfindung einbezogen sind. Darin besteht ein wichtiger Unterschied zur Situation der Kirchen in der Bundesrepublik, die in ungleich stärkerem Maße an der öffentlichen politischen Willensbildung beteiligt sind und den einmal erreichten gesellschaftlichen Konsens in wichtigen Fragen, wie z.B. der Sicherheitspolitik, faktisch stützen und mittragen. Der höhere Grad von Vergesellschaftung zwingt die Kirchen in der Bundesrepublik zu größerer gesellschaftlicher Konformität und politischer Rücksichtnahme. Dies ist, so paradox es klingt, infolge der ganz anderen machtpolitischen Ausgangslage für die Kirchen in der DDR nicht der Fall. Sie haben zwar keinen direkten politischen Einfluß, dafür aber eine größere innere Freiheit zum Aufnehmen von innovatorischen Impulsen in der Friedensfrage und zum Aussprechen von Einsichten, deren Richtigkeit nicht allein vom Kriterium unmittelbarer "Politikfähigkeit" abhängig ist. Wenn sich der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Friedens- und Abrüstungsfragen äußert, spricht er aus der Position einer auch vom Staat akzeptierten Eigenständigkeit seiner Friedensarbeit, die sich in erster Linie theologisch, d.h. vor dem biblischen Friedenszeugnis, zu verantworten hat. Es gehört zu den wichtigen ökumenischen Lernerfahrungen der Kirchen, daß ihre Friedensverantwortung in der Freiheit und Bindung des Evangeliums ihr kritisches Maß findet und nicht in der Bindung an die Freiheiten eines politischen Systems.

Dennoch ist die Frage berechtigt, worin denn die Bedeutung friedenspolitischer Aussagen der Kirchen in der DDR besteht, wenn die Kirchen aus der politischen Haftung für ihre Aussagen von vornherein entlassen sind bzw. niemals in sie einbezogen waren; worin also das politische Gewicht solcher Aussagen liegt.

Der Bund der Evangelischen Kirchen hat sich diese Frage bereits 1981 gestellt. In einer Studie über die "Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst" hat er eine Antwort auf die angeblich mangelnde Realitätstüchtigkeit seiner friedenspolitischen Positionen zu formulieren versucht(21). Auf dem Hintergrund eines traditionell eher unpolitischen Friedensverständnisses in den Kirchen stellt die Studie zunächst fest: "Was politisch wirksam werden soll, muß politisch sachgemäß sein."(22) Aus dieser These spricht das Bemühen, Friedensverantwortung über ihre theologische Legitimation hinaus auch

politisch gesprächsfähig zu praktizieren. Ob aber etwas "politisch sachgemäß" ist, läßt sich nicht einfach vom gegebenen politischen Status quo her ermitteln; vielmehr ist zu fragen, ob das politisch Gegebene auch schon das politisch Vernünftige ist. Hierzu sagt die Studie: "Politisch vernünftig ist, was allgemein zugemutet werden kann". Das allgemein Zumutbare aber "ist in den Überlebensfragen von Abrüstung und Sicherheit nicht mehr aufgrund partikularer Zielsetzung zu ermitteln - sonst wäre es nicht "allgemein" - sondern nur noch im Horizont des Überlebens aller. Das Überleben aller in einer zukünftigen gerechten Friedensordnung ist als das allen Zumutbare auch das politisch Vernünftige."⁽²³⁾ Wenn das gemeinsame Dokument von SED und SPD einleitend feststellt, daß die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann, und daraus folgert, "Friedenssicherung ist zur Grundvoraussetzung aller verantwortbaren Politik geworden"⁽²⁴⁾, so ist damit ein Grundsatz für politisches Handeln formuliert, der sich auf das gemeinsame Subjekt "Menschheit" bezieht und nicht mehr nur auf einen Teil der Menschheit auf Kosten eines anderen.

Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit muß als exemplarische Konkretisierung dieses Grundsatzes verstanden werden. Wenn Sicherheit nicht mehr gegeneinander errüstet, sondern nur noch miteinander durch politisches Handeln erreicht werden kann, dann ist gemeinsame Sicherheit politisch vernünftig, weil sie die Lebensinteressen aller am besten gewährleisten kann. Für die Kirchen in der DDR folgte daraus, öffentlich für das Konzept der gemeinsamen Sicherheit zu votieren zu einem Zeitpunkt, als der Begriff "gemeinsame Sicherheit" in der DDR noch nicht benutzt wurde und politisch noch nicht akzeptiert war. Dieser Begriff mußte auf dem Hintergrund eines ideologisch begründeten, "antagonistischen" Systemgegensatzes merkwürdig unangemessen, ja gefährlich wirken; er unterstellt Gemeinsamkeit mit einem politischen Gegner, der bisher erklärtermaßen als Feind verstanden worden war. Der Marxismus-Leninismus bevorzugte bislang den Begriff "friedliche Koexistenz" im Sinne Lenins als Mittel der nicht-kriegerischen Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus in der Phase des "gesetzmäßigen" Übergangs zum Sozialismus. Die Theorie der friedlichen Koexistenz hatte jedoch im Westen wegen ihrer Verbindung mit dem Klassenkampf-Prinzip stets Furcht und Mißtrauen erzeugt. Erst im Rahmen des von Gorbatschow geforderten "neuen Denkens im Atomzeitalter" setzte sich nach 1984 eine Neu-Auslegung der Koexistenz-Theorie durch. Sie besagt, daß die Sicherung

des Friedens weltweit die Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt ist und nicht, wie bisher, der weltweite Sieg des Sozialismus die Bedingung für dauerhaften Frieden ist. Friedliche Koexistenz wird so zur Rahmenbedingung eines kooperativen Verhältnisses zwischen beiden Weltsystemen, deren ideologischer Gegensatz zwar bestehen bleibt, aber den gemeinsamen Überlebensinteressen untergeordnet wird.

4. Prüft man das Konzept der gemeinsamen Sicherheit auf seine politischen Realisierungschancen, so entdeckt man auf verschiedenen Gebieten praktikable Möglichkeiten: in Bezug auf politische Vertrauensbildung, bei der ökonomischen Zusammenarbeit, bei der militärischen Entflechtung der Blöcke in Mitteleuropa, in der Diskussion über Militärdoktrinen, beim wissenschaftlichen Austausch und in der Wahrnehmung kultureller und vermehrter menschlicher Kontakte. Gemeinsame Sicherheit ist jedoch für die Kirchen in der DDR mehr ein umfassender politischer Ziel-Begriff geblieben als ein konkreter Handlungs-Begriff. Und die Ziel-Utopie gemeinsamer Sicherheit rückte nach der Stationierung und Gegenstationierung neuer Atomraketen nach 1983 zunächst einmal in weite Ferne. Es wurde auch in den Kirchen angezweifelt, ob der Anspruch des Konzeptes in einer Phase zunehmender militärischer Konfrontation zwischen Ost und West politisch überhaupt einlösbar sei. Ein außenpolitischer Experte der DDR beantwortete die Frage nach den Realisierungschancen gemeinsamer Sicherheit noch Anfang 1986 unter Anspielung auf die offizielle Regierungspolitik in den USA mit der lapidaren Feststellung: "Zur gemeinsamen Sicherheit gehören mindestens zwei. Was wollen Sie machen, wenn der eine nicht will?"

Dennoch hängen die politischen Chancen des Konzeptes nicht von einer Weltmacht allein ab. Die mit Gorbatschow in die Ost-West-Beziehungen hineingekommene politische Dynamik arbeitet zweifelsfrei für das Konzept gemeinsamer Sicherheit, auch wenn noch viele Detailfragen gerade in den Abrüstungsgesprächen zwischen Sowjetunion und USA zu klären sind. Für die Kirchen in der DDR bleibt gemeinsame Sicherheit als Ziel-Begriff einer neuen Sicherheitspolitik auch dann aktuell, wenn schnelle Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen auf den verschiedensten Ebenen nicht zu erwarten sind. Die Kirchenbund-Studie von 1981 sagt dazu: "Was (noch) nicht politikfähig ist, muß nicht politisch unvernünftig sein."⁽²⁵⁾ Politisch wirksam werden im Sinne des Konzeptes gemeinsamer Sicherheit können die

Kirchen auch dadurch, daß sie gesellschaftliche Lernprozesse fördern, deren politische Vernunft möglicherweise nicht sofort und nicht von allen als "allgemein zumutbar" erkannt wird. Ein solcher Beitrag ist freilich politisch nicht "meßbar" - und muß es auch nicht sein. Seine Wirkungen zeigen sich eher in langfristigen politischen Klima-Veränderungen als im kurzfristigen politischen "Recht-Behalten".

Gemeinsame Sicherheit liegt für die Kirchen in der Perspektive eines emanzipatorischen Interesses am Frieden, das über den gegebenen politischen Status quo hinaus - und auf einen notwendigen Frieden in Gerechtigkeit hinweist. Kirchen machen sich damit "zum Anwalt langfristiger Vernunft".(26) Sie verlängern die Perspektive des politischen Sachverständigen um die Perspektive des Zielverständigen. Vielleicht werden sie gerade dadurch politisch wirksam, daß sie der politischen Vernunft durch eigenes Voraus-Denken auf die Sprünge helfen. "Hierin liegt der erhoffte innovatorische Impuls der Friedenserziehung, die von einem kritischen Ansatz aus stärker an jenem Frieden interessiert ist, der erst noch gemacht werden muß, als an dem, der geschichtlich schon erreicht ist."(27)

Dennoch darf sich kirchliche Friedensarbeit nicht selbst in eine emanzipatorische Nische einweisen. Sie muß vielmehr alle Bemühungen unterstützen, die dazu beitragen können, das Konzept gemeinsamer Sicherheit als politikfähige Alternative zum Abschreckungssystem zu entwickeln. Die Chancen dafür sind Ende 1987 günstiger als Ende 1983. Schritte zu wirklicher Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West sind möglich, wenn sie politisch gewollt werden. Sie sind möglich, wenn keine Seite durch militärisches Überlegenheitsstreben die zerbrechliche Ausgangsbasis für gemeinsames Handeln zerstört. Die Kirchen können solche Schritte mit ihren Möglichkeiten fördern. Sie erkennen im Konzept der gemeinsamen Sicherheit eine vernünftige Entsprechung zum biblischen Gebot der Feindesliebe.

5. Dieser Überblick wäre unvollständig ohne die Erwähnung von Bemühungen, gemeinsame Sicherheit zum Thema des Friedensgesprächs der Kirchen in den beiden deutschen Staaten zu machen und in den ökumenischen Dialog über die Blockgrenzen hinweg einzubringen.

Die Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hat im März 1983 eine Studie veröffentlicht, die den Titel trägt: "Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen"(28). Diese bald auch in der Bundesrepublik veröffentlichte und diskutierte Studie beschreibt exemplarisch Möglichkeiten der Sicherheitspartnerschaft zwischen beiden deutschen Staaten und macht dazu konkrete Vorschläge im militärischen und ökonomischen Bereich. In Aufnahme dieser Vorschläge wurde im Juni 1983 eine von Christen in der DDR und in der Bundesrepublik verfaßte gemeinsame Stellungnahme in den Evangelischen Kirchentag in Hannover eingebracht. In dieser Stellungnahme heißt es u.a.: "Die beiden deutschen Staaten haben eine besondere Friedensverantwortung. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung erfordert jetzt, alle Möglichkeiten für die Entwicklung einer neuen Sicherheitspolitik zu nutzen, die dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost- und Westeuropa verpflichtet ist."(29)

Tatsächlich lassen sich die Chancen gemeinsamer Sicherheit im politischen Umgang der beiden deutschen Staaten miteinander testen. Beide Staaten müssen ein Interesse daran haben, ihre beiderseitige Sicherheit zu optimieren, statt durch Steigerung der militärischen Bedrohung die gemeinsame Unsicherheit zu vergrößern. Die Grundthesen des gemeinsamen Papiers von SED und SPD unterstreichen diese Einschätzung auf eindrucksvolle Weise.

Die Kirchen in den beiden deutschen Staaten haben den politischen Dialog ihrer Regierungen wiederholt unterstützt. Sie haben ihre eigene Aufgabe im Ost-West-Konflikt als "Brückendienst der Versöhnung" beschrieben und erklärt, daß für sie "zu einer künftigen Friedensordnung unabdingbar gehört, daß jede Seite die Existenz der anderen Seite und die Koexistenz mit ihr glaubhaft bejaht, daß jede Seite das Sicherheitsbedürfnis der anderen mitbedenkt (und) daß jede Seite auf die Maximierung der eigenen Macht verzichtet und der Optimierung beiderseitiger Sicherheit dient..."(30) In einem "Wort zum Frieden", das der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges gemeinsam veröffentlicht haben, werden die Alliierten des 2. Weltkrieges direkt angesprochen: "Finden Sie in der gemeinsamen Aufgabe für Frieden und Gerechtigkeit neu zusammen zu

einer Politik der Verständigung ... Folgen Sie der Einsicht, daß Sicherheit heute nur noch in gemeinsamer Sicherheit liegen kann."(31)

Auch in bilateralen Friedensdialogen zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und Kirchen bzw. nationalen Christenräten in Westeuropa war das Konzept der gemeinsamen Sicherheit mehrfach Gegenstand intensiver Gespräche. Die Möglichkeit, in diesen Gesprächen übereinstimmende Auffassungen zu formulieren, war schon deshalb bedeutsam, weil einige westeuropäische Kirchen in ihrer ethischen Urteilsbildung über das Abschreckungssystem bisher noch nicht zu eindeutigen konsensfähigen Aussagen gefunden haben. Die Dialoge haben die Überzeugung gestärkt, daß eine neue Sicherheitspolitik jenseits der Abschreckung notwendig ist; sie haben die ökumenische Akzeptanz des Konzepts gemeinsamer Sicherheit in Europa spürbar vergrößert.

So heißt es im Bericht der Konsultation zwischen dem Kirchenbund und dem Britischen Kirchenrat vom 14./15. Mai 1984 in Potsdam: "Die Kirchen beider Länder haben sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß echte Schritte zur Beseitigung der Abhängigkeit von Kernwaffen und vom System der Abschreckung unternommen werden... Gemeinsame Sicherheit wird als ein alternatives Sicherheitskonzept gegenüber der Abschreckung verstanden..."(32). Im gemeinsamen Kommuniqué des Niederländischen Kirchenrates und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR über den Dialog zur Friedensverantwortung am 8./9. Oktober 1985 in Amersfort wird gesagt: "Unsere Gespräche haben gezeigt, daß uns gemeinsame Vorstellungen über konkrete politische Schritte zur Überwindung der Konfrontation in Europa verbinden. Sie sind bestimmt von der Überzeugung, daß Sicherheit nicht gegeneinander errüstet, sondern nur miteinander gewonnen werden kann."(33)

Bilaterale Kirchen-Dialoge haben sich besonders in Zeiten wachsender militärischer Aufrüstung und damit einhergehender politischer Sprachlosigkeit zwischen Ost und West als nützliche Instrumente der Vertrauensbildung erwiesen. Der Hinweis von Professor Reinhold auf "die Friedens- und Dialoginitiativen der Kirchen" zeigt, daß diesen Gesprächen eine relevante Rolle bei der Suche nach alternativen Sicherheitskonzepten zukommt.

Die im September 1987 in Görlitz durchgeführte Bundessynode hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie das zwischen SED und SPD erreichte Arbeitsergebnis auch als Modell für andere Gesprächsebenen und -partner betrachtet. Sie erwartet positive Rückwirkungen auf die Regelung offener Fragen im Zusammenleben von Christen und Marxisten in der DDR und für den Abbau noch bestehender Abgrenzungen zwischen den Menschen in den beiden deutschen Staaten. Dazu heißt es u.a.: "Dialog und Öffnung für den Andersdenkenden sind auch innerhalb unserer Gesellschaft eine Chance... Sie werden als eine Form des neuen Denkens erfahren..."(34). Der unmittelbar zuvor unter starker Beteiligung von Christen und kirchlichen Friedensgruppen veranstaltete Olaf-Palme-Friedensmarsch durch die DDR wird von der Synode als ein hoffnungsvolles Beispiel solcher Öffnung verstanden: "Erstmals konnten in diesem Rahmen Inhalte christlichen Friedenszeugnisses in bisher nicht gewohnter Weise öffentlich sichtbar gemacht werden. Die darüber geführten Gespräche helfen den Teilnehmern, andersdenkende Partner neu zu verstehen und Berührungspunkte zu überwinden. Die Öffnung füreinander hat gemeinsames Handeln ermöglicht..."(35)

Dieses Beispiel zeigt, daß die wachsende Akzeptanz des Konzeptes der gemeinsamen Sicherheit zwischen Staaten und Blöcken auch eine gewisse Sog-Wirkung auf die innergesellschaftliche Gesprächslage in der DDR ausübt. Es machte in der Tat wenig Sinn, wenn Marxisten und Christen gemeinsam für die politischen Ziele gemeinsamer Sicherheit eintreten und in getrennten Formationen dafür marschieren würden. Gemeinsame Sicherheit ist - nicht zuerst, aber auch nicht zuletzt - eine Einladung an Christen und Marxisten, angesichts der weltgeschichtlich neuen Situation, die ein neues Herangehen an die Fragen der Friedenssicherung verlangt, Verbindendes und Gemeinsames zu entdecken und für beiderseitige ideologische Entkrampfung zu arbeiten. Auch das gehört zu den Perspektiven, die das gemeinsame Dokument von SED und SPD aufgezeigt hat.

Öffnungen nach innen und Abbau von Abgrenzungen nach außen sind zwei Seiten desselben Prozesses. Deshalb bittet die Synode mit Blick auf die Friedensaufgabe der Kirchen in den beiden deutschen Staaten, "im Gespräch mit dem Rat der EKD zu prüfen: Wie können die Kirchen beider deutscher Staaten mit ihren Möglichkeiten dazu beitragen, daß nach der Öffnung zum

Gespräch der Ideologien, nach ersten Schritten zur Abrüstung und im veränderten politischen Klima nach dem Besuch des Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland auch andere bestehende Abrenzungen schrittweise überwunden werden?"(36) Abgrenzungen werden als anachronistisch empfunden in einer Situation, in der gemeinsame Aufgaben den ungehinderten Austausch von Menschen erfordern. Nicht nur das Gespräch zwischen den Ideologien, sondern auch das Gespräch zwischen Menschen ist auf neue Weise zu suchen.

Professor Reinhold hat mit seinem Hinweis auf die Friedens- und Dialoginitiativen der Kirchen die Gültigkeit jener Aussagen aus dem Prinzipienkatalog der KSZE-Schlußakte bekräftigt, in denen die Unterzeichnerstaaten bestätigen, "daß Regierungen, Institutionen, Organisationen und Personen eine relevante und positive Rolle zukommt, zur Erreichung dieser Ziele ihrer Zusammenarbeit beizutragen"(37). Was die Kirchen in der DDR in Bezug auf die Ziele gemeinsamer Sicherheit zwischen Ost und West bis heute formuliert und öffentlich vertreten haben, kann im Lichte des jetzt vorgelegten gemeinsame Ergebnisses von SED und SPD als gutes Beispiel für die "relevante und positive Rolle" gelten, die Kirchen bei der Suche nach zukunftsfähigen Lösungen für die Menschheitsprobleme Abrüstung und Frieden wahrnehmen können.

Anmerkungen

- (1) "Neues Deutschland", 28.8.87, S. 2.
- (2) *Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen, Görlitz, 22.9.1987 (hektograf. Text), S. 1.*
- (3) *"Das eigene Sicherheitsinteresse müssen wir stärker und praktischer als ein Interesse begreifen, das uns mit anderen Völkern und Staaten verbindet, statt uns von ihnen zu trennen. Die Konferenz nimmt daher in diesem Bericht den Gedanken der gemeinsamen Sicherheit oder der Sicherheitspartnerschaft, wie er bei dem Hearing des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam ausgesprochen ist und von der sogenannten Palme-Kommission thematisiert wurde, auf" Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen an die 2. Tagung der 4.Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR, 24.bis 28.9.1982 in Halle, in: Mitteilungsblatt*

- (4) *des Bundes der Ev.Kirchen in der DDR, Jg. 1982, Nr. 5/6, S. 39. Ökumenischer Rat der Kirchen, Bericht des Öffentlichen Hearings über Atomwaffen und Abrüstung, Amsterdam 1981, in: Kirche und Frieden. Kundgebungen und Erklärungen aus den deutschen Kirchen und der Ökumene (EKD-Texte 3), hg. von der Kirchenkanzlei der EKD, 1982, S. 203.*
- (5) *Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit "Common Security", Berlin-West 1982, S. 155f.*
- (6) *Anatoli Gromyko; Wladimir Lomejko, Neues Denken im Atomzeitalter, Moskau 1984 (russ.), Berlin 1985, S. 189.*
- (7) *Beschluß der Synode des Bundes, Halle 28.9.1982, in: Mitteilungsblatt a.a.O., Jg. 1982, S. 62f.*
- (8) *ebd. S. 62.*
- (9) *ebd. S. 62.*
- (10) *ebd. S. 62.*
- (11) *Beschluß der Synode des Bundes, Potsdam 19.9.1983, in: Mitteilungsblatt a.a.O, Jg. 1983, S. 79.*
- (12) *ebd. S. 79.*
- (13) *Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit der 6.Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, in: Bericht aus Vancouver, Frankfurt/M. 1983, S. 167.*
- (14) *Beschluß der Synode des Bundes 1983, ebd. S. 79.*
- (15) *Beschluß der Synode des Bundes, Greifswald 25.9.1984, in: Mitteilungsblatt a.a.O. Jg. 1984, S. 103.*
- (16) *Beschluß der Synode des Bundes, Dresden 24.9.1985, in: Mitteilungsblatt a.a.O. Jg. 1985, S. 60.*
- (17) *ebd. S. 60.*
- (18) *Beschluß der Synode des Bundes, Erfurt 23.9.1986 (hektogr. Text), S. 2.*
- (19) *ebd. S. 2.*
- (20) *ebd. S. 2.*
- (21) *Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst. Hg. vom Bund der Ev.Kirchen in der DDR, Berlin, März 1982 (unveröffentlichter hektogr. Text f.d. innerkirchlichen Dienstgebrauch).*
- (22) *Grundfragen, S. 10.*
- (23) *Grundfragen, S. 12.*

- (24) *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: "Neues Deutschland", 28.8.1987, S. 3.*
- (25) *Grundfragen, S. 13.*
- (26) *Propst Heino Falcke, Erfurt, in einem Votum vor der Synode des Bundes, Erfurt 20.9.1986.*
- (27) *Grundfragen, S. 13.*
- (28) *Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen, hg. von der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Ev. Kirchen in der DDR, Reihe Beiträge, März 1983 (hektogr. Text); eine Veröffentlichung in der BRD erfolgte durch Aktion Stühnezeichen/Friedensdienste, Berlin-West 1983.*
- (29) *Für eine neue Sicherheitspolitik in Europa. Erklärung von Christen aus der DDR und der BRD anlässlich des 20. Deutschen Ev. Kirchentages in Hannover, Juni 1983, in: EPD-Dokumentation 30/1983, S. 83, Frankfurt/M. 1983.S.34*
- (30) *Arbeitsbericht über die Konsultationen des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR und der Ev. Kirche in Deutschland zur Friedensverantwortung der Kirchen in beiden deutschen Staaten, August 1982, in: Kirche und Frieden, a.a.O. S. 15 (Anm.4). in: EPD-Dokumentation 14/1985, S. 4.*
- (31) *Bericht der Konsultation (hektogr. Text), S. 2.*
- (32) *Kommuniqué über den Dialog zu Fragen der Friedensverantwortung. Presseinformation Nr. 38 des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR vom 10.10. 1985.*
- (33) *Beschluß der Synode des Bundes, Görlitz 22.9.1987 (hektograf. Text), S. 2.*
- (34) *ebd. S. 1.*
- (35) *ebd. S. 1.*
- (36) *Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1.8.1975, Prinzip IX, in: Für Entspannung und dauerhaften Frieden in Europa. Dokumente, Berlin 1976, S. 136.00*

**Die Dialektik von Entspannung und individuellen
wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten
Phase der Entspannungspolitik**

"Die Dialektik von Entspannung und individuellen wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik"

Einführung in das Seminar

Liebe Gäste,

Die Ebert-Stiftung hat mich gebeten, für dieses Seminar die Einführung und die Diskussionsleitung zu übernehmen. Mein Ziel wird sein, alle Teilnehmer zu Freunden der Friedrich-Ebert-Stiftung zu machen. Mein Ziel und das meiner teilnehmenden sozialdemokratischen Freunde wird nicht sein, alle Teilnehmer zu Sozialdemokraten zu machen.

Es geht uns um ein Gespräch, das streckenweise sicher strittig sein wird, nicht um Propaganda fidei. Wir wollen darum auch keine Texte zur Abstimmung vorlegen. Wir sollten unsere Zeit nicht mit Redaktionsarbeit vergeuden. Alle Teilnehmer haben aber die Möglichkeit und haben teilweise davon auch schon Gebrauch gemacht, hier Papiere zu Themen im eigenen Namen vorzulegen. Wir Sozialdemokraten legen vier Aufsätze aus der "Neuen Gesellschaft" der Jahrgänge 1985 und 1986 aus, die für die Friedrich-Ebert-Stiftung Anregung waren, ein solches Seminar durchzuführen.

In diesen Aufsätzen geht es um das Verhältnis von Frieden und Freiheit als Ziel der Entspannungspolitik. In der ersten Diskussionsrunde ging es um eine Kritik am Interkirchlichen Friedensrat der Niederlande und die Antwort des IKV. Beide Kontrahenten, Ton Veerkamp und Jan Faber sind heute unter uns.

Dann ging es um eine Diskussion zwischen SPD und IKV über Entspannungspolitik "von oben" und "von unten". Diese Diskussion wurde von einem Vertreter der Solidarnoc erweitert um die Frage, ob die SPD den Entspannungsdialog nur mit den kommunistischen Regimen oder auch mit den gesellschaftlichen Kräften in den Ländern Osteuropas führe.

Seit jener Diskussion hat sich vieles geändert, nicht zuletzt, daß Gorbatschow Generalsekretär der KPDSU geworden ist und seine Politik von Glasnost und Perestroika in Gang gesetzt hat.

1. Ich will zur Einleitung versuchen, die heutige Fragestellung aus meiner Sicht, meiner sozialdemokratischen Sicht zu umreißen.

Ich gehe davon aus, daß die von Willy Brandt eingeleitete Entspannungspolitik der SPD dem Grunde nach positiv beurteilt wird. Selbst die deutschen Christdemokraten nähern sich jetzt langsam unserer Linie. Man hat der ersten Phase der Entspannungspolitik aber zwei Fehler oder Schwächen vorgeworfen:

a) es sei ihr nicht gelungen, die Idee der Entspannung durch Abrüstung und Rüstungskontrolle auch im militärischen Bereich durchzusetzen. Das ist richtig. Es muß jetzt in der zweiten Phase der nachgeholt werden. Auf die Dauer kann es kein Nebeneinander von Entspannung und Wettrüsten geben. Die Frage, wie der Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozeß nach dem INF-Vertrag weitergeführt werden soll, ist das eine Thema, das wir uns für dieses Seminar vorgenommen haben.

b) Die SPD habe in der ersten Phase der Entspannungspolitik die Fragen der Menschenrechte im Ostblock nicht offensiv aufgegriffen und die kritischen gesellschaftlichen Kräfte in Osteuropa nicht offen unterstützt. Dabei ist das humanitäre Engagement der SPD, das in vielen Tausenden von Fällen Glück und manchmal auch Leben von Menschen retten konnte, unbestritten. Die humanitäre Hilfe erschöpft aber nicht das Thema Menschenrechte und die Verwirklichung der Menschenrechte erschöpft nicht das Thema der gesellschaftlichen und politischen Reform. Kann das "Europäische Haus" so wird gefragt, von Regierungen allein gebaut werden, oder bedarf es nicht

auch der Mitwirkung der Gesellschaft, der *societas civilis*, der *civil society*, der *société civile*? Das soll das zweite Thema unseres Seminars sein.

2. Hat die SPD insoweit in der ersten Phase der Entspannungspolitik Fehler gemacht oder Schwächen gezeigt? Ich möchte das schon darum verneinen, weil sich diese Frage zu Beginn der Entspannungspolitik gar nicht gestellt hat. Die ideologische Frage, die den Sozialdemokraten zu Anfang der Entspannungspolitik im Westen gestellt wurde, lautete vielmehr, ob wir durch unsere Ostpolitik nicht den Kommunismus ins Land holen würden. Die Konservativen in der Bundesrepublik und anderswo im Westen argumentieren völlig defensiv. Wir Sozialdemokraten, die wir von den Kommunisten etwas mehr wissen als die Konservativen, waren dagegen von Anfang an überzeugt, daß das "ideologische Risiko" der Entspannungspolitik - in Wirklichkeit ist es eine Chance - auf Seiten der kommunistischen Regime liegt. Außerdem konnte die Entspannungspolitik nicht direkt an die Auseinandersetzung der Ideologien und Gesellschaftssysteme anknüpfen. Anknüpfungspunkt war vielmehr die in West und Ost wachsende Einsicht, daß ein Atomkrieg keine Sieger kennen, sondern den Untergang ganzer Länder, wenn nicht unseres ganzen Planeten heraufbeschwören würde - ein Gedanke, der sich jetzt auch im neugefaßten Programm der KPdSU wiederfindet. Von diesem gemeinsamen Überlebensinteresse her wurde eine Politik des Gewaltverzichts entwickelt, die wir jetzt zu einer Politik der gemeinsamen Sicherheit fortentwickeln wollen, in Abkehr von einer Politik und Strategie der "mutual assured destruction". Gemäß Willy Brandt's Wort: "Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts", muß der Sicherung des Friedens Priorität eingeräumt werden. Jenseits des Friedens gibt es, um Gustav Heinemann zu zitieren, keine Existenz und daher auch keine Auseinandersetzung der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme und Ideologien.

Es war daher folgerichtig, den Versuch, Mißtrauen abzubauen und Vertrauen zu bilden, im Bereich von Sicherheit und Frieden anzusetzen. Daß dieser erste Ansatz ein "gouvernementaler" sein mußte, liegt auf der Hand.

3. Der Friedenssicherung Priorität einzuräumen, hat für uns Sozialdemokraten aber nie bedeutet, daß sich Entspannungspolitik darin erschöpfen könnte. Friede ist das erste, aber nicht das alleinige Ziel. Uns Sozialdemokraten ging es mit unserer Ostpolitik von vornherein darum, die

Teilung Europas, wie sie sich als Folge des Hitlerkrieges und als Folge der Ost-West-Konfrontation herausgebildet hat, zu überwinden.

Das kann aber, entgegen manchen konservativen Ansichten, nicht durch eine "Befreiung" Ost-Europas durch den Westen geschehen. Das ist nicht nur illusorisch, sondern ein Spiel mit dem Krieg. Wir Sozialdemokraten sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wer den politischen status quo in Europa ändern will, den territorialen status quo, wie er sich als Folge des Hitlerkrieges ergeben hat, anerkennen muß. Ich weiß nicht, ob all unseren ausländischen Freunden und Betrachtern klar ist, wieviel Mut und Kraft die deutschen Sozialdemokraten aufbringen mußten, um diese Einsicht gegen alle konservativen Widerstände in der Bundesrepublik durchzusetzen.

Es kann also nicht darum gehen, die heute in Europa bestehenden Grenzen noch einmal zu ändern, sondern es muß - um Bundespräsident von Weizsäcker zu zitieren - darum gehen, ihnen ihren trennenden Charakter zu nehmen.

4. Auf dieser Basis - Anstreben gemeinsamer Sicherheit bei Anerkennung des gegebenen territorialen status quo - hat die Entspannungspolitik schon in ihrer ersten Phase erhebliche gesellschaftliche Wirkungen gezeigt. Über alle Unterschiede zwischen den osteuropäischen Ländern hinweg hat unsere Entspannungspolitik "von oben", wie unsere Kritiker sagen, schon in ihrer ersten Phase zweierlei bewirkt: Sie hat den osteuropäischen Staaten mehr politische Bewegungsfreiheit in ihrem Block verschafft und sie hat innerhalb der Länder des Ostblocks die Bedingungen zur Bildung, Artikulierung und Vertretung gesellschaftlicher Interessen und Meinungen entscheidend verbessert. Wenn wir ehrlich sind: Keiner von uns hat es vor 20 Jahren angesichts des "Eisernen Vorhangs" für möglich gehalten, daß die Entspannungspolitik in so kurzer Zeit zu so großen Erfolgen führen würde. Ich denke dabei nicht nur an den millionenfachen Besucherverkehr und sonstigen Austausch zwischen Ost- und Westeuropa, ich denke auch an die zunehmende Bildung und Äußerung gesellschaftlich selbständiger Gruppen und Meinungen in Osteuropa einschließlich der Sowjetunion.

Nach unserer Meinung hat also die erste Phase der Entspannungspolitik die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß in einer zweiten Phase auch die gesellschaftlichen Kräfte in den Entspannungsdialog einbezogen werden

können. Ich habe daher schon 1979 in dem von Jürgen Habermas herausgegebenen Band 1000 der Edition Suhrkamp geschrieben: so wie die äußere Dimension der Entspannungspolitik Frieden heißt, so heißt ihre innere Dimension Reform.

5. Die Frage von gesellschaftspolitischen Reformen in Europa, in Ost und West, steht im Spannungsfeld der Auseinandersetzung der beiden Ideologien und Gesellschaftssysteme. Dabei ist zu beachten, daß die Änderungen im sicherheitspolitischen Bereich die ideologischen und gesellschaftlichen Unterschiede zwar nicht aufheben, aber auch nicht unberührt lassen. Weder Ost noch West können sich heute z.B. eine Lehre vom gerechten Krieg leisten. Diese notwendige Rückwirkung aus dem sicherheitspolitischen in den ideologischen Bereich gilt es bewußt zu machen, damit die beginnende ideologische und gesellschaftliche Diskussion zwischen den beiden Systemen nicht von Dogmatikern als ideologischer Verrat stigmatisiert werden kann.

Hinsichtlich der Diskussion von Regierungen und Parteien mit gesellschaftlichen Gruppen z.B. Friedens- und Umweltgruppen, ist zu beachten, daß der Friedenssicherung nach wie vor Priorität gebührt, d.h., daß wir diese Diskussion so führen müssen, daß es nicht zu Rückschlägen im Bereich von Rüstungskontrolle und Abrüstung kommt. Wer diese Diskussion im Westen mit der Zielrichtung führt, unser Gesellschaftssystem auf Osteuropa "auszudehnen" oder z.B. die DDR der Bundesrepublik gesellschaftlich "anzugliedern", der handelt so wenig realistisch wie diejenigen konservativen Kräfte, die im Kalten Krieg mit dem Gedanken einer militärischen Befreiung "besetzter Gebiete" gespielt haben.

In diesem Bereich besteht zwischen einer Partei wie der SPD, die die Ergebnisse ihrer Entspannungspolitik und nicht nur ihren guten Willen zu verantworten hat, und den Wünschen großer Teile der Gesellschaften in den osteuropäischen Ländern eine nicht aufhebbare Spannung. Das hat sich vor 20 Jahren im "Prager Frühling" genauso gezeigt, wie 12 Jahre später in der Entwicklung in Polen.

Wenn es auch zwischen uns Meinungsverschiedenheiten gibt, sollten wir doch versuchen, unsere unterschiedlichen Positionen besser zu verstehen. Ich persönlich habe darin ein gewisses Training, da ich mit einer Tschechin verheiratet bin, die als junge Studentin auf der Seite Dubceks gestanden hat

und dann ihre Heimat verlassen mußte. Und ich sage auch hier noch einmal: Von der Solidarnocs trennt uns sicher nicht das Eintreten für freie Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer. Von ihr - oder richtiger von Teilen von ihr - hat uns 1980 die Einsicht getrennt, daß Polen damals nicht vor der Alternative Jaruzelski oder Walesa stand, sondern vor der Alternative Jaruzelski oder die Sowjets.

Das Problem stellt sich übrigens nicht nur in solchen dramatischen Situationen. Es stellt sich z.B. auch in der Frage der wirtschaftlichen und finanziellen Kooperation. Sollen wir wirtschaftlich helfen, obwohl das natürlich auch die kommunistischen Regime stabilisiert, oder sollen wir das sein lassen auf Kosten der osteuropäischen Völker? Ich bin der Meinung, wir sollten es nicht sein lassen und wäre froh, wenn wir auf diesem Gebiet endlich wieder mehr täten.

6. Auch die Regierungen in Osteuropa haben begriffen, daß in der zweiten Phase der Entspannungspolitik der Dialog der Ideologien neben die Politik der gemeinsamen Sicherheit treten muß. Dies kommt am deutlichsten in dem von der SPD und der SED erarbeiteten Papier "Die gemeinsame Sicherheit und der Streit der Ideologien" zum Ausdruck. Die Ereignisse in der DDR seit dem 17. Januar, der großen Kundgebung zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht haben zugleich gezeigt, wie schwer es dem SED-Regime fällt, sich an das in diesem Papier Vereinbarte zu halten. In dem Papier heißt es, daß beide Gesellschaftssysteme sich nicht nur Friedensfähigkeit, sondern auch Reformfähigkeit zugestehen und daß eine Diskussion über die Vorteile und Nachteile des einen wie des anderen Systems nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der beiden Gesellschaftssysteme möglich sein muß.

Mit dieser Verabredung, die eine Notwendigkeit ausdrückt, ist es unvereinbar, wenn Angehörige kritischer Gruppen in der DDR eingesperrt oder des Landes verwiesen werden. Mit dieser Verabredung ist es unvereinbar, daß Bundestagsabgeordneten die Einreise in die DDR verwehrt wird. Mit dieser Verabredung ist es unvereinbar, daß die DDR-Führung versucht, der SPD vorzuschreiben, den Dialog über Entspannung und das gemeinsame Haus nur mit solchen Kräften in der DDR zu führen, die der SED-Führung genehm sind. Das von Michail Gorbatschow beschworene

Europäische Haus kann nicht dadurch errichtet werden, daß die einen das Haus bauen und die anderen Mauern in die Flure und Treppenhäuser.

Ich bedaure daher auch außerordentlich, daß einige der von der Friedrich-Ebert-Stiftung eingeladenen Personen wie z.B. Herr Hajek aus der CSSR oder Herr Geremek aus Polen hier nicht teilnehmen können, weil sie wieder einmal keine Ausreisegenehmigung erhalten haben. Ich bin überzeugt, ihre Teilnahme an einem Dialog, wie wir ihn hier führen wollen, würde der Entspannung zugute kommen. Die Tatsache, daß die Sowjetunion auf diesem Seminar gar nicht vertreten ist, bin ich geneigt, eher der Überbeanspruchung durch die Politik der Perestroika und der nahenden Allunions-Konferenz als einer negativen Grundhaltung zuzuschreiben. Schließlich haben erst vor kurzem die internationalen Helsinki-Gruppen die Sowjetunion besucht und dabei auch mit sowjetischen Friedensgruppen sprechen können.

Unsere Verurteilung der repressiven Praktiken, die in den Vorgängen in der DDR wie in dem Ausschluß bestimmter Personen von unserem Seminar zum Ausdruck kommen, heißt nicht, daß wir "linkages" zwischen Friedenssicherung und Reformdialog knüpfen wollen. Da die Entspannungspolitik neben der Friedenssicherung aber - wie die Helsinki-Schlußakte und der KSZE-Prozeß zeigen - nicht nur den Bereich der Sicherheitspolitik, sondern auch den der wirtschaftlichen und technischen Kooperation, den der Information und den der Menschenrechte umfaßt, ist offensichtlich, daß wirtschaftliche, technische, ökologische Zusammenarbeit zwischen Ost und West - und zwar gerade auch aus der Sicht der osteuropäischen Staaten selbst - von der Frage der gesellschaftlichen Reformen nicht zu trennen ist. Das zeigt auch die Entwicklung und die Reformdiskussion in diesen Ländern.

Mit dem Bindestrich-Dogmatismus des sogenannten Marxismus-Leninismus sind unseres Erachtens die gesellschaftlichen Probleme der osteuropäischen Länder - und zwar ganz unabhängig von der Existenz des westlichen Gesellschaftssystems, mit dem sie konkurrieren müssen - nicht zu lösen. Der Wettbewerb mit dem westlichen Gesellschaftssystem spitzt das Problem nur zu. In diesem Zusammenhang sage ich noch einmal, daß ich unter Reformdialog als Teil des Entspannungsprozesses nicht die "gesellschaftspolitische Eingemeindung" Osteuropas in das westliche Gesellschaftssystem verstehe.

Die SED hat ihre vom westlichen System unterschiedliche Position in dem Papier mit der SPD dahin umschrieben, daß für sie "die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in Gemeineigentum und die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen das Fundament umfassenden demokratischer Rechte" sei. Da gleichzeitig in der Sowjetunion und Osteuropa um größere Flexibilität im Management der vergesellschafteten Produktionsmittel und um die Einführung von Marktelementen gerungen wird, müssen die östlichen Gesellschaften die Frage des Verhältnisses von bürokratischer Zentralisation und Flexibilität, von Plan und Markt neu beantworten.

Wir im Westen müssen umgekehrt die Frage beantworten, wie wir bei Privateigentum an den Produktionsmitteln - in dem eine Art gesellschaftlicher Gewaltenteilung liegt - dem aus der Wirtschaftsmacht entspringenden gesellschaftlichen Einfluß in politischer, sozialer und ökologischer Hinsicht unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohl Grenzen setzen.

Der Osten muß, wenn er "die politische Macht der Arbeiterklasse" zum unantastbaren Kern seiner Verfassungsordnung erklärt, Formen des Pluralismus einschließlich z.B. Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und rechtsstaatlichen Schutzes des einzelnen und seiner Würde auf dieser Basis entwickeln. Die insofern sehr unterschiedliche Lage in den einzelnen osteuropäischen Ländern zeigt, daß die Entwicklung in dieser Richtung nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist.

Wir im Westen haben bei großem gesellschaftlichem Pluralismus und großer individueller Freiheit in unserer Gesellschaft nicht nur die Aufgabe, diese zu sichern, sondern auch, politische, staatliche und überstaatliche Handlungsfähigkeit zu sichern, um auf unsere Art mit den Problemen der technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung fertig zu werden, von denen ich hier die Massenarbeitslosigkeit nenne.

Wer aber aus Angst vor dem Meinungs-austausch und seinen Unbequemlichkeiten erneut in die Repression flüchtet, der wird unfähig werden, seine eigenen Probleme zu lösen und am Bau des Europäischen Hauses mitzuwirken

Schulden bedrohen die Sicherheit Europas

Die Schulden fressen den Sozialismus

Eine neue Bedrohung der Sicherheit in Europa?

1. Die Verschuldung führt, zur "Libanisierung" der Dritten Welt.

Die Lasten, die der Schuldendienst sehr vielen Ländern der Dritten Welt aufbürdet, führen auch zu den "günstigsten" Bedingungen dazu, daß der Lebensstandard für die Masse der Bevölkerung in diesen Ländern bis zum Ende dieses Jahrhunderts weiter dramatisch absinken wird. Man muß den Schuldendienst nicht nur in Relation zu den Exporterlösen setzen; man muß vielmehr sehen, daß Wirtschaftswachstum in diesen Ländern zunehmend im außenwirtschaftlichen Bereich erzielt wird, und daß der Schuldendienst bewirkt, daß das Wachstum in die Industrieländer transferiert wird, statt zu neuen Investitionen zu führen. Die Strukturanpassungspolitik, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) von diesen Ländern gefordert und durch die Weltbank "finanziert" wird, begünstigt diesen Prozeß. Diese Institutionen geben zwar zu, daß die strukturelle Anpassung zunächst der Bevölkerung Opfer abverlangt, sie verträsten uns damit, daß in diesen Ländern, wenn sie einmal auf den tugendhaften Weg einer markt- und wachstumsorientierten Politik eingeschwenkt sind, sich der Wohlstand von alleine einstellen wird wie in den westlichen Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir wollen hier nur festhalten, daß die unhistorische Übertragung eines Wirtschaftsmodells für Industrieländer aus den Jahren 1950-75 auf die Dritte Welt in den 80er und 90er Jahren schon an sich nicht sehr realitätsbezogen ist, und es der Phantasie der Leserschaft überlassen bleibt, was weitere Opfer für die Slumbewohner in den lateinamerikanischen Megalopolen bedeuten: Jaime Lusinchi, Venezuelas Präsident, sagte z.B. vor einigen Wochen, daß Venezuela vorerst seine Ausgaben für Bildung, soziale Sicherheit, Gesundheit, Wohnungsbau und öffentlichen Verkehr nicht halten können. Die Verteilungskämpfe werden also an Schärfe zunehmen. Zur Zeit zählen wir mindestens 25 offene Bürgerkriege oder bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen in diesen Ländern. Die Tendenz ist steigend, und jeder von diesen Konflikten könnte die Keimzelle einer größeren internationalen Konfrontation werden.

2. Im Osten Europas entsteht eine Zone der neuen Armut

Vier Länder im Osten Europas sind in erheblichem Maße verschuldet und müssen nach den Maßstäben der Weltbank zu der Gruppe der höchst verschuldeten Länder gerechnet werden: Jugoslawien, Polen, Rumänien und Ungarn. Rumänien hat sich einer Politik des raschen Schuldenabbaus verschrieben mit drastischen Folgen für den Wohlstand der Bevölkerung. Auch wenn, wie geplant, Rumänien Anfang der neunziger Jahre schuldenfrei sein würde, wird das Land noch mindestens zehn Jahre - vermutlich aber viel länger - unter dem riesigen Kapitalabfluß Richtung Westen zu leiden haben. Wenn man die Maßstäbe der Weltbank zugrundelegt, gehören diese vier Länder zu der Gruppe der Schwellenländer mit mittelhohem Bruttosozialprodukt pro Kopf. Unter diesem Gesichtspunkt sind sie vergleichbar mit anderen Schwellenländern in Lateinamerika und Ostasien. Im Unterschied zur DDR, CSSR und Bulgarien, die nach diesen Maßstäben zu der Gruppe der Industrieländer gehören - mit Einkommen, die auch im Falle Bulgariens höher sind als die der EG-Mitglieder Spanien und Irland, im Falle der DDR genauso hoch wie Belgien - , sind jene vier Länder nicht fähig, aus eigener Kraft mit dem Schuldenproblem fertig zu werden. Wir werden dies am Beispiel Ungarns verdeutlichen. Die Angaben werden dem Weltentwicklungsbericht 1987 der Weltbank entnommen.

1985 betragen die Auslandsschulden Ungarns knapp 13 Milliarden US \$. Das Bruttosozialprodukt wird für dieses Jahr mit 20,7 Milliarden angegeben; die totale Verschuldung liegt daher bei 62,8 % des Sozialprodukts. Das heißt: ganz Ungarn müßte knapp acht Monate nur für den Westen arbeiten, wenn es seine Schulden auf einmal zahlen wollte. Ungarn mußte wiederholt IWF-Kredite in Anspruch nehmen, um seinen Schuldendienst leisten und kurzfristige Verbindlichkeiten (1985: 1,9 Milliarden) bedienen zu können. Allein an Zinsen mußte Ungarn 1985 792 Millionen zahlen, knapp 4 % des Sozialprodukts. Da das Wachstum aber unter 2 % liegt, bedeuten allein die Zinszahlungen schon einen Rückgang des verfügbaren Einkommens um mehr als 2 %.

Der Internationale Währungsfonds erwartet für die Gewährung von weiteren Krediten von Ungarn erhebliche Anstrengungen, seine Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt zu verbessern und seine Wirtschaft den Gesetzen, die auf

dem Weltmarkt herrschen, anzupassen. Das heißt, daß die spärlichen Mittel, die für Investitionen und Innovationen zur Verfügung stehen, fast ausnahmslos in außenwirtschaftliche Bereiche fließen. Dies erfordert die Einschränkung des privaten und öffentlichen Verbrauchs. Für die Bevölkerung heißt das, daß die Preise für Güter des primären Lebensbedarfs (wie Lebensmittel, Wohnungsmiete, öffentlicher Verkehr) ständig steigen, ohne daß diese Steigerung durch Lohnerhöhungen ausreichend kompensiert werden. Die Bezieher von Renten sind die Leidtragende dieser Entwicklung. Noch sind Bildung und Gesundheit in Ungarn von diesen Anpassungsmaßnahmen nicht betroffen, aber dies ist nur eine Frage der Zeit; der IWF verlangt überall in der Welt gerade auch in diesem Bereich "Opfer"; es ist kaum zu erwarten, daß er aus Liebe zum Sozialismus hier Ausnahmen machen wird.

Zwischenbemerkung: Die Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds

Der Internationale Währungsfonds hat die Aufgabe, seinen Mitgliedsländern durch die Vergabe von Krediten bei der Überwindung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu helfen. Sind diese Schwierigkeiten groß und nicht vorübergehender Natur, erteilt der Fonds Auflagen. Diese haben zum Ziel, die internationale Zahlungsfähigkeit dieser Länder wiederherzustellen. Strategisch bedeuten diese Auflagen für die betroffenen Länder eine eindeutige Auswärtsorientierung der Volkswirtschaften, den nur auf dem Weltmarkt kann das Geld verdient werden, mit dem die Zahlungsbilanz wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Um dieses strategische Ziel zu erreichen, wird ein Maßnahmenpaket geschmürt, das auf eine sogenannte "Reallokation von Ressourcen" hinausläuft: Kapital, das in außenwirtschaftlich nicht relevanten Bereichen gebunden ist, muß "flüssig" gemacht werden, damit es in außenwirtschaftlich relevanten Sektoren eingesetzt wird. Zu den wichtigsten Auflagen gehören:

* Abwertung der eigenen Währung; dadurch werden Importe teurer, Exporte für die Abnehmer billiger; da die meisten Länder auch lebensnotwendige Güter importieren müssen, bedeutet dies allein schon eine Herabsetzung des Lebensstandards für die Bevölkerung.

* "Deregulierung" der Waren- und Dienstleistungsmärkte; Abbau von Subventionen z.B. für Lebensmittel und die Einführung "marktgerechter" Preise. Auch dies hat Verteuerungen zur Folge. "Deregulierung" der Faktormärkte; Aufhebung von Zinsregulierung, damit nicht "künstlich" kapital- oder ertragsschwache Betriebe am Leben erhalten bleiben; Aufhebung von Regulierungen des Arbeitsmarktes (Beschäftigungseinschränkungen für Frauen und Kinder, Minimumlohnregelungen, Arbeitszeitregelungen). Auch hier bedarf es wenig Phantasie, sich vorzustellen, was dies für die ärmeren Schichten der Bevölkerung bedeutet.

* Drosselung der Staatsausgaben, sowie diese konsumptiv sind; darunter fallen zwar auch Ausgaben für Rüstung und innere Sicherheit, aber Sprecher des Fonds bemerken auf diesbezügliche Fragen immer lächelnd, daß sie die Entscheidung darüber, wo der Roststift angesetzt werden soll, den "souveränen" Regierungen überlassen. Also darf die Leserschaft raten, wo dies dann geschieht!

Aus dieser Übersicht sieht man, daß alles dem einen Ziel, Schuldenbedingung, untergeordnet wird. Alles andere, Wachstum, Reallokation usw., ist nur Mittel zum Zweck. Die Weltbank, die ihrem Namen nach (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), bei der Entwicklung helfen sollte, fügt sich diesem überragenden Ziel. Das Wohl der Menschen oder auch nur der "Wohlstand der Nation", wie seit Adam Smith das Ziel der Ökonomie definiert wurde, spielt überhaupt keine Rolle mehr. So vergibt die Weltbank einen wachsenden Teil ihrer Mittel für strukturelle bzw. sektorale Anpassungsdarlehen (die sogenannten SAL und SEL), mit denen die Auflagen des Internationalen Währungsfonds besser implementiert werden können.

3. Verschuldung bedeutet notwendig einen Verlust der nationalen Souveränität

Die Eckdaten für die Wirtschaftspolitik werden bei hoch verschuldeten Ländern nicht mehr von den eigenen Regierungen gesetzt, sondern von den internationalen Gläubigerkartells. Dabei spielt die innere demokratische Legitimation der nationalen Regierungen nur eine untergeordnete Rolle. Ob demokratisch gewählt oder durch einen Putsch an die Macht gekommen, die

Regierungen müssen tun, was ihnen der IWF sagt; tun sie das nicht, werden sie für kreditunwürdig erklärt, und ihre Tage sind gezählt. Das hat die bolivianische Regierung 1986 ebenso erfahren müssen wie die Regierung Jamaicas 1983.

Jahrzehntelang hat man sich im Osten Europas daran gewöhnt zu glauben, daß alles in Moskau dekretiert wurde. Tatsächlich aber ist die Abhängigkeit Ungarns von Moskau nie auch nur annähernd so groß gewesen wie die heutige Abhängigkeit vom "goodwill" westlicher Kapitalgeber. In dieser Hinsicht ist auf dem Umweg der Kredite dem Westen das gelungen, was ihm politisch-militärisch nie gelang oder gelingen konnte, die Unterhölung und allmähliche Überwindung des Sozialismus. Nach diesen Maßstäben ist Franz-Joseph Strauß tatsächlich ein weitsichtiger Politiker; seine Kreditpolitik kann man Kriegführung "mit anderen Mitteln" nennen.

4. Verschuldung ist nicht die Folge schlechter Politik, sondern ein Strukturelement der Machtverhältnisse im internationalen Wirtschaftssystem

Im Allgemeinen sagt man, diese Probleme seien durch die Rigidität des staatsbürokratischen Wirtschaftssystems verursacht, das nun einmal nicht flexibel genug sei, schnell auf externe Schocks zu reagieren und sich umzustellen. Tatsächlich aber sind so viele verschiedene Länder mit ganz unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen von der Entwicklung betroffen, daß mangelnde Flexibilität im Sozialismus nicht die einzige Erklärung sein kann. Man kann sagen, daß Probleme besonders gravierend sind in jener Ländergruppe, die die Weltbank unter der Aufschrift "Länder mit mittleren Einkommen, gehobene Gruppe" zusammenfaßt; unter ihnen sind auch Ölexporteure (Mexico, Venezuela). Gemeinsam ist diesen Ländern, daß sie versucht haben, schnell zu industrialisieren bzw. zu modernisieren unter Inanspruchnahme fremden Kapitals. Sie öffneten sich dem Weltmarkt. Da auf dem Markt nur kaufen kann, wer über Geldeinkommen, auf dem Weltmarkt nur der, der über "Weltgeld" verfügt, mußten die Länder ihre Volkswirtschaften auf die Bedürfnisse dieses Marktes ausrichten, damit sie eben jenes "Weltgeld" (sprich konvertierbare Währung, Dollar) verdienen können, womit sie jene Kapitalgüter kaufen können, mit denen sie industrialisieren/modernisieren können. Da sich ihre eigenen, verkaufbaren Ressourcen (Rohstoffe, Nahrungsmittel) entweder

nur bedingt absetzen ließen oder sich deren "Terms of Trade" (Austauschverhältnis zwischen einem bestimmten Quantum eines Rohstoffes und einem bestimmten Quantum eines Industriegutes) ständig verschlechterten, konnte der Industrialisierungs- oder Modernisierungsprozeß nur über Fremdfinanzierung fortgesetzt werden. Der Verschuldungsprozeß ist daher ein strukturelles Problem und erst in zweiter Instanz Folge "schlechter Politik". Natürlich gibt es "schlechte Politik": das geliehene Geld wurde in unsinnige Projekte gesteckt, für Rüstungsausgaben verpulvert, oder es verschwand auf Umwegen auf die Valutakonten der Eliten in den USA oder in der Schweiz. Aber auch ohne "schlechte Politik" wäre die Lage jetzt nicht viel anders gewesen.

Man kann daher sagen, daß nicht in erster Linie "schlechte Politik" der kreditgeber und -nehmer, sondern das Projekt einer nachholenden und nachahmenden, fremdfinanzierten Industrialisierung und Modernisierung die Hauptursache des Problems ist.

5. Die Wirtschaftsprobleme im Osten Europas lassen sich nicht durch innere Reformen und Anpassung allein lösen

Wenn das unter (4) Gesagte stimmt, drängt sich sofort die Frage auf: Haben wir es beim heutigen Reformkurs in Osteuropa mit einer Verbesserung oder gar Optimierung des Sozialismus zu tun oder mit einer Anpassung an die Erfordernisse des Weltmarktes? Da es weder ein Land noch ein System gibt, das man vollkommen nennen kann, gibt es auch immer "schlechte Politik", die verbessert werden kann und muß. Je offener Kritik vorgetragen werden kann, um so besser wird dies gelingen. Wenn es sich aber um ein strukturproblem jenes Weltwirtschaftssystems handelt, in das sich gerade einige sozialistische Länder eingliedern oder eingliedern müssen, so ist es mit inneren Reformen nicht getan. Dann steht das Ganze auf dem Spiel, und zwar in zweifacher Hinsicht. Entweder wird das Konzept der nachholenden und nachahmenden, fremdfinanzierten Entwicklung in Frage gestellt, oder der Sozialismus selber hat ausgedient. Auf einer Konferenz mit Wirtschaftsreformern aus Osteuropa einerseits und einer Reihe von westlichen Ökonomen andererseits im März 1988 im ungarischen Ort Győr erklärte der ungarische Leiter des Wirtschaftsinstituts bei der ungarischen Akademie der Wissenschaften, Jozsef Bognar, man könne nicht gleichzeitig Wirtschaftsentwicklung und Gleichheit haben, deswegen müsse das Prinzip der Gleichheit aufgegeben werden. Und der "Architekt" des ungarischen

Reformkurses, der Ökonom Reszö Nyers, sagte bei dieser Gelegenheit, daß der Ostblock "einen historischen Kompromiß" eingehen muß, "die sozialistischen Wirtschaften müssen Marktwirtschaften werden". Es scheint also, als ob man sich in Ungarn für das zweite entschieden hätte: die Verabschiedung des Sozialismus. Sehr wahrscheinlich nehmen nun die ungarischen Manager und Ökonomen als Zukunftsmodell für ihr Land den Nachbarstaat Österreich als Beispiel; das sollten sie lieber nicht tun, sondern sie sollten eher an Portugal denken, ein Land, das in Größe, Ressourcen, Sozialprodukt und Verschuldungsausmaß in einer fast identischen Position steht. Ungarn hat keine Chance, bei voller Integration in den Weltmarkt den jetzt schon bescheidenen Lebensstandard für die Masse der Bevölkerung auch nur annähernd zu halten.

6. Die Verarmung einer Reihe von Staaten im Osten Europas bedeutet eine Verschlechterung für die Aussichten, eine stabile Friedensordnung in ganz Europa zu verwirklichen

Die ungarische Opposition hat auf einer Art von Vollversammlungen der einzelnen Gruppen u.a. gefordert, daß man sich um das Schicksal der "außer die Grenzen Ungarns gefallenen Ungarn" kümmern muß. Die Teilrepubliken Slowenien und Kroatien haben gefordert, daß die Parlamente der Republiken das Recht haben sollten, die Zentralregierung in Belgrad notfalls zu entlassen. Slowenien und Kroatien gehören zum reichen Teil Jugoslawiens und lehnen es ab, die Armenhäuser der Föderation in Bosnien, Herzegowina, Kosovo und Mazedonien mitfinanzieren zu müssen. Auch anderswo in der Region tauchen unerledigte Minderheitsfragen auf, und die armenischen Unruhen haben gezeigt, daß auch die Sowjetunion, die wegen ihrer Größe und Wirtschaftskraft sich in einer anderen Lage als die kleinen Partnerstaaten an ihrer Westgrenze befindet, hier Probleme hat. Armut potenziert solche Probleme; Armut destabilisiert. So wie die Dritte Welt durch die Armut "libanisiert" wird, so könnten der Osten und Südosten Europas durch die Armut "balkanisiert" werden. Wir wären dann am Ende dieses für Europa so blutigen Jahrhunderts genau dort, wo wir am Anfang schon einmal waren. Rumänien, das sich noch als einziges Land eine brutale Methode der "Schuldenregulierung" leisten kann, indem es der Bevölkerung beispiellose Opfer abverlangt, könnte nach dem Abdanken Ceaucescus - das im nächsten Jahrzehnt zu erwarten ist - explodieren; die Drangsaliierung der

ethnischen Minderheiten in diesem Land zeigt an, wo das heutige Regime Ventile sieht.

7. Der Kampf gegen die Politik der internationalen Gläubigerkartells sollte auch die Länder im Osten Europas einbeziehen

Wir haben öfters gesagt, daß man nicht erwarten kann, auf Dauer in Frieden leben zu können, wenn die Welt ringsherum in Armut und Elend versinkt. Eine verelendete Zone im Osten Europas von Danzig bis Skopje und vom Neusiedler See bis zum Schwarzen Meer wird trotz aller Abrüstungsabkommen den Frieden möglicherweise noch ernster gefährden als Waffen und stehende Heere. Khomeini sollte uns allen ein warnendes Beispiel dafür sein, was passieren kann, wenn man ganze Völker ins Elend treibt. Weder Marxisten noch bürgerliche Diplomaten waren fähig, diesen Ausbruch des politischen Irrationalismus zu verhindern oder auch nur einzudämmen. Wir müssen, statt kritiklose Unterstützung für Dissidenten und Oppositionelle zu leisten, dafür sorgen, daß den Geldeintreibern des Pariser Klubs oder des IWF eindeutige Grenzen gezeigt werden.

Nur Gerechtigkeit kann dauerhaften Frieden bringen. Unrecht und Armut gebären Verzweiflung. Verzweiflung gebiert Fanatismus und Irrationalismus. Und diese schließlich gebären den Krieg.

Use old instruments for a new kind of policy?

I just want to risk a few questions to clarify things. The first relates to what Karsten just said and what Mike Gapes had said before. When I listen to Karsten I got the impression, that what he is trying to explain is that it is in fact possible to use old instruments in Europe for a new kind of policy. And moreover he is saying that there is a kind of a growing consensus between socialdemocratic parties and socialist parties in Western Europe. All of that I don't see. I listen to Mike saying, that they are much more skeptical in the Labour Party nowadays about the West European Union as an instrument for change. Then I look at the socialist party in France: They are the big inspirators of the new platform, which was adopted by the West European Union in October last year in The Hague. They strongly built on old instruments, many old instruments, if not to say all old instruments, and I don't see any new policy emerging out of that. Moreover, military cooperation between France and West Germany, France and Britain that's what you see, that's what these instruments are producing in fact. And so my question is, I also like to get another answer from Mike, does Mike agree, that there is a growing consensus or is he disagreeing with that. And if there is somebody from France, who can say something about that, I would like to hear that. My second question, why not creating new instruments instead of using all the old stuff? My third question is a question to Ton Veerkamp. I would have him to say something more in order to help me a little bit. You gave that example of Poland, the coal-industry, exports to the West and what was happening in West Germany (unemployment). And your conclusion was: of no use for anybody, not for the workers in West Germany, they will be unemployed, not for the workers in Poland. The only thing, it's only helpfull to solve maybe the debt problems for the Polish government. If you say that, what to do in such a situation? I mean, what kind of policy do you have? What's the most just and also feasible policy for Western countries looking at these enormous problems. What do they have to do? And do you think that it is sufficient if you say to the peace-movement, that we simply have to make it clear and to explain it to the people. I think it is necessary to find a little bit of an answer, an orientation what to do. Or what do you think about that?

Mary Kaldor

How do we manage a process of change?

Well I also wanted to comment many on what Karsten said about stability and what we mean by stability. And it also relates to the point Mient Jan made about new instruments. I think that Karsten is absolutely right to talk about the need for a mutual learning process. The point of consultations is to learn about the situation and to understand what we're doing. But I feel, there is a problem with negotiations, the same problem as in the 70s, a kind of a mislearning process. Military things are measurable and you can give some abstract set of numbers to the notion of stability. So you focus on this kind of abstract measurable military things and you turn it into a kind of game in which the language of negotiation is not the language of real politics; its the language of moves and countermoves and bargaining counters and tactics and it actually abstracts the military situation from the overall political situation, and indeed reenforces very traditional concepts of stability. In a way what negotiations in the 70s did, was to reenforce concepts of balance, concepts of numbers; that is precisely what we want to avoid. The 1970s' view of détente was not able to overcome the east-west conflict. It was a view of mutual influence and respect: you get on with what you are doing in Czechoslovakia or in Chile and we won't interfere. When Mike says détente improved the human rights situation, that's not actually true. In the long run you cannot have détente and continue with your own activities because in the long run they are contradictory. You need a conflict which in the end helps in a major way improving the situation in both halves. That is something you have to explicitly recognise. And so it seems to me that this mutual learning process has to be much broader than just negotiation, and if it is negotiation it cannot just focus on the military because that notion of stability cannot just be a notion to avoid military destabilisation.

What Ton Veerkamp said was really important in focussing on what is happening in Eastern Europe today. It's real destabilisation, deep rooted economic social and political destabilisation, and the problem is how do we manage a process of change. Stability must not mean status quo. Stability has to bring about real change, it must lead to an official opposition in Eastern Europe, I mean an official independent opposition in Eastern Europe, so that you can manage democratic change.

And that leads me to a final point which is linked to what Ton Veerkamp said. He says: we must focus on the economic problems, and I think he is absolutely right. When I start to think about economic problems I always come back to political problems. The political problems are: yes, we must democratise the IMF, it's one of the first most important things to do in solving the world's economic problems. But how do we democratise the IMF within the current security frame work? How does Europe and Japan for example take more progressive policies? And finally, how do you give aid assistance in Eastern Europe which will allow for stability in a real sense of democratic change unless you have internal political opposition in those countries? Of course we must focus on the economic issues, but it brings us back always to fundamental political issues.

Schuldenerlaß als erster Schritt

Im Grunde ist die Frage nach einer Lösungsstrategie gestellt. Ich denke diese Diskussion ist ziemlich neu. Was ich bislang an Lösungsstrategien kennengelernt habe, ist nicht sehr überzeugend. Aber es gibt eine Reihe von Elementen, über die man diskutieren muß, die alle für sich einzeln betrachtet nicht weiterhelfen, z.B. ein Schuldenerlaß. Wenn weiter nichts passiert, würde das nur bedeuten, daß die Länder eine Atempause erhalten. Ich befürworte das als ersten Schritt, aber man kann dabei nicht stehenbleiben. Man könnte auch darüber diskutieren, wie dies z.B. die GRÜNEN vorschlagen, einen Teil dieser fälligen Zahlungen in diesen Ländern zu re-investieren und zwar in Projekte, die eindeutig und auch kontrollierbar sind und die Lebensumstände der Ärmsten berücksichtigen.

Dann wird darüber geredet, daß die internationalen Mechanismen demokratisiert werden müßten. Ich habe gehört, daß die Sowjetunion Abstand davon genommen, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beizutreten, weil sie ausgerechnet hat, daß sie mit ihren Verbündeten zusammen nicht einmal auf etwa 10 Prozent der Stimmen kommt, die USA haben allein 21 Prozent; d.h. es wird für sie kein lohnendes internationales Forum sein, weil sie überstimmt werden kann. IWF und Weltbank sind UNO-Institutionen, aber sie sind merkwürdigerweise die einzigen Institutionen, wo das Prinzip "One man" oder "One Country - one vote" nicht gilt. Deswegen ist die Entscheidungsfindung in diesem Gremium so überdimensional bestimmt von den Interessen der westlichen Industrieländer. Die anderen können dort gar nicht zu Wort kommen. Da muß etwas geschehen. Aber eine kohärente Lösungsstrategie gibt es nicht. Mein Beitrag ist auch nur zu verstehen als ein Plädoyer dafür, daß wir auch in der Friedensbewegung schleunigst anfangen, diese Sachen zu diskutieren, denn sonst werden alle schönen politischen Konstruktionen, Verträge und Entspannungsfortschritte ausgehöhlt durch die ökonomischen Fakten, die innere Unruhen verursachen.

Was wird die Sowjetunion tun, wenn es in Rumänien zu einem großen, nicht mehr kontrollierbaren Volksaufstand kommt? Was hat das für

Konsequenzen für die Entspannung? Deswegen denke muß das diskutiert werden.

Bei den Schulden zu helfen, ist schon eine ganze Menge

Ich möchte ein Wort sagen zu den ökonomischen Fragen. Der erste Vorschlag zur Reform ist ja von der Brandt-Kommission gemacht worden. Und Ihr habt vielleicht gesehen, daß die Sozialistische Internationale das in Santiago weiter ausgearbeitet hat. Es ist nicht so, daß es keine Vorschläge gibt, die auch von der Dritten Welt mitgetragen würden, aber es besteht derzeit keine Chance, Mehrheiten dafür zu kriegen. Und weil das so ist, Ton Veerkamp, bin ich etwas kritisch zu sagen, wenn man sagt, na ja, da kommt "höchstens" ein Schuldenerlaß raus. Wir operieren gerade in diese Richtung. Ich will das an zwei Beispielen zeigen.

Einmal bin ich der Meinung, es ist grotesk, in welcher Weise wir Jugoslawien allein lassen. Da entwickelt sich eine vielleicht dramatische Lage an der Adria und wir tun alle so, als ob eigentlich gar nichts ist. Hier muß geholfen werden. Und wir sind dabei, im Westeuropäischen Parlament und hier in Bonn, dies zu versuchen. Es ist schon grotesk, wieviel die Europäer über Sicherheit reden, über alles, am Nordpol, am Südpol, nur die Adria ist offenbar außerhalb ihrer Betrachtung. Das ist eine schwierige Entwicklung, die sich dort vollzieht, die wir auch von außen nicht korrigieren können. Aber wenigstens helfen könnten wir. Bei den Schulden zu helfen, ist schon eine ganze Menge. Und da wir ja seit vorigen Monat einen alten Freund als Außenminister in Belgrad haben, kann das vielleicht helfen, die Europäer in Bewegung zu bringen. Wir probieren es jedenfalls.

Zweitens: Polen. Da ist es ja so, daß die Schulden, die Polen jetzt bezahlt, vereint gemacht worden sind. Giscard und Helmut Schmidt schreiben noch an ihren Memoiren, wie fleißig sie Herrn Gierek dabei beraten haben bei einer sich dann als falsch erweisenden extensiven Investitionspolitik. Die deutschen Banken haben diese Verluste längst abgeschrieben, die hat der deutsche Bankkunde bezahlt. Das war nicht soviel wie in der Dritten Welt. Aber derzeit gibt es keine deutsche Regierung, die sich sagt, wenn wir überhaupt weiterkommen wollen, dann müssen wir wirtschaftlich helfen.

Die Sowjetunion hat das Problem so nicht. Sie hat sich nicht so verschuldet, die DDR auch nicht, die waren vorsichtiger. Zwischen EG und RGW, das hat Mike Gapes angesprochen, kriegen wir ein Abkommen. Der schwierigste Punkt mag die stille Teilhaberschaft der DDR am Euromarkt sein. Wir haben ja einew wunderbare Klausel, um die jetzt gestritten wird, die "Nolime-tangere"-Klausel nennen wir sie. Sie besagt: kein bestehender Vertrag darf berührt werden von dem RGW/EG-Vertrag. Dahinter verbirgt sich, wenn ich das richtig sehe, die Frage, was in einem zukünftigen, gemeinsamen europäischen Markt die Rolle von DDR-Waren sein wird. Wir sind der Meinung, man sollte, die Stellung der DDR nicht verändern; aber, Mike lacht schon, andere Länder wollen sicher sein - nicht nur etwa in London -, daß sie in der EG außer mit italienischen etc. nicht auch noch mit DDR-Textilien zu konkurrieren haben. Das ist ein Problem. Aber ich glaube, wir kriegen den Vertrag.

Doch zurück zu Polen: Wir sollten darauf hinarbeiten, als einen ersten Schritt zu sagen: wir machen eine großzügige Schuldentilgung. Ich finde es teilweise lächerlich, was der Westen macht. Sie feilschen um alle Zinsen und am Ende kriegen sie gar nichts. In der Dritten Welt genauso. Statt das einer mal nach vorne geht und sagt, wir fangen wenigstens damit an. Aber dann kommt natürlich auch das andere: da das letzte Mal das Geld, das gegeben wurde, in den Sand gesetzt worden ist, wird man bei neuen Krediten natürlich sehr viel genauer wissen wollen was damit gemacht wird. Da berührt sich die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Frage der wirtschaftlichen Reform. Sind denn die Voraussetzungen drüben geschaffen, daß es jetzt klappen würde? Ich stimme Mary Kaldor zu, daß dieses wirtschaftliche Problem eines der zentralen Probleme werden wird.

Im Abrüstungsbercich sind wir im Augenblick dabei, ohne es recht zu merken, durch seegestützte und luftgestützte Systeme - die Aufrüstung ist in vollem Gange - den ganzen INF-Erfolg hinfällig zu machen. Wir haben uns übrigens auch nicht, Mike, zwischen den sozialistischen Parteien darüber unterhalten. Ich fürchte, wir werden uns sehr schnell darauf einstellen müssen, daß in seegestützten und luftgestützten Systemen sehr viel mehr Probleme stecken, als wir gemeint haben, als wir nur über die Beseitigung von erdgestützten Systemen gesprochen haben. Trotzdem glaube ich, gibt es da ein gemeinsames Interesse. Dagegen liegt der wirtschaftliche Bereich, wo psychologisch jetzt eine Möglichkeit besteht, im Argen. Der Osten hat

Schulden und hat keine Devisen; bei uns hat man Finanzschwierigkeiten, und eine Regierung, die über Ostpolitik redet, aber an der ökonomischen Front wenig macht. Und darum: ja, man muß den IWF reformieren, aber auch hier könnten die Europäer in ihrem eigenen Rahmen bei sich selbst beginnen, denn bis der IWF reformiert worden ist, das wird lange dauern.

Der Wettstreit darf nicht auf gegenseitige Destabilisierung angelegt sein

Der Vormittag und der Nachmittag läßt sich ja, wie sich zeigt, nicht sehr einfach trennen. Und ich bin Herrn Veerkamp sehr dankbar, daß er die Ökonomie in gewisser Weise als Bindeglied eingeschoben hat. Also vielen hier wird das Wort von Hansmann bekannt sein, ich glaube 1848 oder so im Frankfurter Parlament, daß in Geldfragen die Gemütlichkeit aufhört. Hier stecken, glaube ich, sehr ernste Probleme. Sie haben gesagt, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem die Entwicklungsländer und auch, - teilweise jedenfalls - Osteuropa, destabilisiert und gegen die Kapitalismusgläubigkeit bei manchen oder vielen von uns polemisiert. Ich möchte in einigem zustimmen.

Gorbatschow hat das Ziel oder die Absicht, die Militärausgaben zu kürzen; ich sehe auch ein Bindeglied zwischen Abrüstung und Ökonomie. Die Absicht, unser System totzurüsten und unsere ökonomische und soziale Entwicklung gerade durch die Aufrüstung zu hemmen, spricht dies wichtige Bindeglied an. Mir scheint, daß man über die Frage der Reform bei uns - und darüber werden wir heute nachmittag noch reden - nicht sprechen kann, ohne auch diese ökonomische Destabilisierung einzubeziehen. Hier ist das Beispiel Rumänien gebracht worden. Nun sind keine rumänischen Genossen hier. Aber sicherlich ist es unter ihren Bedingungen außerordentlich schwierig, mit diesen Dingen fertig zu werden. Ich glaube nicht, daß man ihnen einen furchtbar großen Gefallen tut, wenn man sagt, da müßte eine offizielle Opposition existieren und dann würde Rumänien in einer weit glücklicheren Lage sein. Ich glaube nicht, daß das die Lösung für Rumänien wäre...

(Zwischenruf: und die DDR?) ...

Ich komme noch darauf, doch doch. Wir sind ja angesprochen worden. Es ist natürlich für uns nicht einfach; wenn wir historisch zurückblicken, müssen wir ja sehen, daß der Sozialismus, zum überwiegenden Teil, in Ländern aufgebaut worden ist, die ökonomisch nicht sehr stark waren. Die Arbeitsproduktivität im zaristischen Rußland betrug nach eigenen Zahlen elf

Prozent derjenigen der Vereinigten Staaten 1913. Und sie liegt jetzt nach ihren Angaben bei 55 Prozent. Das ist eine große Entwicklung, aber natürlich ein Rückstand. Und daß wir auch einen Rückstand gegenüber der BRD in der Arbeitsproduktivität haben, ist bei uns ja auch gesagt worden. Und das macht die Dinge natürlich nicht einfach, unter diesen Bedingungen eine andere Gesellschaftsordnung aufzubauen. Insofern scheint mir die Lösung der ökonomischen Probleme eine zentrale Frage für uns zu sein, wenn wir politische Veränderungen wollen; sicherlich haben sich politische Veränderungen in der DDR vollzogen; ich glaube, daß das nicht bestritten wird; sie werden sich weitervollziehen. Aber mir scheint, man sollte an diese Veränderungen nicht den Maßstab anwenden, ob wir uns dem westlichen politischen System nähern, wann wir nun endlich ein richtiges Zweiparteiensystem haben werden. Aber ich glaube, daß unsere politischen Veränderungen daran gemessen werden müssen, wie sie das Volkseigentum besser nutzen. Es steht ja im gemeinsamen Dokument zwischen SPD und SED im Grunde drin, daß der Wettbewerb eigentlich darum geht, ob unter den Bedingungen des Volkseigentums oder unter der Bedingung des kapitalistischen Eigentums sich mehr für die Menschen entwickelt. Ich sage das mal etwas verkürzt, aber so steht ja eigentlich drin. Und diesen Wettbewerb wollen wir austragen, obwohl wir wissen, daß unsere Ausgangsposition historisch die schlechtere ist.

Ich halte es für ganz wichtig, was hier gesagt worden ist heute und was Herr Ehmke in seinem Artikel in der "Neuen Gesellschaft" Heft 12/87, der uns hier eben draußen gegeben wurde, geschrieben hat, daß nämlich der Wettstreit nicht auf gegenseitige Destabilisierung angelegt sein darf. Nun bin ich eben nicht ganz sicher, ob es nicht Kräfte in der Bundesrepublik gibt, die uns wirklich destabilisieren wollen. Keiner kann für den anderen sprechen und jeder spricht in gewisser Weise für sich. Ich bin Mitglied der SED, wie hier viele Mitglied sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien sind, aber es gibt unzweifelhaft Leute, die uns wirklich destabilisieren wollen und ich weiß nicht, ob es da viel hilft, wenn man sagt, das oder das war repressiv. Die DDR hat eine komplizierte Geschichte, eine Geschichte - man kann das z.B. bei Gaus nachlesen - die die Generation, der ich angehöre, geprägt hat. Wir waren eben bis 1971 diejenigen, die eigentlich gar nicht existierten. Und das spielt natürlich für uns eine Rolle. Es wird immer noch zu unseren Gunsten vom Rechtsstandpunkt abgesehen. Aber im Grunde sind wir in irgendeiner Weise in Ihren Augen kein richtiger Staat. Ich war hier in den 60er Jahren,

wo ich bei jeder Diskussion zu Beginn erklären mußte, daß ich aus der DDR sei und gegen den Ausdruck "Zone" ankämpfen mußte. Das war immer der Beginn jeder Diskussion damals hier in der Bundesrepublik in den 60er Jahren. Das ist heute nicht mehr der Fall. Aber wir sind nach wie vor in einer Position, wo man für uns spricht in der Welt.

Wir sind in manchem in einer günstigeren Lage als andere sozialistische Länder. Natürlich befinden wir uns auch nach wie vor in einer etwas spezifischen Position, die ihre Vorteile hat. Es wurde eben von Ihnen darauf aufmerksam gemacht, daß wir davon auch Vorteile ökonomischer Art haben, die uns aber auch Probleme bereiten. Wenn wir heute nachmittag über Reformen sprechen, dann müßten wir sehen, daß Reformen bei uns nur einen Sinn machen, wenn dadurch unsere Gesellschaft gestärkt wird. Es wird nicht die Reform geben, die man gerne von uns möchte. Auch der IWF will ja nicht immer Reformen. Das ist zwar nicht unser Problem, aber wir haben auch solche Probleme. Man will ja nicht unbedingt von uns Reformen, die uns stärken, Herr Veerkamp hat das ja auch freundlicherweise gesagt. Insofern müssen wir schon bestimmen, welche Reformen wir meinen, wobei natürlich nicht alle derselben Meinung sind in dieser Frage.

Wir wollen ja diesen Wettbewerb, beide Seiten - Sie und wir - haben ja den Optimismus, daß wir das jeweils besser lösen werden. Langfristig jedenfalls. Insofern glaube ich, daß zeitweilige Dinge, die passieren, nicht überbewertet werden sollten. Für uns ist es natürlich wichtig, daß niemand uns ernsthaft destabilisieren will, denn das muß natürlich zu Problemen führen.

Wir brauchen wirtschaftliche Stabilität

Zuerst möchte ich mich herzlich bedanken bei Herrn Mike Gapes für seinen sehr interessanten Beitrag, ebenso bei Herrn Veerkamp. Ich möchte jetzt ein paar sogenannte Pflichtübungen machen. Aber glauben Sie mir, ich mache diese Pflichtübungen mit wirklicher Überzeugung. Erstens: Herr Professor Ehmke hat über die Alternative in Polen 1981 zwischen Jaruzelski und Walesa gesprochen. Ich glaube, daß die Alternative viel ernster war. Es war eine Alternative zwischen Frieden und Krieg in Polen, zwischen Stabilität und Chaos und es handelte sich auch um die nationale Existenz von Polen. Das ist wirklich eine Vereinfachung unserer Probleme damals, wenn Sie nur über Jaruzelski und Walesa als Alternative sprechen. Das war meine erste Pflichtübung und die zweite betrifft die Einladung von Herrn Professor Geremek. Ich habe schon mit Herrn Professor Ehmke über diese Angelegenheit gesprochen. Nach meinem besten Wissen und Gewissen habe ich meiner Botschaft erfahren, daß Herr Geremek keine Einreisegenehmigung und keine Ausreisegenehmigung bekommen hat, aber er wollte nicht nach Bonn, sondern nach Australien fahren. Hier handelt es sich um eine ganz andere Angelegenheit: die sogenannten freien Gewerkschaften in Brüssel haben Delegationen der "Solidarität" nach Australien eingeladen für eine Veranstaltung aber sie haben keine legal bei uns wirkende Gewerkschaften eingeladen. So hat die polnische Regierung entschieden, daß entweder Geremek oder Walesa keine Ausreisegenehmigung bekommen. So bin ich informiert.

Und jetzt vielleicht zur Sache: Herr Veerkamp hat über das Problem der polnischen Kohle gesprochen - mit Recht. Aber bei unserem Devisenmangel ist Kohle für unsere Wirtschaft wirklich ein schwarzes Gold. Und dieses schwarze Gold wird Gott-sei-Dank gern vom Westen gekauft. Wenn wir unsere Außenhandelsbilanz betrachten, können wir feststellen, daß im vorigen Jahr zum Beispiel der polnische Export in Richtung Westen ungefähr sieben Milliarden Dollar erreicht hat. Aber: von diesen sieben Milliarden betrug der positive Überschuß ungefähr eine Milliarde Dollar und das reichte nicht für die Zinsen, die wir für unsere Schulden bezahlen müssen. Und das ist unser Problem. Vielleicht können Sie verstehen, daß wir Kohle verkaufen müssen. Der Kohlenexport aus Polen ist jetzt viel kleiner geworden

als noch vor sechs oder vor sieben Jahren und wir beabsichtigen nicht, das zu erweitern, wir haben auch solche Möglichkeiten nicht, da unsere Produktion mit ungefähr 200.000 Mio Tonnen pro Jahr die Obergrenze erreicht hat. Herr Professor Ehmke hat mit Recht über Handelskredite oder über allgemeine Kreditprobleme gesprochen. Auf diesem Gebiet sind die Beziehungen zu Polen nicht normalisiert. Wir bekommen keinen Handelskredit vom Westen, keinen langjährigen Kredit. Alles, was wir im Westen kaufen, müssen wir bar bezahlen. Das erschwert wirklich unsere Handelsmöglichkeiten und die weitere Entwicklung unserer Handelsbeziehungen mit dem Westen. Wir können natürlich nicht offiziell sagen, daß wir für eine Schuldentilgung sind, wie das Herr Professor Ehmke hier gesagt hat, aber das ist eine vernünftige Lösung, wenn wir wirklich eine weitere Entwicklung von ökonomischen Beziehungen in Europa wollen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Ich bin auch fest überzeugt, wenn wir auf diesem Gebiet, also dem zweiten Korb von KSZE weitergehen wollen, dann bedeutet das auch eine Stabilisierung der Beziehungen auf unserem alten Kontinent Europa.

Und jetzt möchte ich uns alle gewisse Fragen stellen: Die Frage auf welche auch ich kann mich nicht beantworten. Es herrscht jetzt eine günstige Großwetterlage in den internationalen Beziehungen zwischen Moskau und Washington, es herrscht praktisch Frühling, das Barometer zeigt auf schönes Wetter. Aber es sind schon drei Monate vergangen nach der Vertragsunterzeichnung in Washington. In Wien und in Genf, wo ich als Journalist vor einigen Wochen war, spürt man das überhaupt nicht. Die Rüstungskontrollgespräche in Wien und in Genf gehen sehr langsam weiter oder sind einfach stehengeblieben. Warum? Ich frage mich, warum der wärmere Wind aus Washington noch nicht nach Wien und nach Genf reicht. Wenn wir wirklich schon in der zweiten Phase der Entspannung sind, sollen wir auch dieses Problem lösen und die Verhandlungen in Wien, und in Genf können nicht stehenbleiben. Es nähern sich rasch das dritte, vierte Treffen in Moskau. Ob vielleicht der schwarze Peter darin liegt, daß wir alle drei Körbe der KSZE parallel verfolgen? Einige von uns haben schon erwägt, ob man diese Körbe in gewisser Reihenfolge und nicht auf einmal lösen sollte. Vielleicht wird das leichter gehen. Alle drei Körbe sind bestimmt gleich wichtig für die Entwicklung auf unserem Kontinent. Man kann sich einfach nicht erlauben, das Wiener Treffen der KSZE nur mit einer Deklaration zu beenden. Man muß wirklich in Wien zu Schlußfolgerungen kommen,

besonders, da in diesem Gremium 23 Warschauer-Pakt-Staaten und NATO-Staaten sprechen.

Abschließend möchte ich noch unterstützen, daß wir in Polen mit großer Genugtuung die Leistung von sozialdemokratischen Parteien beobachten bei der Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen. Ich war vor einigen Wochen in Genf bei der SIDAK-Konferenz, ein interessantes Forum, das die sozialistische Internationale schon vor zehn Jahren gegründet hat. Zum ersten Mal hat die Sozialistische Internationale einen Vertreter der polnischen kommunistischen Partei eingeladen. Dieses Forum hat sich dieses Mal mit dem sogenannten Jaruzelski-Plan befaßt, eine Delegation der SIDAK, an der Spitze Kalevi Sorsa, ist nach Polen eingeladen.

Hier sehe ich eine neue Plattform der Zusammenarbeit einer sozialdemokratischen Partei und einer kommunistischen Partei. Ich glaube, daß dieser Weg, den die SPD vor 10 Jahren unter der Leitung von Brandt genommen hat, und den er als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, auch die Sozialistische Internationale weitergeht, eine sehr wichtige, fast kann man sagen eine entscheidende Rolle in der Wende der Ost-West-Beziehungen spielte. Ich glaube, daß dieser Kurs der Sozialistischen Internationale und dieser Parteien den Zeiten entspricht, in denen wir leben. Danke schön.

Karlheinz Koppe

Wir brauchen starke, linke, pazifistische Positionen

Ich bin ein asoziales Subjekt, Anarchist, Sozialist und Katholik. Alles zusammengenommen, ganz einfach, weil ich Pazifist bin. Und aus diesem Blickwinkel möchte ich einiges kommentieren.

Ich fange mit Mike Gapes an. Du hast so schön dargestellt, wie ihr Euch hinwendet auf sozialdemokratische Positionen. Karsten Voigt zu meiner Rechten war richtig "happy". Für mich ist das ein Verlust. Ihr habt den pazifistischen Stachel im Fleisch der Sozialistischen Internationale nach langen Kämpfen herausoperiert. Und wir Pazifisten haben es jetzt noch schwerer. Warum eigentlich? Warum können wir eigentlich nicht mal anfangen, auch einseitig 25 Prozent an Verteidigungslasten herunterzugehen? Wir sollten die Dinge auch einmal bewußt einfach sehen. Komplexes Denken ist gut, aber meist führt komplexes Denken nicht zu Lösungen. Ja, was würde passieren, wenn wir runterrüsten? Vielleicht ganz Westeuropa (die Franzosen lassen wir mal außen vor)? Dann gibt es erst einmal Druck von den Amerikanern, denn das würde einen entscheidenden wirtschaftlichen Vorteil für Westeuropa bedeuten.

Aber eben deshalb hat ja Ton Veerkamp recht: dann könnten wir nämlich anfangen, echten Transfer zu leisten nach Süden und nach Osten. (Wir haben doch alle gewußt, daß jede Mark, die gegeben wird, ob in die DDR von Herrn Strauß, mit der Technischen Hilfe nach Polen usw., nach Süden, natürlich mit der Bedingung verbunden war, daß irgendwann 1,50 Mark zurückfließen.)

Ich weiß nicht, was Ihr gegen solche einseitige Abrüstung habt. Habt Ihr dann Angst vor Euren Wählern, daß Ihr das nicht durchhaltet, Angst vor der Rechten oder vielleicht doch noch Angst vor den Sowjets? Marschieren die dann morgen ein? Das klingt ja sogar bei Dir, Mike, so ein bißchen heraus: wir können doch nicht so schnell abrüsten, die müßten doch auch zumindest gleichzeitig, zumindest gemeinsam mit uns Rüstung reduzieren. Ich würde mit Ruhe abwarten, was die dann tun, wenn wir runtergehen, denn die müssen ja unbestritten das drei- bis vierfache an volkswirtschaftlicher Bela-

stung für ihre Rüstung als wir ertragen. Warum sollten sie einmarschieren? Sie würden das einzige zerstören, was für sie interessant ist, nämlich unsere Produktivität. Das ist unser bester Schutz und die würden wir sogar noch erhöhen, wenn unsere wirtschaftliche Leistungskraft steigt.

Natürlich weiß auch ich - hier sind genügend, die mich kennen -, daß die Dinge nicht ganz so einfach sind. Aber worauf ich hinaus will, ist: wir brauchen starke linke pazifistische Positionen, damit eine Linie der Vernunft sich möglichst weit links ansiedeln kann.

Wir brauchen ökologische Kriterien

Ich bin Mitarbeiterin der GRÜNEN. Da Du zu den Pazifisten etwas gesagt hast, möchte ich mehr sagen zu den ökologischen Kriterien, wie sich das gehört für eine Grüne. Zuerst zu Horst Ehmke: Ich war sehr erstaunt, daß Du in Deinem Referat so sehr die traditionellen Ost-West-Schemata benutzt hast, weil ich denke, daß uns die ökologischen Aufgaben neue Kriterien geben und einen Paradigmenwechsel verlangen. Für uns sind die ökologischen Aufgaben gemeinsame Aufgaben, die von keinem Land - egal ob Ost oder West - alleine gelöst werden können. Dies sind zivile Aufgaben, wo weder Panzer noch Kriegsrecht nützen, um die Umweltverschmutzung zu stoppen. Und dies sind demokratische Aufgaben, weil man mündige und selbstverantwortliche Bürger und Bürgerinnen braucht, um Ökonomie und Ökologie in einem neuen Verhältnis zu denken und zu praktizieren. Deswegen ergeben sich für uns aus den ökologischen Aufgaben neue Kriterien für ein gemeinsames europäisches Haus; gemeinsam, zivil und demokratisch. Daß alle Länder nach ihren eigenen Kriterien, Reformen einleiten müssen, ist klar. Auch für uns gibt es kein zurück hinter die erste Phase der Entspannungspolitik.

Dann wollte ich etwas zu Ton Veerkamp sagen. Auch für mich ist es so, daß die Verschuldung Osteuropas zu den Fragen gehört, die in der ersten Phase der Entspannungspolitik von der SPD falsch gemacht wurden, und die, wenn man über eine zweite Phase spricht, nicht vergessen und verdrängt werden dürfen. Damals war die Verschuldungspolitik eine Ersatzpolitik. In Osteuropa war es eine Ersatzpolitik für politische und wirtschaftliche Reform, sich zu verschulden. Und von der SPD war Kreditegeben Ersatzpolitik für Reformdiskussion. Für mich ist das die Bestätigung unserer Kritik an gouvernementaler Politik.

Aber wie könnten jetzt die Lösungswege aussehen? Wir sagen, die Reform in Osteuropa, die innere Reform, ist nach wie vor die Hauptsache, ein neuer Kredit zu besseren Bedingungen nützt nichts. Aber flankierend soll ein Schuldenerlaß erfolgen, doch das Geld sollte in einen europäischen Umweltfonds gezahlt werden. Parallel zur KSZE müßte ein Umweltparlament gebildet werden, an dem auch gesellschaftliche Gruppen

und kritische Wissenschaftler beteiligt sind, die über die Vergabe dieser Gelder und über Projekte beraten. Das klingt nach Utopie. Ökologische Kriterien sind aber für mich Elemente einer sehr materialistischen Realpolitik. Ton Veerkamp hat das zu einfach gesagt. - IWF-Auflagen waren für Rumänien besser, als das, was die rumänische Regierung gemacht hat. - Das sozialistische System hat nicht gezeigt, daß die Ärmsten geschützt werden. Ich glaube, daß gerade in Ungarn sehr viele Lasten auf die Ärmsten abgewälzt werden. - Ich finde es auch nicht richtig, Osteuropa mit der Dritten Welt zu vergleichen. Die Geschichte und die Strukturen sind anders. Es handelt sich eher um eine Krise des ganzen Industrialismusmodells, wie sie in Ost und West praktiziert wird und aus dem wir einen neuen Ausweg finden müssen.

Mike Gapes

Developing Common Security

Thank you very much. First of all can I say - I am very pleased that I am invited here today and I'd like to thank all the hosts on behalf of all of us for organising this seminar. I am coming from Britain and I want to say a few words about how some of us see détente and what is happening in Europe from the perspective of our small island off the coast. Last year just before the general election in June, the Labour Party published a policy statement entitled "Europe: New Détente". In that statement we pointed out how the threat of war across Europe creates an ever present tension affecting every aspect of political and day-to-day life. It affects normal diplomatic relations, trade, culture, travel, academic life - even the unity of families - indeed, almost the whole range of activities by governments and citizens alike. As our statement put it "We need to establish a system of collective security in which all of us, East and West, can live in peace and justice. That is why we need better East - West relations now."

To achieve that, we need to take practical steps to build a new détente which is more firmly based than the old détente of the 1970's and which therefore does not decline into simple political systems management. We need to keep up the momentum and establish a new détente which creates a vested interest in peace, a détente between people as well as governments. A détente which will become, in effect, irreversible.

This means working to revitalise the Helsinki process in all its aspects. Success on human rights questions is much more likely against a background of progress in the security and disarmament talks. Experience shows that prospects are better and progress is greater during periods of détente between governments. It is in my opinion a false dichotomy to pose so-called Détente from below as an alternative to so-called Détente from above. The two are inextricably inter-related.

The new détente will establish new types of co-operative projects, such as what we call "country to country Helsinki agreements". It will begin a process in which there will be real disarmament and genuine cooperation. It will mean greater tolerance of other countries social systems and a greater

opportunity for democratic government in Europe. It will enable Europeans to create their own collective security system as partners with the United States and the Soviet Union, and not as clients. Today in Britain we are a very long way away from having a government committed to those goals. Instead we have a Prime Minister who blows alternatively hot and cold in her attitude to the USSR. One day, during her pre-election visit to Moscow in 1987 we get talk about doing business and trust. And one year later during the NATO summit in Brussels we have the old cold war rhetoric about the threat from the rapacious and potentially aggressive bear. But this is not entirely surprising since old stereotypes die hard, and there is no general election in Britain in June this year.

It is not only in the East that there is a need for new thinking. Following our third successive general election defeat the Labour Party is now engaged in some very ambitious processes of new thinking of their own. We are currently reviewing all our policies, including our approach to defense, security and disarmament to make them relevant to the situation we will inherit in the 1990's. The basis of Labour's existing defence and security policy was established in 1984 in our National Executive committee statement "Defence and Security for Britain" and subsequently developed further at our Conferences in 1985 and 1986, and in the "Modern Britain in a Modern World" campaign which we launched before the last election.

In the age of nuclear weapons true security can not come simply from national defences or even from alliance with other countries. It is also dependent on the attitudes of the supposed adversary. Consequently countries cannot have true security alone or even in Alliance. True security can only come from developing common security between East and West and North and South. In a nuclear age no-one is secure unless we are all secure.

Although Labour has for several years seen independent steps by Britain as helping achieve international arms control and disarmament, we have always recognised that independent action will not be as effective as wider international processes. As the 1984 Report made very clear: - "We are realists. The process of disarmament will not occur overnight: it will be brought about by a process of independent steps by individual countries and by international agreements following patient negotiations. We will work to build trust and détente and make strenuous efforts to improve the

international climate and, step by step, contribute to greater security for Britain and the world."

It is important for all of us to recognise that independent steps can only make a limited contribution. Neither the USA nor the USSR will give up their nuclear weapons whilst the other possesses nuclear weapons. That is a fact of life. NATO will have a nuclear strategy for as long as the Warsaw Pact does. When Labour adopted its 1984 statement prospects for any arms control agreement between the superpowers were very slight. We were in the middle of the second cold war, but the Reykjavik meeting in October 1986 changed that.

As Neil Kinnock argued in a recent interview:

"The objective has always been to reduce and eventually rid our continent and the world of nuclear weapons because of the nature of the weapons. My support has always been for the most practical means. Now involves a much wider process of nuclear disarmament than for most of the last 30 years." (Independent 16 November 1987).

In my own view unilateral action is not and never has been a principle. Rather it is a tactic put forward as a means to assist the process of international disarmament and to secure progress towards wider international goals. The means are far less important than the ends. The first steps on a road are far less important than the direction taken. The key choice is which road should Britain (and Europe and ultimately the whole world) be travelling. Are we going with the grain of world opinion or against the grain? British independent action should be seen in this way as a means to assist the international/multilateral and bilateral disarmament process.

Now in the post-INF world Europe has a special responsibility to work positively for the continuation of the process. As one of only three nuclear weapon states in Europe, Britain has a special role. Unfortunately, the present British government is actively working against further nuclear arms reductions in Europe. On the contrary it is unilaterally escalating the size and capabilities of its "independent" nuclear arsenal - by purchasing Trident submarines; by planning a new nuclear armed cruise missile for the Tornado aircraft; and also by pressing (so far unsuccessfully) for NATO to agree to

"modernise" its short range and battlefield nuclear weapons in central Europe. This week the International Committee of the Labour party made clear its view of these matters when it stated:

"We deplore the obstructive behaviour of the British Government and their view that nuclear disarmament in Europe has gone far enough. We condemn any attempts to cheat on the INF agreement and the prospects of further nuclear disarmament in Europe. We especially condemn the call by Mrs. Thatcher for more American F-111 nuclear bombers to be based in Britain, or the introduction of air-launched or sea-launched cruise missiles into Europe under the pretext of an alleged "modernisation" of NATO's nuclear arsenals."

The planned Trident purchase is extremely important. The next election in Britain will be by 1992. The first British Trident submarine is due to enter service from 1994 onwards. Arguments in the past about the timetable for "decommissioning" the ageing Polaris will be less important in 1991 or 1992 than they were in 1987 since the ageing process means that Polaris will in effect be decommissioning itself during the lifetime of the Government elected in the early 1990's.

The real problem in 1991 will be what to do and what to say about Trident, a system not yet in service but on which the bulk of its spending has already been incurred or committed. In 1987 Labour used the argument that spending on Trident means big cuts in Britain's conventional army, navy and airforce. This is still true today. But by 1991 it will be much less credible to use the argument that there will be financial savings from cancelling Trident. In 1991 we will face the Conservative argument that we will be giving up something for nothing by cancelling the new modern Trident and decommissioning the old obsolete Polaris. This could make our non-nuclear policy even harder to sell in 1991 than it was in 1987 or 1983. Opinion polls at present indicate that up to two-thirds of the population oppose the unilateral scrapping of Britain's so called "independent nuclear deterrent".

Another major problem is that the old fashioned and confusing words "unilateral" and "multilateral" are still widely used in the public, peace movement and party debate. But fundamentally the issue remains whether the British people will at some point in the next few years be prepared to

agree to Britain making its own contribution to the nuclear disarmament process and ultimately ceasing to be a nuclear weapon state before the USA and USSR have given up all their nuclear arsenals, and whether we can win political power on that basis. These issues and others are currently under consideration within the Party.

Another area of our Policy Review is our European policy. In contrast to its isolationist and anti-European image of a few years ago Labour now has a firmly pro-European orientation to its defence and foreign policy. Its 1984 defence policy statement clearly played a major role in this new orientation. The whole thrust of the 1984 Report emphasised that defence policy cannot be separated from overall foreign policy. Indeed discussion of foreign policy and relations between states are fundamental to a true security policy.

European politics today does not start from a blank piece of paper. The Europe we live in today is not the Europe of 1945 when Naziism was defeated and Germany was divided. It is not 1949 when NATO was established or 1955 when the Warsaw Treaty Organisation was formally set up. We cannot ignore European history. The real question for realistic political discussion by the peace movement and the political parties is not endless debate about how we got to where we are and who is responsible for our current dilemmas. But how do we in practice win wide political support for a new foreign and defence policies based on détente, peace and common security?

Whatever we may think today about the origins of the cold war and the division of Europe after World War II, we must recognise that there is now a military, political and economic bloc system which divides our continent. Labour's policy has always been to work for the mutual dissolution of both military blocs, the Warsaw Pact as well as NATO.

Although the Soviet Union and its Warsaw Pact allies may have no intention of attacking Western Europe or NATO they do have a large military capability that could pose a potential military threat to Western Europe. Accordingly, it is only prudent that Britain and its Western European allies should maintain adequate non-nuclear defence forces capable of resisting and deterring such a potential military threat. Labour is not a pacifist party, and it is committed to collective security for the countries of Western Europe and the search for common security and a new détente between NATO and

the Warsaw Pact. It goes without saying that Soviet military power must be dissuaded by western military forces. But we must seek to achieve conventional military stability at the lowest possible level. The Gorbachev disarmament proposals are welcome. They must now be tested in concrete disarmament negotiations.

There are growing economic pressures for US and Soviet troop reductions in Europe. This could have a major impact on the debate about the "European pillar". There is a serious danger that the growing differences between Western Europe and the USA and exaggerated fears amongst European conservatives of US withdrawal from Europe post INF and START could lead to the development of an anti-American "Euro-Gaullism" based on "independent" nuclear weapons. What Neil Kinnock has called the "Entente terminale". This would seriously complicate international relations and make disarmament and arms control negotiations even more difficult. It would also entrench the bloc division in Europe.

There is a fundamental choice between two alternative approaches for Western Europe. These may best be described as "New Détente" and "Eurobomb". There are growing signs of stronger British-French nuclear co-operation and increasing integration of French (conventional only at this stage) forces with the defence of West Germany. There is also an inevitable long term trend towards greater international collaboration in arms production and procurement. How can we best work within NATO, WEU and the European Community for policies of New Détente and Disarmament and against those forces in France and on the European right who want to build up some sort of federal West European military block? What is our positive alternative? How do we manage the inevitable processes of change between Western Europe and the United States, within Western Europe itself, between Eastern Europe and the Soviet Union and between Eastern Europe and Western Europe? These questions need to be addressed in detail.

It is essential to ensure that any "European Pillar" in the Atlantic Alliance whether based on the Western European Union, the European Community or another forum should clearly be a pillar for détente, and disarmament and not the embryo of a new nuclear alliance or European superpower.

Labour wants to phase out the cold war bloc politics into which Europe is currently frozen. In a lengthy joint statement of the Labour Party and the SPD which was published in November 1986 the two parties expressed support for a "European Pillar" in the Atlantic Alliance, but emphasised that such a pillar should be a pillar for détente, defence and disarmament and not the embryo of a new nuclear alliance or European superpower.

Recent developments in the Western European Union (WEU) and particularly the adoption of its emphatically pro-nuclear Platform on European Security Interests show how the conservative governments seem determined to make it unacceptable to applications by any potential new members such as Spain, Denmark, Norway and Greece.

The right wing Governments now seem to be firmly against enlargement of WEU beyond its current seven members to include what could be called "nuclear sceptics". But they also see WEU as a way to bring France closer to the European members of Nato's military structure. Although there may have been some enthusiasm in parts of the European left when the so-called "revitalisation" of WEU was launched in 1984 it is now being regarded with a greater degree of scepticism. Some on the left saw the WEU as important because it provides a Parliamentary Forum for Europeans to debate defence and disarmament issues without the presence of the USA. But in my view the Western European Union is not at present the appropriate body on which to base a European Pillar.

The Labour Party is working closely with its socialist partners in the other NATO countries on these questions.

Europeans must also work together to influence the debate in the USA in positive directions. Labour recognises that Britain within NATO could have far more potential influence on the debate in the US Democratic Party and in the Congress as a whole than it does in the present period of "me too" foreign policy. There are many in America who want NATO to adopt a policy of "No First Use" of nuclear weapons. We should work with them to change NATO strategy and for both NATO and the Warsaw Pact to agree to adopt new military doctrines and change the structure of deployment of their weapon systems to a new approach based on a non-provocative "defensive deterrence" strategy on both sides. The forthcoming talks between Secretary of State

Carlucci and General Yazov on military doctrine are welcome. But we really need to go much further on an Alliance to Alliance basis.

Once a "No First Use" strategy is agreed NATO should negotiate with the Warsaw Pact to establish nuclear free zones in Europe leading ultimately to a continent wide European nuclear weapon free zone. This could build on the ideas first put forward in the Rapacki Plan of the Polish Foreign Minister in the 1950's, the more recent efforts by the governments of Norway, Sweden, Finland, and Denmark, to establish a Nordic nuclear weapon free zone and the so far less well developed ideas of a similar nature for the Balkans. Above all it could encompass the ideas put forward by the Palme Commission in 1982 and subsequently embodied in the draft treaties for a chemical weapon free zone and a battlefield nuclear weapon free corridor in both German states and Czechoslovakia, as agreed in 1985 and 1986 by the SPD and the SED.

A nuclear weapons-free Europe could make a major contribution to peace and security in the world. It could lead on to a new European wide security system, leading to the ultimate mutual dissolution of the two blocks.

Reliance on an outdated military strategy has provided Britain and NATO as a whole with an excuse for failing to take conventional strength and conventional deterrence seriously. The time has come to address this problem. A No First Use policy would be a welcome version of "Modernisation" in NATO.

The long term policy of the Labour Party is for the removal of all nuclear weapons in the world. This goal is consistent with the statements of both Ronald Reagan and Mikhail Gorbachev and the goals set out at their historic October 1986 meeting in Reykjavik, where they discussed removal of all Cruise missiles from Europe, a 50% cut in strategic warheads and a global ban on all ballistic nuclear missiles in ten years. General Secretary Gorbachev says he wants to eliminate all nuclear weapons within the remaining years of this century, which is not very long. President Reagan has said nuclear weapons are evil and must never be used. He says he wants to make them impotent and obsolete. The declaratory statements of these two world leaders contrast sharply with the stated policy of Mrs. Thatcher that she wants to continue to rely on nuclear deterrence for the indefinite future. She

told the Soviet people in March 1987 that she was not prepared to accept the de-nuclearisation of Europe.

How can we strengthen the process of building a new détente and Common Security between East and West?

Ideas of non-provocative or non-offensive defence are now being widely discussed particularly in Denmark and here in Germany. They are also appearing in the communiqués of the Warsaw Pact and NATO and could become important features of the discussion about how to restructure our conventional forces and remove asymmetries on both sides. This discussion could make it easier for the Labour Party and other West European socialist parties to argue against the conservative tendency to exaggerate the potential military threat and capabilities of the Soviet Union. This could help us to avoid the mistaken overemphasis on the numbers of tanks, ships and planes we would build and a parallel down-playing of the political arguments for our policy. A mutual confidence building could result and lead on to development of a much more convivial international and domestic political environment.

Recent developments in the USSR under Mikhail Gorbachev in both the domestic and the foreign policy areas, could help this process. They also make the case for joint security. Gorbachev does not advocate instability in Western or Eastern Europe. On the contrary his policy of Perestroika internally depends on improved relations with western countries and political relaxation externally and development of a new détente between East and West. Gorbachev is committed to reduction in Soviet military pending to free resources for internal economic reform and reduction in the role of the military in Soviet society. He also wants better use of resources and efficiency of industry and agriculture and other domestic changes including glasnost, economic reforms and democratisation. He has also changed the Soviet attitude to the United Nations and I think we should recognise that that is very important.

Gorbachev argues that: "The problem of humanity's very survival" has been pushed to the forefront. He recognises that the world has become "an integral whole in a setting of diversity and contradictions". His disarmament proposals of January 1986 called for abolition of all nuclear weapons in the world in a three stage process to be completed by 2000. If this admittedly ambitious

timetable is to be fulfilled it will require all nuclear weapon states to participate in the START II process which will hopefully follow on from any START I agreement which may be reached later this year. It will also require a halt to all nuclear tests and a speedy conclusion of a comprehensive nuclear test ban treaty.

It is interesting to note that many of Gorbachev's proposals echo calls first made by socialist parties and peace movements in Western Europe including adoption of the concept of "Common Security" first put forward by the Palme Commission.

NATO should now respond positively in the forthcoming CST negotiations in Vienna to Soviet and Warsaw Pact proposals for asymmetrical reductions in conventional forces of NATO and the Warsaw Pact. The International Committee of the Labour Party made clear earlier this week its strong support for the efforts of the SPD to press the Federal Government to secure progress on inclusion of short range nuclear missiles and battlefield nuclear weapons in the arms negotiations.

We believe that success in Vienna will require a comprehensive approach in which the following must be included:

Firstly - conventional nuclear and chemical weapons delivery systems and launchers of NATO and the Warsaw pact in Europe.

Secondly - Recognition of the need to remove imbalances and superiorities of conventional weapons on both sides.

Thirdly - Moves towards establishment of conventional stability on the lowest possible level, development of a structural inability to launch a successful attack.

Fourthly - A non offensive defence posture by both NATO and the Warsaw pact.

In my view, dual capable systems have to be considered either in the CST talks, or in parallel talks on short range or battle field nuclear weapons. It's

also time for the negotiations about an associated restructuring of forces on both sides, which could involve changes in military posture and doctrine. It's also time to explore what the Soviet Union means by its talk about moving towards reasonable sufficiency, rather than broad equivalence. Gorbachev is making considerable efforts to secure improved relations with Western Europe, as Horst Ehmke said - "There's much talk of a common European house". Negotiations on the recognition of the European community by Comecon are now well advanced following the delegation from the supreme Soviet to the European parliament in October 1987, and Gorbachev is clearly attempting to use Western Europe as an additional means to influence the United States. From the Soviet point of view those countries which are members of NATO, like Britain and the Federal Republic, are clearly more influential on the United States than those which are not in NATO. It is a tragedy that some Western European governments are not working positively to assist the process of building a new détente but instead are putting up 'cold war' stereotypes and repetitious old thinking. It's also important for political parties and peace movements in Western Europe to be realistic about what is happening in the Soviet Union under Gorbachev and also what is happening in Eastern Europe. Gorbachev is serious and as the Nobel prize winner, Andre Sakharov, and other Soviet figures have said, "he needs our support". Gorbachev has made it clear that for the Soviet Union "There can be no ambiguity about the inviolability of frontiers in Europe." Although large reductions in Soviet forces are possible, there is no immediate or imminent prospect of Soviet withdrawal from Eastern Europe and dissolution of the Warsaw Pact. As long as the Soviet Union feels the need to keep its forces in the GDR, the USA and the other NATO powers will feel the need to keep forces in the Federal Republic of Germany, and vice versa. The recent improved relations between the two German states and the second phase of Ostpolitik, are to be welcomed, at the same time we should all be aware that what is sometimes referred to as the German question must also be dealt with in the context of relations between Eastern and Western Europe as a whole, taking account of the security needs of the neighbouring countries and the two super powers.

A long term settlement must clearly be a part of an overall European settlement between the sixteen members of NATO and the seven members of the Warsaw pact and also the thirteen neutral and non-aligned countries in Europe. This is yet another reason why we must further develop policies of

common security between East and West. In my view Chernobyl also makes the case for common security. Chernobyl shows conclusively that there are no sanctuaries in a nuclear age. Radiation of fallout do not respect national boundaries or alliance systems. Chernobyl was in relative terms a small disaster when compared to even a 'so-called' demonstration shot or limited or tactical conflict.

In a nuclear conflict, or even in a conventional conflict where nuclear power stations were bombed, the whole of our small close and crowded continent would be at risk. Indeed I would go further and argue that as long as nuclear weapons exist in any significant numbers even only a few hundred strategic missiles on each side, then the whole human race and the whole ecosystem of our planet is at risk. The nuclear winter and other possible environmental consequences of nuclear war will effect all, north or south East or West. There will be no sanctuaries anywhere neutral or nuclear armed. As Reagan and Gorbachev agreed in 1985, "nuclear wars can never be won and must never be fought".

In a nuclear age real security does not come from fighting wars but from preventing wars. Security and freedom can not be defended by using nuclear weapons, any use of nuclear weapons is likely to result in suicide. Defence policy should therefore be based on dissuasion rather than retaliatory national suicide with forces which are designed as unambiguously as possible for defensive purposes only. For Europeans there is common security or insecurity, co-existence or non-existence. It is time for all Europeans, East and West, to begin the difficult process of building a new détente.

Karsten Voigt

Sicherheitspolitik als Lernprozeß zwischen Ost und West

Ich möchte etwas zum Thema Sicherheit sagen. Das, was Mike Gapes vorgetragen hat, war für einige, die in der Bundesrepublik beheimatet sind, nicht so spektakulär und ist doch Ausdruck einer Entwicklung, die ich kurz beschreiben möchte. Aufgrund eines sehr intensiven Prozesses bilateraler und multilateraler Konsultationen in den letzten Wochen und Monaten - und einige hier am Tisch waren daran beteiligt - besteht inzwischen eine weitgehende Konvergenz zwischen den sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa in Fragen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik. Dabei haben neben den bilateralen Konsultationen besonders zwei Gremien eine Rolle gespielt: das eine ist das bekannte Skandilux-Treffen, wo vor allem über Abrüstungspolitik gesprochen worden ist und das andere der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG. Wir sind jetzt soweit, daß wir eine gemeinsame Plattform formuliert haben, eine Wahlplattform für die Europawahlen zu Fragen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik und auch der Ost-West-Politik.

Ich möchte einige Komponenten dieses Konsenses darlegen, die sowohl für einige Vertreter aus der Friedensbewegung aus dem Westen als auch für einige Vertreter aus Osteuropa interessant sein könnten.

Erstens:

Es gibt überhaupt keine sozialdemokratische Partei aus den Mitgliedsstaaten der EG mehr, die nicht die Zusammenarbeit im sicherheits- und abrüstungspolitischen Bereich in Westeuropa unterstützen würden. Das war nicht immer so. Die Stärkung dieser Zusammenarbeit wird von allen begrüßt, gefordert und gefördert. Das war mal in Dänemark aus bestimmten Gründen, in Frankreich aus anderen Gründen, in Großbritannien aus dritten Gründen umstritten. Soweit es die Europäische Politische Zusammenarbeit im Rahmen der EG betrifft, ist das jetzt unstrittig. In der Einschätzung der westeuropäischen Union gibt es zum Teil Differenzen. Das ist auch verständlich, weil die Norweger und Dänen nicht dabei sind, umgekehrt die Portugiesen und Spanien Mitglied der WEU werden wollen und wir auch der

Meinung sind, daß, wenn sie wollen, sie auch Mitglied werden können dürfen. Wir hoffen auch, daß, wenn diese westeuropäischen NATO-Staaten Mitglied der WEU würden, abrüstungspolitische Positionen oder Positionen, die näher bei uns sind, d.h. auch pro-europäische Positionen, gestärkt würden. Ein Teil der Sozialdemokraten Skandinaviens hegen wohl Besorgnisse, wegen der Aktivierung der WEU, weil sie fürchten, dann an den Rand gedrückt zu werden. Aber über das Ziel der westeuropäischen Kooperation auch in Fragen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik herrscht weitgehend Konsens.

Zweitens:

Zur West-Ost-Kooperation. Die sozialistische Fraktion des Europaparlaments entwickelte in den letzten Jahren Initiativen, um nicht nur die Kooperation in Westeuropa zu verstärken, sondern um sie als Element der Ost-West-Kooperation zu nutzen. Mehrere Delegationen des Europaparlaments haben sich jetzt in verschiedenen Staaten des RWG aufgehalten, und umgekehrt mehrere Delegationen aus RGW-Staaten waren zu Gast bei der sozialistischen Fraktion im Europaparlament. Dies ist für das Europaparlament eine qualitativ neue Entwicklung. Die Vertreter, die hier sind aus Osteuropa, werden mir bestätigen können, daß im Rahmen der RWG-Staaten eine Entscheidung getroffen worden ist, wie man sich künftig zu multilateralen Institutionen parlamentarischer Art oder parlamentsähnlicher Art in Westeuropa neu verhält, d.h. es ist eine prinzipielle Entscheidung getroffen worden, Kontakt zum Europaparlament, zur parlamentarischen Versammlung des Europaparlamentes und der WEU, sowie zur nordatlantischen Versammlung aufzunehmen. Inzwischen gibt es einen Delegationsaustausch zwischen dem Europarat und einigen osteuropäischen Staaten. Vor kurzem war eine Delegation des NATO-Parlaments in Budapest. Eine Delegation nach Moskau wird vorbereitet. Eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union war jetzt in Moskau. Diese Institutionen der westeuropäischen und transatlantischen Kooperation waren in der Nachkriegszeit ursprünglich gegen den Osten gerichtet.

Wir wollen sie künftig einerseits instrumentalisieren zur Verstärkung der westeuropäischen Integration, um auch relativ unabhängig, nicht völlig unabhängig, aber relativ unabhängig von den Vereinigten Staaten zu werden

und sie gleichzeitig zu öffnen für eine gesamteuropäische Kooperation. Das ist ein Funktionswandel dieser Institutionen. Das ist ein wichtiger Punkt, den man vielleicht diskutieren sollte, weil beim Europarat militärische Gesichtspunkte kaum eine Rolle spielen, im Unterschied zur Westeuropäischen Union und zum NATO-Parlament. Beim Europaparlament spielen ökonomische Gesichtspunkte eine dominierende Rolle, im Europarat vorwiegend kulturelle und menschenrechtliche. Aber welche Themen auch jeweils dominieren mögen, jede dieser Institutionen besitzt bisher ungenutzte Möglichkeiten auch zur Zusammenarbeit mit Osteuropa.

Letzter Punkt:

Zur Bewertung der Abschreckung. Eine neue Technologie, die Nuklearwaffen, erinnern uns daran, daß die klassische These von Clausewitz nicht mehr durchführbar ist - Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Dies ist an sich ein Fortschritt. Insofern ist die Abschreckung gegenüber früheren Kriegsführungsstrategien ein Fortschritt. Mir geht es darum, die Tatsache, daß man Kriege nicht mehr führen kann, ins Bewußtsein gebracht durch Nuklearwaffen, zu verwandeln in eine andere Politik, die dann diese und andere Waffen schrittweise überflüssig macht. D.h. das Mittel, mit dem wir im Nuklearzeitalter an die Notwendigkeit zur Kriegsverhinderung erinnert werden, ist der extremste und übersteigteste Ausdruck von Militärtechnik. Es ist die Androhung der totalen Vernichtung. Dieser extremste Ausdruck alter militärischer Mittel weist uns auf die Notwendigkeit einer neuen Politik hin. Jetzt geht es darum, beim Abbau militärischer Mittel, wenn man so will dem "alten Adam", schrittweise eine neue Dimension der Politik hinzuzufügen. Friedensordnung läßt sich nicht durch Waffentechnologie, sondern nur durch politische Gestaltung erreichen.

Die Verhaltensänderung, die dazu erforderlich ist, setzt einen Lernprozeß, den man einseitig anstoßen, aber nicht einseitig vollziehen kann. Lernprozesse sind nur beidseitig vollziehbar. Die Vorstellung, bestimmte Abrüstungssignale oder auch rhetorische Signale, würden automatisch auf der anderen Seite auch so verstanden, wie man sie meint, ist falsch und widerspricht jeder pädagogischen Erfahrung. In Wirklichkeit braucht man einen Kommunikationsprozeß, damit man auch richtig versteht, was der andere sagt. Diese wechselseitigen Lernprozeß durch Verhandlungen und Gespräche zu fördern, ist der Kern der Entspannungspolitik. Wir bejahen

Verhandlungen nicht, wie manche in der Friedensbewegung fälschlich gemeint haben, weil wir zu sehr auf militärische Fragen fixiert sind, obwohl militärische Probleme auch der Verhandlungen bedürfen, um gelöst zu werden. Aber zumindest ebenso wichtig ist, daß man Lernprozesse nicht einseitig vollziehen kann. Es geht jetzt in der Abrüstungspolitik darum, daß wir uns auf ein Stabilitätsziel geeinigt haben, aber dieses Ziel inhaltlich noch nicht ausreichend definiert haben. Jetzt muß in einem Lernprozeß zwischen Ost und West - das ist auch das Ziel der Diskussionen über Militärdoktrinen, die Mike Gapes angesprochen hat - schrittweise definiert werden, was Stabilität im Einzelnen bedeutet. Die USA und die Sowjets haben viel Zeit gebraucht, um zu klären, ob bei strategischen Waffen mobile Systeme stabil oder nicht stabil seien. Man muß sich darüber einigen, was sicherheitspolitische Stabilität bedeutet. Wenn man die Stabilitätsziele und -kriterien gemeinsam definiert hat, was nicht nur am Verhandlungstisch vollziehbar ist, sondern einen politischen Dialog unter Beteiligung von Militärs in Ost und West voraussetzt), dann kann man am Verhandlungstisch diese Kriterien in präzise Parameter umsetzen. Aufgabe ist es dabei die sicherheitspolitische Stabilität in Richtung weniger Rüstung zu dynamisieren.

Von einer bestimmten Stufe ab wird Abrüstung nur funktionieren, wenn sich die Systeme wechselseitig auch nicht mehr politisch bedroht fühlen. Es gibt eine Verzahnung zwischen militärischen und gesellschaftlichen Komponenten der Bedrohung, d.h. heute schon glaubt keiner mehr zwischen Ost und West, daß der andere eine Angriffsabsicht hege. Das ist eine Veränderung gegenüber den 50er Jahren. Das ist keine primär militärische Bewertung, sondern eine primär politische Bewertung. Sie eröffnet die Chance zum erfolgreichen Abschluß von Abrüstungsvereinbarungen. Aber von einer bestimmten Stufe ab wird man in der Abrüstung nur weiter vorankommen, wenn sich auch die politischen Beziehungen verbessert haben.

Die dialektische Beziehung zwischen den gesellschaftspolitischen und den sicherheitspolitischen Komponenten im Ost-West-Dialog sind der Dreh- und Angelpunkt unseres Seminars.

Mike Gapes

There is a growing convergence of positions.

Its not recently that it began. In fact I would say that since 1980 there has been a growing convergence of positions between the socialist parties in the major West European countries. We had the group called Scandilux, which was established in the beginning of 1981, first as a group of smaller northern European parties in countries which were in NATO: the Danes, the Norwegians, the Luxemburgers, the Belgians and the Dutch party. Then the British, the Germans and the French came along. And then there was another group called Euro-Sud with the French, the Spaniards, the Italians and the Portugese. And then we came together in 1985 to have for the first time ever - the first time in the 36 years of the existence of NATO - the Socialist parties of all the European member countries meet together to discuss these questions, which is remarkable. But since then we have had two other major meetings, and two others planned, and in that process they began to develop many more common positions: We have issued consensus statements; they don't necessarily reveal all the differences of emphasis, and I'm not saying that there are no differences of position and perception between my party and the French Socialist Party - there clearly are. But there is a growing convergence. We are thinking much more in European terms and, as I tried to refer to in my contribution, that is related to our change of perception of our role in relation to the European Community. We have become a European party in the last few years.

Secondly, there are changes, I think, even in France: for example, recently, the statements that I've seen concerning Mitterrand's attitude towards the modernization discussion at the NATO summit. Now it remains to be seen how much this goes beyond that, but clearly there is a beginning of a shift of some kind within the French party. That, to me, is important. But we've got a long way to go and what I was trying to point out when I talked about the WEU was that my party has never been an enthusiast for the WEU. We have always been skeptical. But what I think is that there is more skepticism now amongst some of the people who were enthusiastic two years ago in other countries about the revitalization because of this platform they adopted in the Hague, which shows clearly a very very dominant nuclear role - nuclear-philiacs is the term that Dennis Healy coined - for lovers of nuclear weapons,

and clearly Chirac and Thatcher has got a document that is a document for nuclear philiacs. And that means that, when we talk about the European pillar, we have to think, well, that we're not necessarily talking about the WEU or any existing institution, we need to think about how can the Europeans work together for détente, for common security, for disarmament, and avoid the dangers, which I think are there, of building up some kind of West European nuclear bloc.

If you look at the defence spending commitments of all the main NATO countries in Europe, there is only one country at the moment which is actually proposing to increase military spending: that's France. All the others, even Britain, are either at standstills or real reductions. So even if there is an American reduction in their military commitment in Europe, I don't see that it is easy on the economic side for a militarization of West European society because the resources are not there at the moment. The real debate will be between those of us who want a real reduction on the conventional side as well as part of a process of common security taking Gorbachev seriously, and those on the conservative side who want to put more money into nuclear weapons, because they will argue they can't afford big standing armies, big conventional forces. And that is going to be the debate I think over the next two or three years.

Etienne Godin

La coopération des partis socialistes en Europe

J'aimerais apporter quelques réflexions quant au processus de concertation entre les différents partis socialistes. C'est la question qui a été posée. J'ai eu l'occasion de suivre depuis quelques années ce processus. Bien sûr, mon pays est un pays compliqué donc c'est un petit pays qui a deux communautés, deux partis socialistes, avec parfois des positions un peu différentes sur les problèmes de défense entre ces deux partis socialistes.

Il va de soi que je ne parlerai pas au nom du parti socialiste flamand comme je ne vais pas non plus répondre à la question qui a été posée par rapport au parti socialiste français, même si nous sommes en liaison assez étroite avec ce parti et que nous menons parfois des réflexions communes.

En fait, cette concertation a débuté après la double décision de l'O.T.A.N. de décembre 1979 sur l'implantation des missiles et plusieurs partis se sont réunis effectivement dans le groupe SCANDILUX.

SCANDILUX, c'était, surtout au départ, les petits pays de l'O.T.A.N. ... les petits pays européens de l'O.T.A.N.

Assez rapidement le SPD s'est joint au processus. On peut même dire qu'il en a pris le leadership, puisque l'influence de Egon Bahr, dans un premier temps, était prépondérante. Le Labour Party britannique s'est également joint au processus, ainsi ensuite que le parti socialiste français.

Quelques années plus tard, les partis socialistes de Sud de l'Europe ont également ressenti la nécessité d'engager un dialogue et ont formé ce qu'on appelle 'EUROSUD' et mon parti est le seul à faire parti intégrante à la fois d'EUROSUD et de SCANDILUX; ce qui bien entendu le mettait en position parfois un peu difficile, mais en même temps extrêmement intéressante, notamment pour la suite du processus.

Après cela on s'est dit, bon c'est bien, on se réunit d'un côté SCANDILUX, et de l'autre côté dans celui d'EUROSUD, mais il faudrait peut-être provoquer une réunion de tous les partis socialistes européens, des pays

membre de l'Alliance Atlantique, c'est à dire EUROSUD, SCANDILUX, plus le PASOC, qui n'est pas membre de l'Internationale socialiste, mais c'était intéressant que les grecs soient partie prenante de nos discussions, et je crois, même les Islandais ont été invités. C'était la première fois que les délégués de tous les partis se réunissaient autour d'une table pour parler de ce type de problème.

Les échanges de vues ont été très intéressants car les partis ne se connaissaient pas bien. Ils ont appris à connaître mieux leurs positions respectives en matière de désarmement et de défense. On est arrivé à deux constatations: qu'on pouvait continuer à se parler d'une part, et d'autre part, qu'en tout cas aucun de nos partis ne souhaitait sortir de l'Alliance Atlantique. Une deuxième réunion a eu lieu à Bonn l'année suivante où il a été possible de se mettre d'accord sur plusieurs points. C'était au lendemain de la première rencontre Reagan-Gorbachev. Les participants ont réussi à se mettre d'accord sur toute une série de questions relatives au désarmement proprement dit. Mais on ne pouvait pas encore aborder les questions de défense. A Oslo, lors d'une troisième réunion, les experts qui étaient présents là-bas - parce que ces trois réunions se tenaient au niveau des secrétaires internationaux et des experts de partis, ce n'était pas les leaders de parti, qui y participaient - on fait un pas plus avant et ils ont adopté une plate-forme relative à des questions concernant la sécurité et même la défense européenne. Peut-être a-t-on été un peu loin puisque plusieurs partis sont revenus ensuite un peu en arrière par rapport au niveau de leur leader et le grand rêve, c'est de réunir tous les leaders socialistes européens et qu'ils fassent une déclaration commune sur la sécurité européenne. Je crois que la réflexion n'est peut-être pas encore tout à fait mûre pour y arriver. Le but de la plupart d'entre nous c'est évidemment d'aller de l'avant et de provoquer cette réunion au niveau de leader.

J'aimerais aussi noter un fait assez important relatif à la question des euro-missiles. Je crois la plupart d'entre nos partis ont engagé des luttes dans chacun des pays, avec des nuances, contre l'implantation.

Bon, les missiles ont été implantées dans un certain nombre de pays: ici, en Italie, en Grande-Bretagne, en Belgique. Les Hollandais ont réussi, eux, à retarder le processus et pour finir, ils n'ont pas eu une implantation de missiles. Mais on s'est rendu compte qu'isolément - tout comme les

mouvements de la paix d'ailleurs - on n'avait pas réussi à empêcher cette implantation. Il y a eu les accords entre Américains et Soviétiques et la réflexion socialiste a marqué un temps d'arrêt et on a été un peu déçus. Plusieurs réunions qui devaient avoir lieu ont été postposées.

Pendant quelques mois, on se voyait sans vraiment se voir. Et puis, comme l'a noté Karsten Voigt tout à l'heure, le mouvement a été relancé. Il y a une évolution réelle dans certains partis. Karsten Voigt a expliqué la position de son parti tout à l'heure, j'aimerais lui poser trois questions complémentaires hors séance car je n'ai pas compris certaines choses.

Les français, c'est vrai, et on le note au niveau des réunions internationales, semble avoir également changé, mais est-ce dû à la perspective des élections présidentielles? Est-ce que Mitterrand, simplement, veut présenter une image réaliste certes, mais plus ou moins de colombe, face au faucon Chirac et au faucons de la droite? Bon, ce n'est pas possible pour moi de vous répondre. Tout ce qu'on peut dire c'est qu'il y a une évolution de leur comportement dans les réunions d'étude que nous avons ensemble. Karsten Voigt, nous a présenté à Paris la semaine dernière un progrès de programme commun en fonction des prochaines élections européennes.

Il l'a d'ailleurs fait avec beaucoup de diplomatie et il n'y a pas eu d'objections vraiment fondamentales dans les différents partis. Il est donc très probable qu'on va en arriver à présenter un programme commun à ce niveau-là.

Die Abschreckungspolitik überwinden

Ich möchte auf einen Punkt zurückkommen, den Karsten angesprochen hat, weil mir scheint, daß das der zentrale ist, je nachdem wie man ihn beurteilt und welche Konsequenzen aus ihm politisch gezogen werden. Es geht dabei nicht um die Kritik an der gegenwärtigen militärischen Situation, sondern auch um eine tatsächliche, qualitative Veränderung: die Ablösung des Abschreckungsbegriffes. Die Friedensbewegung war es, die dies öffentlich in Gang gesetzt hat. Die politische Seite hat nicht gesehen, daß es irgendwann einmal zu diesem Punkt kommt, daß die Aporie des Besitzes und der Verfügungsgewalt über atomare Waffensysteme öffentlich aufbricht und sie - in einer demokratischen Gesellschaft jedenfalls - nicht mehr durchgehalten werden kann. Diese Debatte hat es zwar schon von Anfang an gegeben. Nun ist sie öffentlich aufgebrochen, und die Friedensbewegung war es, die diesen Widerspruch massenhaft und massenwirksam deutlich gemacht hat, so daß auch die politische Ebene daraus Konsequenzen ziehen mußte. Wenn man auf der politischen Ebene versucht, den Abschreckungsbegriff abzulösen durch einen Begriff der gemeinsamen Sicherheit, der Sicherheitsspartnerschaft, muß auch die Politik wissen und sich darauf beziehen, daß die Friedensbewegung diesen Prozeß begleitet, denn der kann in demokratischen Gesellschaften auch demokratisch durchgesetzt werden. Was hat das für Folgen?

Erstens, die Folgen für uns selbst in Westeuropa sind widersprüchlich. Es ist durchaus möglich, daß das, was an Abrüstung in Gang gesetzt worden ist, durch Zusammenspiel zwischen außerparlamentarischer Friedensbewegung und der parlamentarischen, politischen Ebene, möglicherweise jetzt in einer neuen Phase durchbrochen werden kann. Die politische Ebene in den Ländern, die über Atomwaffen verfügen, auch in Westeuropa, denken nicht daran oder jedenfalls gegenwärtig nicht daran. Dieser Prozeß wird dadurch gestoppt, daß er "modernisiert" wird, daß eine angebliche Lücke aufgefüllt wird durch neue Kurzstreckensysteme - zumindest ist das in der Debatte. Und es ist nicht erkennbar, und insofern hat Mient Jan Faber recht, daß die alten Instrumente, soweit sie genutzt werden, zu einem weiteren Vorantreiben des Abrüstungsprozesses dienlich sind. Und dennoch glaube ich nicht, daß es richtig wäre, einfach zu sagen, wir bräuchten jetzt neue

Instrumente. Denn es kommt doch darauf an, ob nicht auch die alten Instrumente, wenn neue politische Konzeptionen hinter ihnen stehen - und das neue Denken sich auch bei uns durchsetzt - sehr wohl genutzt werden können, um diesen Prozeß voranzutreiben. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien spielen dabei eine zentrale Rolle. Und das ist der Punkt, auf den es jetzt ankommt. Wir müssen versuchen, auch die alten Instrumente - wie z.B. auch die WEU - zu nutzen, um sie mit einem anderen inhaltlichen Leben zu füllen. Und ich sehe keinen Widerspruch zwischen den alten Instrumenten und einer neuen Politik. Ich wünsche mir, daß diese alten Instrumente anders eingesetzt werden und inhaltlich mit einer anderen Konzeption versehen werden und Schritte dahin gibt es sehr wohl, obwohl, ich sage das nochmal, die Kritik berechtigt ist, daß die Gefahr besteht, daß das in eine andere Richtung abrutscht.

Eine zweite Bemerkung will ich machen: Was hat das mit Osteuropa zu tun? Man muß versuchen, in diese West-Ost-Kooperation auch Osteuropa stärker miteinzubeziehen in dem gleichen Verständnis, wie das bei uns sich vom Westen her entwickelt hat in der Verknüpfung zwischen der parlamentarischen Ebene, als der gouvernementalen Ebene, und der Ebene der Civil Society. Nun können wir natürlich nicht Osteuropa, und da hat Horst Ehmke recht, unsere Auffassung aufstülpen. Das kann gar nicht unsere Aufgabe sein, weil wir ja immer mit bedenken müssen, daß es bei diesem Prozeß auf längere Sicht zu Widersprüchen kommen wird. Das sehen wir jetzt gerade in der DDR und anderswo in Osteuropa. Das wird immer so bleiben, solange diese Widersprüche nicht aufgelöst werden durch eine andere von allen gemeinsam durchgeführte und durchgesetzte Konzeption für das gesamte Europa. Wir müssen uns nur darauf einrichten, diese Widersprüche von uns aus nicht nur zu erkennen, sondern sie mit friedlichen Mitteln gemeinsam zu bewältigen. Die Frage ist, wie können wir in der transitorischen Phase, die sich jetzt anbahnt, wo die beiden Supermächte nicht mehr den großen Einfluß haben auf das, was in Europa selber geschieht, wie können in dieser Zwischenphase auch institutionelle Entwicklungen in Osteuropa von uns ergänzt und unterstützt werden? Beispielsweise dadurch, daß europäische Institutionen gegründet werden - mit so ganz einfachen Sachen fängt es an: wie dieses vom Europarat gegründete Osteuropäische Institut. Wie kann man erreichen, daß auch Forscher und Institutionen aus Osteuropa mit daran beteiligt und an diesem Institut von vornherein einbezogen werden als gleichberechtigte Partner, um

zu versuchen, ein gemeinsames Europa zu bauen. Das ist ein Moment in diesem Ablösungsprozeß von der Abschreckung hin zu einem anderen neuen System, um die Brüche, die da notwendigerweise folgen könnten, zu vermeiden. Ich wünsche mir, daß die Friedensbewegung das erkennt, daß es diese Brüche gibt. Sie ist sich dessen bewußt und hilft, diese Brüche nicht zu verstärken, nicht zu vergrößern, nicht zu verschärfen, sondern durch ihr eigenes Verhalten und durch die Methoden ihres Verhaltens, sich an diesem Prozeß konstruktiv zu beteiligen.

Kritik an der Abschreckungspolitik ernst nehmen

Die Behauptung, die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien seien sich einander in ihren Positionen so nahegekommen, ist vielleicht nicht ganz ernst gemeint. Man sollte doch offen sagen, daß es bei uns eine Reihe von Unterschieden gibt. Die klangen auch hier durch in den Beiträgen von Mike Gapes, Karsten Voigt und Horst Ehmke. Es gibt so etwas wie Grundtendenzen, die ich beschreiben würde, mit linkem Atlantizismus und linkem Gaullismus. Man sollte nicht glauben, daß dies bereits zum Konsens geführt hat. Die Friedensbewegung hat sicherlich einige Augen und Ohren geöffnet durch die prinzipielle Infragestellung von dem, was man bislang mit Abschreckung bezeichnet hat: Kern ihrer Kritik ist nicht die Vorstellung von politischer Abschreckung als, sagen wir, letzte Sicherheitsreserve, sondern die Weiterentwicklung der Abschreckung zu immer mehr Kriegsführungsfähigkeit, zu immer mehr Differenziertheit beim Einsatz von Nuklearwaffen, um Abschreckung als solche glaubwürdig zu machen. Es bleibt unglaubwürdig, Atomwaffen einsetzen zu wollen, wenn sie zur Selbstvernichtung führen. Deshalb versuchen die Strategen seit Jahren, und die Technologie hilft ihnen dabei, die Nuklearwaffen immer weiter zu perfektionieren, damit sie im Endeffekt doch glaubhaft einsetzbar werden. Dies ist das eigentliche Dilemma, das innerhalb der sozialdemokratischen Partei durchaus erkannt und bedacht wird.

Wenn man die Kommentare von Herrn Mitterrand zur Flexible Response nimmt und Äußerungen, die Mitterrand in Richtung auf ein Umdenken auch in Frankreich macht, wie dies Horst Ehmke beschrieben hat, dann zeigt sich allerdings ein wachsender Konsens. Karsten Voigt sagte, die Unfähigkeit zur Kriegsführung müßte man durch eine neue Politik beantworten. Das Problem aber ist, daß die Konservativen immer noch dazu tendieren, diese Unfähigkeit zur Kriegsführung durch neue technologische Mittel im Bereich der Waffen und der strategischen Konzeptionen erneut zu unterlaufen. Das Papier der Iklé-Kommission, bringt das zum Ausdruck. Danach seien im Endeffekt Kriege nicht vermeidbar, man müsse nur sehen, das man sie noch führen kann.

Über den Umweg eines wachsenden Konsenses in der Infragestellung der bisherigen Herangehensweise in der Sicherheitspolitik in Richtung auf gemeinsame Sicherheit, liegt eigentlich der Umdenkungsprozeß, der innerhalb der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas begonnen hat. In diesem Prozeß wird auch in Osteuropa das traditionelle sicherheitspolitische Denken überwunden. Gemeinsame Sicherheit wird nicht mehr nur als Phrase verwendet, sondern mit konkreten Vorstellungen und Angeboten verbunden. In dem Maße reduziert sich natürlich auch die Legitimation für den traditionellen Ansatz nuklearer Abschreckung. Im Endeffekt führt das meiner Meinung nach auch dazu, daß sich die Unterschiede in diesen - ich sage jetzt mal pro-gaullistischen oder pro-atlantizistischen - Ansatz durchaus nivellicieren. In dem Maße nämlich, indem in den USA, Mike Gapes sprach das an, bei den Demokraten, aber nicht nur bei denen, eine weitaus größere Offenheit für ein strategisches Umdenken wächst. Im übrigen sind ja die USA, wie dies Horst Ehmke auch erwähnte, aufgrund der Verhandlungen über strategische Waffen gezwungen, überhaupt über globale strategische Stabilität nachzudenken. Und das ist ein Element von gemeinsamer Sicherheit. Ein sicherheitspolitisches Umdenken in den in den USA und der intensive Ost-West-Dialog über Sicherheitsfragen, wird dazu führen müssen, daß sich auch in Frankreich etwas ändern. Denn eine derart konservative Position, die darauf beharrt, daß, egal, was sonst auf der Welt passiert, die nukleare Abschreckung das A und O der Sicherheit sei, wird sich nicht aufrecht erhalten lassen, wenn die Legitimation für eine solche Politik in ganz Europa schwindet.

Maria Hajek

Mit der Friedensbewegung sind die Menschenrechte verbunden

Liebe Freunde. Ich möchte Ihnen sagen, ich bin stolz darauf, daß ich zu Ihnen sprechen kann. Ich wollte mich sehr bedanken im Namen meines Mannes und in meinem Namen für die Einladung, die uns zukam. Und wir waren sehr froh, daß wenigstens ich teilnehmen konnte, obwohl ich meinen Mann nicht vertreten kann. Mit diesem Dank verbindet sich eine große Bürde. Die Alternative zur Aufrüstung kann nur ein aktiver Friede sein, eine Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. Er wird neue Strukturen verlangen, eine neue Entwicklung, nicht nur in der Ökonomie, die hier schon angesprochen wurde, aber auch in der Politik, damit auf beiden Seiten nicht die Entwicklung gehemmt wird, sondern - hier ist die Dialektik -, beeinflußt, damit auf beiden Seiten die Entwicklung vorangeht.

Natürlich sind mit der Friedensbewegung die Menschenrechte verbunden. Bei uns können nicht alle Menschen so arbeiten, wie sie möchten und wie sie könnten. Es gibt in Mitteleuropa ein sehr intelligentes Volk mit großer Bildung und trotzdem müssen Doktoren und Professoren Fenster waschen und polieren, damit sie ihren Lebensunterhalt verdienen. Ihr müßt diese Menschen miteinschließen in diesen Entwicklungsprozeß. Sie haben große Vorkämpfer. Herr Brandt war der erste beharrendste Kämpfer für diese Ost-West-Beziehungen. Wir lieben Herrn Brandt, und wir haben eine Hochachtung vor ihm. Nochmals viele Grüße von meinem Mann. Er wäre so gerne gekommen, er hat mir traurig nachgeschaut. Und das nächste mal wird er kommen. Aber das hängt von uns allen ab. Danke schön.

Gemeinsame Freiheit

Mient Jan Faber

It's time for 'Wandel'

First of all I think one of the differences between many political parties and, in particular, Socialist and socialdemocratic parties in the West, on the one hand, and several peace organisations on the other hand, is that political parties know fairly well how to deal with the East-West conflict but that for peace movements their first priority is how to solve the conflict. And that's a different approach.

First, one other remark just to clarify my position a little bit: We are constantly talking about the first and the second phase of détente. In my view the first phase of détente is characterized by political recognition: that's typical of the first phase of détente, which of course was needed and, in my view, the West German Socialdemocrats have done an enormous job here and a fairly good one. So "Anerkennung", recognition of East European regimes, of political systems over there, of borders, and trying to deal at least in a peaceful way with typical German problems - the German question, Berlin - in my view tremendous progress has been made in the beginning of the 1970s. But I think that in essence this was the process of "Anerkennung", of recognition, and not what the Germans like to call of: "Wandel", change. And there lies the tension between peace organisations and political parties. Political parties up to now constantly talk about "Anerkennung", we want to talk about change, too. I would like to illustrate this with a new concept which is very often on everybody's lips in the socialdemocratic or Socialist community in Western Europe; that is the notion of common security, again a notion that refers to "Anerkennung", to a kind of settlement, bringing everything in order. There is much talk about stability in the sense of preserving the status quo than talk about change. The whole concept of common security belongs to the first phase of détente. Belonging to the first phase, maybe you can even say that it is the last phase of the Cold War, trying to organize the military situation in Europe in such a way that there is no longer a threat of war in itself, i.e. by military means: to make everything much more quiet.

But everything has to be kept in place, in the East and in the West. You talk about non-provocative defence. It means stableness; military stableness. It's

not "change". And so I think that here again we have to redefine and rediscuss what we really want when we talk about the second phase of détente policy.

When I think about a second phase, one of the first things we have to do is - after political recognition, after the settlement of political problems in Europe - to work on a military situation in Europe which is an expression of a new political situation. Because the present military situation of Europe is the expression of an old political situation: the situation of the Cold War. If you talk about the present political situation which in itself, politically seen, is in my view very stable, then what you have to do with your military set-up, your military structures, is more or less: to dismantle them. I mean by this disengagement, military disengagement.

That is one of the things we have to do after we have solved our political problems, which we did to a large extent in the 1970s. And military disengagement means for instance that you have to talk about the withdrawal of troops from Central Europe. And that is a completely different thing than focussing on defensive defence. Withdrawal especially of foreign troops in Central Europe, for in Central Europe you have this enormous concentration of troops, reminding us of the Cold War and so many other political problems. Now, since these problems are, to a certain extent, solved - not all of them of course, but we are on the right way - you have to do something with your military forces there in Central Europe. And so far, as I can see it, there is no big political party in Western Europe - neither the Christian Democrats nor the Liberal parties, nor the socialdemocratic parties - really interested in military disengagement. There remains in my view a contradiction when you talk about détente, and do not talk about military disengagement. I'm not talking about disarmament or total disarmament or unilateral disarmament or whatsoever. The structures of the Cold War have to be dismantled and common security is a concept which is not covering that. Maybe it gives us a kind of perspective but that is always one I'm rather skeptical about: politicians are always talking about what they have to do now and of course then after a while, there emerges something fairly beautiful: they have used the old instruments in order to create the new world. I'm much more interested in how to create that new situation with the new instruments.

The second phase of détente has to do with change. Whereas the first phase had to do with political stability: "Anerkennung", the second phase has to do with change. But what change? And what is the perspective. Well, in my view, I think that Gorbachev - but also von Weizsäcker - did formulate it in the right way. Gorbachev's expression of Europe as our "common home", and also Horst Ehmke quoted this morning von Weizsäcker talking about the the divisive character of borders and how to overcome that. Both Gorbachev and von Weizsäcker have spoken about a cultural identity of Europe. I think that precisely there is the perspective: how to realize, how to come closer to this reunification of Europe as a cultural identity, not as a political identity. There will remain political differences and every society has the right to develop its own structures. But there is something underlying and it has to do with European culture, with European history, and most fundamentally it has to do with values, with common values in East and West; values, for instance, about the integrity of the human being. I have not learnt very much in the West about human rights but I've learnt to understand more about it by talking with people in the East. They have taught me a lot about European history and about discussions we in Europe had already centuries ago: how we look at the human being, how we see the relation between state and society: that a state is not something which has the right to control everything of each human being, of all aspects of life. But that especially the recognition of the integrity of a human being demands respect and freedom for the individual. That is precisely what I've learnt in Eastern Europe. One of the things which we have to do in the second phase of détente is to talk about the role of the state. Is the state an instrument which - as you see for instance in the United Kingdom - has to liberalise everything, creating a second class in your society with mass unemployment, without rights, without future? Is that the role of the state? No, of course, it's not. But on the other hand the role of the state is also not that of an overall controlling instrument everybody more or less integrating in the state. Where there is no place for independent self-responsible organisations. That also cannot be the role of the state and that's part of our, in my view, European discoveries, our cultural identity. We've learnt that and discussed that over centuries in Europe. And precisely here is the perspective of détente policy. What we have to learn is to formulate a policy in that direction. How to bring the values which we have created in Europe how to bring them together again? How to reform them? This is fundamental and of course there are still many obstacles.

What is the price of the present military situation? As long as there is no strong political commitment against nuclear weapons, I guess that we will stay in the present situation of a divided Europe. There is no other function for nuclear weapons than to show that it is impossible to live together in Europe. By consequence we will regularly be confronted with massive frustrations, expressed by peace movements especially in Western Europe. On the other hand we have to talk about the psychological impact of the tank too, the function of the tank in Eastern Europe. It's an instrument of occupation there and you have to talk about that because as long as the troops stay where they are and the tanks stay where they are, there is a division in Europe. Soviet tanks are an expression of the division of Europe. And you have to get rid of them too. So I'm bringing those things together.

Let's talk about withdrawal. The withdrawal of troops and the withdrawal of military equipments and weapons from Central Europe. Ant not about the re-militarisation of Western Europe, which I see as a big danger for détente the reunification of Europe as a cultural identity. We must not go in the direction of a re-militarisation, of a West-European military pillar. Helmut Kohl was talking in the Bundestag about the possibility of a European army and a Franco-West-German brigade as the first step into that direction. It is dangerous to go in that direction.

Of course, there are more problems. We talked this morning already about economic and financial obstacles which to some extent hinder the détente process in Europe. The financial burden that we have put on their shoulders is not only hindering, but to a certain extent also stimulating changes, like we've seen it in Poland with Solidarnosc. It was stimulating changes and I doubt honestly, Horst, if you can really approach the whole problem in Poland of the 80s by making the choice on the one hand between Jaruzelski and Walesa and on the other hand between Jaruzelski and a Soviet invasion. That is not the whole story, to my view, there are many more aspects. It has also to do with a long European background and with values in Europe such as the right of people for self-determination. This was all brought together and it is too simple just to put it in the framework of a security problem. I think the power systems themselves and also the way in which political parties deal with this power is very often an obstacle on the road to a fundamental change in Europe. Some people in the East said, in the seventies,, first we have to solve some economic problems, then maybe it's possible to talk about

some political reform measures in our country. Karsten Voigt said, first we have to deal with the security policy in Europe. I think this is also a possibility to escape from the real problems. I think what we have to do is to look at all the problems and to take them all serious, and not just say well, first we have to get rid of this, or first we have to solve that. Because then we stop there and we finish there sooner and most probable later; we will not come much further than the first point. You cannot expect that you can solve the economic problem first or the financial problem first and then the reform problem second and the security problem third and finally overcome the division. If you want to end the division of Europe you have to find a comprehensive approach and a way to deal with them all at once. It is also rather strange, in my view, how governments and political parties deal with some fundamental problems of European identity, for instance when you look at the way they deal with human right problems (in the East). I'm not convinced neither by right-wing governments nor by social-democratic parties if I see them dealing with human right problems in the East. I've always the feeling that it is more or less half-hearted. Some of them make propaganda out of it, receiving dissidents in their embassies and a lot of cameras around - a beautiful show, and that's it. And others say well, we have to do it in a more diplomatic way, very silent because then we can help some people and that's the better way because at least we can show some results. But the fundamental issue remain undiscussed, is not discussed openly in your own society, in your own political party and with your partners in the East and that issue for discussion has something to do with European identity. How do we deal with common values and what to do if values are broken? There is no way to compromise on values. If you advice people in Eastern Europe, Karsten, to show some kind of self-discipline then I wonder if you are aware of the fact how much self-discipline they have shown and are showing in their situation. We're the last to give them this kind of advice, in my view. I hope that we can discuss, for instance this afternoon, the role of independant groups, in particular since Bärbel Bohley is here in our midst, and she's not the only one from the GDR. So it's good to hear different voices from the GDR on that question: how to deal with it? How do they see it? Why do some of them (esp. politicians) approach these groups only in political terms, or in security terms, The whole way of life in the GDR is involved here? We are always trying to separate things from another - constantly. If you talk about real détente, you may not separate one area from another. And so it has to be discussed. We also have to discuss about the so-

called German question. There is a lot of discussion in both Germanys around that theme. I watched your television in January and February when the struggle for democracy and the reactions of the authorities were so visible in the GDR. I was really amazed about the intensity of the debate in West Germany, because in our countries you see only very small pieces in the media on what has happened and here in Germany an evening long television, debates, interviews and so on and so forth on the issue, and you suddenly feel Central Europe still exists or the German question is still there. The main discussion you see in our society refers to the past. We have to take care of the Germans because there are still those old wounds. There is more fear in such situations for the Germans than for the Soviets. Do they really want reunification? I simply want to raise the question how long do we have to wait for a normal situation between the Bundesrepublik and the DDR. And a normal situation is a situation such as exists between all other countries in Europe, in all aspects normal. The GDR has a very particular position with respect to the European Community and a lot of privileges if you compare this with the other East-European countries and you want West Germans to keep that, and I can understand that, but the point is that also the Poles and the Hungarians and the Czechs and so on want privileges, why only the GDR. I mean that is what you have to make clear to us, why only the GDR. Has it something to do with your view on Germany. I do like to know this kind of things. It is a permanent question, linked to an atmosphere of insecurity and uncertainty which is always there!

To end up, I hope we will enter in the second phase of détente with a strong policy of military disengagement. I'd like to see an open border policy: people must get the possibility to meet each other and to talk with each other. I wish we try to construct a kind of a cultural policy between the countries of East and West with new cultural agreements, much more money to be put in it so that we can do a lot to bring people together and to allow them to express what they think, to talk about history, culture, values, future and to develop programs. If we talk about a second phase of détente, we have to go in that direction and do what Willy Brandt and others of the SPD at the end of the 60's and the beginning of the 70s already stated: finally it's time for Wandel.

Gesellschaftliche Reformen: gemeinsame Freiheit?

I.

Da ich in meinem Beitrag häufiger das Papier SPD-SED erwähnen werde, möchte ich gleichzeitig eine Publikation hier vorstellen, in der dieses Papier noch einmal abgedruckt wird, aber gleichzeitig mit Stellungnahmen nicht nur von Erhard Eppler und dem SPD-Präsidium, sondern auch mit Stellungnahmen vom "Neuen Deutschland", von Otto Reinhold, von Thomas Meier, Richard Löwenthal, Gräfin Dönhoff z.B., Garstecki u.a.

Im Papier von SPD und SED über den "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" bekennen sich beide Parteien zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zum Ziel der Entwicklung lebendiger Demokratie. Beide streben die Verwirklichung und die Weiterentwicklung der Menschenrechte in ihrer wechselseitigen Bedingtheit von sozialen, politischen und persönlichen (individuellen) Menschenrechten an: "Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich auf das kommunistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen."

Diese Gemeinsamkeiten führen nicht zur Konvergenz in den gesellschaftspolitischen Konzeptionen. Der Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Konzeptionen darf aber auch nicht zur Ursache von kriegerischen Auseinandersetzungen werden. Insofern geht es für einen noch unabschbar langen Zeitraum in Europa um die Gleichzeitigkeit von friedlichem Miteinander und dem Wettbewerb zwischen unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Konzeptionen. Streit, Wettbewerb und Kooperation müssen zu gleichermaßen akzeptierten Formen des Umgangs werden. Europa braucht eine neue Form des Pluralismus und der Toleranz. Diese Toleranz setzt nicht auf gesellschaftspolitische Gleichgültigkeit oder Apathie, sondern auf eine undogmatische Treue zu den

eigenen gesellschaftspolitischen Überzeugungen, und die sich aber mit der Bereitschaft zur Kritik auch der eigenen gesellschaftspolitischen Ordnung verbindet. Stalinismus und die Konzeption des roll backs eines John Foster Dulles waren Konzepte des Antagonismus, nicht des Pluralismus. Gesellschaftspolitische Toleranz war diesen Konzepten fremd. Toleranz ist Ausdruck von Selbstbewußtsein und Stärke. Stalin und in anderer Weise Dulles dagegen empfanden sie als Ausdruck von Schwäche.

Der Wettbewerb um den Einfluß ihrer Ideen wird gerade auch zwischen Marxisten-Leninisten und demokratischen Sozialisten andauern. Dieser Wettbewerb setzt die Verhinderung des Krieges und den Willen zur gemeinsamen Sicherheit voraus. Er setzt auch voraus, daß beide Seiten darauf verzichten, Feindbilder aufrecht zu erhalten.

Der friedliche Wettstreit zwischen unterschiedlichen Ideen ist kein Gegensatz zur Entspannungspolitik. Im Gegenteil! Dieser systemöffnende Wettbewerb kann schöpferische Reformkräfte innerhalb beider Gesellschaften freisetzen. Er ist Ausdruck einer neuen dialektischen Einheit von Wettbewerb und Zusammenarbeit. Wir wollen einen Wettbewerb zwischen den Systemen, der die bisher beengte innere Dynamik der beiden Systeme im Sinne ihrer deklarierten humanistischen Zielsetzungen befreit. Wir wollen nicht eine Konvergenz zwischen zwei auf den gesellschaftlichen Status quo fixierten Systemen, sondern eine qualitative Verbesserung beider Systeme durch Reformen. Für Sozialdemokraten wie für Marxisten-Leninisten gilt: das Bekenntnis zum Prinzip der Interdependenz ist nicht gleichbedeutend mit einer gesellschaftspolitischen Konvergenz zwischen den Systemen. Europa muß auf seinem Weg zu einer Europäischen Friedensordnung den Pluralismus unterschiedlicher Systeme akzeptieren und nutzen lernen. Er kann zu einem friedens- und gesellschaftspolitisch schöpferischen Element seiner Verfassung werden. Mit der KSZE-Schlußakte hat Europa bereits die wichtigsten Elemente seiner künftigen Verfassung formuliert. Mit der zweiten Phase der Entspannungspolitik wollen wir den nächsten Schritt hin zu ihrer Verwirklichung gehen.

Europa muß diese neue dynamische Form des Pluralismus neu lernen, nachdem es sich jahrzehntelang an den status quo des Antagonismus gewöhnt hatte. Den Abbau von Feindschaft zwischen den Blöcken muß die Entblockung des Denkens folgen. Das ist die Logik der KSZE-Schlußakte.

Dies ist der Prozeß, der schrittweise zu einer Europäischen Friedensordnung führen soll.

II.

Nicht jede Politik, die den Frieden anstrebt, ist deswegen schon friedlich. Weder heiligt der Zweck die Mittel, noch erzeugt der friedliche Zweck automatisch friedliche Mittel. Frieden setzt voraus, daß beide Systeme zu einer Politik der Kriegsverhinderung und Friedensgestaltung bereit und hierzu systemimmanent im Prinzip auch fähig sind.

Der Krieg war der Arbeiterbewegung seit ihren Ursprüngen verhaßt. Sie erstrebte eine Welt, in der die Entfaltung des einzelnen, die demokratische Organisation von Staat und Wirtschaft, die Selbstbestimmung der Völker gleichzeitig die Voraussetzung für eine friedliche Weltordnung sein sollte. Der Krieg war für die Arbeiterbewegung eine Erscheinungsform der bestehenden Gesellschaftsordnung. Mit dem Sozialismus sollte der Mensch nicht nur von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung befreit und damit von seiner Vorgeschichte zur Geschichte geführt, sondern auch von der Pest des Völkerhasses und des Krieges erlöst werden. Internationale Solidarität sollte die Zärtlichkeit der Völker sein, die die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zu einem System des weltweiten Friedens verknüpfte. Indem die Internationale das Menschenrecht erkämpfte, versuchte sie die Voraussetzungen eines dauerhaften Friedens zu schaffen. Gemeinsamer Frieden und gemeinsame Freiheit waren unauflöslich miteinander verknüpft.

Die säkularisierte Gewißheit eschatologischer Hoffnungen gaben der Arbeiterbewegung Kraft. Die Hoffnung auf Sozialismus verführte aber auch während des Kaiserreiches und der Weimarer Republik dazu, zu wenig nach Möglichkeiten für eine Friedenspolitik im Kapitalismus Ausschau zu halten.

III.

Die sozialistische Hoffnung, daß Freiheit und Selbstbestimmung garantiert seien und Kriege undenkbar würden, dort wo und insoweit als die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihr Staatsapparat überwunden werden,

hat sich nicht bewahrheitet. Ich widerspreche denen im Westen, die behaupten, die marxistisch-leninistische Ideologie müsse zu einer expansiven oder aggressiven staatlichen Politik führen. Die heute existierenden sozialistischen Staaten sind friedensfähig. Aber ihre politischen Ziele schließen das Mittel bewaffneter Gewalt und kriegerischer Handlungen nicht aus. Sie besitzen - wie auch kapitalistische Staaten - kein per se friedliches Wesen. Der Kampf um Macht- und Einflußzonen, wirtschaftliche Interessengegensätze, die Furcht vor territorialen Ansprüchen und vor der Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt hat bisher auch das Verhalten von Staaten untereinander geprägt, die wechselseitig den Anspruch erheben, sozialistisch zu sein. Eine prinzipielle Änderung dieser Tatsache ist nicht absehbar. Wie z.B. die militärischen Konflikte zwischen der Volksrepublik China und der Volksrepublik Vietnam zeigen, ist der Friede im Gegensatz zum ideologischen Anspruch auch nicht zum internationalen Prinzip der Beziehungen zwischen Völkern und Staaten mit marxistisch-leninistischen Führungen geworden.

Die Anhänger des Christentums, des Liberalismus, des demokratischen Sozialismus und des Marxismus-Leninismus hofften, daß die Zustimmung zu ihren Zielen auch zu einer dauerhaften Friedensordnung in der Welt führen würde. Diese Hoffnungen haben sich bisher nicht erfüllt. Die Verbreitung bestimmter Auffassungen und Gesellschaftsordnungen kann den Frieden fördern oder behindern. Aber keine politische Theorie oder Gesellschaftsordnung ist per se in der Lage, die Verhinderung aller kriegerischen Konflikte zu garantieren. So bliebe die Sicherung des Friedens selbst dann eine gegenüber dem Drängen auf Gerechtigkeit und Freiheit eigenständige Aufgabe zwischenstaatlicher Politik, wenn sich der demokratische Sozialismus im Weltmaßstab durchsetzen würde. Das Bekenntnis zu gleichen Überzeugungen kann Konfliktregelungen erleichtern. Aber ähnlich wie zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen ist zwischen Staaten gleicher Gesellschaftsordnungen eine Politik des friedlichen Interessenausgleiches erforderlich, um jegliche Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen zu bannen.

Angesichts der europäischen Geschichte bleibt bemerkenswert, daß die in der Europäischen Gemeinschaft miteinander verbundenen pluralistischen Demokraten bisher nie militärisch gegeneinander interveniert haben.

Ich möchte hinzufügen: Auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht bedarf die dogmatische Polemik zwischen den Systemen einer Revision: Der Kapitalismus ist viel flexibler in der Berücksichtigung und Integration eines Drängens nach mehr sozialer Gerechtigkeit als viele seiner marxistischen Kritiker hervorsahen. Der Sozialismus der osteuropäischen Staaten könnte sich auf Dauer als wesentlich flexibler gegenüber Demokratisierungstendenzen erweisen, als viele Kritiker des Marxismus-Leninismus bisher vermuteten. Es gibt inzwischen nicht mehr nur einen Sozialismus, sondern eine breite Facette unterschiedlicher Sozialismen. Dem entspricht die breite Facette unterschiedlicher kapitalistischer Ordnungen von der lateinamerikanischen Militärdiktatur bis hin zur Demokratie des Königreichs Schweden.

IV

Die beiden Weltkriege und das Bewußtsein von den möglichen Folgen eines künftigen Krieges zwischen Ost und West in Europa - insbesondere wenn dabei Nuklearwaffen zur Anwendung gelangen sollten - haben heute sowohl bei Sozialdemokraten wie auch bei Kommunisten zu einem immer kritischeren Urteil gegenüber der These von Clausewitz geführt, daß der Krieg ein Mittel zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Bundeswehr und militärische Bewaffnung werden in der SPD nur noch gerechtfertigt, soweit sie als Mittel der Kriegsvermeidung erforderlich sind. Ähnliche Aussagen gibt es heute von Vertretern der kommunistischen Parteien Osteuropas.

Diese Änderung der Einstellung zum Krieg jeglicher Art entspricht der Veränderung der konventionellen, nuklearen und chemischen Waffentechnologien, die potentiell bei einem Krieg in Europa zur Anwendung gelangen würden. Bei Übertragung marxistischer Kategorien ist eine neue Friedenspolitik erforderlich, weil die Entfaltung der Produktivkräfte und die Weiterentwicklung der Produktionsmittel zur Herstellung neuer Waffentechnologien und damit zu einer qualitativen Veränderung des Kriegswesens geführt haben. Oder wie es in einer im August 1987 von Max Schmidt und Wolfgang Schwarz am IPW herausgegebenen Schrift zu recht heißt: "Auf dem bisher bereits erreichten Niveau der Entwicklung der modernen Produktivkräfte gibt es in Europa keine Zurück

mehr zur Vergangenheit - in die Ära der Führbarkeit und Gewinnbarkeit konventioneller Kriege!"

Diese qualitative Veränderung muß im Rahmen der politischen Strategie aller verantwortlichen Politiker in Ost und West eine ebenso grundsätzlich neue Einstellung nicht nur zu militärischen Strategien, sondern erst recht zum Mittel des Krieges selber entsprechen. Eine politische Strategie, die die qualitativen Veränderungen im Bereich der Waffentechnologien nicht berücksichtigte, wäre in ihren Folgen destruktiv und im Sinne marxistischer Theorie dogmatisch. Es gilt auf die Entwicklung qualitativ neuer Zerstörungsmittel mit einer qualitativ neuen Friedenspolitik zu antworten.

V.

Das friedliche Nebeneinander der Sozialistischen Staatengemeinschaft mit Staaten anderer Gesellschaftsordnungen war bisher im Rahmen der marxistisch-leninistischen Theorie immer noch eine historisch begrenzte Etappe auf dem Weg zum Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab. Die Theorie der friedlichen Koexistenz beschrieb eine spezifische Form des Klassenkampfes. Dieses Verständnis der Theorie der friedlichen Koexistenz wird meiner Auffassung nach in dem Papier über den "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" revidiert. Demnach sollen Koexistenz und gemeinsame Sicherheit ohne zeitliche Begrenzung gelten. Dies ist die logische Schlußfolgerung daraus, daß beide Seiten der Existenzberechtigung der jeweils anderen Seite anerkennen. Heute bekennen sich die SED wie auch die KPdSU zu dem Ziel der militärischen Stabilität zwischen Ost und West. Sie zielen in allen theoretischen Aussagen zur Friedenspolitik nicht mehr auf eine schrittweise Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse zugunsten der eigenen Seite, sondern auf eine strukturelle Angriffsunfähigkeit beider Seiten. Dieses Ziel durch das Bemühen zu einem fairen Interessenausgleich zwischen dem legitimen Sicherheitsbedürfnis beider Seiten zu erreichen, ist Ausdruck neuen Denkens. Die Auffassung, die westlichen Staaten entgegen ihrem angeblich aggressiven Wesen erst durch die Politik der sozialistischen Staaten friedensfähig machen zu müssen, ist Ausdruck des alten Denkens.

VI.

Die europäische Nachkriegsordnung wurde im wesentlichen im Widerspruch zu den Zielen und Wünschen der SPD geprägt. Als politische Minderheit in einem besetzten und geteilten Land waren die Möglichkeiten der SPD, die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik in und für Deutschland zu beeinflussen, sehr begrenzt. Die außenpolitischen Konstellationen nach dem Zweiten Weltkrieg prägten auch die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands, aber auch in anderen Staaten im Osten und Westen des geteilten Europas.

Die SPD bejahte nach dem Zweiten Weltkrieg die politischen und kulturellen Bindungen zu den pluralistischen Demokratien des Westens. Aber die militärische West-Integration der Bundesrepublik Deutschland, der sich die SPD im Interesse ihrer nationalen Wiedervereinigungskonzeption mit dem Argument der fehlenden deutschen Gleichberechtigung innerhalb des Westens widersetzt hatte, konnte sie aufgrund ihrer parlamentarischen Schwäche nicht verhindern. Heute bejaht die SPD die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO. Die SPD ist davon überzeugt, daß transatlantische Beziehungen und der westeuropäische Einigungsprozeß im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft nicht im Widerspruch zu einer wachsenden gesamteuropäischen Zusammenarbeit und auch nicht im Widerspruch zu Bemühungen um eine wachsende Entmilitarisierung und Entfeindung in den Ost-West-Beziehungen stehen.

VII.

Reformpolitik ist der Versuch, prinzipielle Zielsetzungen in einzelnen Schritten zu erreichen. Man kann mit Einzelschritten nicht gleichzeitig alle Probleme lösen. Aber weil man nicht alle Probleme gleichzeitig lösen kann, heißt das nicht, daß heute erreichbare Teillösungen unwichtig oder gar falsch sind. Unsere abrüstungspolitischen Gespräche mit den regierenden kommunistischen Parteien aus den Staaten des Warschauer Vertrages dienen dem Frieden. Aber sie konnten und können die Freiheitsfrage nicht im Sinne des sozialdemokratischen Verständnisses von Freiheit lösen. Unsere Ostpolitik hat nicht nur friedenspolitische sondern auch gesellschaftspolitische Zielsetzungen. Mit unserer Entspannungspolitik wollen wir

auch die Voraussetzungen für die Entfaltung von Freiheitsrechten verbessern. Aber Fortschritte in der Abrüstung und der Verringerung von Kriegsgefahren bleiben ein eigenständiger Wert. Es kann nicht darum gehen, das Ziel Freiheit gegen das Ziel des Friedens auszuspielen, sondern es sollte unser Bestreben sein, eine friedensfördernde und freiheitsfördernde Politik konzeptionell miteinander zu verbinden, ohne durch formale Verkopplungen und Vorbedingungen heute mögliche Fortschritte in Teilbereichen zu blockieren.

In abrüstungspolitischen Fragen haben sich Ost und West mit dem INF-Vertrag zu verständigen vermocht. Zwischen dem unterschiedlichen Verständnis in bezug auf Freiheits- und Menschenrechte kann es keinen Kompromiß im Prinzipiellen, wohl aber Fortschritte in der Verständigung über praktische einzelne Schritte geben. Nie aber können und wollen wir unser Verständnis von Freiheit und Menschenrechten unseren östlichen Nachbarn aufzwingen. Es ist bereits ein wichtiger konstruktiver Schritt, daß sich eine Bereitschaft zum systemübergreifenden Dialog sowohl über praktische Fortschritte im Einzelnen wie über die andauernden Unterschiede im Prinzipiellen zu entwickeln beginnt. Diese noch immer unzulänglichen Ansätze sollten in einer zweiten Phase der Entspannungspolitik ausgebaut werden.

Frieden und Freiheit sind in der Wertorientierung beide gleichrangig. In bestimmten Situationen steht sogar das Freiheitsstreben vorrangig vor Friedensfragen. Sonst wäre die Haltung der Linken beim Kampf gegen Somoza in Nicaragua und beim Kampf gegen den Kolonialismus in Afrika gar nicht zu verstehen. In Europa aber ist seit dem Zweiten Weltkrieg durch die Entwicklung von Atomwaffen eine prinzipiell neue Lage entstanden. Im Ost-West-Konflikt ist die Verhinderung des Krieges zur Vorbedingung für die Entfaltung von Freiheitsrechten geworden. Im Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu fördern bleibt als Aufgabe.

Die Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa und die Überwindung der Spaltung Europas im Sinne einer europäischen Friedensordnung muß und wird mit Reformen der Gesellschaftsordnungen in Ost und West verbunden sein. Dieser Zusammenhang kommt auch in der KSZE-Schlußakte zum Ausdruck. Diese Einsicht ist auch in der Politik der sowjetischen Führung unter Gorbatschow erkennbar. Sie verbindet ein neues Denken in der Innenpolitik mit Neuansätzen in der Außenpolitik. Klar aber

bleibt: die Staaten Osteuropas werden selber Ziel und Weg ihrer gesellschaftlichen Reformen bestimmen müssen. Wir können nicht und wir wollen auch nicht als Politiker im Westen einen westlichen Druck auf Systemwandel an die Stelle eines selbstbestimmten Reformprozesses innerhalb der Staaten Osteuropas setzen. Die beiden Systeme müssen wechselseitig ihre Existenzberechtigung anerkennen, ohne dabei - und dies ist im Sinne des SPD-SED-Papiers über den "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" auf einen konstruktiven Wettbewerb und eine Kultur des Streites zu verzichten.

Jeder wird in seiner Politik insbesondere von seinen persönlichen Erfahrungen geprägt. Eine große Gruppe in der jetzigen SPD-Führung wurde von den negativen Erfahrungen mit der Überideologisierung im Ost-West-Konflikt der fünfziger Jahre geprägt. Vergessen sind auch nicht die illusionären Hoffnungen, die damals viele Konservative mit der Anhäufung militärischer Macht auf der westlichen Seite verbanden, so als könne westliche militärische Macht die Freiheitsrechte in Osteuropa verwirklichen helfen. Die Politik der militärischen Stärke war damals die offizielle Doktrin des Westens. Sie war ein Ausdruck einer konzeptionellen politischen Schwäche. Sie ist in bezug auf ihre deklarierten freiheitlichen Zielsetzungen für Osteuropa gescheitert. Diese Politik der militärischen Stärke förderte aber auch nicht den Frieden für Gesamteuropa. Nie hat der Westen im Interesse der Freiheit den Krieg zwischen Ost und West wirklich riskieren wollen oder riskieren dürfen. Und diejenigen, die z.B. 1956 in Ungarn etwas anderes geglaubt haben, sind bitter enttäuscht worden.

Das Ziel des Status quo und das Ziel der Stabilität sind nicht identisch. Ich bin für einen Status quo der Grenzen in Europa. Der Status quo der Grenzen ist die Vorbedingung dafür, daß der Status quo der Konfrontation und der gesellschaftlichen Stagnation überwunden wird. Aber ich bin gegen einen Status quo in der gesellschaftlichen Entwicklung. Ich kann doch nicht als Sozialdemokrat in Westeuropa die Gesellschaft verändern wollen und für Osteuropa meinen, daß es dort für immer so bleiben soll, wie es heute ist.

Veränderungen in den Gesellschaften in Ost und West sind keine Frage der Destabilisierung und der Infiltration von außen. Konzepte der Destabilisierung lehnen wir ab. Reformen sind ein Ergebnis der inneren Dynamik und Widersprüche unserer Gesellschaften. Sie können die Stabilität fördern.

Genausowenig wie mein Veränderungsstreben für Westeuropa ein Ergebnis sowjetischer Manipulation ist, genausowenig ist natürlich das Freiheitsstreben in Osteuropa ein Ergebnis der Infiltration aus dem Westen. Nur durch Reformwillen und durch Reformfähigkeit können Veränderungen des gesellschaftlichen Status quo mit dem Prinzip der Stabilität verbunden werden. Ich habe kontroverse Diskussionen über die Möglichkeiten und Grenzen einer Reformpolitik in Westeuropa mit vielen meiner Freunde in der Studentenbewegung geführt, weil manche meinten, daß mein Bekenntnis zur Reform ein Verrat am Ziel der gesellschaftspolitischen Veränderung sei. In Westeuropa gibt es nur einen Weg zur Veränderung der Gesellschaft, den der Reform. Die Bedingungen für Reformpolitik in Westeuropa sind schwierig genug, in Osteuropa sind sie noch schwieriger. Trotzdem halte ich an der These fest, daß in Osteuropa keine Chancen bestehen, auf dem Wege abrupter Änderungen allein durch Basisbewegungen gesellschaftliche Prozesse zum Positiven bewirken zu können. Aus diesem Grunde geht es darum, die aufgrund der neuen sowjetischen Politik gestiegenen Chancen für eine graduelle Veränderung auch in der offiziellen Politik osteuropäischer Parteien und Regierungen optimal zu nutzen.

Für jeden, der schnelle Veränderungen will und der sie für erforderlich hält, bedeutet diese Reformstrategie auch ein Element der Selbstdisziplinierung. Daß man denjenigen, die in Osteuropa schon lange auf eine Verwirklichung ihrer politischen Ziele warten, gleichzeitig aus Westeuropa zur Selbstdisziplin im Rahmen eines mühseligen und von Rückschlägen nicht freien Prozesses rät, kann als zynisch empfunden werden. Aber ein gegenteiliger Ratschlag wäre verantwortungslos.

Durch die Entspannungspolitik konnten Sozialdemokraten die Vorbedingungen für Reformen in Osteuropa aber auch in Westeuropa verbessern. Dies ist ein großer Erfolg der Entspannungspolitik. Aber es gibt weiterhin weder in West noch in Ost eine Garantie für einen erfolgreichen Verlauf gesellschaftspolitischer Reformprozesse.

VIII.

Das stalinistische System hatte in der Sowjetunion und in den übrigen Staaten Osteuropas ein politisches System hervorgebracht, in dem von einem

einziges Machtzentrum aus alle relevanten Entscheidungen über eine hierarchisch-autoritär strukturierte Gesellschaft getroffen wurden.

Dieses Strukturmerkmal des politischen Systems blieb in der Nach-Stalin-Aera weitgehend erhalten, denn die Form der Machtausübung wurde im Grunde genommen nicht verändert. Gesellschaftliche Interessen konnten sich nicht frei artikulieren. Die für eine hochindustrialisierte Gesellschaft unabdingbare Partizipation am Entscheidungsprozeß konnte sich nicht genügend entfalten. Bei der "führenden Rolle" der kommunistischen Partei dominierte die administrative Funktion vor der Fähigkeit zur politischen Anleitung durch Überzeugung.

Die eklatanten Mängel dieses Systems wurden in der Sowjetunion und auch in anderen osteuropäischen Ländern erkannt. Bereits unter Chruschtschow wurde dort über die Notwendigkeit ökonomischer, sozialer und politischer Änderungen nachgedacht, aber diese Reformansätze, die im ökonomischen Bereich steckenblieben, scheiterten an den zu starken Widerständen.

Voraussetzungen für die von Gorbatschow initiierte "Demokratisierung von oben" sind die Durchbrechung der Trennung zwischen Partei und Gesellschaft, die Gewährung von größeren politischen Rechten und Freiheiten für alle gesellschaftlichen Gruppierungen, die Stärkung der Selbstverwaltungsorgane und eine Demokratisierung und Entbürokratisierung ökonomischer Entscheidungen. Ein derartiges Programm kann zu einer Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte und einem spürbaren Wirtschaftsaufschwung führen. Es könnte in der Tat auf diesem Wege gelingen, die Reform "von oben" mit dem Druck "von unten" zu verbinden und damit einen neuen, breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen.

Eine Systemreform in Richtung auf eine pluralistische und parlamentarische Demokratie ist jedoch nach wie vor auch nicht das Ziel Gorbatschows. Er ist ein überzeugter Marxist-Leninist. Hier liegen die entscheidenden Unterschiede zu unserem sozialdemokratischen Sozialismus-Verständnis. Für uns stellen parlamentarische Demokratie, allgemeine und freie Wahlen, Mehrparteiensysteme und die Unabdingbarkeit von Menschenrechten im weitesten Sinne die unverzichtbaren Grundlagen eines Demokratischen Sozialismus dar. Diese prinzipiellen Unterschiede werden gegenüber der

SED auch im genannten Papier zum "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" bekräftigt.

Lassen Sie mich am Schluß meiner Ausführungen folgende zwei Überlegungen zu den heutigen Reformen Gorbatschows aufstellen:

Erstens:

Das traditionelle System sowjetischen Typs hat aus sich heraus den heutigen Reformbedarf erzeugt, weil es ab einem bestimmten Entwicklungsniveau der Produktivkräfte aufgrund seiner inneren Strukturen ökonomisch, politisch und gesellschaftsfähig unfähig zur Überwindung von Stagnation wurde. Dies konnte langfristig zu systembedrohenden Krisenerscheinungen führen. Die Stagnation des traditionellen Systems sowjetischen Typs ist also die innere Ursache dafür, sich auf Reformschritte einzulassen. Gorbatschow zeigt, in welche Richtung diese Schritte führen können, nämlich in die einer Demokratisierung des realen Sozialismus. Aber ist eine solche Orientierung selbstverständlich? Lassen systemare Überlegungen nicht ebenso den Schluß zu, daß Teile der Bürokratie immer wieder versucht sein werden, die Reformschritte autoritär und technokratisch zu gestalten und die auf demokratische Partizipation zielenden Kräfte auszugrenzen?

Mit einer Demokratisierung und Liberalisierung im Sinne der Gewährung individueller Bürgerrechte entsteht ein gesellschaftlicher Anspruch, der dem Herrschaftsprinzip vieler Anhänger und Nutznießer des bisherigen Systems zuwiderläuft. Ist aufgrund dieser Widerstände gerade auch in der Sowjetunion nicht mit Rückschlägen im Reformprozess zu rechnen? Ist es nicht besser, die Möglichkeit derartiger Rückschläge einzukalkulieren, statt zwischen Euphorie und Enttäuschung zu schwanken?

Damit komme ich zur zweiten These.

Zweitens:

So sehr die Reformkräfte von oben in den Systemen sowjetischen Typs den Druck von unten benötigen, um Reformen auch gegen den Widerstand großer Teile der Bürokratie durchzusetzen, so sehr können demokratische Bewegungen die der Kontrolle entgleiten könnten, zum Problem für Gorbatschows Reformen werden. Dieses Problem besteht auch in anderen osteuropäischen Staaten, die sich auf einen Reformkurs begeben haben.

Inwieweit Gorbatschow "alles unter Kontrolle" hat, sei dahingestellt. Klar ist aber, daß Reformen in real-sozialistischen Gesellschaften riskante Perioden gesellschaftlichen Experimentierens sind, in denen versucht wird, eine Balance zwischen der für das System notwendigen Demokratisierung und der Sicherung eines stabilen Systems herzustellen und durch Kontrolle von oben aufrechtzuerhalten. Es ist auch deshalb immer damit zu rechnen, daß eine phasenweise Verschiebung von Demokratisierungsperioden und Phasen des Stillstandes und von Rückschlägen diesen Steuerungsversuch kennzeichnen werden.

Welche Lehren sind daraus für eine künftige sozialdemokratische Politik gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion zu ziehen?

Eine sozialdemokratische Politik darf an ihrer prinzipiellen Solidarität mit denjenigen, die auf demokratisierende Reformen, also auf mehr Freiheit drängen, keinen Zweifel lassen. Sie darf sich von derartigen Vorgängen aber auch nicht abhalten lassen, friedens- und entspannungspolitische Initiativen im Dialog mit den Regierenden in Osteuropa fortzusetzen.

Die historische Erfahrung zeigt, wie sehr eine Politik der Demokratisierung auf den Widerstand konservativer Kräfte in Ost und West stößt. Unsere Analyse zeigte, wie stark der Widerstand in den real-sozialistischen Gesellschaften gegen Demokratisierungsprozesse ist. Es scheint, als gäbe es ein nicht offen eingeständenes Interesse vieler konservativer Kräfte im Westen an einem Scheitern der Reformkräfte in Osteuropa. Sogar eine große Ost-West-Koalition der konservativen Kräfte gegen Demokratisierung, die liebgewonnene Feindbilder auf beiden Seiten gefährdet, halte ich für nicht ausgeschlossen. Auch gegen eine solche Ost-West-Koalition der Stagnation und den Rückschritten muß sozialdemokratische Politik konsequent ankämpfen!

Eine Entspannungspolitik kann die Bereitschaft, tiefgreifende Demokratisierungsprozesse zuzulassen, erhöhen. Wer eine Entwicklung in Richtung auf Demokratisierung des realen Sozialismus stärken will, muß sich auch deshalb konsequent für Entspannung und Abrüstung einsetzen. Schließlich: Die Sowjetunion hat in der Vergangenheit - und das gilt sicher auch noch für die Gegenwart - befürchtet, einzelne osteuropäische Staaten könnten aus dem Bündnis ausscheren oder herausgebrochen werden und

damit den militärischen Status quo in Europa zu Lasten der Sowjetunion verändern. Derartige sowjetische Befürchtungen könnten sich verstärken, wenn westliche Regierungen reformorientierten osteuropäischen Staaten gegenüber eine gezielte Unterstützungspolitik betreiben, die an Moskau vorbeigeht. Eine auf Kooperation und Entspannung gerichtete Politik der Bundesrepublik darf schon aus diesem Grunde die Sowjetunion nicht ausklammern. Eine konstruktive Entspannungspolitik muß ebenso zur Berücksichtigung legitimer sowjetischer Interessen bereit sein, wie sie auf die Berücksichtigung der legitimen Interessen der kleineren und mittelgroßen Staaten in Europa gegenüber der Sowjetunion drängen muß.

The old period is over

Thank you for having invited me to this conference and literally bringing me here. As you can expect from me I would like to speak about censorship and self-censorship because that's my job and therefore please allow me to be sometimes more critical than a lot of the criticism that I have experienced in this room so far. I speak from a quite different experience than most of the participants at this meeting. You are working about this usual theory on Eastern Europe, I mean, this political science substitute theory called society versus state. I am fully on the side of the civil society, of course, which for a very short time was practically inexistent, except for Poland, in most of Eastern Europe. My first statement: this status quo of society versus state shows that people in the West are engaged in talking about problems in the East without meeting the problems and the people of the East. Our society did not exist, what existed instead of it is the state, the allmighty state apparatus in all its Erscheinungsformen. Different parties and different organisations had to deal with them, had to discover differences between them and the impact of the society on their policies was very secondary. Now if there is a second phase possible for détente than it is based on the fact that this old period is over.

Allow me here to make an excursion into a recent discussion which I followed after the INF-treaty in Western Europe. I was quite disappointed about Mrs. Thatchers Brussels' speech especially about her remarks on Eastern Europe. She was speaking of the Soviet Union still as strong as it used to be: Eastern Europe faces some kind of revolutionary blow-ups. Blow-ups are dangerous because they set back glasnost policies in the Soviet Union, therefore we should opt for a sort of Western European rearmament. Listening to Mr. Gapes here I had the other side of the same argument and I was in the same way very disappointed. Mr. Gapes said that as things are unchanged and unchangeable in Europe we should opt for a sort of new unilateralism in terms of disarmament. We should get rid of our weapons first and alone. Now this is the same old theory, the other side of the same coin as it was used in the first détente period. It is the same mirror image on the Western side and the same deadly vicious circle of the armament, rearmament, disarmament discussions. If there is a second détente possible it should come

out of that vicious circle. I think Mr. Faber was fully right about the direction. We should be opting for the change of the political status quo in Europe. Mr. Ehmke put it on the basis of recognition of the borderlines, of the status quo, thus granting the conditions for peace. Now here comes in the voice of our societies that didn't exist in these discussions so far. Not in the first détente. It was inexistent during that discussion. I have to tell you that most disturbing in both Mrs. Thatchers and Mr. Gapes views is that they can imagine that stability in Europe is something that can be saved. But it cannot, it is over. It is over for good. Please, all of you and all of us who try to make policies and try to solve problems of Europe in the future, keep in mind, the voices that have already experienced a sort of revolutionary appeal and have shown what they really want. In the future there is no possibility for stability. The stability of the satellite communist systems especially in Central European is over because their systems have reached the limits of their possibilities. They don't have any reserves whatsoever in economical, in political and in cultural sense. If they have ever produced some influence on their society, they are loosing that. They are no communist governments if we define communism by an outreach of society and transformation. They are not governments any more even in the Western European sense. They cannot imply any changes any more in our society, nor for the worse nor for the good. And if some socialdemocratic thinkers here in this room were speaking about reform-will and reform-possibilities of those governments, I simply don't know what they are speaking about. They have to be more specific about this. I put this of course rather sharp.

Of course we can make the difference between reforms and structural reforms. I can tell you how I define a real reform and why I think there are no reserves any more for those systems. The basis is what Mr. Veerkamp told us, the economy. Economically these systems not only because of the indebtedness but because of many other factors are unable to work the way they did until now. Almost all of these systems have recognised that economic efforts are necessary. We are in the phantastic era when even the Soviet Union would like to introduce the reforms meeting the crisis which we experience in Hungary, in Poland, the crisis of inefficiency, but in fact they don't do what you expect with those reforms. Why? Because the expectation is that those reforms can work without political reforms. I think that political reforms should be defined as any reform that introduces the notion of guarantees into political life of our societies any space from parliamentarism

down to any particular chunk of life, but not those guarantees granted and binding us to the party state and in society. In no communist country you have got any of this so far. Mr. Grosz, our very reform-minded premier, has spoken two days ago to a large gathering of Germans about Hungarian glasnost while his policemen were raiding apartments and making six house searches. Of course, they wouldn't be able to do that without highest consent. And today in Hungary the same laws are in vigour as they were in the time of my trial in '73; since then these laws have not been used in Hungary which makes the Hungarian difference. In Hungary their use is not in the interest of the Hungarian government to preserve the so-called Hungarian difference. But guarantee is not there. Now if there is an aim for the second détente, then without hesitation because of interference into internal affairs the notion of guarantees should be made conditional. Why? Because otherwise you don't have partners within the societies. We are still not part of Europe.

Now let me make another point about Central Europe. The second phase of détente, if it comes, should be based on change. This can only be the aim of the Western powers. Western Europe's first aim of all should be the beginning of the realisation by the Soviet Union and its allies, that Stalin's dream is really over, that Eastern Europe cannot be incorporated into communism and of course, if this is a too big chunk for the Soviets to acknowledge it as something on the agenda. The introduction of the idea should be gradual. You have to begin with Central Europe in those countries, who have already produced their appeal against these regimes and thus have shown where they belong to culturally, politically. Socialdemocratic thinking does not imagine that political-psychological phenomenon of fear in a one party-system, although I think they could have done that effort. Let's try to get our societies rid of that fear. The only way doing it is the introduction of the notion of guarantees. Inter-establishment treaties won't help to do that only forcing upon the state machineries to agreements that would guarantee the right on the level of a society. The implementation of those duties should not be just lip-services.

I have to reach the most critical part of my speech. I think, that is a symbolic job here, which is not that symbolic at all if you think it over. I speak about 'Realpolitik' and 'Ostpolitik'. I think, the way Ostpolitik has been defined by Mr. Brandt is not 'Realpolitik' ever more given that deep-going crisis especially of Central European communist countries. The only way of coming

out of the division of Europe in due time would be to make the proposition preferably unitedly by the West but why not on individual country basis in Central Europe making One-Party-Systems impossible and especially denounce them as ruling-parties to represent in the future their societies? I think the socialdemocratic parties, the German Socialdemocratic Party and the Italian Socialist Party and some other Socialist parties, who engaged with Communist parties in party-level declarations have done considerably harm to believe in the East that European Democratic solidarity does exist. You should not recognize any One-Party-System anymore and especially not a German one to represent their society. That harm could be undone if in the future - for very practical reason I understand you have done those steps - you deal only with states. Of course I don't deny this level and I don't deny the necessity. But let the establishment work on a practical and not on a symbolical level to recognize their claim on the grasp on society and their right to represent the society. That will help to form the future of Europe. You should tell them something by these symbolic messages and you shouldn't engage at least not publicly in such recognitions.

I am sorry for this. I have to end up. I am sorry, I didn't bring anything with me because I wanted to come. I couldn't prepare properly and was body-searched so I could come because I didn't have anything on me.

Nobody spoke here about Afghanistan and I think that the impact of the fact that the Russians very probably would leave that country is not in fact that they have been given a sort of military defeat. The fantastic thing about it is that we have now the prove that in Moscow there is a brain-stuff leadership. The earlier you make that offer using this new situation, this new global thinking in the Soviet Union, which is unquestionably there, the earlier they would accept it as a helpful point in the agenda. I think courageously making this the aim of the second détente is not provocative, is not upsetting anything. It is a very helpful point to make, of course stating that it should be done in a very peaceful way in a negotiated way. The neutral Central Europe should be a new buffer zone. This is an existing solution in the case of Austria and Finland. Thirty years ago, a Eurocommunist head of government has been hanged for that idea.

The citizens' initiatives arrived on the scene. Now I think in the new phase of détente the notion of reform should incorporate more than the notion of

human rights, especially departing from the question of saving lives. Implementing democratic principals into our life should be the basis of the new corporation in Europe. Thank you.

Peter Hardy

Reforms on both sides

I want to address a couple of points made earlier in this discussion such as civil society versus governments, stability versus instability, status quo versus change. But before doing that let me tell you a very brief story: Few months ago I was sitting in a marvellous setting in Southern England in a renaissance castle, taking part at a British-Hungarian round-table and was listening to British arguments about the importance of Mr. Gorbachev's reforms. I put the question, why the West is so much interested in Mr. Gorbachev's reforms and I tried to give an answer by myself; this answer was: probably you see a unique historical chance, unique ever since the end of the second world war, to seriously change the political status quo especially in Eastern Europe.

Why this story? Because we can examine the whole approach of East-West-strategies from the West and also from the East. We speak about the first phase of détente and there is a recognition that there was a kind of agreement with Western and Eastern governments. There was a kind of trade acknowledging political status quo and for that reason getting some kind of concessions on Human Rights or in another way in developing a civil society in the East European countries. Now that was an interesting concept because on one hand officially and from above it acknowledges stability in those countries. On the other hand also officially but from below they tried to include some measures of changing those societies. Now the Eastern European governments accepted that trade because in their understanding these requirements did not significantly endanger the so-called system-stability in those countries.

Now here let me make a more theoretical point that the Western strategy seems to consist of a duality; that is to acknowledge as a partner, as a negotiating partner, as a political partner the official regimes, while also under the official acknowledgement of those regimes trying to make some changes in favour of the Western political concepts for the change of the status quo in favour of the Western political entity. In a way that was probably more defensive from the Eastern European side - for very different reasons - there is another strategy in the West and that was also outlined by several contributors here, especially by Mient Jan Faber. It is the possibility

of changing from below by direct contact the so-called civil-society by different groups which sometimes are called dissident-groups or oppositional groups. That was an attempt of trying to exclude government contacts and trying to make changes into status quo from below. Now here is a very interesting situation, because here we have to include another concept and this concept is the reform. Because Eastern European societies have had to face with a challenge and this challenge is caused by the notion of reforms in some of these societies. Especially Hungary is an excellent example. Whether there is any change between the present Hungary and the Hungary of thirty years ago, or the difference between the present Hungary, its political system and the present Rumanian government. The essence is, that this reform is always considered by the government of the Eastern European societies as something initiated by them, that is: from above, thus keeping always the control of this process. That was extremely essential. Now here is a situation, when we can introduce something which is called: The reform from below, which is much more. I really cannot give you any theoretical explanation what it can mean but it has to do with the changing on the standing of what is system stability in these countries. And here I think I can come back to my story about Gorbachev. We could face really some incredible changes in Soviet thinking, changes which were probably unimaginable even three years ago. I think of those on the military and the political side - but I would include the economic or even the cultural so-called civil-societal side of this picture - there are some changing definitions of what is system-stability. There is a different understanding and a different definition of system-stability. And I think that is a very significant change in these societies. Whether these are reversible or irreversible changes that's an intellectual challenge and I tell you I can't give a positive answer whether they are irreversible. But anyway: I think, when we speak of the second phase of détente we have to keep in mind this aspect and rather we should concentrate our theoretical analysis how to develop this new understanding. We will have a major problem, which we still cannot overcome, and that is, that we still live in the post-second-world-war political world, which has not been changed in its essence. And of course Mient Jan Faber has right to say that concerning the future we have to face this problem. But for the moment independently of East European reforms or changes I think the major factors are still existing here in Europe to maintain the post-second-world-war political order. And that is much beyond simple reforms or changes inside the Eastern European countries. It is bound strongly to linkages e.g. with changes in the political

thinking in the United States and in Western Europe, so I think it is a much more interdependent process than simply an Eastern European issue. Thank you.

We do not accept the political status quo of the division of Europe in two antagonistic blocs

Thank you. Of course I speak as all other people in a personal capacity, but I would like also to express a little the opinion of our Italian friends who were not able to come to this seminar; there were two from the socialist party and one from the communist party and although we are now engaged in a very deep ideological discussion in Italy between these two parties of the left, nevertheless we have a very common policy on certain questions like détente, disarmament and reforms in the Soviet Union and Eastern Europe. We have of course now to apologize because we have a new governmental crisis in Italy, but I can assure you that nobody is able to destabilise Italy, neither the Soviet Union, nor the Mafia. Even without government the life is going very quietly the democratic way.

We have a kind of common attitude to the reforms of Gorbachev in the sense that we are fully in support of these reforms; we think that this is a historical chance for the Soviet Union and Central Eastern Europe but in the same time we are of the opinion that we should maintain also a critical attitude not to accept everything and to continue a kind of pressure also on the Soviet leadership for example for the liberation of the political prisoners and also that reforms should be a kind of constitutional guarantees, so they cannot be overthrown by any other group which may come after Gorbachev. I think this is still a question of status quo. I was following with great interest the reports of our comrades and friends Ehmke, Voigt, Faber and others and I was very happy about their attitude on the question of the territorial and political status quo. You said that we as socialdemocrats have come to the conclusion that those who want to change the political status quo must accept the territorial status quo in Europe. We fully agree that we have to accept the territorial status quo in Europe, but in the same time we do not accept the political status quo of the division of Europe in two antagonist blocs.

The question is, how can we overcome the political status quo. This is a question not only of theory but of practical policy and nobody is today seriously thinking about a liberation of Central Eastern Europe from Western Europe side. The demand is to recognize the right of the people and

nations of Central and Eastern Europe for their specific way to democracy and socialism. It is by the way also the right which Michail Gorbachev by himself is recognizing now. There is an interview with one living Soviet political functionary in the communist paper of the Japanese communist party Akahata in which is said, that the Soviet Union is ready to abolish the Brezhnev doctrine of the limited sovereignty, which existed in the past but which should not exist today. I see that this is actually the line of Gorbachev, although he has not made himself a very clear statement on this and it is also, we understand, quite difficult for him to do it.

The negotiations and agreements between the European community and the, the Council of Mutual Assistance (CMA) were mentioned here. As socialist group in the European parliament we are very much working for such an agreement; but of course we don't want to strengthen the COMECON as an instrument to control the economy of Eastern European countries but as a general framework under which it will be possible to develop bilateral relations between the European community and between the countries of Eastern Europe. Now there are negotiations going on between the European community and Hungary and Czechoslovakia and we are supporting these negotiations in general. But we are facing a lot of problems: many of these countries like Hungary insist on exporting agricultural products to the European community. There is a big problem with products from the European community and we are facing here sometimes also socialist or left wing organisations and trade unions in particularly which are trying to defend the European common market against the goods from other countries. That is not only valid for Eastern European countries, it is also valid for the countries of the Third World, where we as Europeans helped to build an industry and are now trying to prevent the import of their products into the European community. Very often our trade union organisations are in favour of boycotting these imports. The relations between the governments and between the political parties or other social organisations like trade unions and so on. Whereas the governments of course must negotiate with the governments. Political parties from Western Europe like in particular the socialdemocratic party or socialist parties and other left wing movements should not only negotiate with communist parties who have the monopol of power in these countries. They should insist to have the right to discuss also with other independent groups and movements and personalities which exist and which are getting more importance in these countries. It is even the right

of reciprocity I would say, because we offer the same when delegations from Eastern Europe countries come to our countries; they can meet anybody, the parties of the government or the political parties of the opposition. When the secretary of the socialist party Bettino Craxi was invited to Prague, he said, he would go under the condition, that he can meet also people like Hajek or the representatives of Charta '77. If this was refused he also refused to make this visit. We can discuss whether it is efficient or not, this is another question. We have a similar attitude also towards the communist party; as you know the Unità, the organ of the communist party, had an interview with Alexander Dubcek and they are publishing now every week the articles from people who are in Czechoslovakia but who are condemned somehow to silence because they cannot publish in their own country. I think this is very important that also newspapers or any magazines of the socialist or the socialdemocratic parties should involve these independent personalities and organisations into a common debate, in order not to isolate them from the rest of Europe and to let them fall in provincialism, which is the necessary consequence of the isolation, but to give them place in the discussion about the development in Europe.

I agree with those speakers who insisted that the changes in the Soviet Union and Eastern Europe can be realised only through gradual reforms. This is a realistic attitude. But we have to see that these reforms cannot be done only from above, as it is at this moment the case in the Soviet Union for example, but they need also the participation of the base of the public opinion, which in my opinion is one of the handicaps of Michail Gorbachev. Apart from the support of intellectuals, cultural and scientific workers and of course in order to put the base into movement and to support the reforms, you have to give them also the necessary political rooms, that means the possibility to express themselves even with the danger that in such a discussion they may also express some opinions which are going against the development. If we speak about what is called in German 'Abbau des Feindbildes', I think this is necessary to be done on both sides. Very often, as we follow the press in Central Eastern Europe, when they develop the dialogue on a high level in the reality they do not work enough for this 'Abbau des Feindbildes'. They are still presenting socialdemocratic and socialist countries as a kind of enemy to their own system.

I was in the last weeks with a delegation of the European parliament in South East Asia. As a socialist group we have always asked whenever we came to Malaysia, to Indonesia, to the Philippines, to South Corca to meet also the oppositionally parties. And we asked even to go to the prisons to meet the political prisoners. We should do also the same, when our groups are going to countries of Eastern Europe or wherever, Latin America of course, or Asia without any difference. Sometimes I have the feeling that, when we have this official dialogue, we have some kind of complex of culpability or something similar, so that we have not the right to ask the same favours as we ask from other countries.

Finally I would like to inform you, that we are organising in Italy two seminars, socialist and communist party together, about the twenty years after the spring of Prague and the perestroika of Gorbachev; one will be more historical in April in Firenze, another will be more political, in June in Bologna. Thus we do not only want to discuss the past but we want to develop also a certain kind of pressure from our side as socialists and communists to make Gorbachev recognize the military intervention against Czechoslovakia in 68 as a political mistake. We know that it is difficult but at the same time we know also the discussion about this; it would make a very important contribution to his new thinking in a way that such thing will not be repeated anymore. And we are inviting you sincerely to these events. Natta as general secretary of the communist party and Craxi as general secretary of the socialist party have promised to talk with Gorbachev on this issue. We hope that also the SPD comrades, when they have the occasion to speak with the Soviet side, will also engage themselves here.

Finally I very much support the idea of Mient Jan Faber about open borders in Europe because this is particularly for young people very important to develop a cultural identity. Since we are coming to the conclusion of the European security and cooperation conference in Vienna, our parties should exert the influence of the governments there that this problem should be included in the final resolution of this Vienna conference.

Mike Gapes

Defensive defense is a political concept

I originally asked for the floor during Mient Jan Fabers contribution but subsequently other things were said I'd never been compared to Margaret Thatcher before. I find this a strange experience. I want to get back to the discussion about common security. I think Mient Jan Faber misunderstands what those of us who support the concept of common security mean by defensive defense. It is not purely about military structures or arms control negotiations; it is much more political than that. And when you talked about opposing the concept of defensive defense and said that you wanted a withdrawal of forces to establish common security with defensive or non-offensive defense as part of it. I do not believe that there will easily be a complete withdrawal of forces. Initially, they may only be within certain zones, there may be only certain categories of weapons there may be certain ranges of aircraft or certain types of weapons like tanks. It may be that there are only certain kinds of delivery systems like dual capable systems, that could be withdrawn.

The problem I find here is that people are not looking at things as processes. They are saying that you either have this or you have that. And we're engaged in a process here. And that's why I said in my contribution that we have to support the processes that Gorbachev is initiating in the Soviet Union and not simply the arms control and disarmament side.

I also have a problem with what Mient Jan Faber said about European cultural identity and that we had to build a European culture. I don't know what you mean by a European culture in that sense. I am a European and I'm pleased to say my party is more European than it was. Nevertheless, I still have a culture which is not going to be the same culture as in other countries of Europe in northern Europe or southern Europe or Eastern Europe, or elsewhere in Western Europe. When we build our common European house there will be different rooms in that house. And those rooms will have different furniture and will have different wall paper and there will be different colours. And several for Germans. And it seems to me that we have to talk about values and political processes and democracy but we also have to recognise that we are not practising some kind of concept that we know

best in all circumstances. Because that strikes me as some kind of imperialistic approach, which we ought to get away from. And we've got to recognise the history of each of the societies and we don't start from here as if we are creating a new Europe. A Europe exists with all its problems and we have to take care of those problems in the processes we are going through. My final points: I'm quite concerned that there's a dismissing what is going on in the Soviet Union at the moment. I think this is absolutely fundamental. We face a choice and if the process which began there fails, if nationalistic conflicts and economic failure block it, if at the same time we get rearmament in Western Europe through either Ms. Thatcher's approach or alternatively because of the United States decides to change its attitude, then I think we would lose fantastic opportunities. That's the most important thing and the next three or four years could be really decisive. We're engaged in a complex of contradictory processes. It's not a question that everything has to be put on the table at once. We seem to be saying we either have everything or we don't have anything. Now, maybe I misunderstood you but that's how it came across. And I think we've got to build the process and the new détente that we're building has got to take account of the fact that it is complex and we have to recognise we will not achieve all of these things immediately.

Mary Kaldor

The concept of common security refers to division

The concept of common security is founded on the division of Europe. We have discovered over the past years that we have a lot in common in East and West, in many fields, and that sort of division is a military - a political one but not a cultural one. Political party and governments have to create policies in order to bring us together and to redefine this cultural identity. This is my point. The concept of common security refers to division.

Den Dialog nutzen

Ich möchte gern drei Bemerkungen machen. Die erste Bemerkung, Miklos, zuerst zu Dir und dann zwei zu Mient Jan.

Erstens: Miklos, daß beide Miklos hier sind, Miklos Barabas und Du, ist auch eine Form der Anerkennung, Mient Jan, die nicht statisch verstanden werden kann, sondern da ist eine Form der Anerkennung neuer sozialen Bewegungen. Es zeigt den Entwicklungsprozeß in Ungarn, daß dieser Dialog so möglich ist. Ich denke, wir müssen überlegen müssen, wie man dieses Modell weiterentwickeln kann und besonders, wie es uns gelingt, da auch mitzuhelfen, damit dieser Prozeß in anderen Ländern Zentral-Europas weiter vorangeht. Gerade Ungarn, wenn ich das richtig beobachte, hat eine ungeheure Entwicklung erfahren in den letzten Jahren - sicher auch in vielen Punkten eine widersprüchliche. Aber was die Entwicklung einer civil society anbetrifft, vollzieht sich hier geradezu ein vollständiger Umbruch. Neue soziale Bewegungen, ökologische und Friedensgruppen, die unabhängig von den regierungsnahen Friedenskomitees operieren sind entstanden.

Es gibt die "Gruppe Dialog" und - wie unvollkommen und wie problematisch dies auch alles im Einzelfall sein mag - es hat eine ungeheuerer gesellschaftliche Explosion stattgefunden.

Einen anderen Punkt will ich noch nennen, den ich auch für positiv halte. Miklos Barabas und das Peace Committee hat sich entschlossen, sich der END anzuschließen. Auch das ist ein widersprüchlicher Prozeß, aber er zeigt, daß hier Dinge in Bewegung sind in eine Richtung, von der ich hoffe, daß sie sich positiv entwickelt. Was ich als eines der schönsten Produkte überhaupt sehe, die es gibt, ist die Zeitschrift Panonia, eine Zeitschrift, die zugleich in Wien und in Budapest erscheint: sie zeigt, wie die kulturelle Identität sich entwickelt in einer Weise, daß wir voneinander lernen, und so habe ich Mient Jan verstanden. Er sagt, wir haben keine politische Identität in Europa, und das wird auf lange, lange Zeit so bleiben. Das einzige, was wir entwickeln können und was wir entwickeln müssen, ist zu versuchen, das, was es an kultureller Identität gibt - und da gebe ich Dir recht, die ist vorhanden - immer wieder neu zu beleben, sie bilateral und transeuropäisch immer

wieder lebendig zu machen. Wir leben doch in einer Gefahr zweier extremer Positionen: zum einen drohen wir eingegeben zu werden, z.B. durch die Entwicklung in Amerika, was wir auf unseren Fernsehschirmen sehen können. Das ist die eine Gefahr. Und die andere Gefahr ist eine Rückwendung in den Provinzialismus, eine Rückwendung manchmal auch in nationalen Provinzialismus und das ist leider auch zwischen Ungarn und Rumänien ein Problem. Eine der Ursachen, warum wir hier über diese Probleme diskutieren, liegt darin, daß wir Deutsche diese Probleme erst geschaffen haben. Günther Grass oder Milan Kundera oder Georgy Konrad beginnen Netzwerke aufzubauen zwischen West und Ost. Ich bin mir unsicher, ob der Begriff von Stabilität nicht ein zu statischer ist; wenn Du Dir die Frage vorlegst, was müssen wir jetzt eigentlich mit Gorbatschow tun, kannst Du zwei Antworten geben: Die erste Antwort ist: Man muß Gorbatschow helfen, daß er diesen Prozeß, den er in Gang gesetzt hat, vorantreiben kann. Die zweite Antwort ist: Das, was Gorbatschow macht, ist unvollkommen, ist nur ein Modernisierungskonzept. Es ist wahrscheinlich nur ein ökonomischer Modernisierungsprozeß. Richtig. Aber selbst wenn es nur ein ökonomischer Modernisierungsprozeß wäre, wäre das nicht ein wesentlicher Fortschritt für die Menschen in der Sowjetunion selbst? Oder anders: Was kann denn mit diesem ökonomischen Modernisierungsprozeß in Gang gesetzt werden? Liegt nicht eine zwangsläufige Konsequenz dieses ökonomischen Modernisierungskonzeptes auch darin, daß Sachverstand erweitert und entwickelt werden muß? Und beschleunigt dies nicht wiederum die diesem Konzept, eine diesem Prozeß innewohnende Demokratisierung? Ist dann dieser Stabilitätsbegriff, den wir haben, auf den ersten Blick zu statisch? In dieser Entwicklung stecken sehr viel mehr Chancen als Gefahren. Und wenn man sich allein die Frage stellt, was passiert, wenn Gorbatschow etwa Juni/Juli dieses Jahres nicht übersteht, was wäre die Konsequenz? Auch für die Länder in Ost-/ Mitteleuropa?

Wir kommen aus unserem Dilemma nicht heraus. Dies wird lange Zeit eine Gratwanderung bleiben. Wir wissen um den Schmerz derer, die Dissidenten sind und bitten sie gleichzeitig darum, Geduld aufzubringen. Ich weiß nicht, ob ich geduldig wäre, wenn ich in Eurem Land oder in anderen Ländern Osteuropas leben würde. Das weiß ich nicht. Aber ich kann nur sagen: Wir können als Sozialdemokraten nicht mehr machen als dieses: mit Euch reden. Und darum müssen wir auch die Autoritäten bitten, daß wir mit Euch genauso reden dürfen wie umgekehrt, wenn regierende Kommunisten

hierherkommen, daß sie auch mit denen reden, mit denen sie reden wollen - und das dürfen sie und das sollen sie. Aber das müssen wir auch dürfen können. Wir können Euch nicht folgen, wenn Ihr die politischen Systeme in Osteuropa zerbrechen wolltet. Das kann nicht unser Wille sein. Denn dann würde mehr zerbrechen als nur Systeme.

Horst Ehmke

Ich halte nichts vom Begriff der "europäischen Identität"!

Darf ich mal eine Zwischenbemerkung machen. Ihr habt den Begriff "europäische Identität" gebraucht. Ich halte von diesem Identitätsbegriff nichts. Die Deutschen, die schwelgen im Augenblick, die baden direkt, in deutscher Identität. Es hat mir noch keiner gesagt, was das ist. Im nächsten Heft der "Neuen Gesellschaft" werde ich darüber ein längeres Essay schreiben. Ihr beide seid moralisch verpflichtet, es zu lesen oder aber vom Gebrauch des Wortes Abstand zu nehmen.

Bärbel Bohley

Wir brauchen Garantien

Also, ich möchte auch gern ein paar Worte sagen und mich bedanken dafür, daß ich hier sein kann. Ich habe schon sehr viele Einladungen bekommen zu ähnlichen Veranstaltungen, aber ich hatte nie die Möglichkeit, irgendwohin zu fahren, und zwar kommt das vielleicht daher, daß ich kein Experte bin - auf keinem Gebiet, sondern einfach nur Bürger und eigentlich aus der Basisbewegung komme und von ganz unten was mache. Ich bin Malerin und Graphikern und kann mit vielen politischen Begriffen usw. sehr schlecht umgehen.

Ich bin ein bißchen traurig, daß ich hier bin. Ich wäre diesmal zum ersten Mal wirklich lieber zuhause, weil es so sehr ungewiß ist, ob ich wieder zurückkommen kann. Mich berührt eigentlich sehr, daß noch jemand aus der DDR hier ist: Professor Heuer. Wir haben uns noch nicht einmal guten Tag gesagt. Er hat heute vormittag gesagt, daß der Wettbewerb, von dem in diesem SPD-SED-Papier die Rede ist, so sein muß, daß jeder sein System nutzt, um der Bessere zu sein oder um zu zeigen, wieviel in diesem System steckt. Dazu kann ich nur sagen, daß ich in der DDR auch lebe, um dieses System zu nutzen und mich auch dort einzubringen. Vielleicht anders als jemand, der in der Partei ist. Vielleicht stelle ich meine radikalen Fragen. Aber ich möchte mir das Recht nicht nehmen lassen, diese radikalen Fragen zu stellen. Und ich denke auch, daß das die Voraussetzung ist für Entspannung, daß man Fragen stellen darf, und daß die auch nicht irgendwie eingeordnet werden sollen, sondern erstmal als Fragen ernstgenommen werden sollen.

Das, was mich ein bißchen traurig macht ist, daß wir mit so unterschiedlichen Perspektiven hier sitzen. Was mich noch beschäftigt, sind die Garantien, von denen gesprochen wurde, die nicht nur zwischen den Staaten stattfinden sollen, sondern auch innerhalb einer Gesellschaft. Sonst fühlt man sich doch sehr rechtlos. Die Einhaltung von Recht, oder eine gewisse Rechtssicherheit, die den Bürgern gegeben werden muß, ist die Grundvoraussetzung für Entspannung. Ansonsten wären alles hohle Phrasen. Das SED-SPD-Papier ist in der DDR sehr interessiert aufgenommen worden - auch von meinen Freunden - und wir haben uns sehr darüber gefreut. Denn immerhin war die

SPD eine der Parteien, die in den ganzen Jahren den Kontakt nicht zu uns gesucht hat, während der Kontakt zu den Grünen schon seit 1986 besteht. Der war sicher auch sehr hilfreich für beiden Seiten. Eigentlich war unsere Hoffnung, daß auch der Dialog mit einigen Leuten von der SPD zustande kommt. Ich hoffe das sehr, weil noch die Frage besteht, wie dieses Papier mit Inhalt zu füllen ist.

Was meine eigene Person betrifft, so soll vielleicht die Lösung darin gefunden werden, daß ich jetzt hier bin. Das ist dann die "humanistische" Lösung, und niemand fragt dann ob und wie ich wieder zurückkomme; ich habe einen Vertrag mit unserer Regierung gemacht und gesagt, ich nehme diesen Paß nur, wenn ich nach einem halben Jahr wieder zurückkommen kann, ansonsten ist mein Ausreiseantrag hinfällig. Wenn die DDR diesen Vertrag nicht einhalten würde, würde das für mich bedeuten, daß sie aus diesem SPD-SED-Papier herausfällt, weil ich irgendwo belogen worden wäre. An diesem Betrug hätten dann alle teilgehabt, die sich darum bemüht haben, daß ich jetzt hier sitze. Ich weiß, daß es Leute aus der Kirche waren, und vielleicht auch welche aus der SPD. Nur diese Garantien, die zwischen den Menschen stattfinden müssen, können auch etwas entspannen, und zwar eine Situation, die so unsicher ist und in der man sich so hilflos fühlt als Bürger.

There is a growing need for an East-East-dialogue

My starting point is the concept of Europe which I think is a central issue in our discussions today. My first remark is that we are speaking about a Europe which came into being as the result of World War II with the active involvement and contribution of the Soviet Union and the United States among others and that is partly surprising and partly disappointing. The Soviet element appears rather strongly, which is good, but the American element is almost completely missing. And here I do not mean the military presence and involvement, not the economic cooperation, cultural presence and so on. What do we mean by Europe? I look from an Eastern European perspective at Europe we are talking about.

There are still attempts to say that Europe is Europe. But for the Soviet Union there are question marks. Equally there are question marks if we discuss European issues without the United States. This is one remark, the other one is that I am very happy that during the discussion this afternoon the CSCE process came up rather strongly, because for me the Helsinki process, after reaching an agreement and finding a document 30 years after the end of World War II, is a kind of ratification of the situation in a positive sense of the word. It is important that this document exists today and all those who signed it still consider it a very important document. From an Eastern European point of view it is important today namely that we were accepted on an equal footing and accepted as full partners in the European family. You must understand the psychological element of it and not only the political or economic one. It is relevant today too that in many concrete cases we are treated by the main Eastern European countries as second-class citizens. You know the examples very well. So this is why I think that the CSCE process and the document is a valid one. It is true that after all it is only a document which came from above, so that it was not so much public pressure which produced the document. I think nevertheless from a public point of view that this is nevertheless a valid document as a good frame in spite of the fact that it is a governmental document. It gives today and hopefully tomorrow and in the period to come additional possibilities for the public organisations to cooperate, to go ahead, to undertake interesting

topics and projects. This is my deep belief that there are new possibilities from the public point of view in the Helsinki process. I underline it to take the government's commitment on the one hand, and on the other side the public organisations. Individuals can make contributions to this. I think this is an important reference and keeping this document to allow to make a more active contribution is an important task. .

Another point is European culture it: common European values. Here I would make only one remark. The integration process - an all-European process - is a very relevant point. I am afraid that perhaps in a very unconscious way, there could be set Western European values in order to make them all-European. The East should then go and accept these values. I know that this might sound rather sharp or an exaggeration of the position, but believe me, from an Eastern European point of view this is a realistic fear.

We are for a European culture and identity. As partners we are very much interested in promoting such a process, because it would assist us to bring our values also to this common discussion. This means open-borders and citizens' diplomacy from a Hungarian point of view. We have a new situation after the 1st January. Hungarians can freely travel to any part of the world. And now we have started to experience a new thing: that you have a valid passport and are not allowed to enter another country. I apologize that I quote such an example because as far as I know Sweden is not present. But Sweden is considered as a very free and open country where you do not even need a visa to enter the country. I spoke to some people who were sent back from Stockholm because they did not have the necessary amount of money to enter the country. I would like to ask you to assist us so that Hungarian citizens travelling abroad should receive the same treatment that we give the citizens of the other countries who come to Hungary. Another practical element: we have already mentioned initiatives to promote the citizens' diplomacy. We are now thinking of making an East-West foundation, I mean an international foundation, with the idea of promoting human contacts, of promoting this kind of citizens' diplomacy, that people find the information that should be available for everybody and it should function independently from any existing structure, governmental or nongovernmental or whatever. I just raise this point in order to share with you this information.

I come to the question of economic and political reforms. You are - it seems - quite aware of the difficulties in Hungary but there are deep-going political changes going on in Hungary which are directly related to the process going on in the Soviet Union. We are very much interested in having this reform process succeed within the Soviet Union, because it has a direct influence on the Hungarian situation. On the other hand, we ourselves are changing very much. Let me give you just a concrete example within peace work, just sharing information that I probably would not have been able to articulate two or three years ago. Under the classical or rather traditional concept peace work is always organized under what you call the qualified or official Peace Council and that is it. And those who are integrated are the officials and those who do not like it are outside and independent. But this is not the case, at least in my understanding any more. I think it is characteristic of the situation in Hungary, which means that I do not claim that the Hungarian Peace Council is having a monopoly of all the peace-related activities in Hungary. It is a new situation. Of course it does not mean that the Peace Council is not functioning, undertaking activities, or that the whole thing is going into a disintegrated process. After all you cannot do peace work independently, because you look for partners, you look for other persons to cooperate with you. And that is a very normal process, or an interesting and challenging process that we have in Hungary. Nevertheless the fact itself that the organizers of this seminar thought that it is useful to invite a representative of the Hungarian Peace Council is for me an important indication that we are considered - in spite of the changed situation - as partner for them in the discussion.

As long as we receive such invitations I feel myself on the same side. But the situation has serious consequences internally: We have to be attentive, we have to be patient when we are speaking about the learning process. It is equally valid for the domestic scenery: I do not believe that we are in the position to occupy the absolute truth. This is equally valid, for the others who are participating in the discussion. And you know very well that in Eastern Europe we do not have very rich historical traditions on how to conduct a debate, because in our history, and not only during the last 40 years, political debates or disagreements were very quickly and very undemocratically concluded.

My last point is the Eastern European element. The unique element in the present-day situation is - it doesn't matter if we live in East or West - that something new is coming, and this time coming from Eastern Europe, from the Soviet Union. If I look at European history this is not very characteristic apart from the great October Socialist Revolution. At least this was not the case since the end of the Second World War. This new thing is coming from above. This is a challenge in political and economic terms. It seems that the speed is so rapid that we are not prepared on the level of civil organizations. How to cope with this situation, how to respond? It is very difficult to answer because you don't know what the next step will be. You cannot have any guarantees that the same political line will exist - according to some calculations - in June or July. Nevertheless, we have to - against this background - make a strategy for Europe. Another element of this is the so-called East-East dialogue, because until now we were discussing the East-West dimension only. I am saying it once again from an Eastern European point of view that for us at least as important is the East-East dialogue. Today the beginning of the discussion was concentrated mainly on the West-West dialogue, which of course has relevance and importance under your present political circumstances. As for me personally, I listened very attentively. But imagine yourself in a similar situation where the majority of the participants of such a discussion are from Eastern Europe having their own discussion on questions of national minorities. (You have it also in Western Europe but in Eastern Europe it is an absolutely different thing with a different dimension). We ourselves are in the process of realizing this problem and, frankly speaking, we do not have a very mature policy for finding a solution to these problems.

So economic cooperation or citizens' diplomacy normally is meant within the East-West perspective. When a Czechoslovakian or Polish or GDR citizen is restricted from coming to Hungary there are also politically important issues to solve in the East-East context. I am simply calling your attention to the fact that it is one thing to traditionally put these issues against the East-West background but as a result of these ongoing changes in Eastern Europe there is a new dimension.

Partnerschaft und Interdependenz

Da war heute morgen schon und heute nachmittag verschiedentlich die Rede von der zweiten Phase der Entspannung. Und ich muß sagen, ich bin wieder einmal bestärkt in dem Gefühl, daß dieser Begriff unglücklich ist. Und zwar deshalb, weil er offenbar dazu Anlaß gibt, eine ganze Reihe von weitreichenden Konzepten und Forderungen aufzustellen für das, was in dieser zweiten Phase der Entspannung auf die Tagesordnung kommen soll. Mir scheint es doch real vielmehr so zu sein, daß die erste Phase der Entspannung noch gar nicht wirklich angefangen hatte, da war sie schon zu Ende. Manche Leute sagen, die erste Phase der Entspannung habe 1980 in Afghanistan/Polen geendet. Das ist nicht wahr. In Wirklichkeit ist die erste Phase der Entspannung schon unmittelbar nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zumindest in Stagnation geraten aufgrund des Verhaltens beider Seiten. Ich will das jetzt nicht näher ausführen, würde aber sagen, daß insbesondere damals das Gefühl dafür gefehlt hat - nach den ersten Anerkennungsversuchen, von denen hier gesprochen worden ist - das Verständnis davon, daß beide politischen Systeme, beide Bündnis-, beide Gesellschaftssysteme, miteinander Formen des Umgangs entwickeln müssen, die man unter das Stichwort "Partnerschaft und Interdependenz" bringen kann. Und da hat sich erst jetzt - genauer gesagt: im Herbst 1985, soweit ich das richtig sehe - etwas geändert, als Gorbatschow, der neue Generalsekretär, in Paris anfang von Interdependenz zu sprechen. Und es hat nochmal zwei Jahre gedauert - ich würde sagen etwa ab dem Frühjahr 1987, vielleicht noch deutlicher, eigentlich erst Ende 1987 - wo in der außenpolitischen Debatte innerhalb der Sowjetunion Ansätze dafür da sind, selbstkritisch über eigenes Verhalten nachzudenken und das auch Schwarz auf Weiß kundzutun. Und zum ersten Mal kommt die Forderung, im Sinne der Verwirklichung der Interdependenz ein Verhalten zu zeigen, das man als Empathie bezeichnen kann, d. h. sich in die Sorgen der anderen Seite hineinzuversetzen. Jetzt gibt es zum ersten Mal die Frage in der sowjetischen Presse, ob man nicht bisher die eigene Bevölkerung falsch informiert habe über westliche Politik; ob man da nicht Mißtrauen in der sowjetischen Bevölkerung gegenüber dem IWF-Abkommen geschaffen hat. Jetzt werden Fragen gestellt, ob nicht in der Vergangenheit sowjetische Außenpolitik und sowjetische Doktrin zu Feindbildern des Westens beigetragen haben. Jetzt

kommt auch - sehr wichtig finde ich - eine neue Komponente in der Diskussion um eine Denuklearisierung, die ja bisher seit der Rede Gorbatschows vom 15. Januar 1986 so wie ein Programm aussah, um alle Nuklearwaffen zu beseitigen. Mittlerweile geht die sowjetische Diskussion aus der Entwicklung der Debatte des Dialogs mit westlichen Partnern offenbar auf die Frage ein, wie kann man in Stufenplänen sich diesem Ziel nähern und wie kann man vielleicht vorerst sich mit mit einer Minimal Nuclear Deterrence oder einem Minimal Nuclear Containment - wie es die Russen formulieren - zunächst einmal begnügen? Das sind alles neue Töne, die sehr viel differenzierter sind als bisher oder differenzierter aussehen als bisher, und ich würde sagen, genau diese neue Komponente gilt es zunächst einmal zu stärken. Damit komme ich zu der Kehrseite des ganzen Geschehens, wenn hier von Miklos Haraszty und Herrn Faber sowie vielen anderen die sog. Entspannung, die Reform von unten angesprochen worden ist. Gut, ich würde sagen, das ist in der Tat eine Problematik der zweiten oder dritten Phase der Entspannung, aber ich beharre darauf, daß wir die Hausaufgaben der ersten Phase der Entspannung noch gar nicht gemacht haben und eh wir in die zweite Phase hineingehen, glaube ich, muß man sich einmal darüber unterhalten, ob nicht dazu unbedingt notwendig ist, daß wir verstehen, und auch die Opposition in Ost-Europa versteht, daß es keinen Sinn hat, die Anerkennung von Menschenrechten den kommunistischen Regimen aufzuzwingen. Ich glaube, es kann nur so laufen, daß die kommunistischen Regime in Ost-Europa und der Sowjetunion verstehen lernen - und ich glaube, es gibt Ansätze dazu -, daß die Verwirklichung von Menschenrechten in ihrem eigenen wohlverstandenen Selbstinteresse liegt. Das ist der entscheidende Ansatzpunkt. Es gibt in der Tat Ansätze dazu, es gibt heute in der Sowjetunion eine Debatte, ob man sich nicht in der Frage der Menschenrechte in der Vergangenheit falsch verhalten habe. Es wird darüber nachgedacht, ob zu einer Entwicklung eines demokratischen Sozialismus im Sinne der "Demokratisazija" in der Tat diese legalen Garantien gehören, von denen Sie gesprochen haben. Das ist schon eine sehr entwickelte Debatte, und das Gefühl dafür entsteht, daß in der Tat das in der Vergangenheit gefehlt hat. Es gibt Kritik an Wischynskij und seiner Erbschaft, die in der sowjetischen Rechtspraxis noch immer fortwirkt. Wichtig ist auch, wenn wir künftig in die zweite Phase der Entspannung gehen, daß wir Klarheit schaffen über eine Sache, die hier heute noch gar nicht klar gemacht worden ist, wenn hier von europäischer Identität, europäischer gemeinsamer Kultur usw. geredet worden ist. Ich habe

gelegentlich das Gefühl, daß dabei die Sowjetunion ausgeschlossen wird. In dieser Frage muß man Farbe bekennen. Manche Leute, die von dieser europäischen gemeinsamen Erbschaft reden, haben ganz deutlich damit die Vorstellung verbunden, daß die Sowjetunion nicht dazu gehört. Ich glaube, daß das was wir im Augenblick in der Sowjetunion an Debatten sehen, verbunden mit dem neuen Generalsekretär und den Leuten, die hinter ihm stehen, zeigt doch, daß es sehr wohl in der Sowjetunion eine wichtige Komponente gibt, die mit zum europäischen Mainstream des Denkens und des kulturellen Handelns gehört. Daß es daneben vielleicht auch noch einen altrussischen Chauvinismus und vielleicht auch noch asiatische Elemente gibt, sollte uns nicht stören. In unserem Interesse liegt es, auch beim Konzept des "gemeinsamen Hauses", diese europäische Komponente der Sowjetunion zu unterstützen und sie nicht außen vorzulassen.

Ich wollte eine kurze Bemerkung zu Herrn Veerkamp machen. Er hat doch heute morgen sehr scharf das ganze Konzept der bisherigen Ost-West-Wirtschaftskooperation angegriffen. Das ist eigentlich nicht neu, weil wir dieselbe Art von Argumentation - vielleicht ohne die Erfahrung, die wir jetzt gemacht haben - schon zu Beginn der 70er Jahre gehabt haben, als es auch schon hieß, die Kooperation dient nur den Regimen, dient nicht den Leuten. Aber wenn ich heute höre, daß z.B. der IWF diskreditiert wird als eine gouvernementale Stelle, die praktisch nur den westlichen Banken dient und den ost-europäischen Regimen, dann kann ich nur sagen, bisher hat noch niemand ein besseres Instrument erfunden, was auf der westlichen Seite sachlich arbeiten kann. Wenn wir uns die derzeitige Situation anschauen in der Sowjetunion und in Ost-Europa, dann ist doch das fundamentale Problem, das es zu lösen gilt, wegzukommen von alten Vorstellungen der Gleichmacherei. Man muß lernen, vernünftig zu wirtschaften. Das kann auch zum Teil bedeuten, daß in bestimmten Phasen soziale Härten entstehen. In Ungarn ist die Debatte darüber ja noch sehr offen und ich glaube, wir müssen - es bleibt uns gar nichts anderes übrig - versuchen, die schlimmsten Härten in dieser Frage zu mildern, aber sie werden wahrscheinlich nicht zu umgehen sein. Dasselbe gilt für Polen. In einer bestimmten Phase der Aktivierung marktwirtschaftlichen Verhaltens entstehen zum Teil Einkommensunterschiede und dadurch auch soziale Spannungen. Das führt mich zu einem letzten Punkt, der von Herrn Barabas angesprochen wurde. Wenn wir von Ost-West-Kooperation reden, ist auch eine Lehre aus der Vergangenheit der 70er Jahre, daß es in den nächsten Jahren, nicht nur weil

der Westen keine Kredite hat, sondern auch im Hinblick auf die bessere Verwendbarkeit künftiger Kredite, notwendig sein wird, die Ost-Ost-Zusammenarbeit auch im wirtschaftlichen Bereich zu stärken. Das ist eine alte ungarische und polnische Forderung gewesen, daß die RGW-Mechanismen effizienter zusammenarbeiten. Aber das ist jahrelang insbesondere von der Sowjetunion blockiert worden. Wenn das in der Sowjetunion aufgenommen wird, und die RGW-Integration fortschreitet, dann sollte man das nicht nur unter dem Gesichtspunkt betrachten, der in Brüssel seit Jahren vorherrscht und bei Herrn Pelikan auch wieder als Reminiszenz zumindest der RGW sei ein sowjetisches Kontrollinstrument. Nein, der RGW kann auch und muß auch ein Instrument zur Effektivierung und zur Heranführung der ost-europäischen Volkswirtschaft an die Standards und an die Prozeduren, an die Verfahrensweisen, die im Ost-West-Kontext notwendig sind, sein. Im Interesse der Weiterentwicklung der Ost-West-Kooperation ist diese Ost-Ost-Kooperation zur Verstärkung der integrativen Elemente notwendig.

Eine gemeinschaftliche Ethik für Menschenrechte

Erstens, weil das globale Thema Entspannung individuelle kollektive Menschenrechte und Entspannungspolitik heißt, ist es natürlich immer peinlich hören zu müssen, was Frau Bohley uns eben noch gesagt hat. Das deutet darauf, welch einen langen und schwierigen Weg wir noch zu gehen haben, wenn wir über das doch wichtige Problem der Menschenrechte reden. Aber auf der anderen Seite muß man auch wieder feststellen, daß es hier und da - wir werden nicht übertreiben - doch so einige positive Elemente gibt.

Zum Beispiel in unserem internationalem Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit mußten wir viele Jahre ringen, um eine Arbeitsgruppe über Menschenrechte zu haben. Vom Osten aus war man dagegen. Aber jetzt gibt es das doch schon 6 Jahre, noch vor Perestrojka. Es hat in diesem Sinne auch einige interessante Initiativen gegeben. In den Niederlanden, gab es im Januar eine Van-Eghen- Initiative, wo wichtige Leute, die damit zu tun haben, zusammengelassen sind: Vor einem Jahr hat man in der Sowjetunion ein Komitee für humanitäre Probleme und Menschenrechte gegründet. mit Burlatzki als Vorsitzenden. Was Burlatzki in den Niederlanden erklärt hat, wäre vor drei, vier Jahren in der Sowjetunion unmöglich gewesen. Das deutet auf Evolution. Wenn man die Anregungen sieht, dann spürt man, daß man jetzt auch in den sozialistischen Ländern überzeugt ist, daß Menschenrechte ein universelles Gepräge brauchen. Vorher hat es immer geheißt Vorsicht, Nichteinmischung, unsere Sache, nicht diskutieren. Jetzt sagt man auch bitte, wenn sie bei uns was feststellen, das nicht stimmt, bitte sagen sie uns das. Sie erweisen uns damit einen Dienst. Nicht alle reden natürlich so. Aber es gibt doch schon in dieser Richtung eine Haltung, die sich ändert. Natürlich auch wenn man Menschenrechte als universales Gepräge akzeptiert, soll man diese nicht verwenden, um den Kalten Krieg weiterzuführen.

Zweitens hat man großen Wert auf die Anerkennung gelegt, "Anders zu sein". Das ist etwas, was wir im Westen besitzen. Ich habe das Recht, anders zu sein. Partecipolitik, Gewerkschaften alle Art von Organisationen haben das Recht, "Anders zu sein". Und das ist auch wichtig, politisch und in allen Bereichen. Aber wir hatten auf unserer Seite immer viele Schwierigkeiten

das "Anders zu sein" zu akzeptieren. Ich möchte aus eigener Erfahrung sprechen. Ich bin seit meinem 14. Lebensjahr an in der katholischen Arbeiterjugend gewesen. Wieviele Jahre in meinem Leben bin ich erzogen worden als Anti-kommunist bzw. Anti-Sowjet. Das steckt noch tief, das ist noch nicht weg. Diese Prozesse können Menschen und Gruppen tiefgehend und lange beeinflussen. Es sollte selbstverständlich sein, daß auch sozialistische Länder das Recht haben, "Anders zu sein". Das trifft auch zu für Personen und Gruppen.

Bei uns in der Friedensbewegung Belgiens sind alle herzlich willkommen, die sich wirklich für den Frieden einsetzen. In der Koordinationsstellen hat man bei uns Trotzlisten, Maoisten, Orthodox-Kommunisten. Wenn man diese zusammenzählt, dann kommt man auf etwas mehr als 1% der öffentlichen Meinung. Aber trotzdem sagen wir, wenn sie sich für den Frieden einsetzen, dann sollen sie dabei sein. Auch in sozialistischen Ländern gibt es kleine Gruppen, die nicht eingegliedert sind, aber die sich auch für den Frieden einsetzen. Wenn diese Schwierigkeiten haben, dann protestieren wir und sagen, bitte ändert das doch. Akzeptiert prinzipiell die Menschen, die das Recht haben, sich für den Frieden einzusetzen. Wir wissen, daß wir noch einen langen Weg gehen müssen, aber wir hoffen, daß dort auch eine andere Haltung entsteht.

Wenn wir bei uns über Menschenrechte sprechen, ist es klar, daß es immer im ganzen gesehen werden muß: individuell und sozial. Eine Trennung wie bestimmte Leute diese machen - einige sprechen von individuell und vergessen das Soziale, andere betonen sozial und vergessen das individuelle - ist inakzeptabel.

Drittens: Evolution ist ein Naturgesetz, womit man rechnen muß. Und dann legen wir Wert darauf, daß auch die Evolution in jedem Land von den eigenen Menschen getragen wird. Natürlich können durch Kontakte und Dialog andere Ideen, andere Elemente übermittelt werden. Und deswegen ist es so wichtig, daß es in diesem Bereich Austausch, Ost-West-Dialog, gegenseitige Begegnung gibt. Aber auch Sorgen, Proteste gehören selbstverständlich zu unseren Aufgaben.

Viertens: wir haben heutzutage Not bei der Formulierung neuer Menschenrechte. Es ist manchmal angesprochen worden, das Recht auf Frieden

z.B. Es kann rhetorisch lauten, aber nirgendwo ist es bis jetzt formuliert worden. Es ist Zeit, daß man sich darüber ernsthafte Gedanken macht. Auch wenn man von Nord-Süd-Problemen spricht, gibt es noch genug zu tun. Wir sollten weitersuchen, um zu einem gemeinschaftlichem Ethik über die neue Formulierung von Menschenrechten zu kommen.

Ein kleines Beispiel: Vor einem Jahr haben wir einen Test gemacht in einer Pax Christi Gruppe. Wir hatten die zwei ersten Seiten von der Rede von Gorbatschow bei der Konferenz im Februar 87 in Moskau vorgelegt und gesagt: Bitte lest das mal und sagt : Von wem kommt das? Alle haben Päpste zitiert: Johannes XXIII, Paul VI. Dann spürt man wie nah wir uns in vielen ethischen Problemen gekommen sind! Wir sollten diese Chance nicht verspielen. In der Sozialethik gibt es jetzt neue Möglichkeiten für Zusammenarbeit, die es vorher nicht gegeben hat. Und sicher auch über Frieden und Entwicklung.

Horst Ehmke

Es gibt bestimmte Grundvoraussetzungen noch vor dem Grundrecht

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß die SPD sich in den letzten zwei Jahren intensiv über diese Grundrechtsfrage unterhalten hat und ich habe manche schlaflose Nacht mit Eppler darüber verbracht, weil wir meist verschiedener Meinung waren. Wir sind zum Ergebnis gekommen, daß man nicht von einem Grundrecht auf Frieden sprechen kann und im Entwurf, wie er jetzt vorliegt, der sicher interessant ist im Grundrechtsteil hat man gesagt: es gibt bestimmte Grundvoraussetzungen noch vor dem Grundrecht, und dazu gehört Frieden.

Von Frieden und Menschenwürde

Ich will nochmal vielleicht gegen ganz viele Striche bürsten und das Gespräch bewußt auf eine menschliche Ebene heben. Und zwar aus zwei Gründen: einmal, weil wir oft genug vergessen, daß wir bei jedem politischen Planen, auch zwischen Ost und West, immer über menschliche Schicksale mitverfügen; zum anderen, weil ich glaube, daß es Bärbel Bohley verdient, daß wir etwas mehr auch auf sie eingehen. Und da fällt mir als erstes die Schizophrenie auf, der wir alle, wahrscheinlich ich selber auch, unterliegen. Ich stelle beispielsweise fest, daß die meisten von uns hier - viele kennen sich, manche vielleicht auch noch nicht - überhaupt keinen Moment zögern, zu sagen: Das ist die Bärbel. Damit ist ein Solidarisierungseffekt verbunden. Herrn Professor Heuer, den grenzen wir eigentlich aus, mit einer bestimmten Art des Umgehens, nicht nur weil er einen Schlips trägt. Wenn ich jetzt Bärbel Bohley mit "Frau Bohley" anreden würde, würden vielleicht viele eine Distanzierung herauslesen, vor allem weil ich damit etwas sage, was auch wider den Strich der Gruppen in Osteuropa, auch in der DDR, geht; und würde ich Herrn Heuer einfach mit "Uwe" anreden, würde man wahrscheinlich sagen: Aha, mit dem steht er sich gut, mit den anderen nicht. Ich wollte einmal darauf aufmerksam machen, daß wir vielleicht heute abend darüber nachdenken bei einem Fläschchen Wein, was das zu bedeuten hat. Für mich bedeutet es einiges, mit dem ich selber noch nicht fertig bin.

Und dann verstehe ich nicht, Mient Jan, wie Du sagen kannst, wer so ein Konzept entwickelt, der sei nur am status quo interessiert. Ich glaube hier liegt nicht nur eine Vorbedingung für Änderung, sondern allein dieser Denkansatz leitet die notwendige Änderung ein. Und natürlich gehören dazu Änderungen, wie sie Bärbel Bohley beschrieben hat.

Sie ist eine von denen, die drüben bleiben will und die sich dort einbringen will. Ich wäre wahrscheinlich in der DDR auch in der gleichen Situation, denn ich bin ein Verweigerer jeglicher militärischer Verteidigung und ich würde auch einsitzen. Ich würde aber auch in der Schweiz eingesperrt haben, das muß ich dann ehrlicherweise dazu sagen. Wenn Bärbel Bohley sich jetzt verraten und verkauft fühlt, weil bestimmte Zusagen nicht eingehalten

werden, dann werden wir natürlich mit der DDR-Regierung dennoch weiterreden. Das alles macht vielerorts das Gespräch, das macht manchmal sogar schon das Denken schwierig.

In unserem Gespräch geht es um Menschenrechte und Freiheit und Friedenssicherung im Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsformen. Wir wissen nicht, ob wir dieses Spannungsfeld werden je aufheben können, ja ich weiß nicht einmal, ob es wünschenswert ist, den Wettstreit der Systeme dadurch zu beenden, daß eines dieser Systeme - gewaltfrei - obsiegt (wir möchten natürlich, daß es das unsere sei, aber vielleicht möchten andere, daß es das ihre sei) oder beide Systeme durch ein drittes neues (welches eigentlich?) abgelöst wird. Ich vermute, daß Letzteres eines Tages der Fall sein wird, doch hier und heute haben wir es mit dem vorgegebenen Spannungsfeld zu tun und mit den Menschen, die in ihm leben und unter ihm leiden. Alles was wir tun können und tun müssen, ist, dieses Spannungsverhältnis zu mildern, erträglich zu machen und beiden Systemen die Chance einzuräumen, sich im Interesse der in ihm lebenden Menschen zu bewähren, die gesellschaftlichen Aufgaben zu bewältigen.

Den Prozeß, der das bewirken soll, nennen wir Entspannung, eben die Milderung des Spannungsverhältnisses bei gleichzeitiger Sicherung des Friedens. Die Frage, ob diese Entspannung "von oben", also von den Regierenden, oder "von unten" von den betroffenen Menschen vorangetrieben werden soll, scheint mir eine sehr künstliche Frage. Natürlich sollte jedermann und jedefrau daran teilhaben, wo immer das möglich ist. Wer aber kann daran teilnehmen, wer will daran teilnehmen? Sind es nicht in beiden Gesellschaftsordnungen relativ kleine Eliten, die sich dieser Aufgabe wirklich bewußt sind - sowohl unter den Regierenden wie auch "unten"? Bei den letzteren übrigens vor allem Christen - auf beiden Seiten. Dabei stoße ich auf manche Rätsel. So stelle ich beispielsweise fest, daß hier auf unserer Seite Regierende und Engagierte "unten" sich auf die demokratische Ordnung und Grundfreiheiten berufen und doch die Mitglieder der sozialen Bewegungen, also auch der Friedensbewegung, diskreditiert, diffamiert, durch juristische Sanktionen in ihrem Engagement beeinträchtigt werden, und drüben - zumindest seit einiger Zeit - Regierende und Engagierte von unten - Dissidenten, unabhängige Gruppen, Charta 77, Solidarnoc oder wie immer sie sich nennen mögen - sehr viel stärker ein gemeinsames Konzept - eben Entspannung und Friedenssicherung - zu vertreten scheinen, aber die

Mitglieder dieser Gruppen von den dortigen Regierungen ohne jeden Zweifel noch stärkeren Repressionen ausgesetzt sind als hierzulande. Die jüngsten Ereignisse in der DDR sind dafür bezeichnend.

Daraus schließe ich zunächst nur, daß die Wechselbeziehungen zwischen "oben" und "unten" und zwar sowohl zwischen den Gesellschaftsordnungen wie auch innerhalb der Systeme sehr viel komplexer sind, als dies in Aufrufen oder Artikeln zu Tage tritt. Die Gleichung, daß nur die Gruppen "unten" drüben unsere Partner sein dürften, weil sie für Menschenrechte und Freiheit einträten, und wir mit den dort Regierenden eigentlich nur reden und verhandeln dürften, wenn diese ihre Oppositionsgruppen anerkennen (und im Zweifelsfalle ausreisen, in jedem Falle aber demonstrieren lassen), erscheint mir zu einfach, um richtig zu sein. Aus dieser Position scheint mir ein Überheblichkeitsanspruch unserer Gesellschaftsordnung zu sprechen, den wir hinterfragen müssen. Und natürlich spricht aus dieser Position auch die Anziehungskraft einer "reichen" Gesellschaftsordnung auf alle jene, die an ihr nicht teilhaben. Dies führt dann zu Verirrungen, wie sie Mient Jan Faber in einer Ansprache aus einem Text der Charta 77 zitiert hat: "Fundamentale Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit und menschliche Werte sind höher als die bloße Sorge für das biologische Überleben." Dieser Satz erscheint mir ebenso unmoralisch wie jener Ausspruch, der leider für viele Menschen eine Realität ist, nämlich: "Im reichsten Land der Erde und in der ältesten Demokratie, in den USA, bedeutet Freiheit die Freiheit, in Armut auf der Straße sterben zu dürfen."

Ist Freiheit wirklich das höchste Gut und muß "Solidarität" unter allen Umständen und bedingungslos gelten? Aus meiner langjährigen Entwicklungshelferzeit weiß ich, daß es wirkliche Solidarität derer, die in besserer Lage sind, denen gegenüber, die in schlechter Lage sind, sehr schwer ist. Was wir - auch wir Christen - als Solidarität ausgeben, ist in Wahrheit die anmaßende Haltung derer, die ihre Gesellschaftsordnung und ihren Lebensstil für überlegen und allein richtig halten. Echte Solidarität ist immer nur unter Betroffenen möglich. Echte Solidarität war und ist das Zusammenhalten der polnischen Arbeiter in der Solidarnoc-Bewegung. Auch die Solidarität der Arbeiterklasse in den frühen Tagen des sozialen und politischen Kampfes war, und ist teilweise noch immer, Solidarität. Wir hier sind aber nicht von den gesellschaftlichen Verhältnissen, wie sie in der DDR, in Polen, in der Sowjetunion und anderswo herrschen, direkt betroffen. Wir

können uns hier nur so verhalten, daß es den Menschen dort nutzt. Wie dieses Verhalten zu sein hat, darüber wird es unvermeidlicherweise Streit geben, und es wird mit Sicherheit nicht so sein, wie es sich die unabhängigen Gruppen drüben vorstellen.

Aus diesem Grunde, weil ich nicht selbst Betroffener bin, ist es sehr schwierig, Ratschläge für Verhalten hier und erst recht drüben zu erteilen. Ich kann nur Beobachtungen mitteilen, Fragen stellen und für mich selbst Konsequenzen ziehen. So kann ich, der ich hier - wenn auch fragwürdige, aber eben doch - Privilegien genieße, schwerlich mit dem Finger auf jemanden in der anderen Gesellschaftsordnung zeigen, der zumindest einige dieser Vorteile endlich auch einmal genießen möchte, zumindest jene, die wir als "Grund- und Menschenrechte" bezeichnen. Und wenn er oder sie diese Rechte nicht für seine Gesellschaft erstreiten kann, dann will er oder sie - nicht alle, wie ich ausdrücklich hinzufügen möchte - diese wenigstens für sich erlangen und ausreisen und er oder sie erwarten dabei unsere Hilfe. Auch das kann und möchte ich niemandem verwehren.

Mient Jan Faber

Willst Du sagen, daß zum Beispiel, wenn die Bärbel um ihr Recht betet, um Freiheit, und Unabhängigkeit, daß Du und ich das nicht unterstützen können, weil wir hier privilegiert sind? Du hast gesagt: Bei uns und in unsere Gesellschaft gibt es ja auch tausend Probleme. Wir sind damit aufgewachsen, daß wir niemals etwas über - zum Beispiel - Nicaragua sagen könnten, ohne auch etwas über Afghanistan zu sagen. Wir können uns nicht gegen Nuklearwaffen einsetzen, wenn wir nicht auch etwas über Abtreibung sagen. usw. usw. Alles wird immer egalisiert. Und das bedeutet, daß unsere Gesellschaft die Möglichkeit zur Solidarität sich selbst genommen hat. So geht das immer. Die Kritik an der Zusammenarbeit zwischen Gruppen in Westeuropa und unabhängigen Gruppen in Osteuropa kommt immer wieder auf diesen Punkt zurück.

Bärbel Bohley

Entschuldigung. Ich habe eine andere Zwischenfrage. Woher wissen Sie, wie diese Gruppen denken. Können Sie einige Beweise anbieten, daß diese Gruppen so denken, wie Sie das beschrieben haben; bitte!

Karlheinz Koppe

Ich habe gesagt, wie schwierig es ist, daß ich dieses vorbringe, aber ich gehöre auch zu denen, die in anderen Ländern herumfahren, und ich glaube, daß ich mit sehr vielen Menschen gesprochen habe. Ich komme auf diesen Punkt zurück. Aber nochmal zu Mient Jan: Ich weiß nicht, warum es so schwer ist - es ist ja nicht das erst Mal, daß wir darüber sprechen. Du müßtest eigentlich wissen, daß ich gerade nicht diese Konsequenz daraus ziehe; ich will, daß anders darüber geredet wird.

Doch was hat es mit diesen Rechten und Freiheiten eigentlich auf sich? Unbewußt läuft die Forderung nach diesen Rechten mit der Erwartung parallel, dann auch aus dem Vollen schöpfen zu können. Räumt diese Rechte ein und die Läden in der DDR, in Polen und anderswo werden ebenso wie die Läden in der Bundesrepublik überquellen! Sind wir uns eigentlich - in West und Ost - des Umstandes bewußt, daß gerade in den westlichen Demokratien politische Freiheit sehr eng mit Konsumfreiheit verquiekt ist, wobei die letztere oft die Defizite der ersten verdeckt? Ja, wir sind es, aber wir verdrängen es. Erst allmählich, in Zeiten der Arbeitslosigkeit, beginnen einige zu begreifen, wie sehr unsere Konsumwelt den Verlust an Menschlichkeit, Menschenwürde und Kultur mit sich bringt und vergessen macht, was Armut in Freiheit vor vollen Geschäften bedeutet. In diesem Zusammenhang habe ich in der Sowjetunion während einer längeren Reise im vergangenen Sommer eine interessante Beobachtung gemacht: Es gibt eine breite Zustimmung zum Reformkurs von Gorbatschow, aber viele Sowjetmenschen haben die Sorge, daß dann die Preise anziehen, die in der Sowjetunion traditionell für Güter gelten, die der Deckung von Grundbedürfnissen dienen: Mieten und Grundnahrungsmittel. Diese Menschen haben begriffen, daß das mit der Freiheit nicht ganz so einfach ist.

An dieser Stelle möchte ich noch eine Beobachtung anbringen: Ich bin fest davon überzeugt, daß grundlegende Reformen auf wirtschaftlichem und

ökologischem Gebiet heute eher in der Sowjetunion als im demokratischen Westen Erfolg haben werden, weil die Menschen im Osten dadurch nur gewinnen können, während die Menschen im Westen noch nicht begriffen haben, daß sie um ihrer eigenen Zukunft willen teilen müssen, abgeben von dem, was sie im Überfluß haben. Dennoch: ich kann es niemandem verdenken, der an den Errungenschaften des westlichen Alltags mit allen seinen Vorteilen und Nachteilen teilhaben will. Nur mag ich ihn auch nicht dazu zu ermuntern und schweige lieber, weil ich weiß, daß mir diese Haltung als zynisch und "unsolidarisch" ausgelegt wird. Und ich möchte auch Menschen nicht kränken oder verletzen, die alles versuchen, um die politischen und materiellen Härten ihres Alltags zu mildern. Deswegen habe ich auch lange gezögert, ob ich mich mit diesen Bemerkungen zu Wort melden soll.

Eine weitere Beobachtung: Was bedeutet es, wenn nun einzelne den Mut haben (und solchen erfordert es noch immer), ihr Regime zu kritisieren und zu provozieren, zumal wenn manche darunter sind, die es ausdrücklich darauf angelegt haben, auf diese Weise in den Westen "ausgebürgert" zu werden? Sie erzielen damit Aufmerksamkeit hier und dort, aber erreichen vielleicht auch, daß umfassender angelegte Prozesse zurückgeworfen werden, die einer größeren Zahl ihrer Mitbürger zugutekommen sollen. Ist das etwa Solidarität? Nicht jedem in der DDR ist es gegeben, sich mit der Gitarre protestierend auf ein Podium zu setzen und mit westlicher Medienhilfe so lange zu spielen, bis die Ausbürgerung gelingt. Gewiß hat die Spekulation etwas für sich, daß auch solche Aktionen langfristig den Reformdruck verstärken. Manche DDR-Bürger aber werden zunächst einmal festgestellt haben, daß ihre Anträge auf Ausreise oder auch nur Besuchsreise wieder schleppender behandelt werden. Weniger jene, die es darauf angelegt haben, in den Westen ausgebürgert zu werden, als jene, die wider ihren Willen ausreisen mußten, fehlen jetzt dem kritischen Potential in der dortigen Gesellschaft. Menschen, die von hier, aus gesicherter Position, das dortige Regime anprangern, haben wir selbst zu Genüge, und es sind leider nicht immer Menschen, die der Entspannung dienlich sind. Setzen die unabhängigen Gruppen drüben nicht vielleicht allzusehr auf falsche Freunde hier?

Wie dem auch sei, mein Eindruck bleibt, daß auf diese Weise die einzig echte Solidarität, die der Betroffenen, eher zerbrochen, denn gestärkt wird. Und was kommt dabei raus? Dort noch weniger Hoffnung, die irgendwann zur Resignation wird. Im Angesicht mageren Warenangebots und begrenzter Freiheit. Hier politische Ernüchterung, die auch zur Resignation wird, vielleicht einen Arbeitsplatz, vielleicht auch nicht. Das mag der Grund sein, warum beispielsweise Pax Christi dringend "von drüben" gebeten wurde, sich mit Kommentaren zurückzuhalten. Das richtige tun, heißt nicht immer, es laut zu tun. Es ist sehr medienwirksam, wenn Bundestagsabgeordnete beiderlei Geschlechts an der deutsch-deutschen Grenze zurückgewiesen werden. Den Vorteil haben allenfalls jene Kräfte, die am antikommunistischen Feindbild weiterstricken und denen es gar nicht um die Menschen geht, sondern um die Verhinderung von Bewegung, von Gesprächen, von Entspannung, ohne die es jedoch weder hier noch dort auf Dauer menschenwürdigen Frieden geben kann.

Bärbel Bohley

Als Mensch in meiner Würde beleidigt

Ich bin über diese Rede wirklich sauer, muß ich sagen. Ich fühle mich in eine Ecke gedrängt, in die ich einfach nicht reingehöre. Wenn man so etwas so öffentlich sagt, dann ist es irgendwie sehr wenig bedacht. Ich bin nicht in der DDR in einer unabhängigen Gruppe, weil ich die Läden voll haben will, ich weiß, in was für einem Land ich lebe, ich bin gegen den Konsum, der mich hier wirklich stolpern läßt, ich bin dagegen, daß an jeder Banane ein Kleiderbügel mit dem Preis hängt. Ich will in dieses Land zurück, weil ich einen Sinn darin sehe und weil ich denke, Entspannung kann nur heißen, daß auf beiden Seiten dieser Mauer, die mehr ist als eine Mauer zwischen der Bundesrepublik und DDR, daß auf beiden Seiten Veränderungen stattfinden müssen. Ich habe die Vorstellung von bestimmten Veränderungen in der DDR und die gehen in Richtung Demokratisierung, die gehen nicht in Richtung Freiheit des Einzelnen.

Ich meine Demokratisierung ist mehr als Freiheit. Dazu gehört Dialog und daß man sich in der Gesellschaft wohlfühlt und darum bemühe ich mich dort und ich denke, da kann ich auch Solidarität von jedem erfahren, der an diesen Sachen gleichermaßen interessiert ist wie überall. Wir haben signalisiert bekommen: verhaltet Euch ruhig. Das ist diese Ruhe, an der niemand

interessiert sein kann, weil sie nämlich die Probleme unter den Teppich kehrt und meine Angst ist eben einfach, daß so ein Papier wie dieses SED/SPD-Papier, wenn man wirklich nicht immer wieder nachfragt, genauso zu dieser Ruhe beiträgt, daß Dinge unter den Teppich gekehrt werden. Ich will noch einmal ganz deutlich hier sagen: Ich habe niemanden gebeten, daß ich hier bin, weder die Kirchen in der DDR, noch die SPD. Ich habe in diesem Gefängnis gesessen mit dem Gefühl, daß ich unschuldig bin und ich habe zu meinem Anwalt gesagt, mir geht es gut, ich bleibe hier bis zum Prozess. Ich bin bearbeitet worden von allen Seiten, bis zu dieser Frage: Unter welchen Bedingungen würdest Du einen Reisepaß der DDR beantragen und ich kann sagen, ich durfte seit vier Jahren in kein sozialistisches Land, nirgendwo hinfahren. In dieser Situation habe ich wahnsinnige Angst gehabt, daß ich über Nacht und Nebel hier sitze ohne meine Staatsbürgerschaft. Das war der einzige Grund, weshalb ich diesen Paß genommen habe. Mit dieser Rede da wird man wirklich getreten. Da geht es nicht mehr um Menschenrechte, da fühle ich mich als Mensch wirklich in meiner Würde beleidigt.

Elisabeth Weber

Es gibt die Solidarität der Betroffenen

Ich spreche aus derselben Betroffenheit. Ich rede aber vielleicht ein bißchen schärfer, weil Heinz Koppe und ich uns kennen. Ich fand deinen Beitrag strukturell demagogisch. Das klingt vielleicht gemein. Aber es war ein Beitrag, aus dem ich persönlich und menschlich nichts lernen konnte: was soll ich als jemand, die die Grünen unterstützt, konkret ändern an dem, was ich mache? Dein Beitrag war ein allgemeiner Rundumschlag. Du weißt ganz genau, daß wir hier zu denen gehören, die wirklich sagen: wir brauchen Konsumverzicht, einen bewußten, demokratischen Konsumverzicht, der sozial verantwortlich ist; daß wir für eine Solidarität mit der Dritten Welt reden und kämpfen und das auch persönlich versuchen zu praktizieren. Und für mich gründet die Solidarität der Betroffenen zwischen den Leuten aus Osteuropa und aus Westeuropa - und da denke ich, daß viele Offizielle genauso dazugehören, wie Unabhängige auf dem Wissen um die Gefahr der Zerstörung unserer Umwelt und des Krieges. Das ist die Legitimation dafür, mich einzumischen hier und drüben. Es gibt es die Solidarität der Betroffenen und da fühle ich mich an dem Punkt solidarischer mit Gorbatschow als mit Dir.

The alternative to 'Geduld'ist 'zerbrechen'?

I think, Mr. Koppe has put it in a more radical way what some other speakers are trying to tell and were saying in a less radical way. ... The message of Mr. Weisskirchen was the same; I don't speak of the words. You made the same point: ...that I should be happy that I am here, how nice it is that I am here ... Mr. Barabas could be here anyway? You said the word 'Geduld', didn't you? You said, the alternative to 'Geduld' is 'zerbrechen'? This is the alternative as you put it. I think this is exactly the same message that Mr. Koppe was delivering.

There is a basic misunderstanding here about the East. This is an animal farm. Some people here evidently think of democratic rights. If people add that they cannot wait, than this is called dangerous destabilisation. It should be enough to listen to 1956 to 1968, to 1980, to know, that those societies represent another Europe. Given the possibility to live in a democracy they would simply be another boaring country Western style with left and right (I myself would slightly vote left) You know, there are others who would vote slightly right. There are as well some neofascist, there would be some, let's say "compagnon de route" as well. I think this is the cultural identity of Europe. Gorbachev is a great opportunity. Why shouldn't we ask from him some guarantees, which we are dreaming of. Why not ask him to renounce the Breshnev doctrine publicly. It is a very easy thing, please Mr. Gorbachev tell us, that inside the Warsaw pact we don't invade countries any more that we think have stepped out of some limit. The peaceful coexistence is needed in principal inside the Warsaw pact. Why shouldn't we ask for an explicit code of human rights inside the Warsaw pact, not between East and West, just inside the Warsaw pact. It is too easy to speak about human rights in the Helsinki frame work only. We do it inside the Warsaw pact and we are specific about it. Listening to some of the speeches behind all this talk about 'Geduld' I fear there is a basic misunderstanding of the nature of Soviet society. Please don't take this as a warm Hungarian right wing speech: the history of communism has produced evidence that the Party as a social and political phenomena is unable to accept those values because they are against its life interest. They are in its interest just to keep contact with the West. The only possibility for reforms is to force the Party to accept reforms. Only

Central Europe will be able to give these strong signals to the superpowers, to West and East, that the time has come to engage in various assessment.

The political status quo of Central Europe should be changed by negotiated peaceful settlement. We have to produce our own strong society. That doesn't mean, that your help should be accomplished by making the communist establishment simply free of their insecurity. This is a very direct way of helping us. The good way of helping is to let the society know it is no longer some kind of animal farm it is just another European society. Meet the society if you are in contact with the establishment. Force them to allow you to meet the society. Mr. Barabas was advising an East-East dialogue, so was Mr. Koppe, when he asked for allowing conscientious objectors to have their right; by the way the European parliament and UN Human Rights commission declared it a basic Human Right last year. So there is a legal basis for you to act upon it. Even in Spain and Turkey! Hundreds of people - in Hungary 3250 a year - are going to very long term and brutal prison for not having wanted to look at you as enemies. This is no basis for détente.

I am happy to announce that next week we will launch the broadest European independent declaration, a demand to the Vienna follow-up meeting of the CSCE to incorporate this question into the framework asking that all European states will acknowledge that right. That would touch, of course, all communist countries who did not acknowledge any alternative services so far outside the army. If Mr. Barabas likes this idea I invite him to act upon it. He is president of the Peace Council of Hungary, I think that would greatly contribute to the capability of his organisation if he would publicly fight inside Hungary not to imprison people whose only sin was that they are peaceful.

The peace committee in Hungary initiates a new debate on conscientious objection

Very briefly just one concrete issue, namely on the question of conscientious objectors. We in the peace committee we do not have a formal position due to the fact that there are different approaches in our commission. This does not mean that we are not dealing with this issue. I would like to share with you the information that next week we are going to have a discussion initiated by the peace committee on the same issue. The government representatives, also representatives of the Ministry of Defense, then the various church representatives and some other people will be present in order to review the situation. It's one thing to address the Vienna follow-up Conference. My deep belief for this kind of problems is you must do your utmost to find a solution or to reach an agreement on national level. What we are doing, at least for the moment, is - in a responsible and serious manner -, to address the issue, to find a national understanding, including the fact that - having in mind the Hungarian national mentality. If you put this question today to a national referendum, I can guarantee that 95 % of the Hungarian population would be in favour of keeping the present practice as it is. The public is not concerned at all today with the case of conscientious objectors. There are much bigger social, political, economical problems. This is not an issue in Hungary, I mean under the present Hungarian circumstances. It is an issue for those, who are directly concerned.

Es gibt soziale und Bürgerrechte

Es ist natürlich etwas kompliziert für mich, aber ich habe das mir ja selbst eingebracht. Eine Bemerkung zu Bärbel Bohley. Wenn ihr gesagt worden ist, daß sie ihren Paß nur bekommt, wenn sie nach einem halben Jahr zurückkommen kann, dann bin ich selbstverständlich dafür, daß sie nach einem halben Jahr zurückkommen kann. Das ist für mich klar.

Nun zu dem - es ist schwierig für mich, das jetzt noch zu sagen, was ich vorher sagen wollte, weil ich ja zu einigem etwas sagen muß, wahrscheinlich, was jetzt noch gesagt worden ist. Ich lebe ja auch nun in diesem Ost- oder Mitteleuropa oder wie immer wir es nennen - lebe schon lange hier und bin also nicht der Meinung, daß wir 40 Jahre Bürgerkrieg hatten. Ich fühle mich nicht in der Position eines Landes, das nur rüberschaut, wie schön es da drüben ist. Aber das ist auch meine subjektive Meinung und nicht nur das, was man von mir erwartet, sondern das sehe ich so.

Ich meine ich müßte wirklich meinen Lebenslauf ganz kurz sagen. Als der Krieg endete, da war ich in Süder-Dithmarschen, in Lunden in Holstein, weil wir aus Berlin evakuiert waren und dann bin ich nach West-Berlin zurückgegangen mit meinen Eltern und dann nach Ost-Berlin. Ich habe einen entgegengesetzten Weg gewählt als eine ganze Reihe anderer Leute in dieser Zeit. Ich sehe das Bestreben, den Sozialismus auf deutschem Boden aufzubauen, wie unvollkommen wir das immer gemacht haben, doch für ein wichtiges historisches Experiment an. Ich habe daran mitgewirkt, ich hatte auch meine Schwierigkeiten, meinen Ärger, meine Auseinandersetzungen, aber ich bejahe diesen Weg. Ich meine, jeder hat das Recht, seinen Weg zu bejahen oder nicht, aber ich meine, das ist auch mein Weg und ich glaube, daß es jedenfalls viele Menschen bei uns gibt, die das so sehen und die das bejahen, was wir gemacht und versucht haben und die das weiter versuchen. In der Frage der Menschenrechte glaube ich auch, und so habe ich nun Herrn Koppe verstanden, daß wir sie nicht nur einseitig sehen dürfen. Es gab zwei Menschenrechtskonventionen und wir reden vor allem immer über die mit den politischen und Bürgerrechten. Ich bin natürlich für diese Rechte, ich bin Jurist, natürlich bin ich für sie, aber man muß auch die anderen sehen und man muß auch - und das ist ja hier gesagt worden - das Recht auf Arbeit

und so weiter sehen. Es gab ein interessantes Gespräch zwischen Burlatzki und Rajuv Steen, Vizepräsident des Folketing von Norwegen, in Moskau News. Dort hat Burlatzki gesagt, der Westen bestehe auf der Priorität der zivilen und politischen Rechte und wir auf den anderen. Jetzt gibt es eine andere Entwicklung. In der Sowjetunion wird größere Aufmerksamkeit gelenkt auf Demokratisierung. Es wäre gut, wenn der Westen auch seine traditionelle Annäherung an die Menschenrechte revidieren und mehr Aufmerksamkeit auf die sozialökonomischen Rechte legen würde. Es wäre ja auch eine Diskussion denkbar, wo wir uns nun ununterbrochen darüber unterhalten würden, wann die BRD nun endlich das Recht auf Arbeit verwirklicht.

Karsten Voigt hat gesagt, daß wir Illusionen hatten in Bezug auf die Gleichsetzung von Sozialismus und Frieden; als ich mir das überlegt habe, was hier so diskutiert wird, habe ich auch über diese Frage nachgedacht und mir fiel natürlich auch der Krieg zwischen Vietnam und China ein; ich glaube, daß wir da viel verarbeiten müssen und daß wir ein bißchen zuviel geglaubt haben, daß alle Fragen durch das gesellschaftliche Eigentum gelöst würden. Nun wird das Privateigentum nicht dadurch schöner, daß das gesellschaftliche Eigentum sich als problematischer erweist als wir angenommen haben. Über das Privateigentum sollte man vielleicht auch mal sprechen, über seine Auswirkung auf die Gesellschaft. Sicher gehört zur europäischen Tradition, daß der Staat nicht allmächtig sein soll als Vermächtnis. Ich würde dabei zur europäischen Tradition auch die Arbeiterbewegung zählen und würde mir erlauben, sogar Karl Marx da mit reinzunehmen. Es gehört natürlich auch zur Tradition, daß man das Privateigentum mit großem Mißtrauen betrachtet. Ich bin ja für Renaissance und Aufklärung und das alles, aber ich meine, seitdem ist auch noch was passiert und schließe in diese europäische Tradition auch die revolutionäre Arbeiterbewegung mit ein. Ich würde sagen, daß wir mindestens doch gemeinsam haben ein gewisses Mißtrauen gegenüber dem Privateigentum. Im gemeinsamen Dokument steht das ja auch so als Mißtrauen drin, manche, lese ich, gehen noch etwas mehr ran, ich habe hier gerade kurz durchgeblättert, was Helga Grebing geschrieben hat, das geht nun etwas weiter, mir etwas sympathischer natürlicherweise. Aber jedenfalls

Zwischenruf: wir haben ein Mißtrauen gegen beides.

Marx geht doch nach meiner Ansicht primär davon aus, daß das Privateigentum die Wurzel des Übels und manchmal auch allen Übels war und unsere Geschichte hat gezeigt, daß Probleme bestehen bleiben, auch nach Beseitigung des Privateigentums. Das halte ich nicht für strittig. Die Kommunisten haben gesagt: erst das Privateigentum weg und dann ... und die Sozialdemokraten haben gesagt, wenn ich es richtig sehe, man kann mit dem Kapitalismus leben, wenn man ihn sozialdemokratisch bekämpft. Und das sei doch auch ganz attraktiv.

Ich sehe das Bürokratismusproblem und bin der Meinung, daß wir zuwenig über den Bürokratismus nachdenken. Jetzt geschieht da viel, allerdings auch viel Journalistisches, in der SU. Eine solide Bürokratismustheorie wäre wichtig. Ich glaube, daß wir über diese Fragen wirklich nachdenken müssen. Was sind die negativen Seiten, die Probleme, die diese große Rolle des Staates bei uns wirklich aufwirft. Aber ich meine nicht, daß man nur auf den Staat schauen darf und dabei übersehen, was das Privateigentum in der Menschheitsgeschichte alles angerichtet hat ohne Staat und völlig unabhängig davon. Man kann ja wohl nicht annehmen, daß 1917 die Welt in die Katastrophen hineingekommen ist und vorher war es eine unheimlich harmonische Welt. Das scheint mir nun doch eine etwas falsche Sicht. Aber ich bin der Meinung, daß Probleme gekommen sind, die wir nicht vorher gesehen haben und daß wir auch eine Weile brauchten, unterschiedlich lange brauchten, diese Probleme zu erkennen. Hier wurde eben über die Sowjetunion gesagt, manche Leute betrachten es mit Sorge, was sich da jetzt vollzieht. Ich höre zum Beispiel, daß sie jetzt - ich habe gerade mit Freunden dort gesprochen - Maßnahmen ergreifen, was ich verstehen kann, daß Rentner gekündigt werden können, weil sie natürlich auf diese Weise eine Reihe von Problemen lösen wollen. Dies ist für Rentner auch wegen der nicht sehr hohen Renten dort ein echtes Problem. Der garantierte Lebensstandard für alle wird als Errungenschaft angesehen, wird bei uns auch als Errungenschaft angesehen. Und es gibt ganz ernste Überlegungen, was man machen kann, was man tun darf, wo darf man - meinewegen auch lernen vom Kapitalismus und wo darf man das nicht tun, ohne daß wir - um das schöne Wort Identität wiederum zu verwenden - ohne daß wir unsere Identität, oder unsere Erstgeburt oder unser Erstgeburtsrecht aufgeben. Und das ist eine ganz ernste und nach meiner Ansicht wichtige Diskussion bei uns.

Natürlich bin ich für Menschenwürde und Menschenrechte, ich würde aber auch nochmal Schiller zitieren: Ihr redet soviel von der Würde des Menschen, bedeckt ihm seine Blöße, dann gibt sich die Würde von selbst. Dieses von selbst ist auch nicht richtig, das ist wahr, nicht alle Leute, denen es gut geht, sind auch auf anderen Gebieten würdig, nicht jedes Land, das einen sehr hohen Lebensstandard hat, ist in jeder Hinsicht vorbildlich. Über die USA wurde schon gesprochen. Wir würden sicher manches auch besser machen können, wenn wir reicher wären. Wir unterliegen auch diesem ökonomischen Druck. Wir müssen die Diskussion um Menschenrechte und Demokratie führen, aber wir müssen dann auch die Menschenrechte gleichgewichtig und in ihrem inneren Zusammenhang sehen. Wir haben nicht alles erreicht, was wir erreichen wollten in der DDR. Die Sozialdemokratie hat sicher auch nicht alles erreicht ...

Mient Jan Faber

Aber nun einmal ganz präzise: Wie beurteilen Sie eine solche Situation: Daß eine Frau und eine Familie für ein halbes Jahr aus der DDR geschoben werden kann. Das ist Recht, oder ...

Uwe-Jens Heuer

Juristisch ist das so: Wenn man ihr gesagt hat, daß sie einen Paß bekommt und ausreisen kann, und ihr zusagt, daß sie wieder kommen kann ...

Mient Jan Faber

Ausreisen muß, sie wollte nicht ausreisen.

Uwe-Jens Heuer

Wenn sie nicht hätte ausreisen wollen, wäre sie nicht ausgereist. Nach unserem Recht kann man nicht, wenn man sich in der DDR befindet, gegen seinen Willen ausgebürgert werden. Wir haben keine Ausbürgerungsmöglichkeit rechtlich für jemanden, der sich in der DDR befindet.

Horst Ehmke

Natürlich muß man über die Nachteile des Privateigentums reden, über Massenarbeitslosigkeit muß man reden, über soziale Menschenrechte muß man reden. Man muß auch über Leistungsfähigkeit reden, wieviel Führung es noch gibt, Regierbarkeit der Staaten. Ich wundere mich, daß ihre Seite das nicht anfängt, denn ich habe schon oft gesagt, nun fangt doch mal mit Euren Themen an, damit wir nicht nur Fragen an die andere Seite stellen. Aber diese Frage, haben damit überhaupt nichts zu tun. Daß diese Leute rausfliegen, daß Kritiker bewacht werden, daß man nicht in Gottesdienst gehen kann, das sind kleine Schikanen vielleicht aus Unsicherheit; sie haben mit den Fragen des Staatseigentums nichts zu tun, haben mit sozialistischer Sicherheit nichts zu tun. Das war seine Frage: Warum eigentlich, wozu, vor wem hat die DDR so viel Angst, daß sie kritische Stimmungen und kritische Menschen, die sie sehr wohl braucht ausgrenzt? Wenn ich sehe, was für eine Literatur die DDR nach dem Krieg hatte und wie sie einen nach dem anderen vergraulten, da kann man doch Fragen stellen. Unsere Frage ist: warum dies alles? Weder ist es Sozialismus, der dem Menschen ja die ökonomische, politische und moralische Befreiung sein sollte. Ihr verliert einen Haufen guter Leute. Die Frage muß man doch stellen können.

Uwe-Jens Heuer

Wir verlieren auch viele Leute durch ökonomische Maßnahmen. Das ist nicht lustig, das ist wirklich wahr. Und dies ist auch für uns ein wirklich großes Problem. Meinen Sie wirklich, daß ich nun nicht dafür wäre, daß Freizügigkeit besteht. Natürlich wäre ich dafür. Und natürlich ist ein Land attraktiver, wenn das besteht.

Zwischennruf: Hier ist der umgekehrte Fall. ... Leute die gegangen werden, obwohl sie bleiben wollen ...

Sie wissen, wie das bis 1961 gewesen ist in unserem Land. Wir haben ja sehr viel gemacht in der letzten Zeit; es sind ja sehr viele gereist, das wissen Sie so gut wie ich. Das ging in gewisser Weise sehr weit und sicher waren nicht alle damit einverstanden. Wir haben schon politische Wandlungen gehabt und wir werden sie weiterhaben. Natürlich bin ich für einen Sozialismus, der sich in

jeder Richtung weiterentwickelt. Dieses Land befindet sich auch in einer spezifischen Situation mit einem "großem Bruder" an der Seite und mit dem "großen Bruder" meine ich hier dieses Land. Das ist natürlich keine ganz einfache Lage. Wenn Sie ihren demokratischen Sozialismus aufbauen würden, und Sie ständen in Konkurrenz mit einem so starken richtig kapitalistischen Land, würden Sie auch ihre Probleme haben. Das beweist das Beispiel Chile, das beweist das Problem Nicaraguas. Wir haben das Anliegen, unser Land so attraktiv wie möglich zu machen. Wir machen sicher auch Fehler dabei, sicherlich. Wir wollen uns diesem Wettbewerb wirklich stellen, aber wir wissen, daß wir das in einer nicht einfachen Lage machen. Sie würden uns auch helfen, wenn Sie diesen Kampf um Abrüstung weiterhin wichtig nehmen, weil er doch die ökonomische Lage unserer Länder erleichtert und uns hilft, diese Reformprogramme schneller durchzuführen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Wolfgang Biermann

Wir müssen ein Interesse daran haben, daß es eine fundamentale Opposition gibt, die auf wunde Punkte zeigt

Man kann manchmal SED-Leute besser zitieren, wenn sie nicht namentlich am Tisch sitzen. Mir hat ein SED-Mitglied gesagt, daß nach dem guten Eindruck, den Honecker hier mit seinem Besuch gemacht hat, die Aktionen gegen Umwelt- und Friedensgruppen offensichtlich ein Mittel waren, um darauf aufmerksam zu machen, daß noch viel in der DDR reformiert werden muß. Das heißt: die Maßnahmen selber sind in der SED umstritten und viele halten sie für einen Fehler.

Ich möchte auf den Ausgangspunkt unserer Diskussion heute nachmittag zurückkommen. Mient Jan Faber sagt eigentlich: man kann keine Prioritäten festlegen. Es kommt darauf an, daß diese Probleme praktisch zu ändern und zu lösen sind. Ich weiß nicht, ob ich Dich richtig zitiere, aber im Prinzip hast Du damit gegen diesen Schritt-für-Schritt Weg der Sozialdemokratie argumentiert und unterstellt, daß sie statische Positionen haben. Dem halte ich entgegen: common security, gemeinsame Sicherheit, haben wir noch längst nicht und die erste Phase der Entspannungspolitik ist meines Erachtens jedenfalls daran gescheitert, daß man die Eigendynamik der Untergrabung von Vertrauen, der Untergrabung von besseren Beziehungen, Untergrabung von Auflockerung von Feindbildern durch die Eigendynamik des Wettrüstens erheblich unterschätzt hat. Von daher ist diese Frage der gemeinsamen Sicherheit nicht nur eine Frage irgendwelcher Theorien, sondern objektiver Notwendigkeit, wenn wir längerfristig hier in Europa eine Entwicklung haben wollen, nicht etwa, um alles zu konservieren wie es ist.

Ich habe etwas ganz wichtiges von Bärbel Bohley gelernt heute. Horst Ehmke hatte ja am Anfang die früheren Anstrengungen von Sozialdemokraten erwähnt, sich humanitär einzusetzen. Und jeder weiß, wie Herbert Wehner Hunderte oder gar Tausende von humanitären Fällen behandelt hat, der hat wirklich Leute rausgeholt. Das waren humanitäre Leistungen. Vielleicht ist diese Frage, die jetzt im Zusammenhang mit dem 17. Januar entstanden ist, daß man nämlich froh ist, wenn man die Leute aus dem Knast holt und das als gute Lösung deklariert, einfach aus diesem grundsätzlichen

Zugang zu humanitären Fragen aus der Vergangenheit erklärlich. Mir ist aber heute bewußt geworden, gerade an Deinem Fall, Bärbel, daß es wirklich nicht darum ging, daß Du rausgeholt wurdest aus dem Knast, sondern daß es darum ging, daß du eine Lebens- und Existenzberechtigung in der DDR hier und heute haben willst und dort aufgewachsen bist und dort leben willst, so daß man dieses auch stärker auf unserer Seite als Menschenrecht sehen und akzeptieren und fordern muß.

Dann möchte ich auf einen Punkt zurückkommen, den ich am Anfang erwähnte. Die Position von Mient Jan und von Haraszty ist: Die Dinge müssen jetzt geändert werden, wir müssen jetzt verändern und zwar alles und wir können keine Schritt-für-Schritt-Position akzeptieren. Mich erinnert das natürlich an Positionen der Grünen. Ich finde diese Position auch gar nicht schlecht. Ich finde sie nicht schlechter als die sozialdemokratische, ich finde sie sogar wichtig, insofern, als sie eine ganz wichtige Funktion in der Gesellschaft hat. Welche Rolle hat in einer Gesellschaft eine fundamentale Opposition, die sich regt, die sich artikuliert? Ich glaube, sie hat eine wichtige Funktion, weil sie nämlich viel stärker als die Reformkräfte, die sich um das tagtägliche Politikmachen kümmern und Prozesse einleiten müssen, immer wieder auf die wunden Punkte zeigen, damit der Reformprozeß nicht einschläft. Wenn die sozialistischen Länder sich selbst Reformfähigkeit zuschreiben, dann müssen sie ein Interesse daran haben, daß es eine fundamentale Opposition im Lande gibt, die auf wunde Punkte zeigt, und verändern will, damit nichts erstarrt im Prozeß der Bürokratie und der Alltäglichkeit von Politikmachen.

Wir haben ja bei uns im Westen auch Probleme und zwar nicht nur in der Frage sozialer Menschenrechte. In Griechenland werden Leute zu Jahren in den Knast geschickt, wenn sie Kriegsdienst verweigern. Bei uns gab es die Probleme, daß wir vor lauter Ängstlichkeit vor Unterwanderung von Kommunisten in den 70er Jahren trotz Entspannungspolitik Berufsverbote verhängt haben. Wir sollten endlich aufhören mit dieser moralischen Runtermacherei: hier Reformisten, die Realpolitik betreiben oder dort Fundamentalisten, die das Unrealistische fordern. Ich finde beides hat eine legitime und zwar nicht nur legitime, sondern notwendige Funktion. Das ist nicht nur eine Frage der Toleranz, sondern das ist eine Frage der Notwendigkeit, um politische Prozesse voranzubringen. Wir sollten aufhören, uns hier gegenseitig Unmoral zu unterstellen sondern wirklich einmal darüber

diskutieren, welche Funktion hat Opposition, und zwar nicht nur in unserer Gesellschaft, in jeder Gesellschaft, die sich weiterentwickeln will.

Gerd Greune

Nicht nur das Salz in der Suppe - Opposition will verändern

Das Problem liegt darin, daß Fundamentalisten, die Bürokratien in Frage stellen, auch zum Ziel haben, diese Bürokratien zu überwinden. Das macht den Dialog wiederum schwierig. Fundamentalisten wollen nicht nur das Salz in der Suppe sein, sondern wirklich selber etwas verändern, und zwar eben fundamental. Sie haben großes Mißtrauen davor, daß Reformpolitik im Grunde nur Widersprüche übertüncht. Darin sehe ich das zentrale Problem auch dieser Diskussion, und wir sollten das ehrlicherweise auch anerkennen. Opposition, auch wenn sie fundamental ist, will von den herrschenden Establishments nicht funktionalisiert werden. Aus der Sicht einer Basisbewegung, der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, stellt sich die eigene Geschichte so dar, daß Millionen Menschen gegen die Regierungspolitik Sturm liefen und immer nur die zynische Antwort erfuhren: die demonstrieren, wir regieren. Im Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung überwiegt die Vorstellung, daß wir uns nicht auf faule Kompromisse einlassen dürfen, sondern daß wir unsere Forderungen z. B. nach Überwindung der Abschreckung auch selber umsetzen müssen, weil sonst nichts verändert wird.

Es gibt genügend konkrete Punkte, deren Verwirklichung längst nicht mehr eine Frage der Ideologie sind. Welche Rechtfertigung gibt es z.B. dafür, daß Menschen derart benachteiligt werden, daß sie in ihrer Menschenwürde und Existenz tatsächlich ausgegrenzt sind? Das Bekennen im Falle Bärbel Bohley alleine ändert nichts. Das Ausreiseangebot an Bärbel als kleineres Übel löst die Auseinandersetzung zwischen der DDR-Führung und den unabhängigen Gruppen nicht. Dies ist sehr kritisch angesprochen worden im Rahmen einer Delegation des Koordinierungsausschusses bei der ständigen Vertretung der DDR in Bonn. Die Position der Friedensbewegung auch von Pax Christi ist unzweideutig, daß dies auf keinen Fall eine Lösung sein kann, die akzeptabel ist. Solange wir mehr übereinander reden, auch über die, die nicht da sein können, umso weniger können wir unsere Probleme verstehen. Das gilt genauso für diejenigen, die über die SPD oder Reformpolitik oder Entspannungspolitik reden und natürlich auch bei den Gesprächen zwischen den Parteien nicht am Tisch sitzen und genug unterstellen, es wird nur der

Deal der Mächtigen untereinander gemacht, ohne daß man über die Ohnmächtigen auch nur redet. Hier brauchen wir mehr Offenheit und Glasnost auch unter uns.

Ich bin als Kriegsdienstverweigerer natürlich auch betroffen von diesem Problem. Es ist für mich völlig unverständlich, warum eine relativ kleine Zahl von Menschen, die nicht bereit sind, Militärdienst zu leisten, soviel Repressionen erleben müssen, wie es immer noch geschieht in vielen Teilen der Welt. Worin besteht eigentlich die Gefahr für die Sicherheit oder für das eigene Gesellschaftssystem? Warum muß jemand zwei, drei Jahre ins Gefängnis, weil er die Waffe nicht in die Hand nehmen will und weil er aus Gewissensgründen den Kriegsdienst verweigert? Eine Armee wird doch nicht abgeschafft werden durch 50 Kriegsdienstverweigerer, auch nicht durch 1000. Es ist wahr, daß in Ungarn ebenso wie in der Schweiz die Mehrzahl von Menschen, bei einem Referendum für bewaffnete Verteidigung votiert und gegen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Aber gerade darum ist es so notwendig, daß dieses Schutzrecht für die Gewissensfreiheit, die möglicherweise in vielen anderen Ländern ebenfalls durch Referenda völlig abgeschafft würde garantiert wird. Die Minderheiten bekommen den Schutz der Mehrheit nicht per se, auch nicht durch Abstimmung. Deshalb muß der Schutz von Grundrechten gerade durch die gesellschaftliche Ordnung hergestellt und gesichert werden, möglicherweise auch gegen die Mehrheit. Die Erfahrungen haben wir in Deutschland gemacht, was es heißt, wenn Mehrheiten Minderheiten unterdrücken und bereit sind zu eliminieren. Menschenrechte dürfen nicht nur nicht nur Teil eines Prozesses der Institution "Enspannung" oder Gegenstand außenpolitischer Abwägung sein; sie müssen als Wert an sich angesprochen und garantiert werden. Hier sind die Forderungen der unabhängigen, fundamentalistischen Bewegungen in Ost- und in Westeuropa identisch. Die Mitglieder christlicher Friedensgruppen stellen hier dieselben Fragen. Und sie wollen "Ja oder Nein" hören und eindeutige Antworten erhalten!

Stephen Brown

How to overcome the division of Europe?

I'd like to raise three points for the discussion that seem to be important from different perspectives. The first one is the question of common security. We began the discussion of common security with Mike Gapes presenting the significance of common security for the development of the Labour Party's defense, security and disarmament policies. Common security is in a sense a European theme. In the discussion yesterday the question of common security was called a status quo understanding of Europe to stabilize the present division of Europe. I would be interested to know how Mike Gapes would see the Labour Party's policies developing in the light of the discussion, that we had yesterday afternoon and the significance of those questions for the developments of the Labour Party's policies.

The second area I want to pick up is the question ideological debate; we had an important start from Karsten Voigt; in a sense one sees that the socialdemocratic parties are saying that in the European debate about security and disarmament, the question of reforms in Eastern Europe, and presumably in Western Europe, cannot be left off the agenda; this paper between the SED and the SPD is a beginning for such an ideological debate. But my question is: is this not an unequal ideological debate? In Western Europe we have ideological pluralism with different ideologies existing. In the East, until now however, there has been an ideological conformity resting on parties which have a monopoly of state power in the East. The ideological debate between the two military alliances seems to be an unequal debate until there is at least a de facto ideological pluralism in the states of Eastern and Central Europe?

The third area that I wanted to pick up came from Mient Jan who was saying the concept of common security was a status quo philosophy which accepts the division of Europe and instead of that we need to talk about European culture and European identity and European values as something which will unite Europe. And that the European values are significant for the social movements and for pressure from below in Eastern European countries. Accepting these European values would lead to social changes in European countries. Do such common European values and this European identity

actually exist or are they not something more significant for Central and Eastern Europe? Can they unite or overcome the division of Europe rather than reinforce the division of Europe? What are the social consequences in the Western European countries? What are the points in our societies that we need to change?

Für eine Entstaatlichung der Politik

Ich möchte mich auch erst noch einmal sehr bedanken für die Einladung zu diesem Seminar; es ist vielleicht nicht ganz selbstverständlich, daß die SPD jemand von den Grünen einlädt.

Das was ich jetzt sagen will, knüpft an die Diskussion von gestern an. Karsten sprach über die Toleranz zwischen Systemen. Für mich gibt es Toleranz zwischen Staaten nicht, wohl aber Toleranz zwischen Menschen. Systeme sind einerseits Ideenträger und andererseits Machtstrukturen. Toleranz und Machtstrukturen können nicht zusammengebracht werden. Du folgerst dann, es gehe um einen Pluralismus der Systeme in Europa und ich denke, das ist nicht der Punkt. Das wäre für mich die Festschreibung des status quo. Was wir brauchen und wofür ich mich einsetzen will ist ein Pluralismus der Lebensformen, Pluralismus der Wirtschaftsformen, der Ideen, der Parteien. Darin sehe ich das Element des Wandels, den Mient Jan ansprach. Ich akzeptiere nicht, daß die Staaten in Osteuropa eine Verbindung von Ideen und Staatsmacht darstellen. Gegen das Privateigentum und für Verstaatlichung zu sein, ja, und daß der Staat so organisiert ist, ja. Das ist eine mögliche Position. Aber man muß auch nach anderen Leitlinien und anderen Ideen denken und politisch handeln können. Meine Vorstellung ist, daß ich die Systeme in Osteuropa so behandeln will, als ob sie pluralistisch wären. Ich finde zum Beispiel den Jaruzelski-Plan sehr gut und finde ihn vielleicht besser als ihn Freunde von mir bei der Gruppe 'Freiheit und Frieden' finden. Andererseits unterstütze ich das Eintreten von 'Freiheit und Frieden' für Kriegsdienstverweigerung und Menschenrechte, egal ob Jaruzelski das gut findet oder nicht. An dem SED/SPD- Papier gefällt mir und in mancher Hinsicht finde ich es sogar sehr grün -, daß ihr die SED als geistige Potenz darin ernst nimmt. Der nächste Schritt wäre aber, ein gemeinsames Dokument mit Charta 77 zu versuchen und wirklich abzuklären, was uns verbindet und was uns trennt. Das meine ich mit 'so zu tun, als ob sie pluralistisch wären'.

Das zweite, was ich sagen wollte, betrifft das Verhältnis zur demokratischen Opposition. Die Grünen und die demokratische Opposition in Osteuropa streiten sich über Politik außerordentlich viel. Ich finde politisch überhaupt

nicht alles richtig, was Miklós Haraszti sagt. Es gibt Themen, über die wir hier überhaupt nicht gesprochen haben, wo es sehr viele Differenzen gibt. Frauenbewegung ist z. B. in Osteuropa kein Thema. Es ist mir aber sehr wichtig, und darüber gibt es immer Streit und zwar sowohl mit den Offiziellen wie mit den Unabhängigen. Zugleich haben wir von der demokratischen Opposition viel gelernt über 'civil society' und daß 'civil society' mehr ist als Rechtsstaat. Ich will den Rechtsstaat nicht geringachten, absolut nicht, aber 'civil society' und Toleranz und Verantwortung von einzelnen Menschen ist mehr und das habe ich von ihnen gelernt. Bei der SPD habe ich immer das Gefühl, wenn es bei Euch um Politik geht, dann kommt die demokratische Opposition nicht vor. Ihr habt dieses Buch gemacht: 20 Jahre Ostpolitik, da gibt es keinen einzigen Beitrag von einem Menschen aus der demokratischen Opposition in Osteuropa. Das heißt doch: für eure Politik sind sie nicht wichtig. Ihr kennt sie einfach nicht. Was du gesagt hast über Reform und Revolution: die demokratische Opposition in Osteuropa interessiert sich dafür überhaupt nicht, es ist absolut kein Thema. Ich kenne kaum reformistischere Leute als die Opposition in Osteuropa. Da sind die Realos bei uns unglaubliche Radikalinskis dagegen. Ich erkenne in jeder Hinsicht die Verdienste der SPD um menschliche Hilfe an. Ich weiß, was Willy Brandt gemacht hat. Was mich daran stört, ist die paternalistische Geste. Es geht immer um ein Objekt Eurer Hilfe. Wenn Wolfgang Biermann gestern gesagt hat: Ich habe gelernt, daß sie überhaupt nicht aus dem Knast raus, sondern in der DDR bleiben wollen, dann ist trotzdem die Geste dieselbe. Bei mir und bei vielen Grünen geht es um etwas anderes. Es geht um Freundschaft. Deswegen sind wir prinzipiell gleichberechtigt und ich habe gar nicht die Sorge, daß das paternalistisch ist. Freundschaft geht nach anderen Regeln. Und wenn ich nach menschlichen Werten frage: Toleranz, Freundschaft, Dialog gehören dazu. Diese menschlichen Werte in der Politik hier und drüben spielen kaum eine Rolle. Das hängt damit zusammen, daß Außenpolitik immer verkürzt worden ist auf Staatspolitik. Unsere Überlegung ist, daß angesichts der ökologischen Fragen die Staaten anachronistisch geworden sind. Es gibt sie, aber es ist nicht die einzige Kategorie, in der wir denken und deswegen versuchen wir, uns einzusetzen für eine Entstaatlichung von Politik und das heißt: mit allen reden, auch mit den Offiziellen. Ich denke, daß auch wir etwas von ihnen lernen können. Und deswegen wende ich mich gegen so ein etatistisch verkürztes Politikverständnis, eines, das ich hier und drüben kritisiere; Ihr seht nicht, daß die moralische Autorität der demokratischen Opposition in Osteuropa ein Friedensfaktor in Europa ist.

Entmilitarisierung des Ost-West Konfliktes

Mary Kaldor

We need to talk about troops withdrawal

I wanted to relate our discussion about dialogue to the earlier discussion about common security and about security policy. First some words about the concept of common security: I remember being in Stockholm at a conference organised by the Palme Commission to discuss and to elaborate the concept of common security. There was Thomas Schelling, the man who invented deterrence theory saying that common security is deterrence. We have maintained the peace for 40 years with deterrence. There was Egon Bahr saying common security is the military component of détente. It's the demilitarisation of détente. And there I was saying that common security means dismantling the cold war structures. So there were three different positions.

One of the problems of common security is that it's a term, perhaps a bit like flexible response, into which you can put everything. In practice what has happened is that Egon Bahr's definition - I don't know if he still would hold that definition of common security - is the one that people mean. And what they mean is a continuation of détente as in the 70's including the arms control component.

I think there is a problem with that concept and it's the problem we have discussed implicitly all round this table this week-end. It implies that somehow the two systems should continue, the two spheres of influence should continue, but there shouldn't be tension and war between them. It should be a peaceful relationship between the two spheres. There is a wonderful passage in Orwell's "1984" when he talks about the megapowers or whatever they are called, Oceania etc.. He says that they have agreed to live in perpetual war. It would be exactly the same if they agreed to live in perpetual peace. Completely enclosed in their separate spheres of influence. And that is precisely what those of us who want to move beyond that want to get away from. It's not respect for the other system. We don't respect the other system. We want to be able to fight the other system. We want to be able to bring about real changes in Europe, but we want to do it in a way that won't provoke war. And that's the big difference. It's not just saying yes, respect the other side, and suppress our conflict. It's saying we want a real

fight, we really want to have a dialogue and we really want to bring about change. So that's why common security is for me a difficult concept because of what it has come to mean.

Secondly, I want to say something about deterrence. One of the problems of post-war system is that every military posture has been a kind of political expression. The whole thing is a sort of a psychological game. You change your posture according to a change of political relationships. If, like the Americans, you talk about nuclear war fighting you want to emphasise the American role, if, like the Europeans you talk about maintaining strategic escalation, you want to emphasise the coupling of Europe and America. Each of the different postures has a different kind of political meaning. Alternative defence policies, it seems to me, are the perfect expression of détente. What they are saying essentially is: we will protect our sphere of influence, we will keep it inviolable within its boundaries, but we won't interfere in yours. And that's how it's different from previous concepts of flexible response/deep strike which have this provocative, confrontative element. It has always struck me that people have not been able to answer the question of why was it so easy for President Reagan to pick up the non-provocative defense language and use it for Star Wars. Because actually Star Wars - if you imagine that it is possible which of course we all know it isn't - it's a perfect non-provocative defense policy. It's saying we will keep the United States perfectly protected. I am not against non-provocative defense, I think it is very difficult to be against it. We have to have something like this. But for me the key issue is troop withdrawals. With troop withdrawals you are not saying let's keep on our spheres of influence inviolable within our boundaries. You are saying we want to dismantle the sphere of influence. The spheres of influence are based on the American and Soviet occupation of Europe. This is the key question that we have to resolve. I would like to see the removal of British troops from Germany for example; we are also both occupiers and occupied in Britain. So the point is that troop withdrawals is a central political demand. It seems to me very different from non-provocative defense, as a central political demand, it implies a different political position.

Now the third thing I wanted to say was about the nature of the conflict and the changing way we perceive the conflict. In a way why, this is a propitious moment for changing things. I think all of us who have a socialist background and are in socialist parties have always had a very great problem because

essentially the Cold War conflict seems to be our own domestic conflict. In other words it's supposed to be a conflict about private property versus the state. We express the conflict, as we did yesterday in terms as such things as: collective rights versus individual rights, whether you guarantee people's standards of living or whether you allow them democracy. As socialists we have this gut feeling, I think perhaps because Marx never wrote about the nature of the State, that somehow any society which has abolished private property, even if it is a horrible repressive society, is somehow progressive. We find it very difficult to escape from that view of the world which is why it is so difficult for us to listen properly to opposition voices in Eastern Europe. I think what is happening now is that this debate is really becoming irrelevant. It is becoming irrelevant in our own societies and it's becoming irrelevant in East European society. Now they are beginning to introduce private property, they are beginning to introduce unemployment, they are beginning to introduce inflation. The key issues now are not about private property versus the state; the key issues are about the role of the State. It's a key issue for us in the West as well, it's about democracy and it's about the relationship of people to nature, the ecological issue. These are becoming the central issues in our societies and that means that the way we perceive the East-West conflict for the last 30 or 40 years is becoming increasingly irrelevant. I think that maybe this allows us to escape from if you like the boundaries of our thinking about East-West, our difficulty, particularly for socialists, of really understanding the nature of East European society.

Finally I want to say a word about European identity. Mike Gapes was saying we want to escape chauvinism and of course he is right, but I think the problem is that we have to have an identity of one side or another. We are identified. And which identity we choose to hold very much reflects our political and social preconceptions. If we choose to have a British identity, whether we like it or not, it's wrapped up in our minds with our imperial past, the Commonwealth, it has a whole overhang of a deeply reactionary past. It may have some progressive elements too, the democratic tradition and 1688, our bloodless revolution. But it also has this long weight of jingoistic traditions. We need to find other kinds of identities in order to be able to escape from this kind of past. European identity can be a much more progressive identity. That doesn't mean that it may not also be a dangerous identity. All identities are janus-faced; but it can be for us - for us in Britain and for others - a very progressive identity. I think the reason why we

emphasise European identity is because we all share a common European problem which is the post war non-settlement of Europe - the division of Europe, the arms race in Europe, the oppression in Eastern Europe, our own problem of not being able to reduce military spending. Because we have that common problem, we have a common history and a common way of seeing things. That is in a way for me the nature of our European identity, and that is why is very important to think together about a progressive European identity that could help us to move forward. It includes pluralism in the sense that Elizabeth Weber was talking about, it includes a notion of democracy and of the individual. That's why it is important for us to think in those terms. As Mike himself knows very well, for the Labour Party, the discovery of a European identity has helped to push it in a more progressive direction.

Es geht um die Entmilitarisierung des Konflikts

Die Diskussion unseres Seminars geht darum, wie wir mit Widersprüchen umgehen: Dem Widerspruch zwischen Ost und West, der zugleich Machtgegensatz wie Systemgegensatz ist. Ein Widerspruch, der eine außenpolitische und eine innenpolitische Dimension, eine friedenspolitische und eine gesellschaftspolitische Dimension hat. Zuerst zu dem, was Mary Kaldor gesagt hat: Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit - oder, wie ich lieber sage, das Ziel der Sicherheitspartnerschaft, umfaßt eine schrittweise Entmilitarisierung des Konfliktes zwischen Ost und West. Ich stimme hier mit Egon Bahr überein. Das ist unsere gemeinsame Position. Ich sage aber darüber hinaus, wer den Ost-West-Konflikt entmilitarisieren will, wird von einer bestimmten Situation ab die politischen Verhältnisse dabei nicht unberührt lassen. Sie werden sich selber verändern, aber sie werden sich auch verändern müssen, damit man in der Entmilitarisierung vorankommt. Es gibt eine Wechselbeziehung zwischen der Veränderung des politischen Umfeldes in den Beziehungen zwischen Ost und West und Fortschritten auf dem Ziel zur Entmilitarisierung dieser Beziehungen. Einige, die bei uns formal-logisch argumentieren, statt dialektische Beziehungen zu analysieren, entkoppeln in unzulässiger Weise außen- von gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Den Hinweis, daß die gesellschaftspolitische Komponente in den Ost-West-Beziehungen wichtig ist, unterstütze ich nachdrücklich. Den Hinweis, daß man die Blockstrukturen, entwerfen muß, halte ich ebenfalls für eine unzulässige Vereinfachung. Dieser Widerspruch zwischen Ost und West kann sowohl in seiner militärischen Dimension als auch in seiner gesellschaftspolitischen Dimension, in einer neuen Phase der Entspannungspolitik dynamisiert werden, eine konstruktive Wende dieses Widerspruchs kann eingeleitet werden, der Widerspruch zwischen Ost und West kann aber auch lange Zeit noch nicht aufgehoben werden. Jeder Versuch, ihn bereits jetzt aufzuheben, sowohl in seiner militärischen Dimension, die ja die Machtdimension des Konfliktes umfaßt, als auch in seiner gesellschaftspolitischen Dimension, die die Frage der Bürgerrechte, der Menschenrechte und der Demokratie impliziert, wird in Wirklichkeit zu einer erneuten Erstarrung des Gegensatzes und nicht zu seiner Dynamisierung führen.

Die Einwände zur SPD sind berechtigt, zumal sie in diesem Buch über die Entspannungspolitik Vertreter aus Osteuropa, die sich der dortigen Opposition zurechnen, nicht zu Worte kommen ließ. Es gibt dafür historische Erklärungen; eine Erklärung ist, daß die SPD in den 50er Jahren sich mehr als andere Parteien mit oppositionellen Gruppen in Osteuropa identifiziert hatte. Sie hatte eine Vielzahl von Bruderparteien dort, deren Exilorganisationen sind übrigens immer noch mit der Sozialistischen Internationale assoziiert. Die SPD pflegte zum Teil auch illegale Kontakte in Osteuropa. Das Ost-Büro des Parteivorstandes hatte auch illegale Funktionen. Die Erfahrung lehrte, daß diese Art, Politik zu betreiben, in Wirklichkeit denen noch in die Hand gespielt hat, die im Sinne von Dulles, den ich einleitend erwähnt hatte, zwar roll back proklamiert haben, in Wirklichkeit aber Erstarrung bewirkten. Die schematische Übertragung der damaligen historischen Erfahrungen auf den Ost-West-Gegensatz heute würde erneut zu Irrtümern führen. Kontakte auch zu system-kritischen Gruppen in Osteuropakann für Sozialdemokraten nicht tabu sein. Wir müssen uns schrittweise daran gewöhnen, daß es genauso selbstverständlich ist, wenn Delegationen aus Osteuropa auf Regierungsebene mit allen Parteien hier sprechen, inklusive der DKP, daß wir dies entsprechend drüben auch tun, ohne daß damit eine spezifische inhaltliche Solidarisierung mit den jeweiligen Gesprächspartnern verbunden sein müßte.

Nun zur Frage der Entstaatlichung von Politik. Da stimme ich nicht mit Ihnen überein. Ost-West-Politik ist eben nicht nur Politik von Bewegungen. Bewegungen spielen eine bestimmte Rolle im Osten und im Westen, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Aber zur Ost-West-Politik gehört auch Machtpolitik und Staatspolitik. Man löst das Problem der Macht nicht, indem man es nicht zur Kenntnis nimmt. Bei der SPD dominierte zeitweilig die etatistische etatistische Komponente ihrer Politik zu stark. Aber statt dessen ausschließlich auf jene Zärtlichkeit der Menschen und Völker untereinander zu setzen, die durch unmittelbaren Kontakt von Bewegungen, den Frieden Europas stiften und Demokratie schaffen sollen, ist schlicht und ergreifend eine Illusion.

Wir sind jetzt in einer Phase, in der man das Verhältnis von Außenpolitik und Gesellschaftsreform in Europa neu bestimmen muß. Ich glaube aber nicht, daß auf, wie Du das nanntest, eine Politik verzichtet werden kann, die Toleranz zwischen Staaten schafft. Durch Völkerrecht und staatliche

Friedenspolitik werden Regeln etabliert, die Du auch als Regeln der Toleranz zwischen Staaten bezeichnen kannst. Das ist staatliche Vertragspolitik. Darauf kann man nicht verzichten. Friedensordnung will da mehr. Wenn man von einer europäischen Friedensordnung spricht, so wird diese sich auch auf die unmittelbaren menschlichen Bezüge auswirken müssen. Aber Du kannst auch dann nicht auf die staatliche Komponente verzichten.

Du hast die Illusion, die früher auch die Sozialisten des 19. Jahrhunderts - seien es Revolutionäre, Reformisten oder Kommunisten - hatten Sie glaubten, daß die Weltfriedensordnung sozialistischer Prägung mit dem Absterben des Staates verbunden sei und so die Friedensfrage gelöst würde. Deine Vorstellungen sind der sozialistischen Bewegung nicht fremd. Trotzdem sind sie ein Irrtum. Es bleiben Probleme zwischen Staaten, die nicht durch Gerechtigkeit und Freiheit gelöst werden können. Sogar wenn weltweit die Grünen oder die Sozialdemokraten oder die Kommunisten herrschen würden, blieben friedens- und sicherheitspolitische Probleme.

Dieses wollte ich mit meinem Referat ausdrücken. Die Isolierung gesellschaftspolitischer Aspekte führt auch dann in die Sackgasse wenn man an die Stelle traditioneller Ideologien wie Liberalismus, Christentum oder Sozialismus eine neue ökologische Ideologie setzt.

Zuletzt noch etwas zu dem Widerspruch selber. Ich habe gestern den Artikel von Herrn Heuer gelesen, den er mir gegeben hat. Wir haben hier eine merkwürdige Situation. An sich ist der Sozialismus marxistischer Prägung entstanden aus einer Theorie des Widerspruchs. Und das Interessante ist: der real existierende Sozialismus hat nicht gelernt, damit umzugehen. Die bürgerlichen Gesellschaften können damit viel besser umgehen. Sie behandeln Widersprüche so, als seien sie gleichrangig und gleichwertig.

Sie stellen keine Hierarchie der Widersprüche her und nennen das System der Widersprüche den Pluralismus. Sie entwickeln Verfahren, wie zwischen diesen Widersprüchen entschieden werden kann. Die Verfahren selber werden im Konsens bestimmt: Grundgesetz oder andere formelle und informelle Regeln. Sie klammern - obwohl es so etwas wie objektive Wahrheit geben mag - die Frage der Definition der objektiven Wahrheit aus. Damit wird es ihnen möglich, jeden Widerspruch innerhalb der Gesellschaft

erstens als legitim zu erklären und zweitens durch Verfahren zu integrieren. Man kann in den bürgerlichen Gesellschaften pluralistischer Prägung alles sagen, Widerspruch äußern, aber es ändert sich häufig wenig. Dies ist das Problem für viele, die sich in Bewegungen im Westen frei äußern können aber gleichzeitig feststellen, wie leicht ihr Protest integriert wird.

In den osteuropäischen Gesellschaften ging man anstelle eines Pluralismus der Widersprüche von einem Antagonismus der Widersprüche aus. Auf diesen Widerspruch wurde im Inneren mit der Diktatur des Proletariats und nach außen mit der friedlichen Koexistenz reagiert. Jeder, der die jeweils spezifische Interpretation angeblich objektiver Klasseninteressen nicht teilte, wurde als objektiv Verbündeter gegenteiliger Klasseninteressen diffamiert. Jede Legitimation des autonomen Widerspruchs innerhalb des Systems wurde zu einer Systemfrage, weil damit die Herrschaft der Klasse, ausgedrückt durch die Partei und ihre Führung, prinzipiell in Frage gestellt zu werden drohte. Weil man die Verfahren zur Bestimmung der Zielsetzung der Gesellschaft, also der angeblich objektiven Interessen der Arbeiterklasse nicht pluralistisch organisierte, also die Vielfalt der Gesellschaft nicht respektierte, schlug die Behauptung objektiver Klasseninteressen um in einen extremen politischen Subjektivismus wie unter Stalin! Seine Behauptung, daß er die objektiven Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Partei verträte und die extrem subjektivistische Form der stalinistischen Herrschaft ist die logische Konsequenz einer Organisationsform des Sozialismus, die den Widerspruch vielfältiger Interessen nicht rechtstaatlich durch demokratische Verfahren integrieren kann. Die osteuropäischen Gesellschaften werden eine kulturelle, ökonomische, technologische Modernität nicht erreichen können, ohne daß sie ein neues Verhältnis zum Widerspruch innerhalb ihrer Gesellschaften, also zur Vielfalt finden. Dies setzt Systemreform voraus. Der Versuch dieser Gesellschaften, zwischen legitim abweichenden Meinungen innerhalb von sozialistischen Kategorien zu unterscheiden und nicht legitimen, die sozusagen die sozialistische Gesellschaft nicht vorantreiben, weil sie eigentlich bürgerlich sind, wird scheitern, weil es keine eindeutige und objektive Grenze zwischen beiden gibt.

Es ist unser Interesse, daß die Staaten Osteuropas im Zuge der Modernisierung den Raum dessen, was sie als legitim innerhalb der sozialistischen Vielfalt definieren schrittweise erweitern. Damit stellt sich dann auch die Frage nach der Rechtsstaatlichkeit und garantierten

Freiheitsrechten des Einzelnen auch gegenüber Staat und Partei. Die innere Dynamik osteuropäischer Gesellschaften wird von vielen Leuten innerhalb des Westens unterschätzt; auch manche Bürgerrechtsgruppen in Osteuropa sehen diese Frage zu unabhängig von dem Bestreben der osteuropäischen Führungen, ihre Gesellschaften aus einer Periode der Stagnation herauszuführen; manche osteuropäische Führung ist sich über die Implikationen für die Veränderung der Gesellschaftsorganisation sehr wohl im klaren, wenn sie eine umfassende Modernisierung der Wirtschaft, Politik und Kultur anstreben.

Hans-Uwe Heuer

Ich bin für die Vielfalt

Also ich bin mit sehr vielem davon einverstanden. Karsten Voigt hat das ja auch gestern - oder heute nacht - bei mir lesen. Ich wollte nur eins sagen: Das ist wahr, was die inneren Widersprüche betrifft, es müssen aber nicht dieselben Verfahren sein wie hier. Es sind ja auch nicht dieselben Widersprüche wie hier, es sind andere Widersprüche und damit sind es auch andere Verfahren. Und das Problem besteht für uns darin, die richtigen Verfahren für unsere Widersprüche zu finden. Ich bin für Vielfalt. Einverstanden. Aber es geht mir darum, daß man darüber diskutieren muß und daß man hier auch Verständnis dafür haben muß, daß man uns nicht dieselben Widersprüche implantiert, weil wir andere haben und andere Verfahren brauchen und darüber wird bei uns gesprochen. Ich glaube, daß wir da eine Entwicklung haben werden, auch haben müssen, und daß der Wettbewerb der Systeme uns auch dazu bringen wird weiterzugehen. Ich würde das durchaus unterschreiben, aber wie gesagt, wir müssen das aus dem Eigenen heraus entwickeln.

Maria Hajek

Habe ich das richtig verstanden, daß die Militärblöcke nicht abgebaut werden sollen, Herr Voigt?

Karsten Voigt

Von einer bestimmten Stufe der Entmilitarisierung ab, die die politischen Beziehungen zwischen Ost und West nicht unberührt läßt, stellt sich Frage,

wie man diesen Gegensatz, der noch lange Zeit dauert, auch zwischen den Blöcken, konstruktiv gestaltet, dynamisiert. Die Aufhebung des Widerspruchs zwischen den Blöcken und zwischen den Systemen steht noch lang nicht auf der Tagesordnung. Ich bin dafür, daß die NATO und der Warschauer Pakt auf Dauer gesehen überwunden werden in einer europäischen Friedensordnung. Das ist meine Zielsetzung. Aber dies ist ein Punkt, der durch Reformen gestaltet wird.

Maria Hajek

Die Kontakte, die hier also so oft zwischen beiden Blöcken erörtert wurden, die zum beiderseitigen Vorteil betrieben werden, können eine Vorstufe zur gemeinsamen Sicherheit verbunden mit Abrüstung sein. Das Wort Pluralität stört niemanden mehr; sozialistische Pluralität stört auch niemanden mehr. Es ist sehr wichtig, daß nicht nur mit den offiziellen Stellen verhandelt wird und daß das irgendwie einen Status bekommt, daß auch mit den anderen verhandelt wird.

Détente is a long term process

I want to say something first about the role of states and I want to disagree with Mary Kaldor's phrase (which is not the first time I have disagreed with it) about the occupation of Europe. It seems to me that it is incredibly simplistic and unhelpful to our discussions to talk about America occupying Western Europe or in many senses, the Soviet Union occupying Europe. I have recognised that the basis, on which Soviet troops are in Eastern Europe is a different one to the basis on which the Americans are in Britain. The problems in Europe are much more complicated than that. There are enormous numbers of nationalist, linguistic, cultural, religious conflicts - you can look at Ireland, you can look at Belgium, you can look at the situation in Romania, in relation to minorities, you can look at the historic component parts of the Austro-Hungarian empire you can look at Germany. You can look at a whole number of other questions and see, that it isn't simply due to the quote 'occupation of the United States and the Soviet Union'. And that's why I had some concerns about the remarks made yesterday about this European identity or European culture. Because I still don't know what this European identity, European culture actually is that people are saying will be created. If we are just talking about democratic rights, self determination, free trade unions, womens' rights, rights of political organisation, then I can understand it. But I got the impression it was going a bit beyond that. I am still not clear what people are really suggesting. I also have a problem: Elisabeth Weber said that states were anachronisms. I say: no, not yet. The state is not withering away, nation states still exist and it's a fact of life. You may wish they were anachronisms but they are not anachronisms yet.

I don't happen to believe, that they will be anachronisms in my lifetime. But that may be a philosophical difference. I also have a problem with Mary Kaldor's language about fighting to change systems. Now it may be rhetorical fighting, but if we try to use that language and talk about changing systems in the East by fighting against that system that is exactly the problem. In a public debate where other people who are not from the peace movement use that language it is perceived to be aggressive, warlike, full of enemy images etc. If we are going to build a new détente in Europe, then we must try and move away from using that kind of language against the other side, if you like. I also

disagree with the statement that the systems are completely enclosed. They are not completely enclosed. The fact that there is for example in the GDR for a huge audience of West German television would indicate to me that there is not a completely enclosed system. There are other contacts. There is communication, there is mass travel in Europe, even into Eastern Europe from many of us, even only as tourist but nevertheless there is a contact between people, so we can't talk about completely enclosed societies. There is a diversity and it is not true to say somehow on the one hand the state is an anachronism but on the other hand it is completely enclosed. Neither of those statements are true. We have heard the American right who wanted to link everything to human rights. It worries me a little bit that there is an implicit linkage coming into our discussion from the left. I think we have to be careful because in a sense that could bolster exactly the things that we say we are against. When we say we want to break down barriers we want to open up - you don't open up by imposing economic sanctions against countries. In periods of disarmament progress on human rights questions was greater.

I think it was Mary Kaldor, who said that wasn't true. But to give you one example. In 1979 over 50,000 people left the Soviet Union, in 1984 only 900. They may not all have been jews, 50,000 to 900. It is an indication, that the onset of a new Cold War, the depths which things had got to following the cruise missile deployment and the so called countermeasures - that was exactly the period where certain aspects of human rights were damaged by that process. Now, I am not saying that emigration from countries is the only thing we should be looking at. And I agree very strongly: people should have the right to stay in their country and they should not be forceably removed from that country and taken across the border. Whether it is allowed in their laws or not, in practice we know that there are lots of people who have come into the Federal Republic against their wishes. My party is very critical of that and we've said so publicly and we've taken it up with the GDR embassy, yet we are still sending a delegation to the GDR next month to discuss questions of defense, disarmament and other issues. And we will also talk about those questions when we are there and they expect us to talk about them. But the point is: the dialogue must continue. No one here or maybe one or two people may be questioning whether that dialogue should continue. But if that dialogue is continuing then we have got to recognise that it is a process - I keep using this word process because we are not going to dismantle the bloc system tomorrow, we are not going to get rid of all weapons in Europe

tomorrow, we are not going to demilitarise Europe tomorrow and we are still going to have - using Gorbachev's phrase - a Europe of diversity and contradictions in an integral world, absolutely. My final point to Stephen Brown: Yes the Labour Party has got a lot more work to do on the non-military aspects of détente. I think that's very clear. But we have over the last few years adopted policies which are very similar to the broad view which exists in the SPD. Mary Kaldor will no doubt say that this is another example of the SPD-isation of the British Labour party. Now - I am not ashamed of that, I think that is good, because I also think that the SPD since 1980 has been moving on a number of issues - I can remember being at the Essen congress in 1984 hearing Helmut Schmidt's speech, noticing that the SPD has been moving towards us in a number of ways, particularly on the disarmament side. And this is a healthy process and it is only brought about by a dialogue between people from different societies although we are in the same family. It seems to me that this dialogue with people from different rooms in the European house and different families within those rooms might create this so-called European culture - whatever it is. But I get back to my first point: this is a process and is something we have to recognise will take time.

Horst Ehmke

Regierungen müssen Kompromisse machen

Darf ich mich hier mal einmischen, gewissermaßen zum Schutze des britischen common sense. Mich hat sehr interessiert, was Elisabeth Weber gesagt hat, aber es berührt sich auch mit einigem, was Mary Kaldor gesagt hat und Mient Jan Faber gestern. Sie geben das Gefühl, daß die Weltgeschichte ungefähr begann, als die grüne Partei gegründet wurde, ich habe das aber ganz anders in Erinnerung. Ich stimme zu: es gibt einen SPD-Etatismus, vor allen Dingen ein Etatismus der SPD-Rechten, der naiv ist. Weil nämlich Regierungen langfristig sehr viel weniger bewegen etwa gegenüber der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung, als sie meinen, wenn sie auf den Regierungsthronen sitzen.

Aber Eure Vorstellung von Basisbewegung ist genauso naiv, wenn nicht naiver. Und ich sage einmal: wir würden hier gar nicht sitzen, dieses Seminar, behaupte ich, würde nicht stattfinden ohne die Ostpolitik der Regierung von Willy Brandt und die kann man nicht aus der Opposition machen, da gehört viel Geheimdiplomatie zu - die haben wir immer gemacht; wir sind zwar prinzipiell nicht dafür, aber es hat Situationen gegeben, in denen wir gar nicht anders als geheim reden konnten. Die Geschichte der Ostpolitik ist auch noch nicht geschrieben. Wir machen das auch heute manchmal, weil es Situationen gibt, in denen man erst vertraulich mit der anderen Seite reden muß: kann das so laufen oder kann es nicht laufen. Man kann natürlich in jeden Saal gehen und sagen, was das deutsche Herz eigentlich denkt, mit unserem offenen Gemüt. Der andere sagt das dann genauso und das ist dann das Ende der Durchsage. Wir reden erstmal nicht offiziell, wir reden, prüfen, probieren aus, wie das gehen könnte. Der Streit, ob Entspannungspolitik "von oben" oder "von unten", der geht an den Realitäten vorbei. Die Basisbewegungen werden nicht schaffen, was Regierungen schaffen könnten. Es kommt auf die richtige Kombination an. Es ist gefährlich, das ohne die Gesellschaft, ohne die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung zu machen, aber es ist geradezu naiv zu meinen, ein so komplizierter Vorgang könnte ohne normale gouvernementale Mittel, eingeleitet werden, die nun auch zur Geschichte des Abendlandes gehören.

Dann will ich noch etwas sagen. Mit zu den ersten Opfer der Unterdrückung nicht-kommunistischer Kräfte in Osteuropa mit Hilfe der Roten Armee gehörten deutsche Sozialdemokraten. Beim SED/SPD-Papier sind für uns daher heute auch die schwierigste Gruppe die Genossen, die bei Ulbricht in Zuchthäusern gesessen haben, nur weil sie sich der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED widersetzt haben. Die Geschichte ist bei uns nicht vergessen, wir erinnern die SED auch an diesen Teil der Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Teilen der Arbeiterbewegung. Darum ist es schon wirklich komisch zu hören, wir hätten nie Sinn für die Opposition in Osteuropa gehabt, und unser Verhalten, oder Willy's Verhalten oder Wehner's wäre "paternalistisch" gewesen. Es ging darum, die Leute herauszukriegen. Die haben sich von Deiner Freundschaft und Zärtlichkeit wenig, wenn sie nicht erst einmal draußen sind. Und es war damals nicht möglich, Leute rauszuholen, wenn man öffentlich darüber geredet hätte. Es war für die andere Seite eine Prestigefrage, es war auch so, daß da manche drin waren, die formal gegen Gesetze verstoßen hatten. Ich habe die herzliche Bitte: ihr könnt über die SPD schimpfen, soviel ihr wollt, aber vergeßt bitte nicht, was der Hintergrund und der Kampf der SPD in diesen Jahren war. Für uns war es ungeheuer schwer, trotz dieser Geschichte - und das gilt nicht nur für die deutschen Sozialdemokraten, das gilt auch für die Sozialdemokraten in den Ländern Osteuropas - uns eines Tages zu sagen: es hat keinen Zweck, wir müssen einen neuen Anfang machen, wir müssen es wenigstens versuchen. Wir kommen jetzt in eine zweite Phase, in der mehr möglich ist als der gouvernementale Anfang der ersten Phase; aber ohne die erste Phase gäbe es die zweite Phase nicht - und ich sage noch einmal: ohne diese erste Phase wären wir gar nicht hier zusammen.

Bei allem, was man kritisieren kann und ich sage ja nicht, daß wir alles richtig machen, warne ich im übrigen davor - da stimme ich Mike Gapes zu - zu sagen, die ökologischen Fragen, die bringen nun den Staat weg. Die ökologischen Fragen noch nicht einmal in erster Linie. Die Weltwirtschaft, die Internationalität der Finanzmärkte, sie reduzieren den nationalen Staat immer mehr. Wer kontrolliert denn heute Finanzmärkte, das ist doch eines unserer großen Probleme: keiner! Das ist auch eines der großen Probleme der europäischen Linken, daß sich fast alles europäisiert oder internationalisiert hat, nur die politischen Entscheidungsprozesse und Willensbildungsprozesse, die sind national geblieben. Daher kommt dann die Versuchung für die linken Parteien, weil sie aktive Wirtschafts- und

Gesellschaftspolitik treiben wollen, das aber auf nationaler Basis tun, sich in Protektionismus zu versuchen. Wie oft haben wir mit den britischen und mit den französischen Genossen über diese Frage gesprochen. Die deutsche Sozialdemokratie und die sozialistischen Parteien Europas kehren endlich, nach einer nationalistischen Irrphase, die aus ihrer Wirtschaftspolitik kam, zu der Einsicht zurück, die bei der Geburt der Arbeiterbewegung Pate gestanden hat, daß wir nämlich die Vereinigten Staaten von Europa brauchen.

Es gibt im übrigen mehr gemeinsame Werte zwischen Ost und West, als es gestern bei Mient Jan Faber anklang, auch wenn es in Osteuropa andere Akzente gibt. Wenn Du nicht im Allgemeinen bleibst, dann bist du ziemlich dicht bei dem, was wir sagen. Dann möchte ich aber auch nicht als "etatistisch" beschimpft werden. Wir sollten nicht so tun, als ob uns Welten trennen, sondern fragen, wie es Gerd Greune gestern getan hat, was ist eigentlich die Arbeitsteilung? Denn wenn wir wieder an der Regierung sind, dann werden wir auch wieder Fehler und viele Kompromisse machen. Wer ist dann da, der sagt: ja aber das war nicht die Idee. Es gibt zwischen einer Fundamental-Opposition und einer Reform-Partei oder -Regierung viele Konflikte - fruchtbare Konflikte, wenn beide ihre Rolle verstehen. Wenn du in einer Regierung sitzt, kannst du vieles nicht sagen, was gesagt werden muß. Trotzdem würden wir gerne wieder an die Regierung kommen. Wenn heute die Sozialdemokraten in Bonn an der Regierung wären, dann sähe Europa anders aus. Wir sind in einer Situation, in der von Bonn aus viel bewegt werden könnte. Aber die Konservativen haben weder die Ideen noch den Schneid dazu. Dann würde es zwischen uns immer noch viel Streit geben, aber meine herzliche Bitte ist, dies nicht so zu diskutieren, als ob uns Welten trennen. Wir müssen mit einem Gegenüber, das Interessen und Machtpositionen hat, etwas bringen. Dabei müssen auch Kompromisse und Abstriche gemacht werden. Dreht euch dann nicht um und beschimpft uns, daß wir sie machen. Last not least hat die Entwicklung Europas dazu geführt, daß Bruchstücke von britishem common sense sogar nach Germanien und in die SPD gedrungen sind.

The Gorbachev factor changed our dispute

My remark is directly related to what just was said. I think that if we compare the discussion of today and yesterday with the discussion from 1983 which is still to be found in the documentation on the table outside, there is quite a difference. You said that you do not want to be criticized doing the things you are doing. The same is true for peace movements. The emphasis in the discussion in the past was very much on criticisms, on both sides. I wonder why we have come so much closer. Is it because at a time of tension, the emphasis in the debate is likely to be very much on the contradiction between human rights and détente, disarmament and democratisation; what should have priority. Today, the emphasis is much more on the interaction between everything. I have not heard any remark any more that what we are doing as peace movements in our contacts with Eastern Europe, however well intended, it may be, but that it unfortunately in fact fits into a policy of roll back. This was the criticism three years ago. It was said then that we as movements would destroy the positive things which were being done at the level of political parties and states.

We could of course congratulate ourselves for the tremendous wisdom which we have gained in those few years but the main factor why this debate has changed is the Gorbachev factor. What we have tried as peace movements in the first half of the eighties was: making some kind of contribution to the recognition of a growing plurality in Eastern Europe. We were trying to make it part of our official programmes. This created tremendous difficulties. At that time the Peace Councils did not like it at all. In their view, we either should comply to their perception of what they were, and they were seeing themselves as having the monopoly of peace work in their societies. And if we would not comply to this view the contacts would be strongly hampered.

We have seen in the Inter-Church Peace Council (IKV) how this changed more or less overnight in the summer of 1986. For the first time there would be an official delegation of IKV visiting Moscow on the invitation of the Soviet Peace Committee. In summer we then received a letter from the Peace Committee, in response to our request that - just as we would bring them into contact with many groups in our society when they were visiting us - we would

have in our programme also contacts with unofficial groups, such as the Moscow "Trust Group". The reply was: it is either-or: Either we should further develop our contacts with the official Soviet Peace Committee, which was representing millions of peace-loving Soviet citizens, or we should develop our contacts with a small bunch of criminals who were only using this peace issue because they wanted to leave the country. That was still the position in the summer of 1986. Two months later the visit took place and of course we visited the "Trust Group", there were no problems whatsoever. The change had taken place. And it went very quickly, that's what I wanted to emphasise.

In the talks which we had in Moscow with the Peace Committee and with all kind of officials at that time, we emphasised that Gorbachev's actions at home in the field of domestic change were probably more important for détente and disarmament than all his arms control proposals together. That was before Reykjavik. After it the whole picture became even more positive. It is now difficult for NATO countries to carry on with the Montebello decision, it is not only because we are in the aftermath of this INF treaty, which nobody expected. It is also because in the view of our societies, societies in Eastern Europe have become less threatening. The debate on what weapons we need seems now not to be the adequate debate at this time. This proves, how the various elements of domestic détente, if I may use that phrase for this change within Eastern Europe, is related to the more traditional concern for détente between East and West and for disarmament.

Ehmke was right when he said that already in the first phase of détente this kind of domestic change came about as a result of détente, although it was not explicitly stated as one of its purposes. So here also is no difference between the SPD and IKV about the evaluation of the importance of this first phase. If there is a difference now - I refer to ambivalent language, especially from Karsten Voigt - it may be with regard to the question in how far we can now make this point of contributing to the recognition of plurality an explicit part of our programme. I heart Karsten say that we should not put pressure on Eastern Europe in order to achieve domestic change there; that it has to be an authentic process as a result from the dynamics from within their society. But why should it not be part of our programme that we want this recognition of the growing plurality to become more open? That we want it to become part of the interstate relations as well? This could be an important

contribution to detente in the future. And it has of course very practical consequences for your visits, for how you organise your programmes etc.

The active recognition of this growing plurality in Eastern Europe should not be seen not in the old framework of stability versus instability. Nobody favors instability, of course. Instability can be dangerous. However, one has to recognise that our experiences as IKV with the Soviet Peace Committee have very quickly been followed by similar experiences in virtually all Eastern European countries. I think that Hungary is the most advanced in its recognition of an existing plurality. The biggest difficulty which we as IKV have is with the GDR. I am convinced that this will change within a few years as well, because the existing plurality there cannot be denied. It is so much part of the reality. When you as SPD keep stressing the contradiction between stability and destabilising - not wanting to destabilise, ofcourse - this isn't very fruitful. The importance of the SPD/SED paper is that it gives you a new framework to discuss the differences between East and West and within our societies, to put them on the agenda without the risk of war. The fear of destabilisation was that we cannot afford another armed conflict in this world. This SED/SPD paper is of great value for all of us, because it provides the context in which we can indeed talk about the differences. We can talk about the existing plurality. It has now become recognised that you can talk about it! This has tremendous consequences for the GDR domestically. It is also the reason why the churches in the GDR are so much using the fact that this paper exists in order to ask for legitimacy and "Anerkennung", recognition of the discussion which is taking place there about "Abgrenzung", the wall which is not only separating East and West, but which is also separating groups within the East German society. This is also the reason why people like Kurt Hager do not like it at all, because it provides this legitimacy for talking about change openly.

If the SPD would become a government party again, the question of the division of labour in this respect between the party and the movements would become significant again.

My final remark is that I was very happy with the contribution of Ton Veerkamp. When we are concerned about destabilising factors as a threat for detente - both domestic and between East and West - the economic factor

has been very much underestimated by the peace movements, certainly by us as IKV.

Jutta Tiedtke

Es gibt auch gefährliche Thesen bei der Opposition im Osten

Es wurde sehr viel von dem Gorbatschow-Faktor gesprochen. Ich möchte in dem Zusammenhang gerne noch einmal auf etwas zurückkommen, was Herr Haraszty gestern angedeutet hat, weil das ein bisschen untergegangen ist. Herr Haraszty hat die These aufgestellt, daß eine krisenhafte Entwicklung in der Sowjetunion sozusagen die Freiräume für die Osteuropäischen Länder vergrößern könnte. Ich habe heute morgen zufällig dies in dem Solidarnosc - Bulletin gelesen. Da heißt es zugespitzt auf die Frage, welcher Verlauf der Ereignisse in der UdSSR für uns Polen am günstigsten wäre, die Antwort: "um es zynisch zu sagen - nur Zerfall und Krise. Voraussetzungen dazu existieren. Übrigens, die Wirtschaft zerfällt, das Nationalitätenproblem wächst. All unsere Hoffnung liegt in einer Schwächung der Sowjetunion". Diese Thesen müßten eigentlich auch diskutiert werden. Welche Alternativen gibt es zum derzeitigen Reformkurs in der Sowjetunion? Wir haben sehr viel über die Reformen gesprochen, aber wir haben nicht darüber gesprochen, was passiert, wenn sie scheitern. Ich halte die hier aufgestellten Thesen für sehr gefährlich.

Horst Ehmke

Ich möchte nun noch einmal bedauern, daß leider von sowjetischer Seite niemand hier ist, sonst würden wir vermutlich auch mehr über Reformen in der Sowjetunion gehört haben in diesen Tagen.

Mient Jan Faber

We need to democratise Europe

I am convinced that there is not a world between us. We are full respect for the SPD policy in the first phase of détente. It was really fundamental for many reasons. But, even if you had followed a different policy or had not been in power at that time, we from IKV would have tried to create a possibility to have a kind of discussion. We live in the same area of this world, so there is a need to talk. There are fundamental problems which we have to discuss. One is democracy. When I listen to what Karsten said this morning and when I am listening to what Professor Heuer said yesterday and when I listen how we talk about the regimes and parties in Eastern Europe and also in Western Europe and especially socialdemocratic parties, then I think, that there is one thing, which you may have in common with which I do not agree. I got the feeling that you think that changes in favour of democracy and new dynamism must be initiated by and have to start from one point and that point is the party or the state or the ruling class. If Karsten talks about "Vielfalt", that is pluralism, then it seems to be something which has to come from those in power. Of course the party in power and the state are very important factors. But I am not - I must honestly say - sitting here because you are a very big party. I am not here because I feel myself subordinated in one way or another to you. That is not my perception of democracy. Of course parties, especially big parties have the will to hold power and to take over the government. But meanwhile you have to realize that there are many authorities in a society, not with political power but nevertheless with authority. Free associations, churches etc. There are many authorities in your society and those authorities all together create more or less democracy. You have to find a kind of balance and must be able to compromise with those authorities. You have to stimulate and to open possibilities to create space for those authorities, including individuals and groups. I sometimes get the feeling that when you talk about destabilisation of society that more or less you are thinking: well, as long as the government and the party are still controlling the population then the situation is stable. Why is it then stable. Maybe it is under control. I thought that to a certain extent Jiri Pelikan yesterday gave a nice example as a joke, talking about constant crisis in Italian policy: nevertheless, life is going on as usual. So it is. That's democracy and to a certain extent it's stable itself. Parties and governments are important but

for many people other things are even more important. You are educated to say: well, if you look to the top, there is only the party or the state. No, there are many, many things. In that sense, talking about democracy is not restricted to borders, in my view. Of course you can talk about democracy in a Dutch situation or in a West German situation or in an Hungarian situation. But you can also talk about democracy in a European situation, if you use the right definition. There are many differences in political systems - how states operate. When you work on a state level, on a political level, you have to take that into account. But movements and social institutions have a real possibility to work for the democratisation of Europe as a whole.

That's what we are trying to do in the movements: To democratise Europe. What kind of concrete program do we have in mind? Yesterday I said already something about it, but let me just repeat a few elements. Demilitarisation is a key issue, but what is demilitarisation. If I understood, what Karsten said this morning, we can't talk about withdrawal of troops or dismantling of military blocks. Is that what you said?

Karsten Voigt

Ich habe gesagt, Entschuldigung, ich habe gesagt: Entmilitarisierung ist ein Ziel, dazu gehört sowohl Abrüstung, wie Disengagement so wie andere Komponenten; das Ziel der Entmilitarisierung ist nicht völlig zu entkoppeln von politischen Prozessen, zum Beispiel durch die Veränderung der Bedrohungswahrnehmung, die vorhin so prächtig beschrieben worden ist. Deshalb halte ich die Auffassung derjenigen, die glauben, man könnte eine Entmilitarisierung des Ost-West-Konflikts schaffen, ohne eine politische Umgestaltung des Konflikts, d.h. man könnte das Fernziel erreichen, ohne eine politische Umgestaltung des Konflikts, für falsch. Da gibt es eine Wechselbeziehung.

Mient Jan Faber

I would like it very much if you could really put on your agenda at least a discussion on the withdrawal of troops. Because nobody has proposed it so far. Of course it will take a long time, but you have to create a new

perspective. And you have to relate that perspective with your concept of democracy. You have to discuss democracy with your East European parties. That is an absolutely need. I fully agree with Mary Kaldor that the nature of the state needs to be discussed in relation to the concept of democracy. That's what we are discussing in East and West constantly. In that sense we have to consider the demilitarisation of the present situation in Europe. Maybe it is a good topic for a second conference in this group, for a follow-up debate. I also like to discuss one other thing: Horst said yesterday that you have tabled a motion in the Bundestag on the visa-regimes between Hungary and Germany, how to open the border. It's an excellent thing. But how to reach that goal and is it possible to start a campaign of socialdemocratic parties and maybe the parties in Eastern Europe, the official parties, and the movements, all together. It would be a great thing, if we really could make progress in that field.

Mary Kaldor

Troop withdrawals are on the agenda

There were three points: I wasn't in fact in my remarks talking about the dialogue between movements, but obviously I think that's crucial. But I think that when we talk about the dialogue between movements, obviously we were not saying, that there shouldn't be also a dialogue between states. There has to be a détente from above as well. Again this relates to the point about human rights and détente. In a period of confrontation you always have an argument and a legitimation for oppression within your own system. In a period of detente you don't. So it doesn't mean that in a period of détente you will stop oppression. But what it means is it is much more difficult. In fact in the early seventies - and I was really talking about the early seventies - domestic repression continued in a more intensified way with the period after '68. (Czechoslovakia and later Chile). But that did prove later difficult. That's the point about détente. Détente from above provides conditions for change, they are necessary conditions but by no means sufficient. And that relates also to the point about democracy. What I was really trying to say: we as socialists have never really put enough thought into the nature of the state and the nature of democratic change. I mean this is where we have to start thinking theoretically in a very serious way. It has always been an interesting question in British history, at least until recently, why for such a long time the British state did manage actually to be rather flexible and to allow for a process of democratic change. The reason was an historical tradition of self-organised movements and all sorts of different kinds of entities which were able to express individual demands and responses. That was terribly important. They were able to express their demands and negotiate and change society through their own actions. I think one of the problems if you like with the Americanisation of West European society has been its individualisation and the breaking up of many of these traditions of self-organisation. That we have to bear in mind. Now the second point is: I was obviously trying to express the point about troop withdrawals, and the point about dismantling block structures in conceptual terms. But we do have to operationalise it. I think that's key. Let me just say a few things about what I have been thinking about in terms of operationalising. This is just to start the discussion. Troop withdrawals are on the agenda in the Group of 23 talks in a way and on the American agenda in terms of how they are going to cope with

these budgetary cuts. It's on the Soviet agenda too and the question is how can we give that a central role in the demilitarisation process emphasizing disengagement rather than emphasizing non-provocative defense or reductions. I am not saying that those things don't have to be emphasized too. But I just think this disengagement point has to be central. If we are envisaging a slow process of block dismantling. We have to think about how to do it. Again this comes back to what we were talking about yesterday. The problem is, that we tend to think in terms of bilateral negotiations between US and Soviet Union or multilateral talks between NATO and the Warsaw Pact and that reinforces assumptions about the way that Europe exists and the way it has to be. When we talk about unilateralism, or independent steps as now people prefer to say, we should talk about it not in the traditional sense. of "we will do it and we do not care what other people do".

But rather in the political sense that there have to be lots of different ways of doing it in order to show, that there are different ways relating to each other in Europe. So, one of the ideas we had in the Labour Party with this New Détente paper that we did, Mike mentioned it yesterday, were these country to country Helsinki agreements. Maybe in a big forum we cannot go very far, but with two countries, we can go further and we can start to have a whole lot of different relationships so that in a sense the blocs start to wither away - to use a traditional socialist phrase. Different countries will bear different relationships to the blocs. Already, to some extent, this is happening and one can encourage it happening by a whole set of different kinds of agreements, unilateral, multilateral, bilateral. Another concept I have been thinking about is reciprocation, rather than using these terms unilateral, bilateral, multilateral. Use the term reciprocation to imply a full political process in which political change and perceptions are one side, produce political change and perceptions on the other side - but they need not to be the same kind. We in Britain may argue that we have to get rid of British nuclear weapons. Now the significance of that is not military. We have four submarines or whatever. It is political. It is an enormous change in the way Britain is perceived, in Britain's role in Europe. What would be equivalent to that in the Eastern side? Maybe the withdrawal of troops from Czechoslovakia would be equivalent to that, maybe the legitimization of Solidarity. I am not saying that these should be negotiated but I am saying that we should think in terms of a full political process in which various kinds of political and military developments interact. They do not to be negotiated; we don't have to sign

treaties. But we may in some cases. We have to have intensive discussions about how to bring these reciprocal processes of change.

Finally, just a small point. Mike talked about the SPDisation of the Labour Party and this is something that I actually welcome very much. It is something that I have worked for a long time. I think the European movement of the Socialist Parties is a very healthy development. But what I want to say is - and this is exactly where we come to this relationship between parties and movements - if I look at what happened in the Labour Party which I have been very involved in and I look at what happened in Europe, so much was due to the growth of the great European peace movements.

It is really great that the political parties have adopted so much the platforms of the movements and it is really great, that the peace movements were working together and arguing with their separate parties and really having influence. You should see this development of the Europeanisation precisely as one of these examples, as something that has happened as a result of relationship between parties and movements.

Peter Hardy

Curb the East-West power conflict with non-military means

I was puzzled by a tenet expressed by Mary Kaldor and indirectly supported by Mient Jan Faber and I asked the chairman to let her intervene at any point when she feels I misinterpret what she has said. Because my understanding was that she tried to express a logical set of views saying that the East-West confrontation is going to be obsolete and irrelevant because all that was considered to be progressive on the East especially by the Western socialist thinking is disappearing. So what is really important is the issue of democratisation overall in Europe. And that's why the East-West controversy is really not the major issue for the second phase of détente. Was it correct?

Mary Kaldor

I think, the point was that the East-West conflict in the 1940s and 50s had enormous domestic resonance because it seemed to be about a domestic conflict that was going on within our societies about the role of the state and about private property. It was very effective in maintaining domestic stability. I think it created tremendous problems for Western socialists because on the one hand they really genuinely felt that the abolition of private property was a progressive development; on the other hand they did not want to be identified with socialism as practised in the East. And so they were always caught in a terrible dilemma. And what I am saying is that domestic resonance has disappeared, that the Soviet socialist system no longer holds any appeal for radicals in Western Europe, even in a theoretical sense. And that means that the ideological force at the cold war is really disappearing - that is what I was trying to say.

Peter Hardy

But as far as I understood you tried to make another tenet also from this consequence saying that this diminished the significance of the East-West conflict in Europe in the second phase of détente. This is exactly what I want to address because I think, what you represent is just one trend in the Western political thinking. And the central issue in overall Western political

thinking too, probably also in the Eastern one is political power, especially as a kind of word indistinct concept, I mean the expansive nature of political power. And exactly that was the reason why the West tried to engage into a conflict with the East even during the Second World War. I have an example in my mind because there were different possibilities how to curb an expansive nature of political power. It was Professor Neumann who is also a Hungarian by origin and who never really was considered as a right-wing person. During the Second World War he was supporting the views to consider the Soviet Union as the real enemy. And after defeating Nazi Germany he wanted to maintain a kind of military power against the Soviet Union. And there is another set of thinking: it is a very interesting intellectual problem why some of the most significant scientists after the Hiroshima and Nagasaki explosion still were not willing to abandon a concept for making the hydrogen bomb and to support nuclear armament. - Two other Hungarians by the way from a modalistic point of view decided not to support anymore any kind of armament. And these people came to the point that we have to curb an expansive political power by military and that was the essence of European balance for forty years. I think that was especially expressed by the Ostpolitik of the socialdemocratic Party in Germany and that is trying to curb this East-West power conflict by non-military means. That was the lesson of the first détente, that in some way it is possible. It is still a question. Especially after the early 80ths we remain somewhat in the same logic. That is why I consider that the East-West conflict or confrontation you will prefer maybe, is still a relevant question, just because of the power constellation and it is not identical with the problem of democratisation.

I understand the democratisation as you Mient Jan Faber consider it or many in Hungary is really an element of this power conflict and that is why it is an element of the East-West relations. But the two are definitely not identical with each other and when you want to substitute the East-West conflict with democratisation I am quite sure, that even in the second phase of détente, the East-West power conflict or confrontation still remains in the center of European politics. The real issue is not simply democratisation but how to curb this power confrontation against the military dimensions and to keep it in political and even in a cooperative dimension. The Gorbachev phenomenon is interesting exactly for this reason. I do not know whether it will be lasting or how successful it will be and that is why at least some political or many political segments of even the Hungarian society try to

support the phenomenon going on in the Soviet Union. I do not know whether we have really a strong or a major impact; I do not even know whether the West has any impact on domestic developments in the Soviet Union. But at least we try to make use of the present possibilities, just to expand the non-military aspect and that is why I agree with you that the troops withdrawal can be a very central issue in the coming years. I have absolutely no objection to put it into the center of conventional disarmament negotiations. As far as I see, the Hungarian diplomacy wants to keep the role it could play even unwillingly in the early eighties. This will be exactly the issue in which Hungarian diplomacy can be very active just because of the declining image of its economic reforms. So that will lose some field but instead we have another possibility to be active and I think that is also a challenge for our peace movement.

Professor Slawek Ondra

Zone des Friedens

In Zusammenhang mit dem, was Herr Hardy gesagt hat, möchte ich nur hinzufügen, daß es bei uns jetzt auch - sie werden davon wissen - offizielle Vorschläge gibt zu einem "Friedensgebiet". Generalsekretär Jakes hat dies vorgeschlagen. Dazu gab es zwei oder drei internationale Konferenzen und vielleicht werden auch andere inoffizielle Gruppen dazu Stellung nehmen.

We live in an occupied colony

I would like to add something to what Mr. Hardy said. But it relates to some other problems. It seems to me that he is dividing the East-West problem from the problem of democratisation. The East-West problem was the exclusive problem of the first détente and he now seems to acknowledge that the second phase of détente should be different in some matters. I have the feeling that you would have no objection even to troop withdrawal.

The troop withdrawal can be dealt with in the democratisation context as well as a part of the neutralisation context. In Hungary it is a thirty years old issue as you know. Thirty years ago we have been already declared neutral and then foreign troops followed. The democratisation issue is not something that the West should force on the East in the second phase of détente. This is a problem, what the East puts on the agenda itself due to its enormous, final and general crisis. This is the point I tried to make. The earlier all Europeans understand it the earlier we can avoid a new destabilisation of Europe, new dangers of input of armies instead of withdrawal and a new Cold War. The democratisation according to what Eastern societies really need will be the problem of East West relationship in the second détente.

I do not want to debate this point. I just wanted to debate what Mary Kaldore has said because her context was different. It was said democratisation is an East European domestic affair. Her point was that European development means the democratisation will be a central issue all over Europe as a controversy between state and civil society. And that is my problem.

Let us say we would be discussing here the South African situation. And one black would be allowed to come out of South Africa. Would Mike Gapes be in the moral position to tell him: please do not fight, please do not rock the boat, please do not use this language, because the very moment you do that you just make the dangers bigger. Would Mr. Weisskirchen be able to tell that black that he should be happy to be here with Mr. Botha's representatives, and to figure it as great progress. It might be a great progress because it could happen in South Africa after a phase of imprisonment has stopped which would be a great, great progress. My point is not the comparison of the

two, although some Central European people think they would be happy with the South African situation because at least in South Africa the demarkation line is clear. It is the black, you know, it is the coloured who is the enemy image. This is not the case in Eastern Europe. Who is the enemy image in Eastern Europe? It is not the socialdemocrat anymore, it is not the capitalist anymore, it is not the West anymore. The independently thinking citizen, the independently writing, believing, publishing citizen is the enemy image. All those who prepare gradualism may propose a gradualism in the acceptance of that enemy image by the oppressed. In the South African case it would be perfectly clear to Mike, that we have to look into the structures behind the concessions and that we have to fight the system and that fighting the system of course should be done possibly with non-military means. Now I am sorry to say, I happen to agree with the American position in this, that this should be fought with non-military means if possible. But please fight that misunderstanding that everyone who is without patience looking at oppression is for fighting in the bad sense of the word. Mary had made already the point that it has to do with the socialist tradition. What Professor Heuer and Professor Koppe said revealed somewhat similar thinking about the rule of stating the ideological debate. Mr. Heuer explicitly said that we would be happy to give more democracy to people if only they would not want capitalism. And Mr. Koppe's fear of growing materialism and consumerism as a result of growing discontent with statism has affected, I am afraid, also some restraints. I think the state of democracy demands "let us first make the coming of the one man one vote situation of the time of legitimate pluralism and only then begins the world of proper democracy" which means let those processes to be decided by the people itself. I think even if the outcome of Eastern Europe would be a sort of capitalism, the other part of Europe and the left wing part of the other Europe should accept it as a great progress because the problem of the East is nothing but the Party state which is a force that has finished with the notion of left and right. We have to introduce again into our societies the notion of left and right. That is why I dislike the language of the SED/SPD declaration, because it accepts the SED as a socialist force. They have finished for good with the workers movement, they have finished for good with the notion of left and right, that is what they are about. I think it would be a great progress to reintroduce the notion of left and right, it would be the coming of the left in Eastern Europe. That is why I disagree with Mr. Barabas who said we do not have a tradition of democracy. I think we should not engage in that inferiority feeling, in that forming cultural relativism. I think those universal

notions should be applied in Europe and we do have a ten or twenty years shorter tradition in democracy in Germany, so why couldn't we have the same thing.

Finally back to Jutta Tiedtke's problem with Solidarnosc and apparently with me and with some other opposition forces. In a sense she is right. Please add to that feeling the fact that Poland, Hungary, East Germany and lots of others smaller countries in Central Europe are occupied countries, politically they are colonies - not in legal terms. I think Socialdemocrats are the last people to tell to people of colonies not to fight and not to hope that the colonialist power will become weaker. Is this something to be mixed up with our wish for destabilisation and war? This approach could be pushed back by the best with the own record of Solidarnosc. How can you imagine on Earth a more self-respected revolution and anticolonial movement than Solidarnosc. There is no one single man or woman fallen during the Solidarnosc period not even because the police wasn't shooting at them but certainly not because of their own action. The first victims came in Jaruzelski's coup d'état the second day when the miners were killed, who did not want to come up. For one and a half years the Solidarnosc people were rushing to the desecularised - from time to time it happens - desecularised Soviet memorial places in order to clean them, in order not to let any approach - even that kind of symbolic violence was not allowed. How can you imagine a more self-restricted revolution that would be more aware of the possible bloodshed and tension that could come. Of course, that wisdom was a gradual thing. You cannot tell this about the '56 revolution, which was a product of the first way of belief in Russian glasnost. The '56 revolution was a product of the first glasnost of Chruschev who in February made his speech about Stalin in the XXth congress in Moscow and the six months when we had the revolution in Hungary because the Stalinist leadership of Hungary wanted to play against the warm Moscow wind. And it was simply impossible for our society not to believe and not to play the card of glasnost. The reaction of Chruschev, the reaction after the Prague spring, the people in Eastern Europe learned an enormous deal of patience, of self-restriction, of tactical wisdom and in the movement in Hungary today you won't find no single voice not only in the opposition but anywhere who would raise the question of asking the party about its leading role. You will find a movements that would ask for the rights of guarantees and trying to empty out the framework of total communist power from inside instinctively and consciously, both. So I think, this approach

does not fit. Please do not mix up fighting spirit of what we demand from you, as democrats with an intention to destabilize Europe and wanting war. This is a very important distinction as important as for you to have that instinctive fighting spirit when you see undemocratic societies especially inside Europe.

Die Systeme sind reformierbar

Ich weiß nicht, ob es sich noch lohnt, auf die Frage einzugehen, die Jutta Tiedtke angeschnitten hat. Im Grunde wäre das eben eine weitere Zweistundensitzung nochmal wert. Aber lassen Sie mich wenigstens ganz kurz etwas dazu sagen. Es könnte vielleicht in gewisser Weise für Oppositionskräfte in Osteuropa eine lockende Vorstellung sein, daß diese ganze Perestrojka, Glasnostj, Neues Denken wieder verschwinden, weil damit nicht nur das sowjetische, sondern auch die volksdemokratischen Regime weiter diskreditiert würden, so daß sie als Verhandlungspartner weniger in Frage kämen. Die Logik ist vielleicht verständlich.

Nur würde ich dann natürlich doch auch an die Adresse der osteuropäischen Dissidenten, Opposition und Friedensgruppen die Frage richten: Was hätte denn das für Folgen für den Dialog, den wir gestern ja auch schon angesprochen haben in Fragen der Sicherheitspolitik. Führt das nicht dann auch wieder zu einem Aufkommen derjenigen Leute, die harte antisowjetische, anti-östliche Sicherheitspolitik gerade auch damit begründen könnten, daß das andere System angeblich nicht reformierbar sei. Und das Wichtigste, was wir doch erlebt haben in den letzten zwei Jahren ist die Tatsache, daß entgegen manchen Behauptungen endlich die sowjetische Parteilührung und eine gewisse Elite dort die Notwendigkeit von Reformen anerkannt hat, nachdem sie jahrelang den Eindruck erweckt hat, als ob das nur ein Problem der Volksdemokratien sei. Endlich, nach siebenzig Jahren, ist eingestanden worden: es ist notwendig zu reformieren und ich würde sagen: da liegt auch die Irreversibilität der Entwicklung. Sie können natürlich heute Gorbatschow absetzen oder morgen. Sie können wieder zurückgehen zum alten Stil der Stagnation, des Breschnewschen "sastoj". Sie können auch die Gesetze wieder ändern, sie können auch die Praxis der Zensur wieder ändern, aber sie können nicht mehr das Bewußtsein ändern: daß es auch im Mutterlande des Sozialismus notwendig ist zu reformieren. Das bleibt bestehen.

Das würde mich auch zu der letzten Überlegung führen: ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß der Perestrojkaprozess, auch der Prozess des Neuen Denkens sich wieder verlangsamt. All das haben wir ja in den

Volksdemokratien immer wieder erlebt, wenn solche Versuche gemacht worden, sind, daß es vor- und zurückgegangen ist. Das wird auch in der Sowjetunion nicht anders sein. Das wird kein geradliniger Weg sein, der bis zum Jahr 2000 zur Demokratisierung und zur großen Abrüstung führt. Aber erstens mal sollten wir erkennen, daß das Fehlverhalten der Vergangenheit eingestanden worden ist.

Zweitens sollten wir vielleicht in der nächsten Zukunft Verständnis dafür haben, für die Versuche unter dem Stichwort der zweiten Etappe der Perestrojka, wie das seit Herbst 1987 heißt. Da wird versucht, schon von extremen Formen der Revision des Bisherigen, der Kritik am Bisherigen etwas abzurücken, und nun von all denen, die in der Debatte auftreten, mehr Verantwortlichkeit, mehr Toleranz für diejenigen zu fordern, die es noch nicht verstehen. Dazu gehört auch die Jelzin-Affäre, die schon zum Teil von besorgten Stimmen proklamiert worden ist als Ende der Perestrojka.

Das war sie nicht. Die Jelzin-Affäre ist ein Versuch zur Stabilisierung in der Mitte. Das müssen wir anerkennen als notwendige Verlangsamung der Dynamik, und ich werde auch hier wieder das Wort gebrauchen, das ich gestern schon gebraucht habe: auch wir sollten uns im Umgang mit der anderen Seite und auch mit diesen führenden Parteien - in diesem Fall speziell mit der KPdSU - der "Empathie" befleißigen, uns in die Schuhe dieser sowjetischen Reformen hineinversetzen und uns überlegen, wie sie wirklich Schritt um Schritt vorankommen können. Da ist von uns Empathie gefordert, aber keine großen Töne.

Horst Ehmke

Ich will keine Zusammenfassung versuchen...

... außer der, daß sich nach meinem Gefühl dieses Wochenende gelohnt hat, was man bei Gott nicht von jedem politischen Wochenende sagen kann. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken bei den Teilnehmern, bei den Referenten, bei Stephen Brown, der uns heute morgen eingeführt hat, vor allen Dingen aber auch bei Peter Thelen und den Mitarbeitern der Ebert-Stiftung, die das so Klasse organisiert und abgewickelt haben, wie wir es gar nicht gekonnt hätten. Dann gilt mein Dank den Dolmetscherinnen und Dolmetschern, nochmalige Entschuldigung für die, die zu schnell gesprochen haben. Während des Seminars sind zwei Vorschläge gemacht worden: der eine Vorschlag, ob nicht einmal die Ebert-Stiftung probieren könnte, mit jemandem aus Ost-Berlin - Herr Heuer und ich haben auch schon ein Wort darüber gewechselt - ein Symposium über Rosa Luxemburg zustande zu bringen. Also, da brauchen wir noch ein bißchen Zeit, habe ich das Gefühl. Aber das wäre eine interessante Frage. Das sollten wir einmal überlegen, ob wir das organisieren können und wer alles dazu beitragen könnte. Da müssen wir auch unsere polnischen Freunde fragen. Wir werden diese einmal Idee sondieren. Die ist eigentlich sehr reizvoll.

Für diesen Kreis ist vorgeschlagen worden, daß wir dieses Seminar wiederholen, oder so etwas ähnliches wiederholen, daß wir dieses Gespräch fortsetzen. Ich bin aber nicht für Hektik. Ich möchte im Vorstand der Ebert-Stiftung vorschlagen, ob wir vielleicht in einem Jahr uns wiedersehen. Da im Juni Europawahlen sind, können wir einmal grob anpeilen, ob wir uns im März 89 wiedersehen. Es sind auch schon Themen genannt worden: Truppenabzug, Kriegsdienstverweigerer, offene Grenzen, nicht nur mit Ungarn.

Ich bin der Meinung, wir sollten jetzt nicht Themen festlegen. Ich würde vor allem unsere osteuropäischen Gäste bitten, vielleicht ihrerseits einmal vorzuschlagen, welches Thema wir behandeln, wo der Westen mehr erklären muß, warum er das macht was er macht, als immer nur die umgekehrt Richtung. Also vielleicht nehmen wir ein Them: Ost, Stoßrichtung West, und ein Thema West, Fragerichtung Ost. Wenn jemand Vorschläge macht, muß sich die Ebert-Stiftung entscheiden. Ich wäre dankbar, wenn wir Anregungen

bekämen. Ich glaube, es war hier sehr angenehm in der Stresemann-Akademie, so daß wir uns vielleicht in einem Jahr hier wiedersehen. Wollen wir das probieren? Gibt es dazu noch comments oder Anregungen?

Karsten Voigt

Ich würde nur noch anregen: Wenn irgend jemand zusätzlich zu den Papieren, die draußen verteilt worden sind, wenn es nicht zuviel ist, ein Papier hat, von dem er meint, es müsse den Teilnehmern zugänglich gemacht werden, dann sollte man die Chance auch nutzen, dazu sind die Adressen da und unsere Hilfe ist dabei auch möglich. Ganz egal, woher es kommt.

Horst Ehmke

Dann darf ich also mit der Hoffnung schließen, daß wir uns hier in einem Jahr gesund wiedersehen und daß die Dinge in dem Jahr, das dazwischenliegt, in die richtige Richtung gehen. Recht herzlichen Dank und gute Heimfahrt.

Teilnehmerliste

I. CSSR

Maria Hajek
Professor Slawek Ondra
Prag
Friedenskomitee der CSSR, Prag

DDR

Bärbel Bohley
Prof. Uwe-Jens Heuer
Berlin
Institut für Theorie des Staates und
des Rechts der Akademie der
Wissenschaften der DDR, Berlin

Polen

Janusz Moszcenski
Polnisches Friedenskomitee, Warschau

Ungarn

Miklos Barabas
Miklos Haraszty
Peter Hardy
Generalsekretär des Ungarischen
Friedensrates, Budapest
Budapest
Direktor des Instituts für außenpolitische
Angelegenheiten des Außenministeriums,
Budapest

II. Belgien

Robert de Gendt
Etienne Godin
Vorsitzender des Komitees für
Europäische Sicherheit und
Zusammenarbeit, Brüssel
Parti Socialiste, Brüssel

Dänemark

Ms. Pia Gjellerup
SDP, Kopenhagen

Frankreich

Mme Sylvie Montrant
CODENE, Paris

Großbritannien

Stephen Brown
Mike Gapes
Mary Kaldor
CND, London
International Director, Labour Party,
London
University of Sussex

Italien

Jiri Pelikan
Mitglied des Europäischen Parlaments,
PSI, Straßburg

Niederlande

Wim Bartels
Mient Jan Faber
Laurens Hogebrink
Internationaler Sekretär des
Interkirchlichen Friedensrates (IKV),
's Gravenhage
Generalsekretär des IKV, 's Gravenhage
Vorstandsmitglied des IKV,
's Gravenhage

Jan Ter Laak
Ben Ter Veer
Sekretär Pax Christi, Den Haag
Polemologisches Institut, Groningen

III. Bundesrepublik Deutschland

Wolfgang Biermann Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS), Bonn

Prof. Dr. Horst Ehmke, MdB Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn

Ulrich Frey Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Bonn

Gerd Greune Sprecher Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung, Vorsitzender der DFG-VK Mitarbeiter der IFIAS, Bonn

Marianne Hausleitner Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/M

Karlheinz Koppe Vizepräsident Pax Christi, Bonn

Wolfgang Müller IKV, Bonn

Christoph Royen Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen

Jutta Tiedtke Mitarbeiterin der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn

Ton Veerkamp Pfarrer der Evangelischen Studentengemeinde Berlin/West

Karsten D. Voigt, MdB Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn

Elisabeth Weber Mitarbeiterin der Fraktion DIE GRÜNEN im Bundestag, Bonn

Gert Weisskirchen, MdB Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn

IV. Journalisten

Guido Grünewald IFIAS, Bonn

Dr. Peter Hering SPD-Bundestagsfraktion

Max Thomas Mehr
H.G. Schmidt

Die Tageszeitung, Berlin
Parlamentarisch-Politischer-Pressedienst,
Bonn
Radio Budapest

Peter Zentai

V. Friedrich-Ebert-Stiftung

Siegfried Bangert

Stellv. Geschäftsführer, Leiter der Internationalen Abteilung

Hermann Bünz

Referat Industrieländer, Internationale Abteilung

Dr. Thomas Meyer

Leiter der Gustav-Heinemann-Akademie, Freudenberg

Elke Sabiel

Referat Industrieländer, Internationale Abteilung

VI. Programmplanung und -organisation

Renate Efferoth

Referat Industrieländer, Internationale Abteilung

Peter Thelen

Leiter des Referats Industrieländer

Bernhard Schlüter

Seminarassistent